Stadt
Luzern
Stadtrat

Bericht und Antrag

an den Grossen Stadtrat von Luzern
vom 20. April 2005 (StB 370)

B+A 12/2005

Geschäftsbericht 2004

Vom Grossen Stadtrat
beschlossen am
30. Juni 2005

Inhaltsverzeichnis

1 Das Jahr 2004 im Rückblick 5

2 Hauptziele des Stadtrates 2004 6

3 Ergebnis der Jahresrechnung 2004 8

3.1 Gesamtüberblick 8

3.2 Laufende Rechnung / Ergebnis nach Kostenarten 10

3.2.1 Aufwand 11
3.2.2 Ertrag 12
3.2.3 Abweichungen der Rechnung zum Budget / Hinweis auf Begründungen 14
3.2.4 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO 14
3.2.5 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO 14

3.3 Laufende Rechnung / Ergebnis nach funktionaler Gliederung 15

3.3.1 Übersicht nach funktionaler Gliederung und Nettobelastung 16
3.3.1.1 Funktionale Gliederung 16
3.3.1.2 Vergleich der Nettobelastung 2002/2003 16
3.3.2 Vergleich der Nettobelastung, der Steuerkraft und der Nettoschuld der Stadt Luzern mit den Agglomerationsgemeinden 18

3.4 Investitionsrechnung 19

3.5 Bestandesrechnung 20

3.6 Anhang zur Jahresrechnung 23

3.6.1 Ausserbilanzgeschäfte 23
3.6.2 Gesetzliche Grundlagen / Bewertungsgrundsätze 24
3.6.3 Abnahme der Jahresrechnung 2003 durch den Regierungsstatthalter 24
3.6.4 Beteiligungen im Alleinbesitz der Stadt Luzern 25
3.6.5 Übersicht über separate Berichte und Berichte regionaler Trägerschaften / Gemeindeverbände 27
3.6.6 Ausgewählte Kennzahlen / Mehrjahresvergleiche der Stadt Luzern 28

4 Kennzahlen aus dem Personalbereich 30

4.1 Entwicklung der Teilzeitstellen 30

4.2 Personalfluktuation 30

4.3 Nationalitäten 30

4.4 Pyramide der Dienstjahre 31

4.5 Besoldungsklassen 31

5. Direktionen 33

5.1 Sozialdirektion 33

Vorwort von Ruedi Meier, Sozialdirektor 34
5.1.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele 36
5.1.2 Rechnungsergebnis im Überblick 38
5.1.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen 40
5.1.4 Kennzahlen 48
5.1.4.1 Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle 49
5.1.4.2 Sozialamt 52
5.1.4.3 Wirtschaftliche Sozialhilfe 53
5.1.4.4 Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe 54
5.1.4.5 Amtsvormundschaft 57
5.1.4.6 Sekretariat Vormundschaftsbehörde 59
5.1.4.7 Heime und Alterssiedlungen / Betagtenzentren 61
5.1.4.8 Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg 63

5.2 Bildungsdirektion 65

Vorwort von Urs W. Studer, Bildungsdirektor 66
5.2.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele 67
5.2.2 Rechnungsergebnis im Überblick 68
5.2.3 Schulpflege 70
5.2.4 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen 71
5.2.5 Kennzahlen 76
5.2.5.1 Stadtarchiv 77
5.2.5.2 Kindergärten 78
5.2.5.3 Primarschulen 79
5.2.5.4 Kleinklassen 80
5.2.5.5 Sekundarstufe I 81
5.2.5.6 Hallenbelegungen und Drittbelegungen in Schulhäusern 82
5.2.5.7 Kulturförderung 83
5.2.5.8 Fonds zur Unterstützung kultureller Aktivitäten 84
5.2.5.9 Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes 86
5.2.5.10 Ferienpass 87
5.2.5.11 Stadtbibliothek 88
5.2.5.12 Musikschule 89
5.2.5.13 Mittelschulen DMS und WML 90

5.3 Sicherheitsdirektion 92

Vorwort von Ursula Stämmer-Horst, Sicherheitsdirektorin 93
5.3.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele 95
5.3.2 Rechnungsergebnis im Überblick 97
5.3.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen 98
5.3.4 Kennzahlen 102
5.3.4.1 Sicherheits- und Verkehrspolizei 103
5.3.4.2 Gewerbe- und Gesundheitspolizei 105
5.3.4.3 Einwohnerdienste 106
5.3.4.4 Zivilstandsamt und Bürgerrechtswesen 107
5.3.4.5 Büro Wahlen und Abstimmungen 109
5.3.4.6 Feuerwehr 110
5.3.4.7 Zivilschutzorganisation 111
5.3.4.8 Umweltschutz 112
5.3.4.9 öko-forum 114

5.4 Baudirektion 115
Vorwort von Kurt Bieder, Baudirektor 116
5.4.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele 118
5.4.2 Rechnungsergebnis im Überblick 120
5.4.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen 121
5.4.4 Kennzahlen 124
5.4.4.1 Liegenschaften des Finanzvermögens 125
5.4.4.2 Tiefbau / Strassenraum, Grün- und Sportanlagen, Friedhof 126
5.4.4.3 Stadtentwässerung 129
5.4.4.4 Abfallwirtschaft 131
5.4.4.5 Hochbau / Baulicher Unterhalt für die Verwaltungsliegenschaften 133
5.4.4.6 Stadtplanung 135
5.4.4.7 GIS-Dienstleistungszentrum 137

5.5 Finanzdirektion 138
Vorwort von Franz Müller, Finanzdirektor 139
5.5.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele 141
5.5.2 Rechnungsergebnis im Überblick 142
5.5.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen 143
5.5.4 Kennzahlen 146
5.5.4.1 Steuerveranlagungen und -bezug 147
5.5.4.2 Teilungsamt 148
5.5.4.3 Prozesse und Informatik 149
5.5.4.4 Gastrodienste 150

5.6 Beitragswesen 153
5.6.1 Rechnungsergebnis im Überblick 153

Antrag des Stadtrates 155

Beschluss des Grossen Stadtrates von Luzern 156

Bericht und Antrag des Stadtrates von Luzern an den Grossen Stadtrat von Luzern B+A 12/2005

Stadtratsbeschluss 370 vom 20. April 2005

1 Das Jahr 2004 im Rückblick

In Luzern sind viele Veränderungsprozesse in Gange, u. a. ausgelöst durch global wirtschaftlichen, national gesellschaftlichen und lokal politischen Wandel. Weil der Stadtrat aber die Summe der Einwirkungen und unter Umständen zufälligen Stadtveränderungen nicht tatenlos hinnehmen will, hat er sich um eine verstärkte Stadtentwicklungspolitik bemüht. Sichtbare Folgen davon sind einerseits die neue Organisation der verwaltungsinternen Aufgabenzuordnung im Bereich Stadtentwicklung, andererseits die Gesamtplanung, die neu mit einer Gesamtstrategie mit Positionierung, vier strategischen Leitsätzen und den entsprechenden Stossrichtungen erscheint. Zur Erarbeitung dieser Gesamtstrategie fanden erstmals zwei Stadtentwicklungsforen statt, in denen sich Bewohnerinnen und Bewohner sowie Vertretende verschiedener auch ausserhalb der Stadt Luzern befindlicher Institutionen kritisch und engagiert eingebracht hatten.

Im Berichtsjahr konnten einige Geschäfte, die sich mit der nunmehr ausformulierten Gesamtstrategie decken, vorangebracht werden. Das Stimmvolk sagte Ja zur Ergänzung der familienergänzenden Betreuungsangebote im Bereich der Volksschulen mit einer Tagesschule. Sie wird im Schuljahr 2005/2006 ihren Betrieb, vorerst auf die Versuchsphase von drei Jahren beschränkt, aufnehmen. Ebenso sagte das Stimmvolk Ja zur Sanierung von Schulhaus und Turnhalle Dula sowie dem Neubau einer Doppelturnhalle Säli. Der Grosse Stadtrat schliesslich bewilligte den Kredit für eine neue Schulanlage Unterlöchli.

Die letztgenannte Anlage ist nötig, weil die Anstrengungen zur Positionierung Luzern als Wohnort Früchte tragen wird und im Gebiet Ober- und Unterlöchli neben den in den vergangenen Jahren entstandenen Wohnungen in naher Zukunft weiterer Wohnraum entstehen wird. In der Tribschenstadt konnten im Berichtsjahr weit über 100 Wohnungen bezogen werden; dies nicht nur von Personen, die ihren Wohnsitz innerhalb der Stadt Luzern verlegten, sondern auch von Auswärtigen – übrigens auch aus so genannt "steuergünstigen" Nachbarkantonen.

Dass die Zahl der 2004 beim Zivilstandsamt gemeldeten Geburten deutlich zunahm, liegt hingegen an der neuen, regionalen Organisation des Zivilstandsamtes, in deren Rahmen die Gemeinden Luzern, Littau, Malters, Meggen und Schwarzenberg seit Anfang 2004 einen gemeinsamen Zivilstandskreis bilden. Damit haben die angeschlossenen Gemeinden bewiesen, dass ihnen eine verbindlichere, verstärkte interkommunale Zusammenarbeit nicht gleichgültig ist. Um in dieser strategischen Richtung weitere Schritte machen zu können, hat der Stadtrat auch im Berichtsjahr bei PASL mitgearbeitet und sich für neue Zusammenarbeitsstrukturen eingesetzt. Noch immer wird da und dort in der Nachbarschaft der Stadt gezögert, und es werden Zweifel geäussert, sodass Geduld gefragt ist. Gleiches lässt sich zum geplanten Fusionsvorhaben mit der Gemeinde Littau sagen. Nach der breiten Vernehmlassung Anfang Jahr und den zeitgleich durchgeführten Neuwahlen trat eine terminliche Verzögerung ein, weil der neu zusammengesetzte Gemeinderat Zeit benötigte, um sich mit dem Geschäft, das für die beiden Gemeinden, aber auch für die gesamte Region von zukunftsweisender Bedeutung ist, vertieft zu befassen.

Nicht alle Geschäfte des Stadtrates waren erfolgsgekrönt. Der Projektierungskredit für einen Neubau des Hallenbades im Strandbad Tribschen fand bei der Bevölkerung keine Mehrheit. Der Stadtrat überlegt sich mit Hilfe einer internen Arbeitsgruppe neue Lösungsansätze.

Uneinheitlich präsentiert sich die Finanzlage. Statt eines budgetierten Defizites resultiert ein erfreulicher, kleiner Überschuss, insbesondere dank rigoroser Ausgabenkontrolle und etwas höheren Steuererträgen vor allem bei den juristischen Personen und deren Steuernachträgen. Die mittelfristige Finanzplanung dagegen zeigt ein weniger günstiges Bild. Einerseits sorgt die notwendige, vorübergehende Erhöhung des Investitionsplafonds für verstärkten Finanzbedarf, andererseits ist aus zweierlei Gründen mit sinkenden Steuererträgen zu rechnen: Die Mehrheit des Grossen Stadtrates verlangt eine Senkung des städtischen Steuerfusses, und die geplante Revision des kantonalen Steuergesetzes wird zu einem deutlichen Steuerertragsausfall auf Gemeindeebene führen.

2 Hauptziele des Stadtrates 2004

Wie in den Vorjahren hat der Stadtrat mit dem Voranschlag 2004 im B+A nicht nur die Zahlen für das Jahr 2004 präsentiert, sondern auch seine Hauptziele für das Berichtsjahr und die Jahresziele der Direktionen beschrieben. Mit dem vorliegenden B+A 12/2005 erstattet er nun Bericht über die erreichten Ziele, die ergriffenen Massnahmen und die erreichten Ergebnisse im Rechnungsjahr 2004.

- Integrationsförderung: Die erste Umsetzungsphase ist ausgewertet.
- Aufgabenteilung Kanton–Gemeinden: Die Forderungen der Stadt Luzern in den verschiedenen Umsetzungsbereichen sind berücksichtigt.
- Fusion Littau–Luzern: Entscheidungsgrundlagen sind erarbeitet, und die öffentliche Diskussion ist lanciert.
- Allmendplanung: Konzepte zu den Thesen des Stadtrates sind aufeinander abgestimmt und Szenarien über die weitere Entwicklung erarbeitet.

Integrationsförderung
Die erste Umsetzungsphase der Integrationspolitik ist ausgewertet. Der Stadtrat legt dem Parlament im Herbst 2005 einen Bericht und Antrag vor, in welchem er über die ersten vier Jahre Integrationspolitik berichtet und eine Strategie für die nächsten vier Jahre vorschlägt. Die städtische Integrationsaufgabe ist gut verankert und vernetzt. Die Instrumente Orientierungsangebot "Leben in Luzern" und Projektförderung haben sich bewährt, müssen jedoch noch optimiert werden. Konsolidiert sind bereits nach zweimaliger erfolgreicher Durchführung die Begrüssungsveranstaltungen für Neuzuziehende. Die Strukturen des konkreten Zusammenlebens konnten 2004 neben dem nachhaltigen Quartierentwicklungsprojekt in der Basel-/Bernstrasse, BaBeL, auch mit einem Impulsprojekt im Stadtgebiet Maihof – Löwenplatz gestärkt werden.

Aufgabenteilung Kanton–Gemeinden
In den für die Stadt Luzern wichtigsten Teilprojekten der Aufgabenteilung "Soziales" und "Kultur" konnte sich die Stadt wunschgemäss in den Arbeitsgruppen eingeben. Die Verkehrsfragen konnte die Stadt im Rahmen des Agglomerationsprogramms direkt mit dem Kanton besprechen (siehe Kapitel Baudirektion).
Der Schlussbericht der Arbeitsgruppe im Bereich Soziales sieht u. a. vor, mit Hilfe regionaler Sozialämter die Sozialarbeit zu professionalisieren und den Beitragsfonds fördernde Sozialhilfe (BFFS) für alle Gemeinden obligatorisch zu machen. Teile dieses Vorschlages stiessen hingegen bei den Gemeinden auf Widerspruch, weshalb der Verband Luzerner Gemeinden (VLG) eine Arbeitsgruppe einsetzte, die einen eigenen Bericht erstellt, der dann mit dem Vorschlag aus der Aufgabenteilung abgeglichen werden muss. Der Bericht des VLG steht bis dato noch nicht.
Die Arbeitsgruppe Kultur konnte sich auf neue Lösungen per 2008 einigen. Die Kulturförderung soll dem Prinzip "Aufgaben – Kompetenzen – Verantwortung" entsprechen. Demnach ist alles Gemeindeaufgabe, ausser folgenden, für Luzern relevanten Institutionen: Luzerner Theater, Luzerner Sinfonieorchester, Verkehrshaus, Kunstmuseum. Die Finanzierungsmodelle dieses neuen Aufgabentyps (kantonale Aufgabe mit regionaler Zusammenarbeit) sind noch konkret auszuhandeln. Die Denkmalpflege wird nur noch kantonal geregelt.

Fusion Luzern–Littau
Die Grundlagenstudie "Machbarkeit und mögliche Auswirkungen eines Zusammenschlusses der Stadt Luzern und der Gemeinde Littau" wurde noch im Dezember 2003 in die Vernehmlassung gegeben, welche bis Mitte Mai 2004 andauerte. Die Rückmeldungen gaben kein einheitliches Bild und betonten sowohl zu erwartende Vor- als auch Nachteile.
Der Stadtrat hingegen sah sich durch die Studie bestätigt, dass eine Fusion mit der Gemeinde Littau – insbesondere, wenn es nicht dabei bleibt – für die Region deutlich mehr Vor- als Nachteile bringen wird.
Der auf das letzte Quartal des Berichtsjahres vorgesehene Planungsbericht konnte leider nicht so rasch wie gewünscht erstellt werden. Die Wahlen und der Legislaturwechsel führten zu Verzögerungen. Die beiden Exekutiven haben entschieden, das Projekt so weit zu konkretisieren, dass eine sachbezogene Volksbefragung möglich sein wird. Es wurde daher ein Zwischenbericht in Aussicht genommen, der im zweiten Quartal des Jahres 2005 den Parlamenten in beiden Gemeinden zugestellt werden soll. Wichtiger als rasche Entscheide

sind in einem so komplexen Projekt die Fortschritte im Prozess.

Allmendplanung
Gestützt auf B+A 13/2003 hat die Baudirektion der Firma Metron AG, Brugg, den Auftrag für eine Konzeptplanung für die Luzerner Allmend erteilt. Am 23. August 2004 hat die Metron einen Zwischenbericht abgeliefert. Im September 2004 hat der Stadtrat einen Zwischenentscheid gefällt und die Öffentlichkeit über den Stand der Planung informiert. Mit diesem Zwischenentscheid hat sich der Stadtrat für den Verbleib der Messe und des Stadions am bisherigen Standort ausgesprochen. Damit können die Thesen, welche der Stadtrat dem B+A 13/2003 zugrunde gelegt hat, weitgehend eingehalten und eine vertretbare räumliche Entwicklung für die nächste Generation auf der Allmend eingeleitet werden. Gestützt auf den Zwischenentscheid des Stadtrates hat die Firma Metron das Gesamtkonzept erarbeitet und den Schlussbericht dazu am 6. Januar 2005 abgeliefert. Im Rahmen dieses Gesamtkonzepts hat die Metron den Bereich Messe–Stadion vertieft behandelt und dafür ein räumliches Richtkonzept vorgeschlagen. Parallel dazu haben eine private Initiantengruppe sowie der Fussballclub Luzern Vorschläge für den Teilneubau des Stadions ausgearbeitet. Weil die Finanzierung des vorgeschlagenen Stadionteilneubaus noch nicht geklärt werden konnte, haben sich Verzögerungen ergeben. Der B+A zum Gesamtkonzept Allmend wird im Sommer 2005 dem Parlament zugeleitet.
Mit der Freigabe eines Kredites von Fr. 0,32 Mio. für die dringendsten Sanierungen der Leichtathletikanlage hat der Stadtrat bereits ein erstes Umsetzungsprojekt ausgelöst, um damit die weitere Durchführung der internationalen Meetings auf der Allmend weiterhin gewährleisten zu können.

3 Ergebnis der Jahresrechnung 2004

3.1 Gesamtüberblick

Die Zahlen der Laufenden Rechnung 2004 präsentieren sich im Überblick wie folgt:

[Mio. Fr.]	Rechnung	Budget
Aufwand	586,7	573,0
Ertrag	587,9	568,6
Ergebnis	+1,2	-4,4

Das erfreuliche Rechnungsergebnis 2004 verdankt sich in erster Linie zwei Faktoren:
- Stadtrat und Verwaltung hatten die Konsumausgaben im Griff.
- Die Steuererträge (der juristischen Personen) lagen über Budget.

Bei den Steuererträgen präsentiert sich die Situation im Einzelnen wie folgt:

[in Mio. Fr.]	2003 Rechnung	2004 Budget	2004 Rechnung
NP Jahr	154,1	156,0	155,4
NP Nachträge	24,3	14,0	12,3
JP Jahr	45,0	45,0	49,1
JP Nachträge	6,6	3,0	10,1
Total	230,0	218,0	226,9

NP: natürliche Personen, JP: juristische Personen, Jahr: laufendes Jahr

Der Ertrag der ordentlichen Gemeindesteuern liegt – wie erwartet – tiefer als im Vorjahr. Insbesondere trat der budgetierte Einbruch bei den Nachträgen der natürlichen Personen ein. Die ausserordentlich hohen Nachträge im Jahr 2003 standen noch im Zusammenhang mit der Umstellung auf die einjährige Steuerveranlagung. Der Umstellungseffekt wirkt nun nicht mehr, und auch der gute Veranlagungsstand beim Steueramt führt wieder zu tieferen Nachträgen. Andererseits lagen die Erträge der juristischen Personen deutlich über der budgetierten Summe, sodass der Rückgang des Gesamtertrages gegenüber dem Vorjahr um Fr. 9 Mio. geringer ausfiel, als im Voranschlag befürchtet. Die Erträge der juristischen Personen halten sich seit einigen Jahren auf hohem Niveau, und die aktuelle Planung geht davon aus, dass dies auch in Zukunft so sein wird. Hingegen stehen die nochmals überraschend hohen Nachträge bei den juristischen Personen im Zusammenhang mit der beschleunigten Einschätzung alter Fälle durch das kantonale Steueramt, weshalb künftig mit tieferen Nachträgen zu rechnen ist.

Der Anteil der juristischen Personen am Gesamtertrag ist wieder auf 26 % angestiegen. Die zwanzig grössten Firmen erbringen über 90 % des gesamten Steuerertrags der juristischen Personen. Der Ertrag der juristischen Personen lag im abgelaufenen Jahr um fast Fr. 9 Mio. über dem Durchschnitt der fünf Vorjahre. Somit erfolgte – gemäss dem seit einigen Jahren geltenden Mechanismus – eine nicht budgetierte Einlage in die Steuerausgleichsreserve in der Höhe von Fr. 4,4 Mio.

Neben den im Voranschlag kreditierten Ausgaben für Gemeindeaufgaben wurden im Laufe des Jahres zu Lasten der Laufenden Rechnung für Konsumausgaben gebundene Nachtragskredite in der Höhe von rund Fr. 8,5 Mio. und frei bestimmbare Nachtragskredite in der Höhe von rund Fr. 2,5 Mio. gesprochen. Gleichwohl konnte netto das Budget bei den Konsumausgaben gut eingehalten werden: Die zusätzlich zu verkraftenden Ausgaben wurden je rund zur Hälfte kompensiert durch Einsparungen bei anderen Positionen und durch Ertragssteigerungen bei den Entgelten, Beiträgen usw. Das Kostenmanagement und insbesondere die unterjährige Steuerung der Ausgaben, welche intensiviert wurde und neu auf Trimester-Hochrechnungen basiert, haben sich bewährt und leisten einen wichtigen Beitrag zur Einhaltung des Budgets bei den Konsumausgaben. Damit konnte das Wachstum der Konsumausgaben gegenüber dem Vorjahr auf bescheidene 0,3 % beschränkt werden. Bereits im Jahr 2003 betrug der Anstieg übrigens nur zwischen 0,5 % und 1,0 % (eine ganz exakte Berechnung war wegen der Umstellungen im Zusammenhang mit dem neuen Finanzausgleich erschwert), auch dies ein Hinweis darauf, dass es dem Stadtrat mit dem Kostenmanagement ernst ist.

Für Investitionen im Rahmen des Investitionsplafonds standen rund Fr. 44 Mio. zur Verfügung, nämlich zusätzlich zu den Fr. 33 Mio. im Plafond des Jahres 2004 noch knapp Fr. 11 Mio., die aus dem Vorjahr übertragen worden waren. Die aus dem Vorjahr verschobenen Projekte wurden realisiert; hingegen kam es bei den für das Jahr 2004 geplanten Investitionen wiederum zu Verzögerungen, sodass insgesamt Investitionen in der Höhe von nur rund Fr. 34 Mio. getätigt wurden. Die verbleibenden rund Fr. 10 Mio. wurden wiederum auf die Investitionsrechnung 2005 übertragen.

Die Abschreibungen im Jahr 2004 wurden wie budgetiert vorgenommen. Unter Berücksichtigung auch der spezialfinanzierten Bereiche

tätigte die Stadt im Jahr 2004 Bruttoinvestitionen in der Höhe von rund Fr. 50 Mio.

Steuermehrerträge von rund Fr. 10 Mio. und nicht getätigte Investitionen von ebenfalls rund Fr. 10 Mio. führten dazu, dass die Nettoschuld nicht – wie bei der Budgetierung angenommen – um rund 20 Mio. anstieg, sondern sogar nochmals leicht um Fr. 2,2 Mio. auf Fr. 129 Mio. gesenkt werden konnte. Insbesondere im Hinblick auf grosse anstehende Investitionsvorhaben ist ein tiefer Verschuldungsstand positiv zu bewerten.

3.2 Laufende Rechnung / Ergebnis nach Kostenarten

Die Rechnung 2004 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 1,19 Mio. ab. Budgetiert war ein Fehlbetrag von Fr. 4,41 Mio.

Die Rechnung 2004 zeigt im Überblick folgende Ergebnisse:

Aufwand	**Rechnung 2004**	**Voranschlag 2004**	Ergebnisverbesserungen	Ergebnisverschlechterungen
Personalaufwand	233'988'913	237'916'400	**3'927'487**	
Sachaufwand	65'114'812	64'525'600		**589'212**
Passivzinsen	13'761'722	11'442'900		**2'318'822**
Abschreibungen	48'733'149	47'233'300		**1'499'849**
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	13'722'788	12'568'000		1'154'788
Entschädigungen an Gemeinwesen	7'347'192	7'731'400	**384'208**	
Eigene Beiträge	134'864'755	128'676'700		**6'188'055**
Durchlaufende Beiträge				
Einlagen in Spezialfinanzierungen und Stiftungen	21'263'503	14'180'300		**7'083'203**
Interne Verrechnungen	47'909'732	48'697'800	788'068	
Total	**586'706'567**	**572'972'400**	**5'099'763**	**18'833'930**
Mehraufwand			13'734'167	

Ertrag	**Rechnung 2004**	**Voranschlag 2004**	Ergebnisverbesserungen	Ergebnisverschlechterungen
Steuern	262'303'545	250'432'000	**11'871'545**	
Konzessionen und Regalien	4'051'731	4'034'000	17'731	
Vermögenserträge	28'600'625	30'029'500		**1'428'875**
Entgelte	159'190'229	152'130'100	**7'060'129**	
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	10'196'760	10'242'200		45'440
Rückerstattung von Gemeinwesen	13'373'992	12'787'000	**586'992**	
Beiträge für eigene Rechnung	45'379'569	44'625'800	**753'769**	
Durchlaufende Beiträge				
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen	16'889'226	15'585'600	**1'303'626**	
Interne Verrechnungen	47'909'732	48'697'800		788'068
Total	**587'895'410**	**568'564'000**	**21'593'793**	**2'262'383**
Mehrertrag				19'331'410

Ergebnis	**1'188'843**	**-4'408'400**		
Differenz zum Voranschlag			5'597'243	

Abweichungen gegenüber Voranschlag **(fett = kommentierte Abweichungen)**

3.2.1 Aufwand

Der **Personalaufwand** liegt mit Fr. 234,0 Mio. um Fr. 3,9 Mio. tiefer als budgetiert.
Im Bildungsbereich mussten je zwei Abteilungen der Primar- und der Wirtschaftsmittelschule weniger geführt werden als budgetiert, was zu Einsparungen von rund Fr. 1 Mio. führte. Zudem entfielen die Annuitäten von Fr. 0,8 Mio. nach der Rückzahlung der Schuld gegenüber der LUPK per Ende 2002. Die Abgrenzung nach dem Systemwechsel für die Pensionsordnung des Stadtrates und die Stadtratsrenten machten über Fr. 0,1 Mio. weniger aus als angenommen.
Innerhalb der Sozialdirektion wurden vermehrt Mutationsgewinne von Fr. 0,2 Mio. erzielt und beim Globalbudget HAS rund Fr. 0,2 Mio. weniger für Aushilfen aufgewendet.
Bei der Stadtpolizei führten Mutationsgewinne und zu hoch budgetierte Personal- und Sozialversicherungsbeiträge zu einem Minderaufwand von Fr. 0,4 Mio. Der Personalaufwand beim Globalbudget Tiefbauamt wurde aufgrund von mehr Aufträgen an Dritte um Fr. 0,4 Mio. unterschritten.
In den Dienstabteilungen der Finanzdirektion konnten insgesamt Fr. 0,3 Mio. an Besoldungen sowie an Aus- und Weiterbildungskosten eingespart werden. Zusätzlich fielen die Frühpensionierungen mit Übergangsrenten um Fr. 0,4 Mio. weniger ins Gewicht als angenommen.

Der **Sachaufwand** beträgt total Fr. 65,1 Mio. und übersteigt somit das Budget um Fr. 0,6 Mio. Diese ergeben sich aus Mehraufwendungen von Fr. 2,8 Mio. und Minderaufwendungen von Fr. 2,2 Mio.
Im Zusammenhang mit dem Neuen Finanzausgleich sind Mieten für Amtsgericht, Stadtbibliothek, Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg von insgesamt Fr. 1,5 Mio. neu als Interne Verrechnung (Konto 390.00) ausgewiesen.
Die Einsparungen von rund Fr. 0,5 Mio. der Abteilung PIT betrafen die Wartungskosten, die Telematik und die Infrastruktur für das Internet. Das kantonale Sparprogramm in der Heimfinanzierung wirkte sich bei der KJU mit Fr. 0,2 Mio. positiv aus.
Der Mehraufwand ergab sich hauptsächlich aus folgenden Positionen: Innerhalb des Globalbudgets Tiefbauamt machen Drittleistungen und Betriebsaufwand rund Fr. 1 Mio. mehr aus. Ebenfalls ca. Fr. 1 Mio. betreffen die ausserordentlichen baulichen Sanierungen (in Kompetenz des Stadtrates bzw. gebundene Ausgaben) der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens. Die Studie der Neuanlage Stadtgärtnerei und verschiedene Projekte der Stadtplanung wurden vom Stadtrat nachträglich mit insgesamt Fr. 0,6 Mio. kreditiert.

Die **Passivzinsen** sind mit Fr. 13,8 Mio. um Fr. 2,3 Mio. höher ausgefallen als budgetiert. Für den positiven Ausgleichszins von 2 % bei vorzeitiger Bezahlung der Steuern mussten den Steuerpflichtigen rund Fr. 3,6 Mio. Zinsen vergütet werden, budgetiert waren Fr. 0,6 Mio. Infolge geringerer Bestände und des tiefen Zinsniveaus mussten für die Verzinsung der Depotkonti, der Zuwendungen und der Spezialfinanzierungen durchwegs tiefere Zinsen gutgeschrieben werden als budgetiert.

Die **Abschreibungen** belaufen sich auf insgesamt Fr. 48,7 Mio. und sind um Fr. 1,5 Mio. höher als budgetiert. Darin sind die Abschreibungen aus der Investitionsrechnung und den Spezialfinanzierungen enthalten. Die ordentlichen und zusätzlichen Abschreibungen im Betrag von Fr. 33 Mio. erreichen somit wieder 100 % der Neuinvestitionen gemäss Plafond. Die Abschreibungen zu Lasten von Auflösung von Reserven fielen um Fr. 1,3 Mio. höher aus, der Hauptteil entfällt auf die Entsorgung der Altlasten der Tribschen-Baufelder.
Bei den Gemeindesteuern mussten Fr. 3,5 Mio. mehr abgeschrieben werden. Das Delkredere konnte jedoch um Fr. 3,6 Mio. auf Fr. 9,4 Mio. reduziert werden.

Unter **Entschädigungen an Gemeinwesen** mussten mit Fr. 7,3 Mio. rund Fr. 0,4 Mio. weniger als budgetiert bezahlt werden. Einsparungen beim ZSO Pilatus wirkten sich mit Fr. 0,1 Mio. auch positiv auf den Beitrag der Stadt aus. Weniger Oberstufen-Schüler in auswärtigen Schulen führten zu rund Fr. 0,1 Mio. geringeren Stadtbeiträgen. Aus der Spezialfinanzierung Stadtentwässerung mussten Fr. 0,2 Mio. weniger an den Gemeindeverband Abwasser entrichtet werden.

Für **eigene Beiträge** mussten Fr. 6,2 Mio. mehr aufgewendet werden als budgetiert.
Im Bereich SOD, Wirtschaftliche Sozialhilfe, lagen die Beiträge Fr. 5,8 Mio. über dem Voranschlag. Die zusätzlichen Beiträge an den Kanton für Invalidenversicherung, Krankenversicherung, Ergänzungsleistungen und Heimfinanzierung führten zu Mehraufwen-

dungen von total Fr. 2,1 Mio. Dagegen fiel der Mehraufwand aus der Alimentenbevorschussungen um Fr. 0,3 Mio. tiefer aus.
Bei der Wirtschaftsmittelschule mussten zwei Abteilungen weniger geführt werden als budgetiert. Der netto Aufwand reduzierte sich dadurch um Fr. 0,7 Mio. Mehr Schüler aus der Stadt an der Kantonsschule lösten mehr Beiträge von Fr. 0,1 Mio. aus.
Der Beitrag an den Zweckverband öV fiel um die Rückerstattung aus der Abrechnung 2003 um Fr. 0,5 Mio. tiefer aus.

Die **Einlagen in Spezialfinanzierungen** und Spezialfonds fielen um Fr. 7,1 Mio. höher aus als budgetiert.
Bei der Baudirektion erfolgten zusätzliche Einlagen von Fr. 0,5 Mio. in die Spezialfinanzierungen Stadtentwässerung und Kehrichtbeseitigung sowie Fr. 0,4 Mio. in die Rückstellung für Grabenaufbrüche. Die Einlage in die Rückstellung für zugesicherte Denkmalpflegebeiträge musste gegenüber dem Budget um rund Fr. 0,9 Mio. erhöht werden. Darin enthalten ist der Stadtanteil an die Sanierung der Schulanlage Dula (Fr. 1,3 Mio.). Der Hauptanteil des Mehraufwandes für Kultur und Freizeit (vgl. S. 15) ist demnach auf die Denkmalpflege zurückzuführen.
Der Mehrertrag der Steuern von juristischen Personen erlaubte eine nicht budgetierte Einlage von Fr. 4,4 Mio. in die Steuerausgleichsreserve. Die Billettsteuererträge, als Einlage in Fonds zu Gunsten von Kultur und Sport, fielen um Fr. 0,2 Mio. höher aus. Dank den höheren Feuerwehrpflichtersatzabgaben und dem Vorzug der Anschaffung des Pikettfahrzeuges (2003) konnte anstelle der budgetierten Entnahme eine Einlage von Fr. 0,3 Mio. in die Spezialfinanzierung Feuerwehr gemacht werden.
Die positiven Rechungsergebnisse 2003 und 2004 innerhalb des Globalbudgets HAS erlaubten eine Rückstellung von Fr. 0,2 Mio.
Die Einlage in die Vorfinanzierung Mobilität von Fr. 5 Mio. entspricht dem Budget.

3.2.2 Ertrag

Der gesamte Steuerertrag von Fr. 262,3 Mio. liegt um Fr. 11,9 Mio. über dem Voranschlag. Der Ertrag aus **Einkommens- und Vermögenssteuern von** Fr. 236,6 Mio. übertraf das Budget um Fr. 9,9 Mio. Hauptverantwortlich sind die Erträge der juristischen Personen, die rund Fr. 11,2 Mio. höher ausfielen. Über Fr. 7,1 Mio. entfallen davon auf Nachträge früherer Jahre. Dagegen wurde das Budget bei den natürlichen Personen um zirka Fr. 2,3 Mio. nicht erreicht. Den Mehrerträgen aus Sondersteuern auf Kapitalauszahlungen (Fr. 0,6 Mio.) und auf Nach- und Strafsteuern (Fr. 0,8 Mio.) stehen Mindereinnahmen bei der Quellensteuer (Fr. 0,4 Mio.) gegenüber.

Bei den **übrigen Steuern** liegen die Liegenschaftssteuern und die Handänderungssteuern mit je Fr. 0,5 Mio. über dem Voranschlag, die Grundstückgewinnsteuern jedoch mit Fr. 1,2 Mio. unter dem Budget. Der Anteil an den kantonalen Erbschaftssteuern entspricht mit Fr. 3,2 Mio. dem Budget, die Nachkommens-Erbschaftssteuer übertraf den Voranschlag um Fr. 2 Mio. Die Billettsteuern sind um Fr. 0,2 Mio. höher ausgefallen.

Kennzahlen Steuerertrag	**1998**	**1999**	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**
Total Steuerertrag pro Einheit	103'571'409	118'284'281	110'778'625	118'364'857	128'510'769	126'521'622	124'352'339
Anteil jur. Personen am Steuerertrag	15,64%	19,31%	18,00%	25,57%	29,60%	22,19%	26,09%
Ertrag nat. Personen pro Steuerpfl./Einh.	1'984	2'428	2'310	2'501	2'447	2'411	2'230
Ertrag jur. Personen pro Steuerpfl./Einh.	3'587	5'056	4'415	6'702	11'420	7'855	9'925
Erlasse, Verluste, Abschreibungen[1]	2'732'521	2'974'757	2'672'349	5'331'173	3'715'223	3'589'664	6'477'715
E, V + A in % des Steuerertrages	1,70%	1,62%	1,56%	2,31%	1,48%	1,53%	2,82%

[1] Ohne Einlagen/Entnahmen Delkredere

Die **Vermögenserträge** brachten mit Fr. 28,6 Mio. rund Fr. 1,4 Mio. weniger ein als budgetiert.
Im Zusammenhang mit dem Neuen Finanzausgleich werden Mieten und Benützungsgebühren von rund Fr. 2,7 Mio. aus Liegenschaften des Verwaltungsvermögens neu unter den Entgelten oder als Interne Verrechnungen ausgewiesen.
Durch die tiefere Verzinsung der Geldmarktgeschäfte und Forderungen entstand ein Ertragsausfall von Fr. 0,3 Mio. Die Mindererträge aus Liegenschaften des Finanzvermögens von Fr. 0,3 Mio. sind auf die geringere Anzahl Wohnungen sowie auf einen gegenüber dem Budget tiefer als angenommen liegenden Hypothekarzinssatz zurückzuführen. Diesen negativen Abweichungen stehen folgende Mehrerträge gegenüber: Aus der Veräusserung von Finanzanlagen (Aktien EGZ) resultierten Buchgewinne über Fr. 0,7 Mio. Auch die Verzugs- und Ausgleichszinsen auf verspätete Steuerzahlungen ergaben Fr. 1,1 Mio. mehr als budgetiert.

Die Mehreinnahmen bei den **Entgelten** von Fr. 7,1 Mio. setzen sich aus vielen Positionen von Mehr- oder Mindererträgen zusammen. Bei der Sozialdirektion fielen mehr Rückerstattungen von Fr. 1,6 Mio. im Bereich Wirtschaftliche Sozialhilfe an. Diese wurden jedoch fast vollumfänglich durch weniger Einnahmen und Rückerstattungen in den Heimen kompensiert. Mit der Überprüfung der Berechnungsgrundlagen für den neuen kantonalen Finanzausgleich erfolgte eine Neukontierung verschiedener Erträge: Einnahmen aus der Benützung von Sportplätzen, Hallenbädern, Schulungsräumen usw. wurden bisher teilweise als Vermögenserträge verbucht. Nach Rücksprache mit den zuständigen kantonalen Stellen zeigte sich aber, dass diese Positionen richtigerweise unter den Entgelten zu verbuchen sind. Durch diese Verschiebung resultierten bei den Entgelten Mehrerträge in der Höhe von Fr. 1,2 Mio., denen aber entsprechende Mindererträge bei den Vermögenserträgen gegenüberstehen.

Die Mehrerträge von Fr. 2,2 Mio. bei der Sicherheitsdirektion betreffen hauptsächlich die Parkgebühren (0,9 Mio., neues Reglement), die neu von den Einwohnerdiensten verkauften Pässe (0,6 Mio.) und die höheren Einnahmen bei der Feuerwehrersatzpflicht (Fr. 0,3 Mio.) sowie bei den Polizeibussen (Fr. 0,2 Mio.).
Innerhalb des Globalbudgets Tiefbauamt wurde das Budget für Dienstleistungen um Fr. 2,0 Mio. und die Rückerstattungen vom Verband Kehrichtbeseitigung um Fr. 0,7 Mio. übertroffen. Beim GIS-Dienstleistungszentrum machten vor allem die früheren Rechnungsstellungen den erhöhten Ertrag von Fr. 0,5 Mio. aus. Die Schulgelder im Bildungsbereich ergaben Fr. 0,3 Mio. mehr als angenommen. Im Bereich Finanzen und Steuern sind Mehreinnahmen von Fr. 1 Mio. zu verzeichnen, nämlich Fr. 0,5 Mio. Ordnungsbussen, Fr. 0,3 Mio. unbenützte Kreditübertragungen aus dem Vorjahr und Fr. 0,2 Mio. aus der Schlussabrechnung bei den Gewerbeschulen.
Beim Steueramt mussten die Entschädigungen des Kantons von rund Fr. 1,2 Mio. für die Veranlagung Selbstständigerwerbender neu unter Rückerstattungen an das Gemeinwesen ausgewiesen werden und fehlen daher im Budgetvergleich bei den Entgelten.

Bei den **Rückerstattungen an Gemeinwesen** können die Mehrerträge von Fr. 0,6 Mio. vor allem durch die folgenden Positionen begründet werden:
Neu sind hier die oben erwähnten und budgetierten Entgelte für die Veranlagung der Selbstständigerwerbenden von Fr. 1,2 Mio. enthalten.
Die Beiträge anderer Gemeinden an die Diplommittelschule und die WMS fielen aufgrund weniger Schülern aus ihren Gemeinden um Fr. 0,6 Mio. unter dem Voranschlag aus.

Die Mehrerträge aus **Beiträgen für eigene Rechnung** von rund Fr. 0,8 Mio. betreffen hauptsächlich die Sozialdirektion.
Der Zuschuss, zu Lasten der Investitionsrechnung, an das Betagtenzentrum Eichhof für Ertragsausfälle während des Umbaus von Fr. 1,4 Mio. war im Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht vorgesehen. Dagegen fielen die Kantonsbeiträge bei der Wirtschaftlichen Sozialhilfe und der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg insgesamt um rund Fr. 0,6 Mio. geringer aus.

Die **Entnahmen aus Spezialfinanzierungen** und Rückstellungen fielen rund Fr. 1,3 Mio. höher aus als vorgesehen.
Die Entnahmen aus Spezialfinanzierungen für Abschreibungen im Rahmen der betreffenden Investitionen 2004 ergaben Fr. 0,9 Mio. mehr als angenommen. Bei den zugesicherten Denkmalpflegebeiträgen wurden 2004 Fr. 0,5 Mio. mehr zur Zahlung fällig. Die Entnahmen aus der Spezialfinanzierung Stadtentwässerung und aus dem Spezialfonds öffentliche Zivil-

schutzräume übertrafen das Budget um insgesamt Fr. 0,4 Mio.
Dagegen musste bei der Feuerwehr die budgetierte Entnahme dank mehr Feuerwehrersatzabgaben nicht erfolgen, und die Projekte beim Umweltschutz zu Lasten des Energiefonds fielen um rund Fr. 0,2 Mio. geringer aus.

3.2.3 Abweichungen der Rechnung zum Budget / Hinweis auf Begründungen

Die Abweichungen gegenüber dem Voranschlag sind bei den einzelnen Kreditpositionen im Zahlenband ausgewiesen. Soweit notwendig sind Kreditüberschreitungen im Anhang detailliert begründet. Auf die Begründung der Abweichungen bei den Konten des Personalaufwandes, bedingt durch Teuerung, Beförderungen und Besserstellungen sowie den Einbau von Reallohnerhöhungen in die pensionsversicherten Besoldungen, wird bei den einzelnen Rechnungs-Budgetpositionen verzichtet.

3.2.4 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO

Für gebundene Ausgaben mussten vom Stadtrat Kredite im Umfang von Fr. 9,01 Mio. bewilligt werden. Die Detail-Liste wird am Ende des Zahlenteils ausgewiesen.

Übersicht Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO	**2003**	**2004**
Behörden, Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt	44'600.–	21'600.–
Sozialdirektion	6'784'300.–	5'535'700.–
Bildungsdirektion	1'543'700.–	761'200.–
Sicherheitsdirektion	887'800.–	494'000.–
Baudirektion	1'093'500.–	756'600.–
Finanzdirektion	245'600.–	172'100.–
Zentrales Beitragswesen	1'247'200.–	769'000.–
Steuern, Kapital- und Zinsendienst, Abschreibungen	10'600.–	251'700.–
Investitionsrechnung	1'295'000.–	250'000.–
Total	**13'152'300.–**	**9'011'900.–**

3.2.5 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO

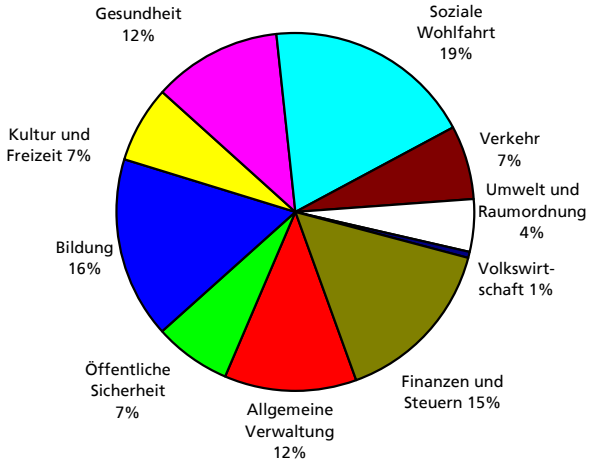
Die Nachtragskredite für frei bestimmbare Ausgaben in der Kompetenz des Stadtrates sind hier zusammengefasst. Die Detail-Liste wird am Ende des Zahlenteils ausgewiesen. Die pauschalierte Limite von Fr. 5 Mio. wurde im Jahr 2004 im Umfang von Fr. 3,38 Mio. beansprucht. Der Stadtrat verzichtete mit StB 50 vom 14. Januar 2004 auf Fr. 1 Mio. seiner Ausgabenkompetenz.

Übersicht Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO	**2003**	**2004**
Behörden, Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt	687'900.–	190'300.–
Sozialdirektion	229'500.–	304'800.–
Bildungsdirektion	642'300.–	314'900.–
Sicherheitsdirektion	145'000.–	231'500.–
Baudirektion	1'006'800.–	971'400.–
Finanzdirektion	285'800.–	260'400.–
Zentrales Beitragswesen	227'100.–	240'700.–
Steuern, Kapital- und Zinsendienst, Abschreibungen	40'000.–	51'300.–
Investitionsrechnung	362'000.–	810'000.–
Total	**3'626'400.–**	**3'375'300.–**

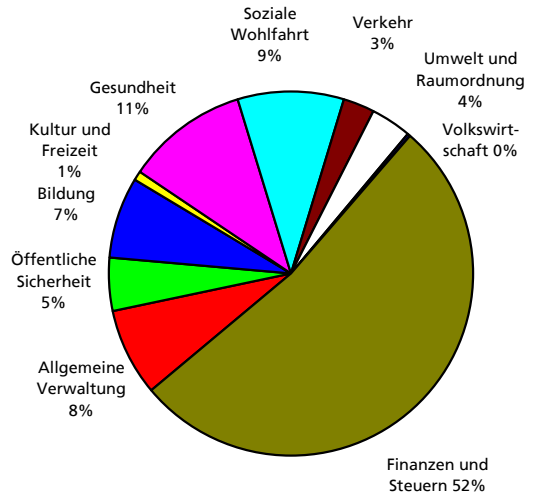
3.3 Laufende Rechnung / Ergebnis nach funktionaler Gliederung

Brutto	Rechnung 2004 (in 1000 Fr.)		Voranschlag 2004 (in 1000 Fr.)		Abweichungen	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand (Minderaufwand)	Mehrertrag (Minderertrag)
Allgemeine Verwaltung	70'547	45'824	72'723	45'137	(2'176)	687
Öffentliche Sicherheit	40'817	27'189	41'158	26'203	(341)	986
Bildung	95'557	43'300	96'918	43'169	(1'361)	131
Kultur und Freizeit	40'061	5'103	38'624	4'743	1'437	361
Gesundheit	69'645	63'226	69'978	62'926	(333)	300
Soziale Wohlfahrt	110'273	54'757	103'018	54'334	7'256	423
Verkehr	39'867	16'288	38'738	13'253	1'129	3'035
Umwelt und Raumordnung	26'349	21'297	26'136	20'891	212	406
Volkswirtschaft	4'044	2'498	4'193	2'710	(149)	(211)
Finanzen und Steuern	89'546	308'414	81'486	295'199	8'060	13'214
Total	**586'707**	**587'895**	**572'972**	**568'564**	**13'734**	**19'331**

Aufwand



Ertrag



Netto	Rechnung 2004 (in 1000 Fr.)		Voranschlag 2004 (in 1000 Fr.)		Abweichungen	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand (Minderaufwand)	Mehrertrag (Minderertrag)
Allgemeine Verwaltung	24'723		27'586		(2'863)	
Öffentliche Sicherheit	13'629		14'955		(1'327)	
Bildung	52'257		53'749		(1'492)	
Kultur und Freizeit	34'958		33'882		1'076	
Gesundheit	6'419		7'052		(633)	
Soziale Wohlfahrt	55'517		48'684		6'833	
Verkehr	23'580		25'485		(1'905)	
Umwelt und Raumordnung	5'052		5'246		(194)	
Volkswirtschaft		(1'545)		(1'483)		(62)
Finanzen und Steuern		218'867		213'713		5'154
Ergebnis	**(1'189)**		**4'408**		**(5'597)**	

3.3.1 Übersicht nach funktionaler Gliederung und Nettobelastung

3.3.1.1 Funktionale Gliederung

Die anteilmässige Verteilung der Nettoaufwände spiegelt die Hauptaufgaben der Stadt wider. Dabei ist zu beachten, dass in den Aufgabenbereichen noch nicht die Vollkosten ausgewiesen werden. Insbesondere die Kapitalkosten (Zinsen und Abschreibungen) sind separat im Bereich 9 Finanzen und Steuern erfasst.

3.3.1.2 Vergleich der Nettobelastung 2002/2003

Das kantonale Amt für Statistik veröffentlicht regelmässig die Kennziffern aus dem Finanzhaushalt der Luzerner Gemeinden. Der neuste Bericht "Der Finanzhaushalt der Gemeinden 2003" ist auf der Homepage des Amtes für Statistik abrufbar. Somit können wiederum direkte Vergleiche der Gesamtausgaben und der Ausgaben pro Kopf nach funktionaler Gliederung gezogen werden.
In den folgenden Tabellen sind die Nettoausgaben insgesamt und pro Kopf für die Aufgabenbereiche 0 bis 7 für die Jahre 2002 und 2003 dargestellt. In Tabelle 1 werden die absoluten Nettoausgaben der Stadt verglichen mit den Ausgaben der Gemeinden des Agglomerationsgürtels sowie den 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern. Wenn die Stadt netto gleich hohe Pro-Kopf-Ausgaben tätigen würde wie der Durchschnitt der 14 Agglomerationsgemeinden bzw. der übrigen 92 Luzerner Gemeinden des Kantons Luzern, so läge ihre Belastung um rund Fr. 57,9 Mio. bzw. Fr. 62,5 Mio. tiefer, als dies effektiv der Fall ist. Im Jahre 2003 stieg die Nettobelastung im Vergleich zu den Agglomerationsgemeinden wieder um Fr. 5 Mio. an, im Vergleich zu den übrigen 92 Gemeinden sank die Netto-Mehrbelastung nochmals um Fr. 5,7 Mio. Im Jahr 1995 betrug dieser Unterschied gegenüber den Agglomerationsgemeinden Fr. 85,4 Mio. (–32 %), gegenüber den 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern noch rund Fr. 98 Mio. (–36 %). Die Mehrbelastung der Stadt konnte innert acht Jahren also merklich reduziert werden! Hauptgründe für diese Verbesserung sind Optimierungen und Einsparungen im eigenen Bereich, Ertragssteigerungen sowie erfolgreich realisierte Lösungen im Bereich der zentralörtlichen Leistungen. Im Bericht B 12/2000 "Der Weg zum Rechnungsausgleich II – Erster Berichtsteil" weist der Stadtrat für die letzten Jahre allein in den Bereichen Optimierungen und ZöL Verbesserungen von gegen Fr. 40 Mio. aus. Diese wurden bisher weitgehendst realisiert. Der weiterhin bestehende grosse Unterschied erklärt sich in erster Linie aus der Zentrumsfunktion der Stadt. Im ersten Bericht B 5/1998 "Der Weg zum Rechnungsausgleich" wurden rund Fr. 90 Mio. als Ausgaben für die zentralörtlichen Leistungen der Kernstadt ausgewiesen, wovon über ein Drittel für auswärtige Nutzniesser erbracht werden.

Tabelle 1: Vergleich Nettobelastung zwischen der Stadt, dem Agglomerationsgürtel und den übrigen Gemeinden des Kantons Luzern

Jahr 2003	Nettobelastung absolut			Vergleichsausgaben [Anzahl Einw. Stadt Luzern x Nettobelastung pro Kopf]		Differenz Netto-Mehrbelastung der Stadt Luzern	
in Fr. 1'000.–							
Funkt. Gliederung	Stadt Luzern	Agglomerationsgürtel (14 Gemeinden)	92 übrige Gemeinden des Kt. Luzern	des Agglomerationsgürtels (14 Gemeinden)	der 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern	gegenüber dem Agglomerationsgürtel	gegenüber den 92 übrigen Gemeinden
1 Sicherheit	13'479	6'510	7'758	3'064	2'595	10'415	10'884
2 Bildung	51'553	135'649	222'219	63'425	74'321	-11'872	-22'768
3 Kultur und Freizeit	28'668	13'751	12'655	6'418	4'232	22'250	24'436
4 Gesundheit	7'278	8'273	5'016	3'874	1'678	3'404	5'600
5 Soziale Wohlfahrt	48'274	90'651	113'941	42'380	38'108	5'894	10'166
6 Verkehr	26'032	24'264	19'156	11'332	6'407	14'700	19'625
7 Umwelt und Raumordnung	8'808	9'232	12'890	4'336	2'087	4'472	6'721
0 Allgemeine Verwaltung	30'576	46'937	67'358	21'970	22'737	8'606	7'839
Total Nettobelastung	**214'668**	**335'267**	**460'993**	**156'800**	**152'164**	**57'868**	**62'504**
Mittlere Wohnbevölkerung:	57'817	123'665	172'872				

Die absolute und relative Steuerkraft der Stadt Luzern (ersichtlich in Tabelle 2) ist im Vergleich zum Kanton und den übrigen 92 Luzerner Gemeinden bedeutend höher. Für das Jahr 2003 liegt der Steuerertrag einer Einheit (absolute Steuerkraft) bei rund Fr. 129,8 Mio. Der Anteil der Stadt Luzern am Steuerertrag aller Luzerner Gemeinden ist von 32,8 % im Jahr 1981 auf 24,3 % im Jahr 1998 gefallen. Seither ist er wieder angestiegen: Per Ende 2003 lag er bei 25,8 %. Die Ursachen dieser Steuererosion waren unter anderem der Bevölkerungsrückgang (Einbusse an Steuersubstrat) und die durch die Wanderungsströme bewirkte Veränderung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (Strukturveränderung). Es zeichnet sich ab, dass dank der städtischen Wohnoffensive die Entwicklung des Steuerertrages bei den natürlichen Personen wieder positiv verläuft.

In der dritten Tabelle sind die Konsumausgaben pro Kopf für die Stadt Luzern, die 14 Agglomerationsgemeinden sowie die 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern dargestellt. Hier erkennt man auch, welche Aufgaben besonders "stadtlastig" sind.

Insgesamt ist die Nettobelastung in der Stadt Luzern pro Kopf leicht angestiegen. Sie liegt im Durchschnitt immer noch um mehr als 36 % über derjenigen der Agglomerationsgemeinden oder 41 % über dem Durchschnitt der übrigen Gemeinden des Kantons Luzern. Die markanten Verschiebungen in den Bereichen Bildung und Soziale Wohlfahrt zwischen 2002 und 2003 sind grösstenteils auf die Einführung des Neuen Finanzausgleichs (NFA) zurückzuführen.

Der Stadtrat hat seit dem Bericht über die zentralörtlichen Leistungen verschiedene Massnahmen eingeleitet, um das strukturelle Ungleichgewicht im Finanzhaushalt zu beheben und um die Problematik der hohen Ausgabenbelastung anzugehen.
Weitere Schritte sind im Rahmen des Kostenmanagements angeordnet. Die Resultate werden seit der Einführung des unterjährigen Controllings regelmässig überwacht.

Tabelle 2: Vergleich Steuerkraft zwischen 2002 und 2003 pro Einheit in Fr. 1'000.-- und pro Kopf in Fr.

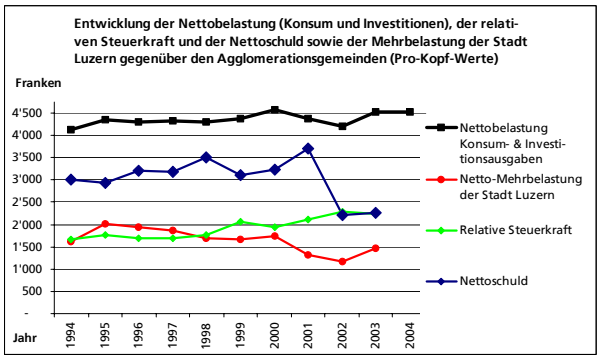
Angaben aus der Steuerstatistik	Stadt Luzern			übrige 92 Gemeinden des Kt. LU [Kanton Luzern ohne Stadt Luzern und 14 Agglomerationsgemeinden]			Mehrertrag der Stadt Luzern [Anz. Einw. Stadt x Mehrertrag pro Kopf der Stadt Luzern]		
	2002	2003	Veränd.	2002	2003	Veränd.	2002	2003	Veränd.
Steuerertrag pro Einheit	131'815	129'802	-2%	190'965	191'456	0%	42'258	40'288	-5%
St.-Ertrag pro Kopf u. Einheit	2'292	2'245	-2%	1'557	1'548	-1%	735	697	-5%

Tabelle 3: Vergleich Nettobelastung pro Kopf in Franken zwischen 2002 und 2003

Funkt. Gliederung	Nettoausgaben der Stadt			14 Agglomerationsgemeinden			übrige 92 Gden Kt. LU		
	2002	2003	Veränd.	2002	2003	Veränd.	2002	2003	Veränd.
1 Sicherheit	239	233	-3%	52	53	2%	39	45	15%
2 Bildung	1'009	892	-12%	1'294	1'097	-15%	1'274	1'285	1%
3 Kultur und Freizeit	480	496	3%	117	111	-5%	71	73	3%
4 Gesundheit	162	126	-22%	73	67	-8%	27	29	7%
5 Soziale Wohlfahrt	589	835	42%	530	733	38%	466	659	41%
6 Verkehr	473	450	-5%	195	196	1%	107	111	4%
7 Umwelt und Raumordnung	145	152	5%	60	75	25%	75	36	-52%
0 Allgemeine Verwaltung	539	529	-2%	397	380	-4%	392	393	0%
Total Nettobelastung pro Kopf	**3'636**	**3'713**	**2%**	**2'718**	**2'712**	**0%**	**2'451**	**2'631**	**7%**
Mittlere Wohnbevölkerung	57'522	57'817	295	122'621	123'665	1'044	171'786	172'872	1'086

Mittlere Wohnbevölkerung des Kantons Luzern: 2002: 351'929; 2003: 354'354

3.3.2 Vergleich der Nettobelastung, der Steuerkraft und der Nettoschuld der Stadt Luzern mit den Agglomerationsgemeinden

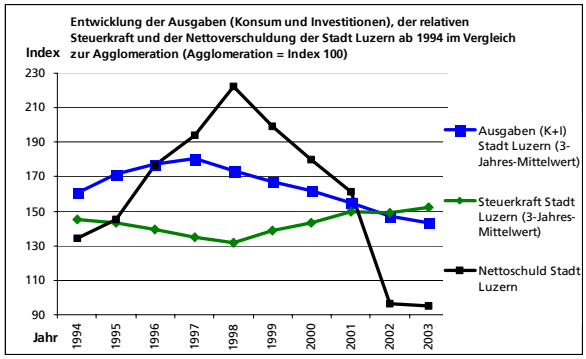


Die linke Grafik zeigt die Entwicklung der Ausgaben (Konsum und Investitionen), der Nettoschuld, der relativen Steuerkraft sowie der Mehrausgaben (Konsum und Investitionen) gegenüber der Agglomeration (alle Werte in Franken pro Kopf).

Die rechte Grafik stellt die Entwicklung der städtischen Ausgaben, der Nettoschuld und der Steuerkraft in Relation zu den entsprechenden Werten der Agglomerationsgemeinden dar. Die statistischen Daten sind bis und mit dem Jahr 2003 verfügbar.

Ausgangspunkt für die Gegenüberstellung dieser drei Grössen ist das "finanzpolitische Dreieck", welches in schematischer Weise aufzeigt, wie die Finanzpolitik die Balance finden muss zwischen guter und innovativer Aufgabenerfüllung (Ausgaben), Sparsamkeit und Konkurrenzfähigkeit (Steuerbelastung) sowie Nachhaltigkeit (Nettoschuld). Indem die Werte für die drei Eckpunkte des Dreiecks in Relation gesetzt werden zu den entsprechenden Werten aus der Agglomeration, wird ein konsistenter Vergleich möglich.

Ein Blick auf die Grafik rechts zeigt, dass der Index der städtischen Steuerkraft (im Vergleich mit der Agglomeration) im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen ist. Damit liegt die relative Steuerkraft um mehr als 50 % über jener der Agglomeration. Im Jahr 2004 sind die städtischen Steuererträge leicht zurückgegangen. Es darf daher davon ausgegangen werden, dass der Index der Steuerkraft für das Jahr 2004 etwa gleich bleiben wird.



Bei der Nettoschuld liegt zufolge des Rechnungsabschlusses 2002 (tiefe Investitionen, Sonderfaktoren Berufsschulen, hohe Steuererträge juristische Personen) die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt per Ende 2002 sogar absolut (und nicht nur steuerkraftbereinigt) unter dem Wert der Agglomeration. Im Jahr 2003 stieg die Nettoschuld (im Vergleich zur Agglomeration) nur geringfügig an, sodass auch der Vergleichsindex nochmals zurückging, auf rund 95,4 %. Die Verschuldungssituation der Stadt darf auch mit dem laufenden Abschluss als gut bezeichnet werden. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist per Ende 2004 fast identisch mit dem Steuerertrag pro Steuerpflichtigen/pro Einheit.[2] Die geringe Verschuldung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Investitionsmehrbedarf der kommenden Jahre teilweise auch über eine Neuverschuldung finanziert werden kann.

Bei der Ausgabenbelastung hat sich der städtische Wert weiter verbessert. Allerdings ist dies in erster Linie auf die im Vergleich bis zum Jahr 2000 tiefen Investitionen in den Jahren 2001 bis 2003 zurückzuführen, die sich auch auf den 3-Jahres-Schnitt noch deutlich auswirken. Die in den nächsten Jahren absehbaren höheren Investitionen werden diesen Wert zweifellos wieder nach oben treiben. Ein Anstieg über den Steuerkraftindex ist jedoch nicht wünschenswert. Die Selbstbeschränkung beim Wachstum der Konsumausgaben bleibt daher weiterhin eine zentrale Herausforderung der Finanzpolitik, erst recht, wenn es zusätzlich gilt, einen vorübergehend massiv erhöhten Investitionsbedarf verkraften zu können. Weiterhin gilt also die Aussage, dass die Stadt das Geld, welches sie aufgrund der höheren Steuerkraft mehr einnimmt, auch wieder ausgibt, um die höheren Pro-Kopf-Leistungen zu finanzieren.

[2] Vgl. Tabelle Kennzahlen Steuerertrag, Kap. 3.2.2.

3.4 Investitionsrechnung

Funktionale Gliederung [Mio. Fr.]	Rechnung 2004 Aus-gaben	Ein-nahmen	Netto	Budget 2004 Aus-gaben	Ein-nahmen	Netto	Netto-Abweichung in Mio. Fr.	in %
0 Allgemeine Verwaltung	9.71	0.17	9.53	8.64	0.00	8.64	-0.89	-10.3%
1 Öffentliche Sicherheit	2.43	0.14	2.29	2.48	0.50	1.98	-0.31	-15.6%
2 Bildung	10.95	0.00	10.95	5.67	0.00	5.67	-5.27	-92.9%
3 Kultur und Freizeit	5.64	0.08	5.56	7.24	0.00	7.24	1.67	23.1%
4 Gesundheit	5.91	0.00	5.91	7.69	0.00	7.69	1.77	23.1%
5 Soziale Wohlfahrt	0.05	0.00	0.05	1.83	1.73	0.10	0.05	53.7%
6 Verkehr	10.40	0.63	9.77	10.95	2.48	8.48	-1.30	-15.3%
7 Umwelt und Raumordnung	3.68	3.14	0.54	5.74	2.00	3.74	3.20	85.5%
8 Volkswirtschaft	0.63	0.00	0.63	0.66	0.00	0.66	0.02	3.6%
9 Finanzen und Steuern	0.00	0.50	-0.50	0.00	0.00	0.00	0.50	
Total	**49.40**	**4.66**		**50.90**	**6.71**			
Zunahme Nettoinvestitionen			**44.74**			**44.19**	**0.55**	**1.2%**

Arten-Gliederung	Rechnung 2004 Ausgaben	Einnahmen	Budget 2004 Ausgaben	Einnahmen
50 Sachgüter	*44'911'710*		*46'573'813*	
500 Grundstücke	66'450			
501 Tiefbauten	13'365'983		15'800'000	
503 Hochbauten	26'049'033		25'252'813	
506 Mobilien, Masch., Fahrz.	5'425'777		5'521'000	
509 Konservierung	4'467			
52 Darlehen und Beteilig.				
56 Eigene Beiträge	4'062'437		3'901'300	
58 Übrige zu aktivierende Ausgaben	428'362		424'078	
60 Abgang von Sachgütern				
61 Nutzungsabgaben		2'580'124		2'738'400
63 Versicherungen		22'258		
66 Beiträge für eigene Rechnung		2'057'212		3'968'620
5 Ausgaben	**49'402'509**		**50'899'191**	
6 Einnahmen		**4'659'594**		**6'707'020**

Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von Fr. 49,4 Mio. brutto bzw. Fr. 44,74 Mio. netto auf und liegt somit Fr. 0,55 Mio. über dem Budget.[1]
Die aus dem Vorjahr verschobenen Investitionen von Fr. 10,7 Mio. wurden realisiert. Hingegen kam es bei den für das Jahr 2004 geplanten Projekten zu Verzögerungen, sodass innerhalb des Plafonds nur Fr. 34 Mio. realisiert wurden. Die verbleibenden Kredite von rund Fr. 10,1 Mio. wurden aus den folgenden Gründen auf die Investitionsrechnung 2005 übertragen:

- Im Bereich der Hochbauten konnten brutto Fr. 6,9 Mio. nicht getätigt werden: Verschiebungen aufgrund des überarbeiteten Projektplans, negative Volksabstimmung, Verzicht/Konzeptüberarbeitung, Zuständigkeiten noch pendent und "nicht bewilligte Kredite" nicht beansprucht,
- Fr. 1,7 Mio. Verschiebung bei der strategischen Informatikplanung,
- Verzögerungen bei diversen Projekten.

Die nicht getätigten Investitionen sind lediglich aufgeschoben, und die Ausgaben erfolgen zusätzlich im folgenden Jahr. Alle Details sind in der Kontrolle über die Voranschlags- und Sonderkredite aufgeführt. Ebenso sind die im Jahre 2004 abgeschlossenen Sonderkredite aufgelistet. Die Abrechnungen wurden mit B+A 35/2004 vom Grossen Stadtrat am 16. Dezember 2004 genehmigt.

[1] Ohne Fr. 5 Mio. Einlage in Vorfinanzierung Mobilität, Belastung in Laufender Rechnung 2004

3.5 Bestandesrechnung

		Stand am 31. Dezember 2004	Stand am 31. Dezember 2003	Veränderungen
	Total Aktiven	**544'376'895.27**	**625'267'087.80**	**-80'890'192.53**
10.	**Finanzvermögen**	**347'805'286.82**	**428'874'253.08**	**-81'068'966.26**
100.	Flüssige Mittel	10'130'441.20	615'243.65	9'515'197.55
101.	Guthaben	212'015'870.80	297'438'912.33	-85'423'041.53
102.	Anlagen	113'754'088.85	116'056'444.22	-2'302'355.37
103.	Transitorische Aktiven	11'904'885.97	14'763'652.88	-2'858'766.91
11.	**Verwaltungsvermögen**	**196'571'608.45**	**196'392'834.72**	**178'773.73**
114.	Sachgüter	117'763'018.98	104'361'501.12	13'401'517.86
115.	Darlehen und Beteiligungen	14'025'000.00	17'456'000.00	-3'431'000.00
116.	Investitionsbeiträge	27'876'479.07	34'862'764.90	-6'986'285.83
117.	Übrige aktivierte Ausgaben	36'907'110.40	39'712'568.70	-2'805'458.30
12.	**Spezialfinanzierungen**	0	0	**0.00**
13.	**Bilanzfehlbetrag**	0	0	**0.00**
	Total Passiven	**544'376'895.27**	**625'267'087.80**	**-80'890'192.53**
20.	**Fremdkapital**	**477'028'535.83**	**560'130'401.77**	**-83'101'865.94**
200.	Laufende Verpflichtungen	118'815'993.02	116'233'677.22	2'582'315.80
201.	Kurzfristige Schulden	0	0	0
202.	Langfristige Schulden	274'181'973.00	351'671'974.00	-77'490'001.00
203.	Verpflichtungen Sonderrechnungen	47'620'570.09	52'217'628.70	-4'597'058.61
204.	Rückstellungen	33'117'001.79	36'708'527.47	-3'591'525.68
205.	Transitorische Passiven	3'292'997.93	3'298'594.38	-5'596.45
22.	**Spezialfinanzierungen**	**43'444'818.05**	**46'798'987.88**	**-3'354'169.83**
23.	**Kapital**	**23'903'541.39**	**18'337'698.15**	**5'565'843.24**

Die Bilanzsumme (inklusive Ertragsüberschuss 2004) ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 80,9 Mio. auf Fr. 544,4 Mio. gesunken.

Finanzvermögen
Das Finanzvermögen weist einen Jahresendbestand von Fr. 347,8 Mio. auf, der 63,9 % der Bilanzsumme ausmacht. Die Abnahme von Fr. 81 Mio. verteilt sich auf diverse Positionen und wird nachfolgend erläutert.

Flüssige Mittel
Mit der Steuerfälligkeit auf Ende Jahr sind sehr viele Zahlungseingänge auf Ende Dezember erfolgt. Diese wurden dem Kontokorrent der Bank per Stichtag 31. Dezember 2004 gutgeschrieben.

Guthaben
Die Guthaben sind im Berichtsjahr um rund Fr. 85,4 Mio. gesunken. Die Steuerausstände haben gegenüber dem Vorjahr um Fr. 9,8 Mio. abgenommen (u. a. auch infolge Ausbuchung von definitiven Debitorenverlusten) und betragen Fr. 53 Mio. Die offenen Debitoren liegen mit Fr. 10,5 Mio. um Fr. 2,1 Mio. über dem Vorjahr. Der Bestand an Festgeldern von Fr. 91 Mio. ist um Fr. 54,7 Mio. gesunken.
Unter dem Verbindungskonto sind Zahlungen über Fr. 7,6 Mio. im Januar 2005 eingegangen, die noch die Rechnung 2004 betrafen.
Die übrigen Guthaben nahmen um Fr. 17,3 Mio. ab, die vbl AG hat im Berichtsjahr Fr. 17 Mio. ihrer anteiligen PK-Schuld vorzeitig amortisiert.

Anlagen
Der Wert der Anlagen ist im Berichtsjahr um Fr. 2,3 Mio. auf Fr. 113,8 Mio. gesunken. Die Liegenschaften im städtischen Finanzvermögen stehen mit Fr. 101,2 Mio. zu Buch. Die Liegenschaft Tribschen ist darin noch mit Fr. 11,5 Mio. enthalten.
Die Vorräte sind mit Fr. 1,2 Mio. gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert bilanziert.

Transitorische Aktiven
Die Transitorischen Aktiven reduzierten sich im Berichtsjahr um Fr. 2,9 Mio. auf Fr. 11,9 Mio. Die grössten Abgrenzungsposten sind:
Fr. 4,9 Mio. Dezember-Rechnungen der Heime und Alterssiedlungen, Fr. 1,7 Mio. Vorausleistungen beim Sozialamt, Fr. 0,5 Mio. Beiträge der kantonalen Heimfinanzierung an KJS Utenberg, Fr. 1,5 Mio. Betriebsgebühren der Stadtentwässerung, Fr. 0,7 Mio. unbezahlte Polizeibussen, Fr. 0,7 Mio. ausstehende Neben- und Reinigungskosten im Liegenschaftsbereich, Fr. 0,5 Mio. IV- und Kantonsbeiträge an die HPS und Fr. 0,3 Mio. ausstehende Rückerstattung für eine verfügte Ersatzvornahme.

Verwaltungsvermögen
Das Verwaltungsvermögen hat um Fr. 0,2 Mio. zugenommen und weist einen Jahresendbestand von Fr. 196,6 Mio. auf. Insgesamt 36,1 % der Bilanzsumme entfallen auf das Verwaltungsvermögen.
Bei den Sachgütern, bilanziert mit Fr. 117,8 Mio., entfallen Fr. 81,9 Mio. auf Hochbauten, Fr. 12,6 Mio. auf Grundstücke und öffentliche Anlagen und Fr. 10,2 Mio. auf Tiefbauten.
Der Gebäudeversicherungswert aller Liegenschaften des Verwaltungsvermögens beträgt per Jahresende rund Fr. 679 Mio. Die Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge sind mit Fr. 13,1 Mio. bilanziert. Davon machen die Fahrzeuge der Baudirektion Fr. 6,7 Mio. und das Informatikprojekt Steueramt 2001 Fr. 1,8 Mio. aus. Die Darlehen und Beteiligungen sind mit einem Restbuchwert von Fr. 14 Mio. ausgewiesen. Diese teilen sich auf in Anteile von Fr. 1,8 Mio. an der Stiftung KKL und von Fr. 8,7 Mio. am Aktienkapital der vbl AG. Die Darlehen an die privaten Unternehmungen über Fr. 3,6 Mio. für die Gütschbahn, das Parkhaus Gütsch, das stattkino und das Regionale Eiszentrum (REZ) sind durch Rückstellungen im gleichen Ausmass gedeckt.
Die aktivierten Investitionsbeiträge, u. a. für das KKL, das Bourbaki-Panorama, den Baukostenbeitrag für das Pflegeheim Steinhof und die Schliessungskosten Schlachthof konnten durch die Abschreibungen 2004 von Fr. 8,1 Mio. bis auf Fr. 27,9 Mio. reduziert werden. Bei den übrigen aktivierten Ausgaben sind noch Planungskosten NSL, vbl, Stadtentwicklung und das Fussgänger-Info-System im Umfang von Fr. 1,3 Mio. sowie die Aufzahlungsschuld gegenüber der städtischen PK mit Fr. 35,6 Mio. ausgewiesen.

Fremdkapital
Das Fremdkapital ist – hauptsächlich aufgrund der Abnahme der langfristigen Schulden – um Fr. 83,1 Mio. auf Fr. 477 Mio. gesunken. 87,6 % der Bilanzsumme ist Fremdkapital.

Laufende Verpflichtungen
Die laufenden Verpflichtungen haben um Fr. 2,6 Mio. auf Fr. 118,8 Mio. zugenommen. Darin sind die vorausbezahlten Steuern über Fr. 57,6 Mio. sowie die Steuerkreditoren (Restanteil des Kantons und der Kirchgemeinden an den Steuern 2004) über Fr. 45,1 Mio. enthalten. Letztere wurden per Mitte Januar 2005 überwiesen. Die ordentlichen Kreditoren betragen per Bilanzstichtag Fr. 4,9 Mio., das sind rund Fr. 0,2 Mio. weniger als im Vorjahr.
Die Depotgelder haben im Berichtsjahr um Fr. 0,7 Mio. auf Fr. 4,9 Mio. abgenommen. Davon betreffen Fr. 2,3 Mio. die Heime und Alterssiedlungen, Fr. 1 Mio. den Grabunterhaltsfonds und 0,7 Mio. für Belagsarbeiten nach Grabenaufbrüchen.
Der Bestand an Kontokorrenten, hauptsächlich mit den Zivilschutzorganisationen, beträgt unverändert Fr. 0,4 Mio.
Das Verbindungskonto für den Zahlungsverkehr alte/neue Rechnung nahm gegenüber dem Vorjahr um Fr. 0,1 Mio. zu und weist einen Bestand von Fr. 2,6 Mio. aus.

Langfristige Schulden
Die langfristigen Schulden konnten im Berichtsjahr um insgesamt Fr. 77,5 Mio. auf Fr. 274,2 Mio. abgebaut werden. Davon entfielen Rückzahlungen über Fr. 47 Mio. auf fällig gewordene feste Darlehen. Diese weisen neu einen Bestand von Fr. 188,9 Mio. auf. Der durchschnittliche Zinssatz aller langfristigen Darlehen per Jahresende sank leicht auf 3,48 %.
Die Annuitätendarlehen der städtischen Pensionskasse sind mit total Fr. 85,3 Mio. passiviert. In dieser Summe sind auch die Anteile der ewl AG mit Fr. 19,9 Mio., der vbl AG mit Fr. 7,5 Mio., des Kantons (GBL) mit Fr. 9,5 Mio. sowie der angeschlossenen Arbeitgeber mit Fr. 10,7 Mio. enthalten und in der Bilanz gleichwertig unter übrige Guthaben aktiviert.

Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen
Die Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen reduzierten sich um 4,6 Mio. auf Fr. 47,6 Mio. Die Verbindlichkeiten gegenüber der städtischen Pensionskasse belaufen sich auf Fr. 30,1 Mio. Davon entfallen Fr. 30 Mio. auf drei Darlehen mit Fälligkeiten per Ende 2006 bis 2008. Die stadträtliche Pensionsordnung wurde gemäss B+A 44/2003 per 1. September 2004 auf die städtische Pensionskasse übertragen.
Die Zuwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um Fr. 0,7 Mio. reduziert und sind mit Fr. 7,2 Mio. bilanziert. Mit Fr. 2,1 Mio. weist der Sozialfonds den höchsten Bestand aus. Insgesamt mit Fr. 3,1 Mio. sind unter den übrigen Verpflichtungen die Fondsbestände K+S, FUKA, Förderung Jugendsport sowie ALI-Fonds passiviert.

Rückstellungen
Die Entnahmen aus den Rückstellungen übertrafen die Einlagen um Fr. 3,6 Mio. Die Rückstellungen machen neu Fr. 33,1 Mio. aus.
Sie setzen sich zusammen aus Rückstellungen der Laufenden Rechnung von Fr. 18,8 Mio., aus Rückstellungen der Investitionsrechnung von Fr. 2,0 Mio. und aus Kreditübertragungen 2004 der Laufenden Rechnung von Fr. 2,2 Mio. Zur Ausschöpfung des Investitionsplafonds wurden für Fr. 10,1 Mio. Kreditübertragungen auf 2005 vorgenommen. Das Delkredere wurde für die Ausbuchung von Debitorenverlusten auf Steuerdebitoren beansprucht und konnte um Fr. 3,6 Mio. auf total Fr. 9,4 Mio. reduziert werden.

Transitorische Passiven
Die passiven Rechnungsabgrenzungen blieben mit Fr. 3,3 Mio. gegenüber dem Vorjahr unverändert.
Die Marchzinsen auf den langfristigen Darlehen betragen Fr. 2,1 Mio. Diese nahmen aufgrund der Rückzahlungen um Fr. 0,5 Mio. ab.
Die Beiträge für Arbeitslosenhilfe und für erlassene AHV-Beiträge von insgesamt Fr. 0,3 Mio. wurden vom Kanton noch nicht in Rechnung gestellt. Die Abgrenzung der Liegenschaftsverwaltung für vorausbezahlte Mieten macht rund Fr. 0,3 Mio. aus. Der Anteil 2005 der Kantonsbeiträge 2004/05 an die HPS und die DMS beträgt rund Fr. 0,5 Mio.

Spezialfinanzierungen
Die Spezialfinanzierungen haben netto um Fr. 3,4 Mio. auf Fr. 43,4 Mio. abgenommen.
Bei den Vorfinanzierungen gab es Entnahmen von Fr. 6,2 Mio. für die Erschliessung und die Beseitigung von Altlasten im Tribschenland. Die Einlage in die Vorfinanzierung Mobilität über Fr. 5 Mio. entspricht dem Budget. Per saldo belaufen sich demnach die Vorfinanzierungen auf Fr. 24,9 Mio., darin ist die Vorfinanzierung Mobilität mit Fr. 10 Mio. enthalten.
Aus dem Spezialfonds Bauten der Stadtentwässerung wurden rund Fr. 2,6 Mio. für Abschreibungen entnommen, gleich viel, wie für Anschlussgebühren eingegangen sind. Der Energiefonds ist unverändert mit rund Fr. 3,9 Mio. bilanziert, hier entsprachen die Entnahmen der budgetierten Einlage von Fr. 0,5 Mio. Der Nettoaufwand 2004 für die Stadtentwässerung erforderte eine Entnahme von Fr. 2,7 Mio. aus der betreffenden Spezialfinanzierung. Diese ist somit auf einen Bestand von knapp Fr. 0,6 Mio. gesunken.

Eigenkapital
Das Eigenkapital beträgt total Fr. 23,9 Mio. Darin enthalten sind die Steuerausgleichsreserven von Fr. 20,4 Mio.
Die Zunahme des Eigenkapitals entstand aus Einlagen von insgesamt Fr. 5,6 Mio. in die Steuerausgleichsreserven. Fr. 4,4 Mio. davon stammen aus den Erträgen juristischer Personen und Fr. 1,2 Mio. aus dem Rechnungsergebnis 2004.

Würde das Eigenkapital von Fr. 23,9 Mio. mit der restlichen, aktivierten Aufzahlungsschuld der städtischen Pensionskasse von Fr. 35,6 Mio. verrechnet, müsste noch immer ein Bilanzfehlbetrag von Fr. 11,7 Mio. ausgewiesen werden.

3.6 Anhang zur Jahresrechnung

3.6.1 Ausserbilanzgeschäfte

Eventualverbindlichkeiten, Bürgschaften, Garantieverpflichtungen per 31. Dezember 2004

Per Bilanzstichtag bestanden folgende Eventualverpflichtungen:

Begünstigte:	Beschluss:	Art:	gültig bis:	Betrag in Fr.
Tennisclub Allmend	StB 1052 / 15.07.1998	Solidarbürgschaft	31.03.2010	Fr. 42'000.–
Verein Schüür	StB 1260 / 24.11.2004	Solidarbürgschaft	31.12.2008	Fr. 80'000.–
Chinderhus Maihof	B+A 38 / 21.11.2002	Solidarbürgschaft	unbefristet	Fr. 2'500'000.–
Total Eventualverbindlichkeiten				Fr. 2'622'000.–

Nicht bilanzierte Verpflichtungen per 31. Dezember 2004

Pensionsordnung für die Mitglieder des Stadtrates

Mit B+A 44/2003 beschloss der Grosse Stadtrat das total revidierte Reglement. Die laufenden Renten der pensionierten Stadträte werden weiterhin zu Lasten der Laufenden Rechnung geleistet. Für die beim Übergang amtierenden Mitglieder des Stadtrates hat die Stadt die Leistungen, die sie als Folge der Umlagefinanzierung in der Vergangenheit nicht erbracht hatte, im Umfang von rund Fr. 4,6 Mio. per 1. September 2004 nachfinanziert.
Die Verpflichtungen für die Finanzierung der Besitzstandsgarantie gemäss Art. 14 der Personalordnung können nicht quantifiziert werden, da sie vom Zeitpunkt des Rücktritts der heute amtierenden Stadträte abhängen.

Nicht bilanzierte Guthaben per 31. Dezember 2004

Gestützt auf Art. 16 h des Reglements über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern vom 1. September 2000 hat das Finanzinspektorat die Liste der ausstehenden Subventionen per 31. Dezember 2004 aktualisiert.

	31.12.2003	Abgerechnete Projekte 2004	Neue Projekte 2004	Abrechnungsdifferenz	31.12.2004
Pendente Projekte	16	-11	+6		11
Investitionsvolumen Total	58,7 Mio.	-29,7 Mio.	9,6 Mio.	0,0 Mio.	46,4 Mio.
Provisorisch oder definitiv zugesicherte Subventionen	4,2 Mio.	-2,1 Mio.	1,4 Mio.	0,0 Mio.	3,5 Mio.
Geleistete Akontozahlungen oder Restzahlungen	-3,6 Mio.	2,1 Mio.	-0,4 Mio.	-1,0 Mio.	-2,9 Mio.
Saldo ausstehend	0,6 Mio.	0,0 Mio.	1,0 Mio.	-1,0 Mio.	0,6 Mio.

3.6.2 Gesetzliche Grundlagen / Bewertungsgrundsätze

Die Rechnungsführung der Stadt Luzern basiert auf den Vorgaben des kantonalen Gemeindegesetzes, §§ 66 ff., den Bestimmungen der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie dem Reglement über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern vom 1. September 2000. Zur Anwendung kommt dabei das harmonisierte Rechnungsmodell (NRM) gemäss Verordnung vom 19. Mai 1989.
Die Rechnungsführung hat eine klare, vollständige und wahrheitsgetreue Übersicht über die Haushaltsführung, das Vermögen und die Schulden zu vermitteln. Sie richtet sich nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, Dringlichkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Vorteilsabgeltung (Verursacherprinzip) sowie der Jährlichkeit, dem Bruttoprinzip, der Vorherigkeit (Sollverbuchung) und den Bestimmungen gemäss Art. 3 bis 6 des Finanzhaushaltsreglements (Rechnungsausgleich, Verschuldung, Abschreibung des Verwaltungsvermögens und Selbstfinanzierung).

Es gelten folgende Bewertungsgrundsätze:

Position:	Bewertung zu:
Flüssige Mittel, Guthaben, Wertpapiere, Aktien, Anteilscheine, Darlehen, Transitorische Aktiven	Nominalwert
Vorräte	Einstandswert
Liegenschaften des Finanzvermögens	Anschaffungswert abzüglich allfälliger Abschreibungen zuzüglich Erneuerungen (Bewertungsobergrenze: Verkehrswert)
Sachgüter	Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen
Darlehen, Beteiligungen, Investitionsbeiträge, Spezialfinanzierungen	Nominalwert
Bilanzfehlbetrag	Nominalwert
Rückstellungen	Im Ausmass der eingegangenen Verpflichtungen oder betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit
Übrige Passiven	Nominalwert

3.6.3 Abnahme der Jahresrechnung 2003 durch den Regierungsstatthalter

Die Jahresrechnung 2003, umfassend den Geschäftsbericht 2003 sowie den Zahlenteil 2003, ist vom Regierungsstatthalter des Amtes Luzern Land am 10. Januar 2005 ohne Bemerkungen visiert worden.

3.6.4 Beteiligungen im Alleinbesitz der Stadt Luzern

Mit dem B+A 40/2003 und dem Reglement, dem das Parlament am 5. Februar 2004 zugestimmt hat, sind in einem umfassenden Konzept die formalen Vorgaben für das Beteiligungs- und Beitragscontrolling festgehalten, die am 1. Januar 2006 in Kraft treten. Die 2004 getroffenen Vorbereitungen sind im Kapitel 5.5.3 über die Finanzverwaltung näher beschrieben. Der Geltungsbereich des Reglements umfasst nicht nur die Beteiligungen im engeren Sinne, sondern alle an externe Leistungserbringer und Beitragsempfänger delegierten Aufgaben. Mit dem In-Kraft-Treten des Reglements werden für die vom Parlament bestimmten elf delegierten Aufgaben die übergeordneten strategischen Ziele in der Gesamtplanung dargestellt. Davon wird auch die Berichterstattung über die Aktiengesellschaften im Alleinbesitz der Stadt Luzern im Geschäftsbericht betroffen sein. Für das Jahr 2004 liegt die Berichterstattung im bisherigen Rahmen. In Ergänzung zu den hier folgenden Informationen über die drei wichtigsten Gesellschaften im Eigentum der Stadt werden den Mitgliedern des Grossen Stadtrates die aktienrechtlichen Geschäftsberichte der ewl Holding AG, der Verkehrsbetriebe Luzern AG und der Xundheit nach der jeweiligen Generalversammlung im Frühjahr 2005 abgegeben.

ewl Holding AG

Das Jahr 2004 stand für die Elektrizitätswirtschaft im Zeichen der wieder intensiver geführten Marktöffnungsdiskussion, die sich u. a. in einem verstärkten Preisdruck manifestierte. Die ewl–Gruppe reagierte darauf mit einer Senkung des Strompreises für ihre Gewerbekunden auf den 1. Oktober 2004. Zusammen mit den erhöhten Durchleitungspreisen der CKW für Strom führt dies zu Margeneinbussen von jährlich rund Fr. 4 Mio. Dank den finanziellen Vorleistungen in den Vorjahren, die sich in heute tieferen Beschaffungspreisen für Strom auswirken, und der verbesserten Ertragslage des Erdgasgeschäfts konnten die Einbussen weitgehend kompensiert werden. Mit den im Berichtsjahr neu belieferten Grossverbrauchern von Erdgas konnte auch der Umsatz im strategisch wichtigen Geschäftszweig Wärmecontracting gesteigert werden. Damit können die starke Abhängigkeit von der Elektrizität und somit die Auswirkungen der Liberalisierung vermindert werden.
Die in der Eigentümerstrategie des Stadtrates enthaltenen Ziele bezüglich Kooperationen und Beteiligungen werden von der ewl zielgerichtet umgesetzt. 2004 wurden eine ganze Reihe konkreter Projekte an die Hand genommen, die die ewl–Gruppe auch noch in den kommenden Jahren beschäftigen werden: die Umsetzung des neuen Swisspower-Aktionärsbindungsvertrages, die verstärkte betriebliche Zusammenarbeit mit den Wasserwerken Zug und den Industriellen Betrieben Aarau, ein gemeinsames wichtiges Investitionsprojekt mit den CKW, die neue Erdgasleitung durch das Freiamt und die engere Zusammenarbeit mit der Wasserversorgung der Gemeinde Emmen.
Das vierte Geschäftsjahr der ewl–Gruppe verlief sehr erfreulich. Der Betriebsertrag konnte um über Fr. 2 Mio. gesteigert werden und liegt mit Fr. 147,8 Mio. klar über den Zielsetzungen. Die ewl–Gruppe kann für das Jahr 2004 einen Konzerngewinn von sehr erfreulichen Fr. 15,9 Mio. ausweisen, ein Plus von Fr. 2,7 Mio. gegenüber dem Vorjahr. Mit einem operativen Cashflow von Fr. 42,8 Mio. (+33 % gegenüber Vorjahr) liegt die ewl–Gruppe auch im schweizerischen Vergleich sehr gut. Die Eigenkapitalquote der konsolidierten Bilanz stieg von 33 % auf 38 %. Die verstärkte Eigenkapitalbasis ist eine Voraussetzung dafür, dass die ewl–Gruppe sich aus eigener Kraft weiterentwickeln kann, was einer der Zielsetzungen der stadträtlichen Eigentümerstrategie entspricht. Der Gewinn der ewl Holding AG ermöglicht, eine Dividende von Fr. 10 Mio. an die Stadt auszurichten (+28 % gegenüber dem Vorjahr).

Verkehrsbetriebe Luzern AG

Im Geschäftsjahr 2004 hat die Verkehrsbetriebe Luzern AG (vbl AG) in qualitativer Hinsicht die folgenden Vorhaben erfolgreich umgesetzt:

- Verlängerung der Linie 7 bis zum neuen Wohnquartier Unterlöchli
- Inbetriebnahme von 8 Gelenktrolleybussen, 10 Gelenkbussen und 2 Normalbussen – alle mit neuester Technik und Komfort (alle in Niederflurbauweise)
- Bestellung von weiterem Rollmaterial, das in den kommenden Jahren ausgeliefert wird

- Umsetzung erster Massnahmen im Rahmen des Konzepts "AggloMobil" unter Einbezug der umfangreichen Fahrplanänderungen wegen der 1. Etappe von "Bahn 2000"
- Eingehen einer strategischen Kooperation mit den SBB
- Offertstellung mit erfolgreichem Zuschlag an die vbl AG für den Bahnersatzbetrieb während der kommenden Sanierung des SBB-Zimmereggtunnels
- Intensive Mitarbeit im Projekt eines integralen Tarifverbundes 2007 im Auftrag der Bestellerbehörden

Im Hinblick auf die Marktöffnung ab 2006 überarbeiteten Verwaltungsrat und Geschäftsleitung die Unternehmensstrategie. Die vbl AG will im Grossraum Luzern als Marktführerin im öV ihre Rolle als flexible, innovative und wettbewerbsfähige Anbieterin ausbauen. Die Dachstrategie beruht auf den drei Geschäftsfeldern *Personentransport*, *öV-Services* (Marktverantwortung im Auftrag der Bestellerbehörden) sowie *Technik* (Werkstatt- und Unterhaltsdienstleistungen für Dritte).
Die Ausrichtung der vbl AG auf die Marktöffnung erfordert aber auch Anstrengungen seitens der Mitarbeitenden. So wurde bis Ende 2004 die gesamte Belegschaft zu den Themen Erhöhung der Selbstkompetenz und Umgang mit mobilitätsbehinderten Personen geschult. Mit individuellen Gesundheitschecks und Massnahmen zur Aufrechterhaltung der Gesundheit leistet die vbl AG auch hier ihren Beitrag. Einer gut funktionierenden Sozialpartnerschaft sowie der proaktiven Mitarbeiterinformation wird grosses Gewicht beigemessen, um die aktuellen Veränderungsprozesse erfolgreich zu bewältigen.

Die gute Liquiditätslage der vbl AG erlaubte 2004 nicht nur die Beschaffung von neuem Rollmaterial, sondern auch eine weitgehende Abzahlung der Schuld gegenüber der Pensionskasse um Fr. 17 Mio. Der Gewinn der vbl–Gruppe belief sich im Berichtsjahr auf über Fr. 0,5 Mio. Das positive Ergebnis ist auf verschiedene inner- und ausserbetriebliche Einflüsse zurückzuführen, ist letztlich aber Ausdruck der Gesamtheit der Bemühungen im Bereich des Kostenmanagements und der Ertragsoptimierung. Mit diesen qualitativen und quantitativen Ergebnissen folgt die vbl AG der Eigentümerstrategie des Stadtrates.

Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz AG

Im Geschäftsjahr 2004 hat die Kasse die Namensänderung und den neuen Marktauftritt vollzogen. Der neue Name Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz , ist bei ihren Mitgliedern und in der Bevölkerung bereits zu einem Begriff geworden, was Befragungen bestätigt haben. Den damit verbundenen grossen Anstrengungen ist zu verdanken, dass die Kasse 2004 ihren Mitgliederbestand trotz massivem Werbeeinsatz der ehemaligen Verbündeten und heutigen Konkurrentin ÖKK fast halten konnte. Der Erfolg lässt sich auch zahlenmässig belegen:

- Die Anzahl der Zusatzversicherten stieg um 1'512 oder 4,12 %.
- Bei den HMO-Versicherten konnte eine Zunahme um 922 auf 4'589 Personen erreicht werden.
- Xundheit, die sich in Zukunft vermehrt als schweizerische Gesundheitsversicherung etablieren will, bleibt mit der Stadt Luzern stark verbunden: Noch immer ist rund einer von fünf Einwohnern bei dieser Kasse versichert.
- Nachdem für das Jahr 2003 ein positives Resultat von über Fr. 1 Mio. ausgewiesen wurde, wird auch für 2004 ein Gewinn von rund Fr. 0,75 Mio. erwartet. Wie im Vorjahr sollen damit die Reserven der Xundheit gestärkt werden.

Die Strategieänderung, von einem Zusammenschluss mit den Kassen des Verbandes der Öffentlichen Krankenkassen (ÖKKV) abzusehen, hat den Stadtrat im Frühjahr 2004 bewogen, die strategischen Alternativen der Xundheit und die Risikolage für die Alleineigentümerin Stadt zu überprüfen. Dabei ist der Stadtrat zur Überzeugung gelangt, dass ein Alleingang der Xundheit sowohl aus betriebswirtschaftlicher Sicht wie unter der Risikobetrachtung in den kommenden Jahren vertretbar ist. Die Strategie des Verwaltungsrates, in den kommenden Jahren die Wirtschaftlichkeit zu verbessern, um die Reserven der Kasse weiter aufzubauen und die Anstrengungen, dank gezielten Zusammenarbeitsmodellen mit verschiedenen starken Partnern die Marktposition zu verbessern und mögliche Risiken zu beschränken, wird vom Stadtrat voll unterstützt.

3.6.5 Übersicht über separate Berichte und Berichte regionaler Trägerschaften / Gemeindeverbände

	erscheint
ewl Holding AG, Luzern Geschäftsbericht 2004	Mai 2005
Verkehrsbetriebe Luzern AG, Luzern Geschäftsbericht 2004	Mai 2005
Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz AG Geschäftsbericht 2004	Mai 2005
Feuerwehr der Stadt Luzern Tätigkeitsbericht 2004	Februar 2005
Pensionskasse der Stadt Luzern Jahresbericht 2004	April 2005
Gemeindeverband für Abwasserreinigung Region Luzern (GALU) Jahresbericht 2004	April 2005
Gemeindeverband für Kehrichtbeseitigung Region Luzern (GKLU) Jahresbericht 2004	April 2005
Regionalplanungsverband Luzern Rechenschaftsbericht 2004	Mai 2005
Zweckverband für den öffentlichen Regionalverkehr Geschäftsbericht 2004	Mai 2005
Statistisches Jahrbuch 2005 der Stadt Luzern Die Herausgabe erfolgt durch das Amt für Statistik des Kantons Luzern im Auftrag der Stadt Luzern.	Januar 2005

3.6.6 Ausgewählte Kennzahlen / Mehrjahresvergleiche der Stadt Luzern

Nettoschuld

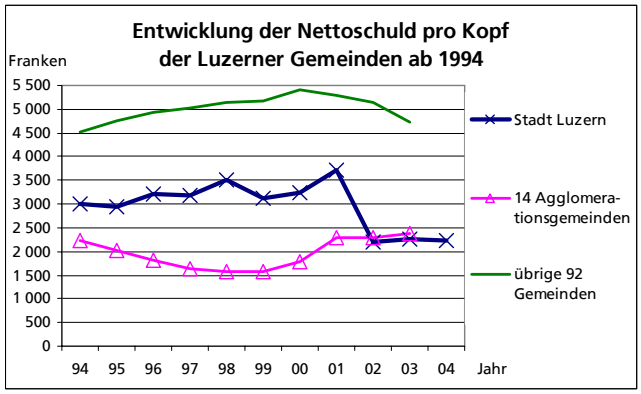
Entwicklung und Vergleich mit den 14 Agglomerationsgemeinden und den 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern seit 1994:

	Stadt Luzern			14 Agglomerationsgemeinden			übrige 92 Gemeinden des Kt. Luzern		
Jahr	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.
1994	181 399 544	60 386	3 004	260 105 000	116 366	2 235	734 605 566	162 568	4 519
1995	174 082 186	59 434	2 929	235 844 000	116 902	2 017	777 656 459	163 833	4 747
1996	188 506 472	58 982	3 196	213 033 000	117 824	1 808	814 830 180	165 542	4 922
1997	185 509 464	58 117	3 192	194 673 000	118 206	1 647	836 974 422	166 445	5 029
1998	201 792 780	57 540	3 507	186 360 000	118 249	1 576	861 509 756	167 525	5 143
1999	177 707 972	57 196	3 107	185 513 000	118 826	1 561	872 009 514	168 430	5 177
2000	183 917 486	57 011	3 226	214 835 000	119 923	1 791	914 658 019	169 233	5 405
2001	213 266 197	57 435	3 713	278 386 000	121 157	2 298	904 366 689	170 593	5 301
2002	127 374 055	57 522	2 214	282 150 921	122 621	2 301	885 594 091	171 786	5 155
2003	131 256 149	57 817	2 270	294 199 035	123 665	2 379	818 693 269	172 872	4 736
2004	129 223 608	57 870	2 233						

Definition:
Fremdkapital (Bilanzposition 20) minus Finanzvermögen (Bilanzposition 10)

Quelle:
Der Finanzhaushalt der Gemeinden, eine Publikation des kantonalen Amts für Statistik.

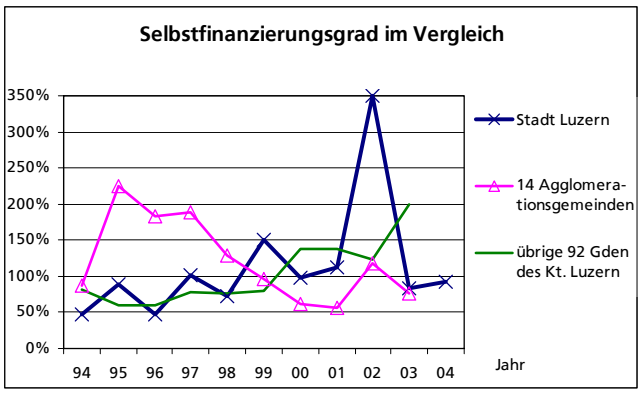
Aussage:
Bis zu Fr. 1'000.– wird von einer kleinen Verschuldung, bis zu Fr. 3'000.– von einer mittleren, bis Fr. 5'000.– von einer grossen und darüber von einer sehr grossen, kaum noch tragbaren Verschuldung gesprochen.



Selbstfinanzierungsgrad

Entwicklung und Vergleich mit den 14 Agglomerationsgemeinden und den 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern seit 1994:

Jahr	Stadt Luzern	14 Agglomerationsgemeinden	übrige 92 Gden des Kt. Luzern
1994	47.5%	86.6%	80.8%
1995	89.2%	225.6%	59.1%
1996	47.6%	183.6%	59.3%
1997	101.4%	189.2%	77.9%
1998	73.2%	128.5%	76.1%
1999	150.1%	96.2%	79.5%
2000	97.5%	61.5%	138.1%
2001	111.7%	56.1%	137.1%
2002	349.2%	118.2%	122.8%
2003	83.3%	75.9%	199.0%
2004	93.34%		

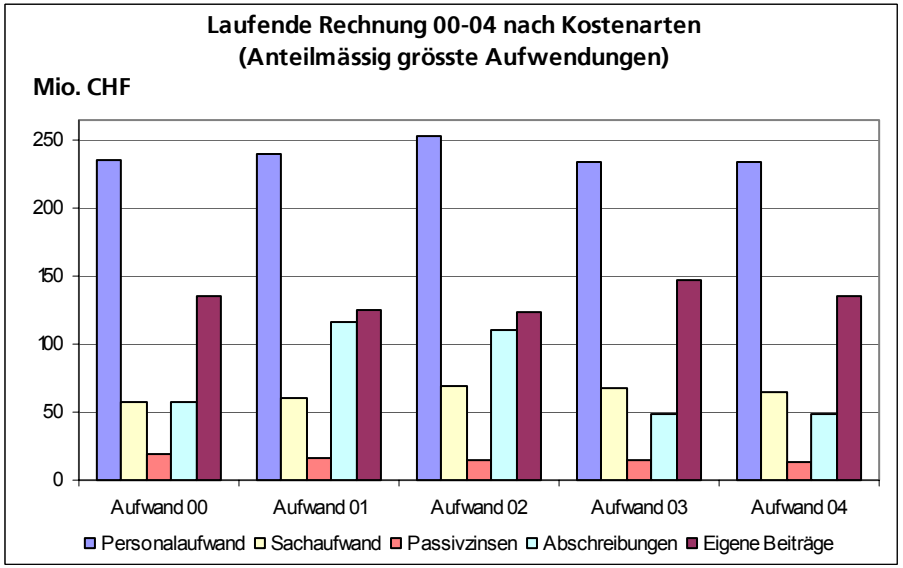


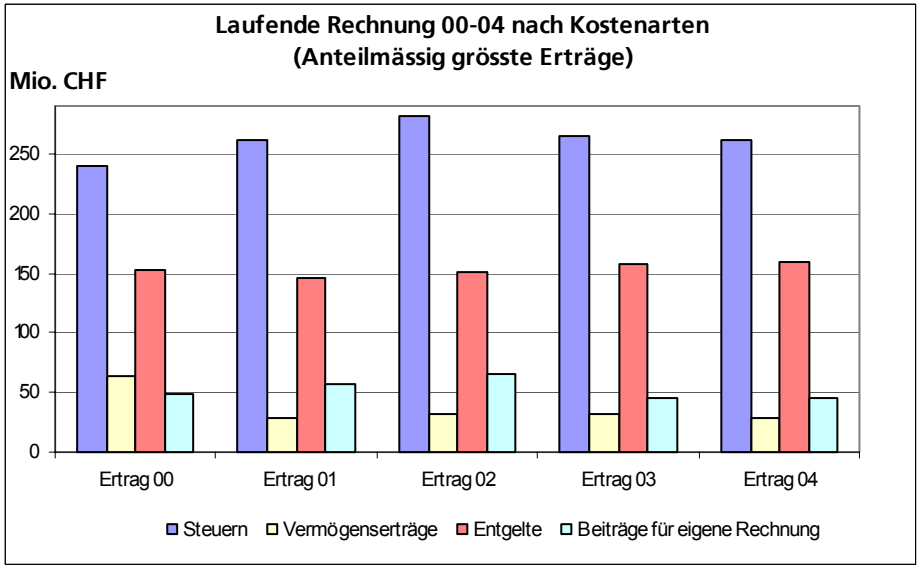
Definition:
Bruttoüberschuss der Laufenden Rechnung dividiert durch Nettoinvestitionen

Quelle:
Der Finanzhaushalt der Gemeinden, eine Publikation des kantonalen Amts für Statistik.
Werte 2001 bis 2004 der Stadt aus der Jahresrechnung.

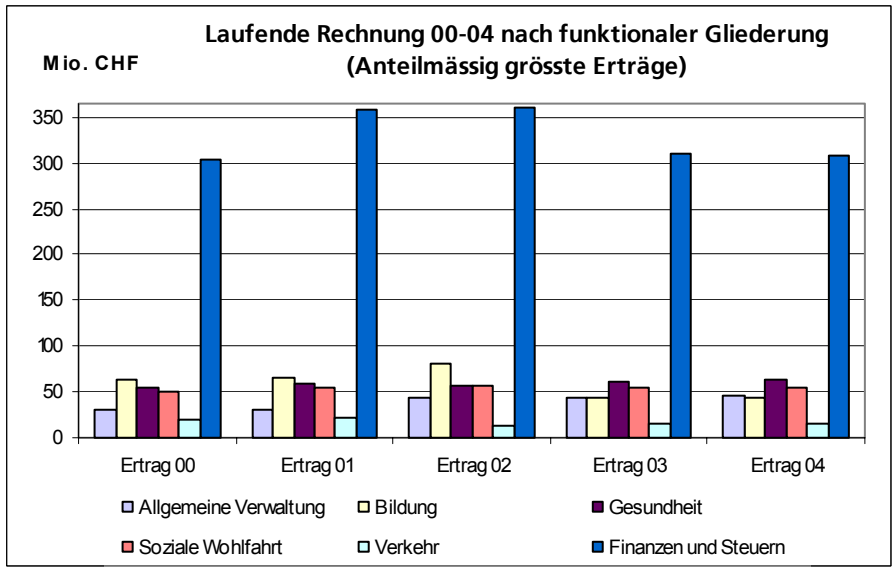
Aussage:
Ein Selbstfinanzierungsgrad unter 100 % führt zu einer Neuverschuldung zur Finanzierung der Investitionen. Die Neuverschuldung wird bei einem Selbstfinanzierungsgrad von unter 70 % als gross und zwischen 70 % und 100 % als volkswirtschaftlich verantwortbar beurteilt. Im Mehrjahresdurchschnitt sollte der Selbstfinanzierungsgrad bei 100 % liegen.

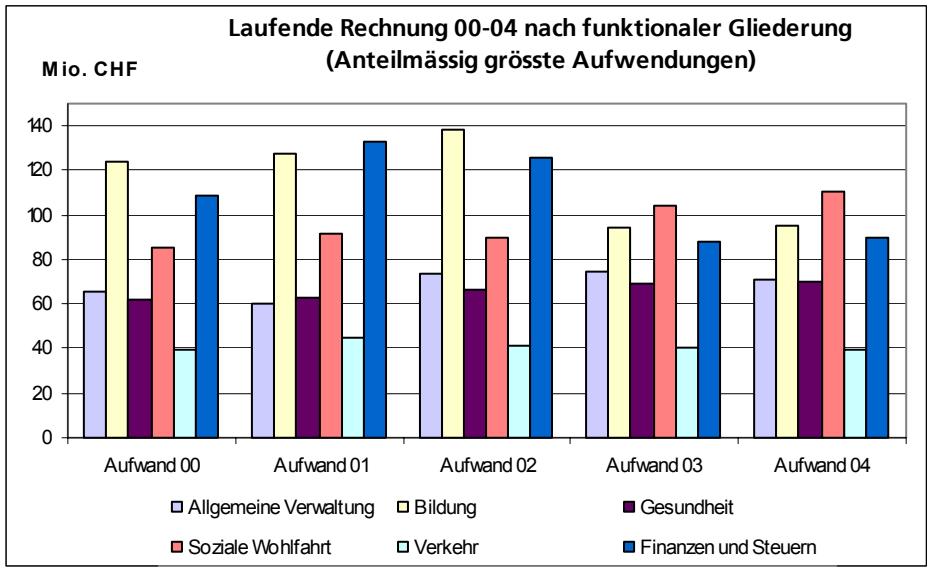
Entwicklung der Laufenden Rechnung nach Kostenarten 2000–2004





Entwicklung der Laufenden Rechnung nach funktionaler Gliederung 2000–2004





4 Kennzahlen aus dem Personalbereich

4.1 Entwicklung der Teilzeitstellen

	Männer			Frauen			Total			Total	
Pensum in %	1–49	50–99	100	1–49	50–99	100	1–49	50–99	100	Männer	Frauen
Februar 2001	27 3 %	76 9 %	728 88 %	233 21 %	536 49 %	330 30 %	260 13 %	612 32 %	1'058 55 %	831 43 %	1'099 57 %
Februar 2002	28 3 %	81 10 %	695 87 %	290 25 %	533 47 %	314 28 %	318 16 %	614 32 %	1'009 52 %	804 41 %	1'137 59 %
Februar 2003	22 3 %	98 12 %	682 85 %	270 24 %	583 51 %	284 25 %	292 15 %	681 35 %	966 50 %	802 41 %	1'137 59 %
Februar 2004	28 3 %	111 14 %	688 83 %	274 24 %	594 52 %	275 24 %	302 15 %	705 36 %	963 49 %	827 42 %	1'143 58 %
Februar 2005	18 2 %	112 14 %	701 84 %	271 24 %	605 53 %	267 23 %	289 15 %	717 36 %	968 49 %	831 42 %	1'143 58 %

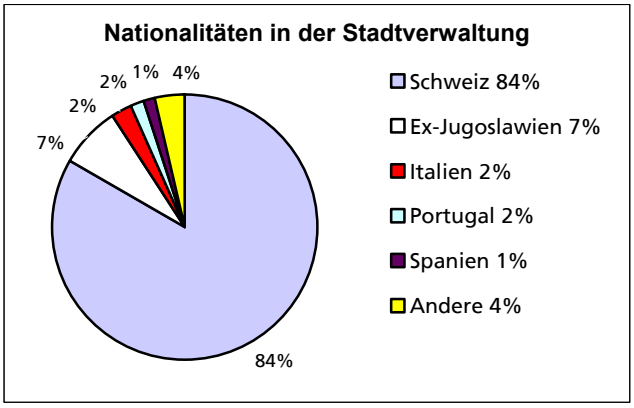
Kommentar:
Die Anzahl der Teilzeitstellen stagniert auf hohem Niveau (51 % der Mitarbeitenden). Dies ist teilweise auch auf die tiefe Fluktuationsrate zurückzuführen (siehe 4.2).

4.2 Personalfluktuation

	2002		2003		2004	
Austritte	218	86,5 %	130	75,6 %	136	77,3 %
Pensionierungen	34	13,5 %	42	24,4 %	40	22,7 %
Austritte in % des Personalbestandes (Fluktuationsrate)		11,9 %		6,6 %		6,8 %
Kündigung durch Arbeitgeber	13	6,0 %	20	15,4 %	20	14,7 %
Kündigung durch Arbeitnehmer/in	205	94,0 %	110	84,6 %	116	85,3 %

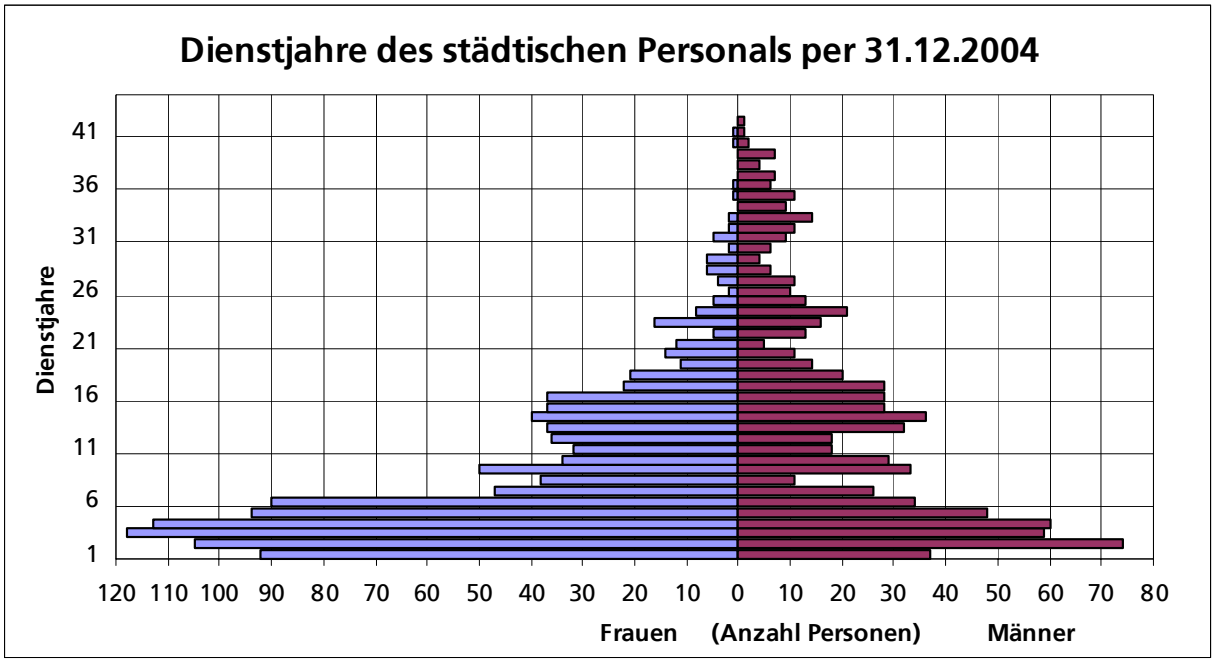
Kommentar:
Seit 2003 hat sich die Fluktuationsrate aufgrund der veränderten Arbeitsmarktlage auf rund 7 % deutlich reduziert.

4.3 Nationalitäten



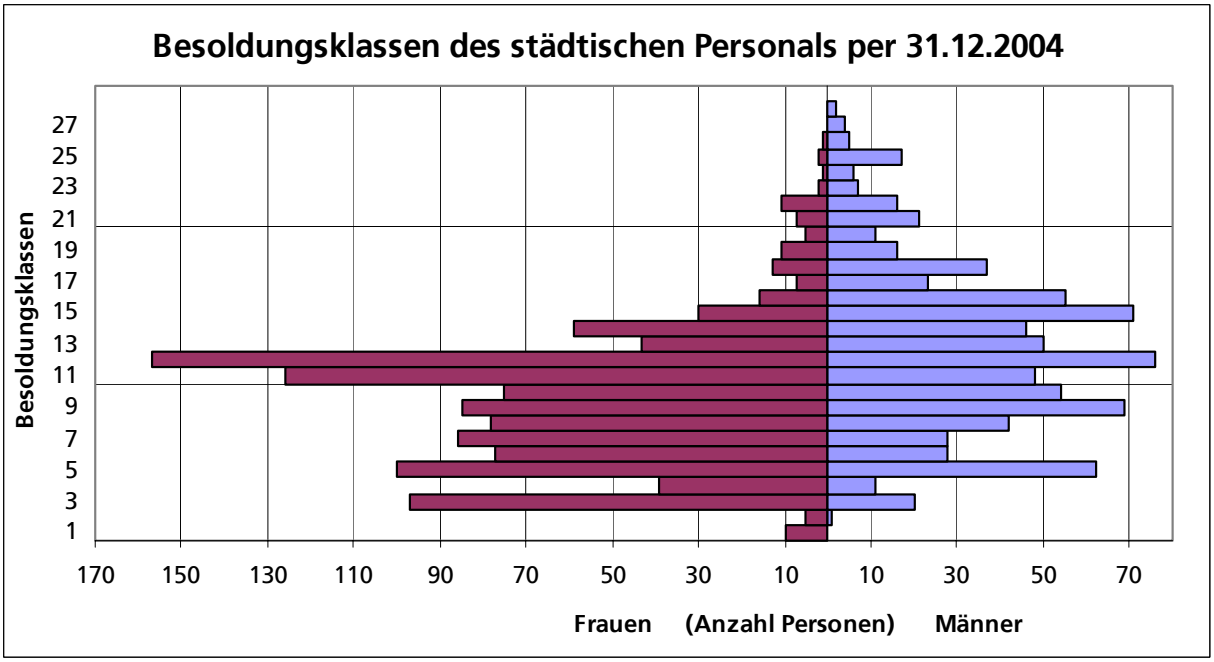
Kommentar:
Die Verteilung der Mitarbeitenden auf die einzelnen Nationalitäten ist in den letzten Jahren unverändert geblieben.

4.4 Pyramide der Dienstjahre



Kommentar:
Dank der tieferen Fluktuation ist der Anteil der Mitarbeitenden mit 3–6 Dienstjahren deutlich angestiegen.

4.5 Besoldungsklassen



Kommentar:
Der nach wie vor grosse Frauenanteil bei den mittleren Besoldungsklassen 11 und 12 ist auf das diplomierte Pflegepersonal zurückzuführen. Bei der Lohnklasse 3 handelt es sich vorwiegend um Reinigungspersonal.

5. Direktionen

5.1 Sozialdirektion

Am 1. Mai 2004 konnte das neue Jugendhaus "Treibhaus" am Spelteriniweg 4 den Luzerner Jugendlichen übergeben werden. Der Neubau ersetzt den "Wärchhof", der der Wohnüberbauung Tribschen weichen musste.

Vorwort von Ruedi Meier, Sozialdirektor

Sozial Info und Sozialzentrum REX: Mehr/verbesserte Kundenorientierung
Aus der Sicht der Sozialdirektion stand das Jahr 2004 eindeutig im Zeichen der Eröffnung des Sozialzentrums REX am Pilatusplatz im Herbst. Damit konnten diverse Ziele erreicht werden, die für die Einwohnerinnen und Einwohner und die betroffenen Mitarbeitenden der Sozial- und der Finanzdirektion von grosser Bedeutung sind:

- Konzentration von kundenintensiven Dienstleistungen in einem Haus im Stadthausareal
- Mehr Kundenfreundlichkeit und Dienstleistungsorientierung allgemein
- Verbesserung der persönlichen Sozialhilfe mit dem neu geschaffenen Sozial Info REX
- Bessere Voraussetzungen für die Zusammenarbeit und Vernetzung

Damit findet eine weitere Etappe der Zusammenlegung der Bürger- und Einwohnergemeinde ihren erfolgreichen Abschluss.

Sozialhilfe: Mehr Anreize und verbesserte Zusammenarbeit
In der Sozialhilfe steigen die Fallzahlen weiterhin stark an. Es handelt sich um eine schweizweite Entwicklung, die vor allem die Zentrumsgemeinden und Städte und somit auch die Stadt Luzern betrifft. Die Sozialdirektion bzw. das Sozialamt arbeiteten intensiv mit an der Revision der neuen Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS sowie an der Entwicklung des zukünftigen Zusammenspiels von Arbeitslosenversicherung ALV, Regionalen Arbeitsvermittlungsstellen RAV, Kranken- und Unfallversicherern, Invalidenversicherung und Sozialhilfe. Die Entwicklung geht eindeutig in Richtung zusätzlicher Arbeitsanreize durch Einkommensfreibeträge und eine verbesserte interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ von Sozialhilfe und Sozialversicherungen.

Allerdings sind auch diesen Bemühungen Grenzen gesetzt. Angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und unserer auf Höchstleistungen ausgerichteten Arbeitswelt ist es schwierig, für schlecht qualifizierte, leistungsschwächere und sozial schlecht integrierte Menschen Arbeit und Beschäftigung zu finden.

Familien und Lebensgemeinschaften stärken
Ein wichtiger Meilenstein ist die Schaffung der neuen Dienstabteilung Kinder Jugend Familie KJF. Mit der Zusammenfassung aller Dienstleistungen von fördernder und partizipativer Kinder- und Jugendarbeit bis hin zur Familienberatung und zum Kinder- und Jugendschutz konnten die organisatorisch-strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden für eine verstärkte Familienpolitik in der Stadt Luzern. 2005 nun wird zusammen mit externen – privaten, kirchlichen, öffentlichen – Institutionen ein städtisches Familienleitbild und auf dieser Basis ein Umsetzungskonzept erarbeitet. Ziel ist es, Familien und familienähnliche Lebensgemeinschaften zu unterstützen und zu stärken sowie die Stadt Luzern als attraktive Wohnstadt weiterzuentwickeln.

Neue und erneuerte Leistungsverträge
Die in den Jahren 2001/2002 erarbeiteten Strategischen Grundlagen der Sozial- und Gesundheitspolitik der Stadt Luzern sowie der B 26 zur Verstärkung der Persönlichen Sozialhilfe von 2003 bringen zum Ausdruck, dass die Stadt Luzern in der Sozialpolitik die Aufgaben der Vernetzung und der übergeordneten Steuerung verstärkt wahrnehmen will. Mit den Leistungsverträgen mit Spitex, Jugendberatung Contact, Drogenforum Innerschweiz DFI, diversen Krippen, Pro Senectute und dem Hilfsverein für Psychischkranke u. a. m. wird konsequent dieser Weg beschritten.

Budgetstabilität
Auch wenn die Rechnung 2004 der Stadt Luzern mit einem leichten Überschuss statt dem budgetierten Defizit abschliesst, so fällt auf, dass die Aufwendungen der Sozialdirektion in einigen Bereichen über dem Budget liegen. Bei näherer Betrachtung zeigt es sich aber, dass dort, wo der interne Handlungsspielraum gegeben ist, Budgetstabilität herrscht. Dies trifft vor allem zu auf das Globalbudget der Heime und Alterssiedlungen HAS mit einem Umsatz von Fr. 67,5 Mio. Einnahmen und Fr. 69 Mio. Ausgaben. Die markanten Überschreitungen sind dort festzustellen, wo externe und übergeordnete Faktoren eine zentrale Rolle spielen: Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV, KVG-Prämienverbilligung und Heimfinanzierung.

Erneuerung der Betagtenzentren
Die Modernisierung der Betagtenzentren ist ein finanzintensives und logistisch äusserst anspruchsvolles Vorhaben, das die Stadt Luzern in den kommenden Jahren durchgehend beanspruchen und herausfordern wird. Mit der Überprüfung der angestrebten Standards (mehr Wohnlichkeit und Intimität) und den damit verbundenen Kosten konnte eine zuverlässige Basis geschaffen, und die benötigten Investitionsmittel konnten in die Finanzplanung der Stadt aufgenommen werden. Damit ist die von Politik und Fachwelt geforderte Planungssicherheit geschaffen worden.

Reform der Gastronomie
Die Neuorganisation der Gastrodienste, die nebst einigen Drittkunden vorab die Betagtenzentren und das Personalrestaurant Salü der Stadtverwaltung versorgen, konnte auf Ende 2004 abgeschlossen werden. Die Zentralküche wurde ins Betagtenzentrum Eichhof integriert, die einzelnen Heim- bzw. Fertigungsküchen vollumfänglich in die Verantwortung der einzelnen Zentren gegeben. Somit liegt die Verantwortung für die Verpflegung vollumfänglich bei der Sozialdirektion. Neu wird nach dem Cook & Chill-Verfahren gekocht. Ziele dieser Umstellung sind mehr Flexibilität im Angebot sowie mehr Mitbestimmung und Verantwortung der Heime, die Verbesserung der Qualität und allgemeine Kosteneinsparungen. Die Umstellungen konnten trotz Stellenabbau ohne Entlassungen vollzogen werden. Es zeichnet sich ab, dass die gesetzten Ziele erreicht werden können.

Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden
Dem Teilprojekt Soziales kommt bei der Aufgabenteilung eine zentrale Funktion zu. Angesichts der Tatsache, dass in Zukunft im Bereich der Sozialpolitik die Gemeinden gestärkt werden und die kommunale Verantwortung steigen wird, ist die Stadt Luzern als grösste Gemeinde und als Zentrum der gesamten Innerschweiz besonders gefordert. Vor diesem Hintergrund kommt der Mitarbeit in diesem Projekt, der verstärkten Zusammenarbeit mit den andern Gemeinden (vorab in der Agglomeration, aber nicht nur) und dem Engagement über die Kantonsgrenzen hinaus grosse Bedeutung zu. Der Sozialdirektor ist inzwischen mit beratender Stimme in die Konferenz der Sozialdirektorinnen und -direktoren der Zentralschweiz aufgenommen worden. Von grosser Wichtigkeit für die Stadt ist nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit dem Sozialbereich ein weiterhin solidarischer Finanzausgleich.

Motivierte Mitarbeitende – gute Dienstleistungen
Ein Jahresverlauf ist nicht nur geprägt von besonders wichtigen und herausragenden Projekten, sondern ebenso sehr von der Bewältigung des so genannten Tagesgeschäfts. Auch wenn – wie überall dort, wo gearbeitet wird – Fehler passieren, und wenn jede Tätigkeit immer wieder überprüft und verändert werden soll: Die Mitarbeitenden erbringen tagtäglich gute und engagierte Dienstleistungen in Tätigkeitsfeldern, wo vor allem die psychische Belastung ausnehmend gross ist. Dafür gehört ihnen an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön.

5.1.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele

- Wohn- und Pflegeheime: Projektierungskredit für den Umbau des Wohnheimes im Betagtenzentrum Wesemlin ist beim Parlament beantragt; Ausführungskredit für das Pflegeheim Betagtenzentrum Eichhof, inkl. Provisorien während der Umbauphase, ist beim Parlament beantragt; Demenzabteilung im Betagtenzentrum Dreilinden ist eingerichtet.
- Familienergänzende Kinderbetreuung: Das Leistungspaket für die familienergänzende Kinderbetreuung ist umgesetzt.
- Neue Dienstabteilung Kinder, Jugend, Familien: Das Konzept für die neue Dienstabteilung ist umgesetzt.
- Sozial Info Rex: Das Betriebskonzept Sozial Info Rex im Sozialzentrum Rex ist realisiert sowie der Bereich Sozialberatung im städtischen Sozialamt eingeführt.
- Persönliche und fördernde Sozialhilfe: Eine Aufgabenentflechtung ist mit den Kirchgemeinden begonnen, Koordinationsabsprachen sind getroffen, und mit privaten Leistungserbringern sind Leistungsvereinbarungen angestrebt.

Wohn- und Pflegeheime
Das auf dem Hintergrund eines zukunftsgerichteten Pflege- und Betreuungskonzepts aus einem selektiven Wettbewerbsverfahren mit Studienauftrag hervorgegangene Siegerprojekt für den Umbau des Pflegeheims Eichhof zeigte einen deutlich höheren Investitionsbedarf als ursprünglich angenommen. Der Stadtrat setzte daher noch im November 2003 eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe mit dem Auftrag ein, die Investitionsplanung der kommenden Jahre zu überprüfen. Gleichzeitig waren in der ersten Hälfte des Berichtsjahres die grossen Bauprojekte der Betagtenzentren neu zu beurteilen und weiter zu konkretisieren, bevor an eine weitere Projektierung und Umsetzung zu denken war. Der im September 2004 dem Stadtrat vorgelegte Bericht zu den Betagtenzentren "Machbarkeit und Nutzungsentwicklung" wurde als Ergänzung zur Gesamtplanung 2005–2008 dem Parlament weitergeleitet und enthält im Wesentlichen:

- Eine Überarbeitung des Siegerprojekts "Atrium" für das Pflegeheim Eichhof mit reduzierten Kosten von Fr. 28 Mio.
- Eine Variantenstudie und eine Arealnutzungsstudie für das BZ Eichhof.
- Eine Machbarkeitsstudie für Umbau/Sanierung des Wohnheims Wesemlin.
- Eine Nutzungsstudie für das Betagtenzentrum Dreilinden.
- Einen umfassend überarbeiteten Lösungsvorschlag für die Provisoriumsfragen.

Nach positiver Aufnahme des Berichts durch die Bau- und die Sozialkommission im Herbst 2004 wurde der bereits im Jahre 2002 bewilligte Projektierungskredit für Umbau und Sanierung des Pflegeheims Eichhof vom Stadtrat für die weitere Ausarbeitung freigegeben. Gleichzeitig konnten die Vorbereitungsarbeiten für den B+A zum Ausführungskredit und zur Provisoriumslösung initialisiert werden.

Familienergänzende Kinderbetreuung: Grundlagen aufgebaut
Mit dem Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter vom 12. Juni 2003 hat der Grosse Stadtrat beschlossen, dass die Stadt Luzern die familienergänzende Kinderbetreuung unterstützt, um die Entwicklung und Integration der Kinder zu fördern und um es den Eltern zu ermöglichen, Familie, Arbeit und Ausbildung zu vereinbaren.

Leistungen im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung werden einerseits von der Stadt (siehe nachstehend unter 5.1.3), andererseits von privaten Institutionen angeboten. Leistungen für Kinder im Vorschulalter werden vorwiegend von privaten Institutionen erbracht. Die Stadt Luzern engagiert sich hier, indem sie eine Gesamtstrategie entwickelt, bei der Planung des Angebots mitwirkt, private Institutionen leistungsorientiert subventioniert sowie Steuerungs- und Koordinationsaufgaben übernimmt.

2004 wurden mit fünf privaten Trägerschaften, welche die Subventionsanforderungen erfüllen, Leistungsvereinbarungen für die Geltungsdauer 1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2007 abgeschlossen. Darauf basierend konnten mit den fünf Partnern Jahresvereinbarungen unterzeichnet werden, welche die Details der Leistungserbringung und Subventionierung regeln. Die Jahresvereinbarungen orientieren sich an einem einheitlichen und transparenten Tarifsystem, das speziell entwickelt wurde.

Zwischen den privaten Trägerschaften und der Stadt fand ein regelmässiger Austausch statt, um Prozesse und Leistungen laufend zu optimieren. Ziel ist, möglichst allen Eltern und Kindern der Stadt Luzern ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot zur Verfügung zu stellen.

2004 wurden entscheidende Grundlagen, wichtige Instrumente und neue Strukturen für die familienergänzende Kinderbetreuung geschaffen. 2005 wird der Fokus auf der differenzierten Definition und Planung des Angebotes liegen.

Neue Dienstabteilung Kinder Jugend Familie
Per 1. September 2004 startete die neue Dienstabteilung Kinder Jugend Familie. Die Abteilung ist organisatorisch in die folgenden vier Bereiche aufgeteilt:
- Animation/Partizipation
- Familienergänzende Kinderbetreuung
- Kinder- und Jugendschutz
- Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg

Die wichtigsten Aufgaben im letzten halben Jahr waren die Organisation der Zusammenarbeit, der Aufbau von Vernetzungsgremien intern und extern sowie die Weiterführung der bisherigen Dienstleistungen. Weitere wichtige Punkte, an denen gearbeitet wird, sind: Entwicklung des Leistungsportfolios und darauf aufbauend Zuordnung von Personalressourcen, Entwicklung von Formen für die Kooperation/Vernetzung, Aufbau einer niederschwelligen, kundenfreundlichen Publikumskommunikation, Einrichten eines sachgerechten Entwicklungscontrollings und einer Evaluation, Schaffung von Instrumenten für die Förderung der Vernetzung mit privaten Anbietern sowie Bestimmung der weiter notwendigen Ressourcen.

Für 2005 ist die Erarbeitung eines Leitbildes für die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der Stadt Luzern geplant. Das zu erarbeitende Leitbild soll dem Stadtrat und dem Grossen Stadtrat als richtungsweisende Grundlage für eine zeitgemässe Kinder-, Jugend- und Familienpolitik sowie als strategische Grundlage für die Tätigkeit der Stadt Luzern in den nächsten Jahren dienen und die operative Umsetzung lenken.

Sozial Info REX / Umstrukturierung Sozialberatung
Im Rahmen eines Organisationsentwicklungsprozesses wurden, im Hinblick auf den Umzug ins Sozialzentrum REX, die Strukturen des Sozialamtes überprüft. Zusätzlich stellte sich die Aufgabe, die neue Dienstleistung Sozial Info REX in die Organisation des Sozialamtes einzugliedern.
Die neue Struktur mit den Bereichen Existenzsicherung, Soziale Integration und Zentrale Dienste wurde auf den 1. Oktober eingeführt. Der Bereich Soziale Integration mit den Angeboten Begleitetes Wohnen, Einkommensverwaltung, Fachstelle Arbeit und nicht zuletzt das Sozial Info REX decken die Sozialberatung oder die persönliche Sozialhilfe ab.
Die Nachfrage nach diesen Dienstleistungsangeboten ist nach wie vor gross.
Trotz den eingeschränkten Öffnungszeiten des Sozial Info REX, vier Halbtage in der Woche, nahmen in den ersten drei Monaten 630 Personen die neue Dienstleistung in Anspruch. Zur Hälfte wurden Fragen zur Existenzsicherung bearbeitet. Weitere Themenschwerpunkte waren Wohnen, Arbeit, Sozialversicherungen, Migration, Recht usw. Soweit die Anliegen und Fragen nicht direkt gelöst werden konnten, wurden über 40 Stellen des Sozial- und Gesundheitswesens in der Stadt Luzern kontaktiert und allenfalls die Fragestellenden an diese weiterverwiesen.

Persönliche und fördernde Sozialhilfe
In den letzten Jahren zeigte sich im genannten Bereich oftmals, dass teilweise nicht klar ist, welche Dienstleistungsangebote durch die einzelnen Träger angeboten werden. Im Sommer 2004 fand zwischen Vertretungen der Sozialdirektion, der Kirchgemeinden und der Caritas ein Workshop statt. Gegenseitig datierte man sich über das Dienstleistungsangebot auf. Diesbezüglich kristallisierte sich jedoch heraus, dass gegenseitig von einem unterschiedlichen Subsidiaritätsverständnis ausgegangen wird. Es wird eine gemeinsame Klärung herbeigeführt werden müssen.
Mit der Pro Senectute konnte für den Bereich der Sozialberatung für Menschen im AHV-Alter eine Leistungsvereinbarung ausgehandelt werden. Ebenfalls wurde eine Leistungsvereinbarung mit dem Hilfsverein für Psychischkranke für die Sozialberatung wie auch für den Bereich der freiwilligen Einkommensverwaltung vereinbart. Was die eher randständigen Menschen betrifft, unterstützt die Stadt Luzern seit dem Berichtsjahr den Verein Kirchliche Gassenarbeit ebenfalls mit einem jährlichen Beitrag, welcher sich auf eine Leistungsvereinbarung für den Bereich der freiwilligen Einkommensverwaltung stützt.

5.1.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 04	B 04	Abweichung	in %	R 04	B 04	Abweichung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehraufwand/Minderertrag	Minderaufwand/Mehrertrag
K211 Stab Sozialdirektion	1'490	1'230	260	21%	37	1	36	3600%	(1'453)	224	
K212 Sozialversicherungen Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle	1'245	1'152	94	8%	190	191	-1	-1%	(1'055)	94	
K213 Amtsvormundschaft	3'470	3'554	-84	-2%	208	178	30	17%	(3'262)		114
K214 Sozialamt	4'101	4'249	-148	-3%	3	11	-8	-73%	(4'097)		141
K215 Heime und Altersiedlungen	1'985	1'606	379	24%	1'785	1'606	179	11%	(200)	200	
K216 Sekretariat Vormundschaftsbehörde	1'473	1'456	17	1%	114	144	-30	-21%	(1'359)	47	
Spezialaufgaben											
K220 Gesundheitsdienste	105	112	-7	-6%	0	0	0		(105)		7
K221 Wirtschaftliche Sozialhilfe	46'809	40'965	5'844	14%	33'608	32'340	1'268	4%	(13'200)	4'575	
K222 Alimentenbevorschussung, Ink.Hilfe	2'732	3'100	-368	-12%	1'812	1'900	-88	-5%	(919)		281
K223 Bestattungskosten für mittellos Verstorbene	24	25	-1	-4%	5	4	1	25%	(19)		3
K227 Gastarbeiterbetreuung	74	80	-6	-8%	0	0	0		(74)		6
K228 Kinderkrippe Eichhörnli	298	323	-25	-8%	276	323	-47	-15%	(22)	22	
Beitragswesen											
K275 Soziale Wohlfahrt	33'629	31'796	1'833	6%	0	0	0		(33'629)	1'833	
K278 Volkswirtschaft	380	342	38	11%	0	0	0		(380)	38	
Spezialfinanzierungen											
K290 BZ Eichhof	22'057	22'011	46	0%	22'437	21'333	1'104	5%	380		1'058
K291 BZ Dreilinden	12'489	12'960	-471	-4%	12'429	12'437	-8	0%	(60)		463
K292 BZ Rosenberg	10'861	10'809	52	0%	10'506	11'058	-552	-5%	(356)	605	
K293 BZ Wesemlin	11'387	11'202	185	2%	10'833	10'811	22	0%	(554)	162	
K294 Pflegeheim Hirschpark	5'193	5'231	-38	-1%	4'789	5'010	-221	-4%	(404)	183	
K295 Pflegewohnungen	2'457	2'607	-150	-6%	1'723	1'734	-11	-1%	(734)		139
K296 Tagesheim Eichhof	392	431	-38	-9%	229	250	-21	-8%	(163)		18
K297 Alterssiedlungen	1'956	2'176	-219	-10%	2'593	2'722	-128	-5%	637		91
K298 Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg	6'470	6'817	-347	-5%	6'337	6'817	-480	-7%	(133)	133	
Total	**171'077**	**164'234**	**6'846**	**4%**	**109'914**	**108'870**	**1'045**	**1%**	**-61'163**	**8'116**	**2'321**
Nettoverschlechterung											**5'795**

Die Sozialdirektion schliesst bei einem Aufwand von Fr. 171'077'000.– mit einer Nettoverschlechterung von Fr. 5'795'000.– oder 3,53 % ab.
Dies ist v. a. auf folgende Punkte zurückzuführen (Reihenfolge nach der Tabelle):
Zu Lasten des Stabes musste ein vor etlichen Jahren bei den Sozialversicherungen zu Unrecht aktiviertes Guthaben über Fr. 240'000.– abgeschrieben werden.

Die zusätzliche Arbeitsbelastung auf dem Arbeitsamt ist mit Aushilfen aufgefangen worden, was zu Mehrkosten von rund Fr. 95'000.– führte.

Verschiedene Einsparungen, aber auch Mehrerträge ergaben bei der Amtsvormundschaft eine Ergebnisverbesserung von rund Fr. 0,1 Mio.

Neben diversen Mehr- und Minderkosten führten im Sozialamt insbesondere Mutations-

gewinne und die teilweise Nichtbesetzung von Praktikantenstellen zu Nettominderkosten von knapp Fr. 150'000.–.

In der Rechnung Heime und Alterssiedlungen wurden die aufgrund der Globalbudgets erwirtschafteten Gewinnbeteiligungen von je Fr. 100'000.– für die Jahre 2003 und 2004 verbucht.

Die anhaltende Schwäche des Arbeitsmarktes erhöhte den Nettomehraufwand bei der WSH um Fr. 2,9 Mio.
Der Aufwand für die Mutterschaftsbeihilfe lag leicht unter dem Budget (–7,5 %), hingegen reduzierten sich die Rückflüsse um 16,7 %, so dass ein Nettomehraufwand von rund Fr. 90'000.– verblieb.
Der gestützt auf die Grundlagen des Kantons budgetierte Ertrag aus dem kantonalen Ausgleichsfonds für die Sozialhilfe konnte nicht erreicht werden. Der realisierte Ertrag blieb mit Fr. 4,4 Mio. rund Fr. 1,5 Mio. unter den Erwartungen. Insgesamt war im Bereich WSH ein Nettomehraufwand von rund Fr. 4,5 Mio. zu verzeichnen.

Im Gegensatz zur WSH liegt der Nettomehraufwand für die Alimentenbevorschussung knapp Fr. 0,3 Mio. unter dem Budget.
In der Sozialen Wohlfahrt sind die Beiträge an den Kanton an die IV, AHV, Krankenkassenprämienverbilligung und Heimfinanzierung usw. zusammengefasst. Die Budgetierung erfolgt gemäss den Vorgaben des Kantons. Die effektiven Rechnungen lagen um rund Fr. 1,8 Mio. über Budget.

Die unter HAS zusammengefassten städtischen Betagtenzentren, Pflegeheime und Pflegewohnungen wiesen gegenüber dem Budget ein um rund Fr. 0,7 Mio. besseres Ergebnis aus. Dieses wird im nachstehenden Teil des Globalbudgets näher erläutert.

Wegen der kantonalen Sparvorgaben musste eine Abteilung in der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg geschlossen werden. Dies ergab Minderkosten, aber auch Mindererträge, wobei die Mindererträge kurzfristig überwogen und zu einer Ergebnisverschlechterung von knapp Fr. 135'000.– führten.

5.1.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Sozialdirektion
Eine der Hauptaufgaben des Stabes lag in der Leitung des gross angelegten OE-Projektes "Schaffung der Abteilung Kinder Jugend Familie KJF". Mehrere Unterprojekte mussten koordiniert, Schnittstellen für den gesamten Bereich definiert und organisatorisch-strukturelle Änderungen herbeigeführt werden, bevor die neue Abteilung am 1. September 2004 starten konnte.
Der Stab engagierte sich zusammen mit dem Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Luzern, dass eine durch den Kanton gesteuerte Projektgruppe Fixerraum eingesetzt werden konnte, welche im Jahr 2005 das Pilotprojekt Fixerraum ausarbeiten wird.
Die Ortsgesundheitskommission OGK nahm sich im Speziellen der Thematik Cannabis an, indem sie unter Begleitung der Fachstelle für Suchtprävention zwei runde Tische rund um die Oberstufenzentren Utenberg und Mariahilf durchführte. Es erfolgte daraus ein sehr gut besuchter Themenabend im Oberstufenzentrum Utenberg. Zusammen mit der Fachstelle für Suchtprävention wurde ein thematischer Elternabend für das Jahr 2005 in Aussicht genommen. Die nähere Skizzierung erfolgt im Jahr 2005.
Der Stab arbeitete intensiv mit in einer kantonalen Arbeitsgruppe, unter der Federführung der kantonalen Stelle für Gesundheitsförderung. Ziel war die Optimierung, Koordination und Vernetzung der im Gesundheitsbereich tätigen verwaltungsinternen und -externen Stellen. Dem Vorsteher des Gesundheits- und Sozialdepartements des Kantons Luzern wurde ein Modell vorgeschlagen, dessen Ziel die koordinierte Planung, Ausgestaltung, Optimierung sowie das Controlling der Angebote für Gesundheitsförderung und Prävention im Kanton Luzern ist.
Gegen Ende des Jahres 2004 wurde bekannt, dass Anfang 2005 die Gerichtsverhandlung gegen den Angeklagten, welcher unter anderem auch im Betagtenzentrum Eichhof Tötungen vorgenommen hat, stattfinden wird. Diesbezüglich hat der Stab zusammen mit der Abteilung Heime und Alterssiedlungen ein Kommunikationskonzept erarbeitet. Diverse begleitende Massnahmen für das Personal des Betagtenzentrums Eichhof, aber auch die Bewohner/innen und Angehörigen wurden erarbeitet.
Das Reglement des Sozialfonds erfuhr eine Aktualisierung. Der Zweck wurde erweitert, um die Möglichkeit soziokultureller Projekte unterstützen zu können. Zudem wurde die Finanzkompetenz der Sozialdirektion erhöht.
Präsidium und Geschäftsstelle der Städteinitiative Sozialpolitik werden durch die Leitung der Sozialdirektion wahrgenommen. Die Städte behandelten u. a. das auch für Luzern wichtige Thema der Richtlinienrevision für die Bemessung der Sozialhilfe SKOS. Dabei war die Diskussion um die Schaffung von Anreizsystemen ein zentrales Thema.

Kinderkrippe Eichhörnli
In der Kinderkrippe Eichhörnli ist immer etwas los. Gemeinsame Aktivitäten, freies Spielen, die Natur erleben oder einmal die Ruhe geniessen gehören zum Krippenalltag. Auch die Begegnungen mit älteren Menschen in der Alterssiedlung und im Betagtenzentrum Eichhof sind wertvolle Erfahrungen.
Das Eichhörnli verfügt über 12 Plätze für Kinder im Alter zwischen 6 Monaten und 5 Jahren (bis zum Kindergarteneintritt). Priorität haben Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Luzern, aber auch andere. Die Öffnungszeiten von Montag bis Donnerstag von 6.45 bis 18.30 Uhr und am Freitag von 6.45 bis 17.00 Uhr kommen den verschiedenen Berufen der Eltern entgegen. Die Tarife sind gleich wie jene der Krippen mit Leistungsvereinbarung.

Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle
Der schon lange erwartete wirtschaftliche Aufschwung ist zwar eingetroffen. Die Zahl der erwerbslosen Personen ist aber nur ganz leicht gesunken; die Anzahl der An- und Abmeldungen im Arbeitsamt ist fast unverändert hoch. Es kommt immer häufiger vor, dass jemand innerhalb von kurzer Zeit mehrmals arbeitslos wird. Im Berichtsjahr wurden 1,7 Stellen befristet bewilligt. 30 Stellenprozente konnten im Sommer aber schon wieder abgebaut werden.

Als direkte Folge der Wirtschaftslage mussten im Bereich AHV-Zweigstelle sehr viele Abklärungen im Zusammenhang mit der AHV-Unterstellung von nichterwerbstätigen Personen vorgenommen werden.
Die Anzahl der Anmeldungen zum Bezug von individuellen Prämienverbilligungen ist ebenfalls nach wie vor steigend; und auch die Zahl der Ergänzungsleistungsbeziehenden nimmt immer noch zu. Auffallend ist auch, dass wieder vermehrt die Möglichkeit der Bevorschussung der Krankheitskosten in Anspruch genommen wird.

Sozialamt
Im Berichtsjahr haben sich die verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht ausgewirkt. Die Fallzahlen bei der Wirtschaftlichen Sozialhilfe und der Alimentenhilfe nehmen zu, eine Trendwende kann nicht festgestellt werden.
Während des Jahres nahmen z. B. die Finanzierungsfälle, Menschen in Alterseinrichtungen, Heimen oder mit vormundschaftlichen Massnahmen, um über 20 % zu. Weiter Besorgnis erregend ist die Zunahme bei den jungen Erwachsenen von über 25 %. Dementsprechend ist die Fallbelastung für die einzelnen Mitarbeitenden noch weiter gestiegen, und persönliche Sozialhilfe im Rahmen der Existenzsicherung ist nur punktuell leistbar. Massnahmen zur Entschärfung der Situation werden geprüft.
Die neue Dienstleistung Einkommensverwaltung auf freiwilliger Basis entspricht einem echten Bedürfnis. So können vormundschaftliche Massnahmen vermieden und die finanzielle Situation von den zu Betreuenden geregelt werden.
Neben der Bewältigung der an sich schon anspruchsvollen Alltagsgeschäfte engagieren sich die Mitarbeitenden des Sozialamtes in internen und externen Arbeitsgruppen und Kommissionen.
Der Umzug des Sozialamtes von der Gütschstrasse an die Obergrundstrasse wurde erfolgreich abgeschlossen.
Die neuen Räume sind kundenfreundlicher, und zeitgemässe Sicherheitsmassnahmen sind realisiert.

Amtsvormundschaft
Das Jahr 2004 war für die Amtsvormundschaft geprägt von Veränderungen. Per 1. September wechselte das Team Kinder und Jugend in die neu geschaffene Abteilung Kinder Jugend Familie der Sozialdirektion und wurde dort zum Bereich Kinder- und Jugendschutz. Seither führt die Amtsvormundschaft nur noch vormundschaftliche Massnahmen für Erwachsene.
Die zweite Veränderung betrifft die Räumlichkeiten. Nach einer langen und intensiven Vorbereitungszeit wurde der Umzug vom Stadthaus ins Sozialzentrum REX Ende September Wirklichkeit. Im Oktober fanden verschiedene Eröffnungsanlässe statt. Nach einer ersten Anlaufzeit haben sich die Mitarbeitenden im Sozialzentrum eingelebt und die Klientinnen und Klienten sich an die neue Umgebung und die neuen Strukturen gewöhnt. Bereits sind erste positive Auswirkungen der räumlichen Zusammenführung verschiedener Abteilungen der Sozialdirektion spürbar.
Aufgrund der seit Anfang 2004 wirksamen zusätzlichen Angebote der Einkommensverwaltung anderer Institutionen konnte ein weiteres Ansteigen der Massnahmenzahlen im Erwachsenenbereich verhindert werden. Bei der Amtsvormundschaft verbleiben die komplexen und anspruchsvollen Massnahmen, die sich als sehr beratungs- und betreuungsintensiv erweisen.

Neben der Fallführungsarbeit engagierten sich die Mitarbeitenden der Amtsvormundschaft zusammen mit dem Sekretariat der Vormundschaftsbehörde und dem Kinder- und Jugendschutz im gemeinsamen Qualitätsentwicklungsprojekt (siehe auch den Text unter Sekretariat Vormundschaftsbehörde). Nachdem in einer ersten Phase die Projektorganisation aufgebaut, die vorhandenen Qualitätselemente inventarisiert und die Lücken ermittelt wurden, startete im Juni die zweite Etappe, die bis Dezember 2005, spätestens Frühjahr 2006 dauert. Bis dahin sollen in fünf Unterprojekten das Leitbild, das Prozessmanagement, das Führungsmodell, das Mandatsbewirtschaftungssystem und das Thema Betreuungsarbeit erarbeitet bzw. definiert und deren Resultate in die Betriebsorganisation der beteiligten Abteilungen implementiert sein. Das Leitbild für die Vormundschaftspflege ist bereits erarbeitet und wurde im Dezember im Rahmen einer Veranstaltung präsentiert.

Sekretariat Vormundschaftsbehörde
Die Sozialdirektion hat mit ihrem Bericht Strategische Grundlagen der Sozial- und Gesundheitspolitik der Stadt Luzern 2001 die Grundlagen zu einem Leitbild der Sozialpolitik gelegt und sich zur Wirkungsorientierung der involvierten Verwaltungsstellen bekannt. Gestützt darauf haben die Amtsvormundschaft und das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde 2003 einen Organisationsentwicklungsprozess eingeleitet zur Ausdifferenzierung der Detailleistungen in der Vormundschaftspflege und zur Konkretisierung der notwendigen Steuerungsinstrumente (siehe auch Text unter Amtvormundschaft). Im Dezember 2004 wurde das erste Unterprojekt abgeschlossen. Die Dienstabteilungen Amtsvormundschaft, Kinder- und Jugendschutz und Sekretariat der Vormundschaftsbehörde haben seither ein gemeinsames Leitbild, welches deren Grundhaltung, die die Arbeit prägt, und die generellen Zielsetzungen, welche mit der Aufgabenerfüllung verbunden sind, wiedergibt. Sowohl das Subsidiaritäts- als auch das Verhältnismässigkeitsprinzip bei der Anordnung von vormundschaftlichen Massnahmen sind darin

verankert. Das Bestreben nach Wahrung der Menschenwürde, der Schutz der persönlichen Freiheit und Sicherheit sowie das Wiedererlangen der Selbstbestimmung der betreuten Person sind wesentliche Leitplanken der Arbeit der vormundschaftlichen Organe. Die Förderung der noch vorhandenen Ressourcen der Klienten steht im Vordergrund. Professionelle Arbeit und eine kooperative Haltung ermöglichen ein lösungsorientiertes Handeln. Die Leitungsverantwortlichen erteilen klare Aufträge und schaffen Rahmenbedingungen, mit denen die Mitarbeitenden ihre Aufgaben selbstverantwortlich und selbstorganisierend wahrnehmen und ausführen. Durch innovative Reaktionen auf ein verändertes Umfeld und durch einen wirksamen Einsatz der Mittel werden die Qualität gesichert und die Leistungen geplant. Diese Leitsätze garantieren eine optimale Betreuung der von der Vormundschaftspflege betroffenen Menschen und schaffen für die Mitarbeitenden, deren oft belastende Tätigkeit grosses Engagement und viel persönlichen Einsatz erfordert, gute Arbeitsbedingungen.

Die Tätigkeit des Sekretariates der Vormundschaftsbehörde war wiederum von den Auswirkungen der gesellschaftlichen Entwicklung (demografische Rahmenbedingungen, Wirtschaftslage, soziale Probleme) geprägt. Eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ist noch kaum spürbar, und die beruflichen Aussichten für Jugendliche sind immer noch wenig zukunftsversprechend. Psychische Probleme sind bei Menschen aller Altersstufen zunehmend feststellbar. Seit dem Jahr 2000 haben die jährlich an die Vormundschaftsbehörde gerichteten Anträge um rund 35 % zugenommen.

Kinder Jugend Familie
Neben der organisatorischen Zusammenführung in die neue Dienstabteilung und den damit einhergehenden Veränderungen gestaltete sich die Haupttätigkeiten in den vier Bereichen im vergangenen Jahr wie folgt:

Animation/Partizipation
Durch die Neuorganisation des Bereichs in die Ressorts Freizeitangebote, Kinder- und Jugendparlament, mobile Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendhaus Treibhaus wurde eine engere Zusammenarbeit und ein damit verbundener Synergiegewinn möglich.
Das Kinderparlament bestand 2004 aus 96 Kindern zwischen 8 und 15 Jahren. 58 Kinder kamen an die Sessionen, die restlichen 38 Kinder waren in einem der fünf Arbeitsteams.

Das Jugendparlament bestand 2004 aus 25 Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren. Sie trafen sich 6-mal zu einem Plenum, nahmen an der Schweizerischen Jugendparlamentskonferenz, am kantonalen Jugendratstreffen und an der Jugendsession teil.

Mobile Kinder- und Jugendarbeit
Im Quartier St. Karli/Untergrund etablierte sich die Mobile Kinder- und Jugendarbeit (50%-Stelle) als wichtige Anlauf- und Schaltstelle für Kinder- und Jugendarbeit im Quartier. So konnte sie mit verschiedenen Institutionen (Sentitreff, offene Jugendarbeit St. Karl, Pfarrei, Schulen und Quartiervereine) ein bedürfnisgerechtes Angebot für Kinder- und Jugendliche entwickeln, das von allen Altersgruppen rege benutzt wird. In Ergänzung zum Kinderangebot (Sentitreff) und dem Jugendangebot (Pfarrei) richtete sie im renovierten Pfarreihaus einen Kidstreff (11- bis 14-Jährige) ein, der regelmässig von 15 bis 20 Kindern besucht wird.
Es zeigt sich, dass die Mobile Kinder- und Jugendarbeit mit ihren kleinen Stellenpensen darauf angewiesen ist, dass sie sich mit Partnerinstitutionen vernetzen kann. Die Stelle im St. Karli-Quartier hat sich inzwischen bestens etabliert, während die Stelle im Tribschen/Langensand immer noch zu isoliert ist. Konzeptanpassungen sind in Bearbeitung.

Jugendhaus Treibhaus
Mit der Betriebsaufnahme im Mai 2004 hat das erste Betriebsjahr des Treibhauses am neuen Standort begonnen. In diesen ersten acht Monaten hat sich das Treibhaus mit einer positiven Identität in der Stadt Luzern als neues Jugendhaus positioniert. Das vergangene Jahr wurde als Pilot- und Testphase definiert, in der das Fundament für die kommenden Jahre festgelegt wird. Die Auswertung dieser Erfahrungen findet im 1. Quartal 2005 statt und bietet die Grundlage für das verbindliche Konzept 2005/2006.

Familienergänzende Kinderbetreuung
Die acht Horte verzeichnen per Ende 2004 eine Warteliste von total 79 Kindern. Im vergangenen Jahr wurden die 165 Betreuungsplätze in den acht städtischen Horten von 227 Kindern besucht.

Der im August 2004 neu eröffnete 4. Mittagstisch im Romerohaus (Würzenbach) ist ein voller Erfolg. Bereits bestehen Wartefristen. Der Mittagstisch Obergütsch wurde in den Barfüesser verlegt und weist zurzeit noch keine volle Auslastung auf. Die beiden Mit-

tagstische Hubelmatt und St. Karli sind in das Projekt Schule+Betreuung integriert und sind gut ausgelastet.

Die Ferienhorte haben sich sehr gut etabliert und werden von den Kindern der Stadt Luzern rege besucht.

Das Projekt Schule+Betreuung in den Gebieten Hubelmatt und St. Karli ist gut angelaufen. Die Projektgruppe trifft sich regelmässig zum Austausch. Kontinuierliche Anpassungen oder Verbesserungsvorschläge werden in die Praxis integriert. Die flexiblen Betreuungseinheiten können noch besser ausgelastet werden. Allerdings sind die integrierten Mittagstische sowie die Hausaufgabenhilfe bereits gut ausgelastet.

Kinder- und Jugendschutz
Der Kinder- und Jugendschutz hat im September 2004 neue Räume im Sozialzentrum REX bezogen.
Per Januar 2004 wurden 235 vormundschaftlichen Massnahmen für Kinder und Jugendliche geführt, Ende 2004 waren es 252 Mandate. Neben diesem Zuwachs (17) hat der durchschnittliche Aufwand pro Mandat zugenommen. Platzierungsnotstände nach Schliessung von Wohngruppen in Kinderheimen oder Abbau von Plätzen, Sparmassnahmen des Kantons Luzern, aufwändige Finanzierungen, aufwändige gerichtliche Auseinandersetzungen usw. sind unter anderem Gründe dafür. Der Stadtrat hat als Entlastung im Sinne einer Sofortmassnahme per April 2004 eine zusätzliche, befristete Mandatsträgerstelle von 80 % sowie eine 50%-Stelle per 1. Januar 2005 für die psychosoziale Beratung bewilligt.
Die Nachfrage an Hilfestellungen im Bereich von Kindesschutzmassnahmen ist nach wie vor steigend.

Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg
Sparauftrag
Die KJU wird über das kantonale Heimfinanzierungsgesetz finanziert. Die einschneidenden Sparmassnahmen des Kantons betrafen dementsprechend auch die Siedlung. Das Budget 2004 wurde vom Kanton linear um 2 % gekürzt. Für 2005 mussten weitere 8 % gespart werden. Dieser Sparauftrag konnte nur mit einem schmerzhaften Leistungsabbau umgesetzt werden. Per Ende 2004 wurde die Wohngruppe Grün 1 geschlossen. Das Angebot der KJU reduzierte sich somit um 7 männliche Jugendliche auf neu 51 Kinder und Jugendliche. Auch nach dem erwähnten grossen Sparbeitrag beauftragt der Regierungsrat die KJU, das bereits gekürzte Budget 2005 um weitere Fr. 90'000.– zu reduzieren.

Erweiterung des Angebotes
Dem Sparauftrag des Kantons gegenüber steht die Forderung des Bundesamtes für Justiz, dass die Öffnungszeiten der Siedlung erweitert werden müssen. Um die Subventionsanerkennung zu erhalten, muss die KJU neu – mit Ausnahme von 2 Wochen Betriebsferien während der Sommerferien – ihr Angebot auf das ganze Jahr ausweiten. Die Mitarbeitenden der KJU müssen somit ohne Stellenerweiterung 20 zusätzliche Betriebstage abdecken.

Sanierungsarbeiten
Im Laufe des Jahres 2004 haben die Stadt Luzern, der Kanton Luzern und das Bundesamt für Justiz das zweite Sanierungspaket der KJU bewilligt und ihre finanziellen Beiträge zugesichert. Somit kann im Jahr 2005 mit den dringend notwendigen Innensanierungen der Wohngruppen begonnen werden. Der durch die Gruppenschliessung frei gewordene Wohnraum kann bei den Renovationsarbeiten durch die Gruppen genutzt werden. Somit muss während der Umbauten nur eine Wohngruppe ausserhalb der Siedlung Wohnraum finden.

Ausbau der Siedlungsküche
In der Planung der Sanierungsarbeiten ist auch eine Erweiterung der Heimküche geplant. Ab Januar 2005 wird den Gruppen jeweils ein fertig zubereitetes Mittagessen der internen Siedlungsküche angeboten. Hans Kaufmann, zuvor Sozialpädagoge und ambitionierter Hobbykoch, wird neu die Aufgabe des Küchenchefs der KJU übernehmen. Frühstück und Abendessen werden wie bisher auf den Wohngruppen zubereitet.

Sozialpädagogische Arbeit
Der erwähnte grosse Spardruck fordert die Mitarbeitenden heraus. Trotzdem ist es der Siedlung wichtig, ihre Kernarbeit, die pädagogische Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen sowie die Zusammenarbeit mit deren Bezugspersonen kontinuierlich zu verbessern.
Im Jahr 2004 wurde an verschiedenen internen Workshops für alle sozialpädagogisch tätigen Mitarbeitenden der KJU der lösungsorientierte Ansatz in der Sozialpädagogik differenziert und vertieft. Diese Fortbildung wurde von den pädagogischen Leitern der KJU vorbereitet und moderiert. Im November wurde den Mitarbeitenden eine interne Fortbildung zum Thema Sexualpädagogik angeboten. Ergänzend wird auf den verschiedenen Abteilungen die bewusste Arbeit nach dem Arge-Q-Qualitätsmanagement weiter beachtet und ergänzt.

Heime und Alterssiedlungen
Auf Einladung der Sozialdirektion erfolgte am 26. August 2004 eine erste verwaltungsinterne Standortbestimmung zum seit 2002 laufenden Leistungsauftrag mit Globalbudget für die Dienstabteilung. Diese bestätigte das Konzept Leistungsauftrag mit Globalbudget als ein Führungsinstrument, das sich für die Heime und Alterssiedlungen (HAS) klar bewährt hat. In verschiedenen Bereichen wurde jedoch auch Handlungsbedarf aufgezeigt, der nun bearbeitet wird. Stichworte: Weitere Delegation von Aufgaben, Verantwortung und Kompetenzen, interne Mittelaufteilung und Mittelverwendung, optimierte Kostenleistungsrechnung und Budgetprozess für den baulichen Unterhalt.

An der jährlichen Kadertagung von HAS wurden zum ersten Mal zu zwei zentralen Leitsätzen von HAS, "Normalität" und "Selbstbestimmung" der Heimbewohnerinnen und -bewohner, gemeinsame Zielsetzungen der Betagtenzentren und Pflegewohnungen für 2005 erarbeitet.

Im Juni 2004 startete eine Werbekampagne zur Förderung der Freiwilligenmitarbeit in den Heimen und Pflegewohnungen mit einem Prospekt, zwei Plakatsujets und diversen Medienartikeln. Die Kampagne löste viele positive Echos aus und ermöglichte es den Betagtenzentren und Pflegewohnungen, bis Ende Jahr insgesamt über 30 zusätzliche freiwillige Mitarbeitende zu rekrutieren.

Eine Parallelkampagne, ausgelöst durch den Schlussbericht zum zielgruppenspezifischen Personalmarketing im Pflegebereich von 2003, wurde im Herbst zur Rekrutierung von Pflegefachpersonal an Schulen gestartet.

Im Herbst 2004 wurde die Dienstabteilung durch die Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Managementsysteme (SQS) nach Eduqua-Kriterien zertifiziert. Sämtliche Bildungsangebote in der Pflege tragen nun das Eduqua-Label.

Schwerpunktthema der Pflegequalitätsentwicklung 2004 war der "Pflegeprozess", mit dem Ziel der Sicherstellung einer zielorientierten und wirksamen Pflegepraxis entsprechend den Anforderungen des KVG. Aufgrund eines grossen Interesses seitens der Luzerner Altersheimleiter/innen Konferenz (LAK) erfolgten mehrere Präsentationen der Schulungsunterlagen auch für die anderen Heime im ganzen Kanton Luzern.

Zusätzlich wurden die durch interne Arbeitsgruppen neu erarbeiteten Handlungsanweisungen zum Umgang mit Medikamenten und Richtlinien zur Feststellung von Tod und Todesursache in der gesamten Dienstabteilung eingeführt.

Im September 2004 lag der im ersten Halbjahr erarbeitete Bericht zu den grossen Bauvorhaben von HAS "Machbarkeits- und Nutzungsentwicklung" als Ergänzung zur Gesamtplanung 2005–2008 vor. Der umfangreiche Bericht zu Umbau und Sanierung des Pflegeheims Eichhof, des Wohnheims Wesemlin, des Betagtenzentrums Dreilinden und zur Provisoriumslösung wurde sowohl vom Stadtrat wie von der grossstadträtlichen Bau- und der Sozialkommission positiv aufgenommen und ermöglicht damit die Weiterbearbeitung der Umbauprojekte.

Das vom Stadtrat Ende 2003 gestartete Gastronomieprojekt beabsichtigte die Aufrechterhaltung einer zentralen Produktion des Grundangebots mittels eines neuartigen Kochverfahrens (sog. Cook & Chill), die Reorganisation der Gastrodienste und deren Eingliederung in die Sozialdirektion sowie die Übergabe der Verantwortung für Einkauf und Produktion eines individuellen Wahlangebots an die einzelnen Betagtenzentren. Mit der Projektleitung konnte Creative Gastro Concept und Design AG, Hergiswil, betraut werden. Im Berichtsjahr gelang es, die Umsetzung der Stadtratsbeschlüsse per 1.1.2005 termingerecht vorzubereiten und damit das Credo des im Rahmen des Projekts erarbeiteten Gastronomieleitbilds: "Essen und Trinken ist eine Freude und ein Erlebnis" zu einem grossen Teil bereits zu verwirklichen.

Im August startete, im Hinblick auf die bevorstehende Ablösung von FIS, das Projekt "Neukonzeption Kostenleistungsrechnung HAS". Dieses soll eine zweckmässige, nutzerfreundliche Lösung bringen und ein Benchmarking unter den städtischen Heimen sowie mit den Heimen des Kantons (LAK) ermöglichen.

Ein weiteres Projekt, das in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Ebikon, Emmen und Littau gestartet wurde, soll die Möglichkeit der Einführung einer für Stadt und Agglomeration gemeinsamen Geriatrischen Arztpraxis für Wohn- und Pflegeheime prüfen. Hintergrund ist die Forderung von santésuisse Zentralschweiz, dass in den Betagtenzentren beim Arztdienst in Zukunft nur noch ein Abrechnungssystem zur Anwendung kommen darf. Das Projekt "IG Geriatrische Arztpraxis Stadt

und Agglo Luzern" hat im Frühsommer seine Arbeit aufgenommen und als Erstes die notwendigen rechtlichen und ökonomischen Vorabklärungen getroffen.

Betagtenzentrum Eichhof
Das Berichtsjahr stand ganz im Zeichen der betrieblichen Neuorganisation. Die Schaffung von gleichwertigen Kernkompetenzbereichen "Pflege, Wohnen und Hotellerie" ermöglicht eine konsequente Ausrichtung aller Dienstleistungen auf die Bewohnerbedürfnisse. Die Strukturen wurden grundsätzlich vereinfacht und die Geschäftsleitung auf fünf Personen reduziert und teilweise mit neuen Fachleuten besetzt.

Der Integration der ehemaligen Gastrodienste der Stadt Luzern in das Betagtenzentrum Eichhof wurde grosse Aufmerksamkeit geschenkt. Es ging dabei nicht nur um die Vereinigung von zwei unterschiedlichen Betriebskulturen, sondern auch um die technische Umstellung der Produktionsprozesse in der Küche (Cook & Chill).

Im Sinne der Qualitätsverbesserung war die Schulung der Mitarbeitenden auch 2004 ein zentrales Thema. Um eine Basis für die Entwicklung einer integrierten Führungskultur legen zu können, besuchten alle Kader gemeinsam diverse Kurssequenzen.
Die Pflege hat in verschiedenen Qualitätsprojekten weitergearbeitet und sich neues Wissen angeeignet. Auch die internen Qualitätsgruppen haben grosse Arbeit geleistet. So wurde u. a. ein mehrjähriges Energiesparprojekt für das BZE gestartet.

Die laufenden Bauprojekte haben alle Beteiligten stark beschäftigt. So wurde intensiv an der Entwicklung des Projektes Pflegeheim "Haus Rubin" wie an der Fertigstellung des Wohnheimes 2 "Haus Saphir" gearbeitet.

Betagtenzentrum Dreilinden
Der Entscheid über die Einführung von Cook & Chill brachte zuerst Verunsicherungen. Mit zunehmender Konkretisierung aber zeigte sich eine konstruktive Aufbruchstimmung. In Anlehnung an das neue Gastronomieleitbild richtete sich im Berichtsjahr der Schwerpunkt auf die Weiterentwicklung der Dienstleistungsqualität mit besonderem Fokus auf die Gastronomie. Die Erfolgsbeteiligung aus dem positiven Rechnungsabschluss 2003 wurde für eine Bereichsanalyse und praxisspezifische Weiterbildung im Gastronomiebereich eingesetzt. In Arbeitsgruppen wurden verschiedene Aktivitäten und Massnahmen, wie Vegi-Menüs oder Fachberatung bei Diäten, erarbeitet. Optisch wurde der Prozess durch die Beschaffung neuer, farbenfroher Berufskleider für die im Service tätigen Mitarbeiterinnen unterstrichen.

Mit der Neuschaffung der Stelle "Service und Gästebetreuung" kommt das Betagtenzentrum Dreilinden seinem Ziel näher, die Hotellerie zu einem der Pflege gleichwertigen Bereich zu entwickeln. Es bleibt zu hoffen, dass das Aufschieben der dringend erforderlichen Anpassung der Infrastruktur diesen Prozess nicht behindert oder gar Kundenverluste mit sich bringt.

Die neue Leitung Pflege setzte neue Massstäbe, was einen spannenden Prozess in Gang setzte. Neben der Neukonstitution stand die Einführung und Implementierung der vorgegebenen Qualitätsstandards im Vordergrund.

Die durch HAS lancierte Kampagne für Freiwilligenarbeit zeigte eine gute Resonanz.

Ein wichtiger Meilenstein konnte das Betagtenzentrum Dreilinden im vergangenen Jahr mit der Planung einer Wohngruppe für Menschen mit Demenz setzen. Das Projekt wird 2005 umgesetzt. In einer überbetrieblichen Arbeitsgruppe wurde dazu ein Betriebs- und Betreuungskonzept erstellt. Der dringende Bedarf an geschützten und spezialisierten Betreuungsangeboten zeigt sich in der Klientel des Betagtenzentrums.

Grosse und kontroverse Diskussionen lösten die Neuregelungen im Therapiebad aus, welche wegen der Frage der Aufsicht das individuelle Baden stark einschränken mussten.

Mitte Jahr wurde das Parkieren auf dem Areal gebührenpflichtig, was eine geringe Verbesserung der Parkierungsmöglichkeiten zur Folge hatte.

Betagtenzentrum Rosenberg
Die Arbeit nach innen stand im Zentrum der Tätigkeiten und Aktivitäten in diesem Jahr. Auf der Basis der Leitsätze setzten die Mitarbeitenden und die Geschäftsleitung Massnahmen für die wichtigsten Zielgruppen um. Dazu zählen die Installation eines Beschwerdeverfahrens für Angehörige, die monatliche Bewohnersprechstunde und die Informationsveranstaltungen für die Mitarbeitenden sowie zwei Informationsabende für Angehörige.

Erstmals wurden mit grossem Erfolg ein Frühlingsfest und Wellness-Tage für die Bewohnenden durchgeführt. Ein weiterer Höhepunkt war der neu konzipierte Weihnachtsmarkt mit der integrierten Spendenaktion für einen kleinen Rollstuhltransporter.

Das Wohnheim befindet sich in der Entwicklung zum Mischheim. Die konsequente Ausrichtung auf die Betreuungs- und Pflegebedürfnisse der Bewohnenden erfordert Anpassungen in arbeitsorganisatorischer und infrastruktureller Hinsicht. Die im Herbst in Angriff genommene Nutzungsstudie zeigt zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten auf. Unabhängig von allfälligen Angebotserweiterungen wird der Unterhalt der bald zwanzigjährigen Liegenschaft aufwändiger werden.

Die Ergebnisse der internen Qualitätsumfrage im Herbst haben die Geschäftsleitung ermutigt, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Gegenüber der letzten Umfrage vor zwei Jahren haben sich die Ergebnisse deutlich verbessert.

Betagtenzentrum Wesemlin
Wie bei den anderen Betagtenzentren so bildete im vergangenen Jahr auch im Wesemlin der für die Zukunft geplante Umbau ein Schwerpunktthema. Anhand einer Machbarkeitsstudie wurde der Nachweis erbracht, dass das in den Vorjahren erarbeitete Konzept im Rahmen der in der Finanzplanung vorgesehenen Kreditlimite umsetzbar ist.

In Würdigung der politischen Gegebenheiten, wonach die Realisierung nicht unmittelbar bevorsteht, drängten sich punktuelle Sofortmassnahmen auf. Mit dem dafür gesprochenen Kredit konnten im Wohnheim bestehende Duschen umgebaut und so für behinderte Bewohnerinnen und Bewohner leichter nutzbar gemacht werden. Zudem wurde der Aufenthaltsbereich der Pflegeabteilung im ersten Obergeschoss des Wohnheims wohnlicher gestaltet und mit zusätzlichen Möbeln (Sideboard) versehen. Letztlich konnten in der Cafeteria ein Teil des über 20-jährigen Mobiliars ersetzt und die Atmosphäre etwas aufgefrischt werden. Für die nahe Zukunft sind weitere solche Massnahmen in Abhängigkeit zur Realisierbarkeit des Umbaus vorgesehen. Bei einer längeren Verzögerung muss das Augenmerk noch verstärkt auf punktuelle Verbesserungen der Wohn- und Lebens-, aber auch der Arbeitsbedingungen gerichtet werden.

In seiner geschäftlichen Tätigkeit entwickelte sich das Betagtenzentrum Wesemlin im Rahmen der Zielvorgaben. Im Bereich der Pflege und Betreuung wird eine laufende Verbesserung der Qualität angestrebt und durch regelmässige Weiterbildungen und die Weiterentwicklung, Schulung und Umsetzung von Pflegestandards erzielt. Gerade in diesem letzten Punkt bewährt sich die Federführung und Koordination durch HAS. Ein ganz wichtiger Aspekt ist auch die professionelle Begleitung und Unterstützung der Pflegenden, was durch die Einstellung einer Pflegeexpertin im Betagtenzentrum Wesemlin äusserst nutzbringend realisiert werden konnte.

Die Physiotherapie führte erstmals einen Gangsicherheitskurs zur Sturzprophylaxe für Heimbewohner/innen und Quartierbewohner durch. Die Nachfrage, insbesondere von extern wohnenden älteren Mitmenschen, war überraschend gross. Es konnte ein zweiter Kurs erfolgreich durchgeführt werden. Weitere Kurse sowie Ergänzungs- und Aufbauangebote sind in Planung. Mit diesen Veranstaltungen wird nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Gesundheitsvorsorge geleistet, sondern es wird auch die Funktion des Betagtenzentrums als Quartierstützpunkt dadurch sichtbarer.

Auch im zweiten Hauptbereich, der Hotellerie, wird stetig an der Qualitätsverbesserung gearbeitet. So konnte ein erster heimübergreifend durchgeführter Servicefachkurs abgeschlossen und ein zweites Modul gestartet werden. Den betagten Mitmenschen ernst nehmen und das Gebot, auf seine Bedürfnisse einzugehen, nicht zum Lippenbekenntnis verkommen zu lassen, erfordert Fachkompetenz in allen Situationen seines Alltags. Im Wissen darum, dass die Gastronomie einen wesentlichen Beitrag zum Wohlbefinden des Menschen leistet, ist es unerlässlich, den Gästen auch in diesem Bereich mit hoher Fachkompetenz begegnen zu können.

Ein weiterer wichtiger Teil des Lebens im Wesemlin sind die gesellschaftlichen und kulturellen Anlässe und Veranstaltungen. Mit einem regelmässigen Programm, von welchem auch Quartierbewohner rege Gebrauch machen, leistet die Aktivierungstherapie – ausserhalb der eigentlichen Therapieleistungen – einen grossen Beitrag zu einem ausgefüllten Leben und damit zum Wohlbefinden der Heimbewohnenden.

Pflegeheim Hirschpark
Die Überführung des Pflegeheims Hirschpark in die Pflegewohnungen im Oktober 2006 prägte den Alltag in der ersten Hälfte des Jahres 2004. Das Konzept für die Pflegewohnungen wurde gemeinsam mit Mitarbeiterinnen der Pflegewohnungen und einer externen Beratung erarbeitet und anschliessend in die Vernehmlassung gegeben. Die zukünftige Führungsstruktur wurde mit externen Fachexperten diskutiert und in das Konzept eingebaut. Im Mai 2004 wurde das Konzept veröffentlicht.

Im Sommer erlebte das Pflegeheim Hirschpark einen Engpass mit vier Krankheitsabsenzen und gleichzeitig hoher Pflegebedürftigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner.

Im September erhielten die Mitarbeitenden des Pflegeheimes Hirschpark die Information, dass sie vor dem Umzug in die Pflegewohnungen im Frühjahr 2005 nach Kriens umziehen und dafür das Pflegeheim auf 32 Betten reduzieren müssten. Nach einer unruhigen Zeit mit viel Unverständnis auf Seiten der Mitarbeiterinnen wie auch der Bewohner/innen und Angehörigen hat sich die Situation wieder beruhigt. Um das Ziel von 32 Betten zu erreichen, gilt seit September 2004 ein Aufnahmestopp für Bewohner/innen. Gleichzeitig werden austretende Mitarbeiterinnen in der Pflege nicht mehr ersetzt. Am 31. Dezember waren an Stelle von 51 Betten noch 41 Betten belegt. Der Stellenplan ist 5,66 Stellen unter dem bewilligten Stellenplan. Dies führt dazu, dass auf der Einnahmenseite infolge der leeren Betten, auf der Ausgabenseite infolge der nicht mehr ersetzten Mitarbeiterinnen die budgetierten Zahlen nicht erreicht werden konnten.

Pflegewohnungen
Im Sinne der kontinuierlichen Qualitätsverbesserung wurden Anfang Jahr die Pflegedokumentationen neu gestaltet. Die Anwendung des Pflegestandards Dekubitusprophylaxe wurde überprüft. Die Richtlinien für den Umgang mit Medikamenten sind weitgehend umgesetzt. Im Rahmen von Ausbildungsprojekten wurden Aktivierungsangebote entwickelt und erfolgreich eingeführt. Der Nachtpikettdienst, bisher geleistet durch betriebseigene Pflegefachpersonen, wurde an die Spitex Luzern delegiert. Ein Zusammenarbeitsvertrag regelt telefonische Beratungs- und Unterstützungseinsätze in den Wohnungen. Die Zusammenarbeit befriedigt sehr. Diese neue Lösung ist zudem kostengünstiger.

Nach einer schwierigen Suche konnten beide Teamleitungsstellen mit kompetenten und erfahrenen Pflegefachfrauen neu besetzt werden. Daneben erfreuten sich die Pflegewohnungen einer stabilen Personalsituation.

Die Planungsarbeiten für die Erweiterung der Pflegewohnungen in Tribschenstadt setzten sich termingerecht fort. Mit der ABL Allgemeine Baugenossenschaft Luzern konnte der Vorvertrag für die Miete von zwei Wohnungen mit insgesamt 24 Plätzen unterzeichnet werden. Im Juli erfolgte der Spatenstich. Mit der Inbetriebnahme wird im Oktober 2006 gerechnet.

Am 1. Dezember verlegten Leitung und Sekretariat ihre Arbeitsplätze von der Taubenhausstrasse ins Stadthaus.

Spitex
Der Verein Spitex Stadt Luzern erbringt eine umfassende und qualitativ hoch stehende Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten Spitexleistungen zuhause. Um diese wichtige Dienstleistung weiter zu sichern, haben der Verein Spitex und die Stadt Luzern für die Jahre 2005–2007 die Leistungsvereinbarung neu verhandelt und verlängert. Mit der Inkraftsetzung des neuen Finanzausgleichs Bund–Kantone NFA auf 2008 wird die Finanzierung der Spitex vollständig kommunalisiert. Für die Stadt Luzern bedeutet dies eine Mehrbelastung, die im Rahmen der Aufgabenteilung Kanton Luzern–Gemeinden sowie der Überprüfung des Finanzausgleichs Kanton–Gemeinden zu berücksichtigen und zu kompensieren ist.

Seniorenrat
Nach den Stadtratswahlen wurde im Berichtsjahr auch der Seniorenrat neu gewählt. Es sind dies folgende Personen:
Aregger Othmar, Präsident, neu
Britschgi-Vogel Marlies, bisher
Bürgi Rudolf, neu
Hofstetter-Wangler Leo, neu
Knüsli Rosmarie, bisher
Limacher Käthi, bisher
Ottiger Hugo, neu
Regenass René, neu
Steiger Wicky Vreni, Vertreterin der Sozialdirektion, bisher

Im September hat der neu gewählte Seniorenrat seine Arbeit aufgenommen.
Im Berichtsjahr haben insgesamt neun Sitzungen stattgefunden. Zu einigen Sitzungen wur-

den Gäste eingeladen. Mit Dr. H.U. Kneubühler, Sozialwissenschafter und Dozent an der Universität Luzern, konnte das Thema "Qualitätssicherung in den Alters- und Pflegeheimen unter besonderer Berücksichtigung der Autonomie und der Abhängigkeit der betagten Bewohnerinnen und Bewohner" diskutiert werden. Über die "Taxordnung in den städtischen Heimen" und über die BESA-Einstufungen in den Pflegeheimen (Bewohner-Einstufungssystem) erfolgten Orientierungen durch Mitarbeitende der Abteilung Heime und Alterssiedlungen sowie durch eine Pflegeexpertin.
Die Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle für das Alter war dem Seniorenrat schon seit einigen Jahren ein Anliegen. Im Berichtsjahr hat sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Seniorenrates sowie Vertretern und Vertreterinnen verschiedener Institutionen ausführlich mit diesem Thema befasst. Als Fachperson wurde die Stellenleiterin der Beschwerdestelle Zürich beigezogen.

5.1.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

5.1.4.1 Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Abteilung SVS umfasst die Bereiche Arbeitsamt und AHV-Zweigstelle.
Das Arbeitsamt ist zuständig für die Anmeldung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen zur Stellenvermittlung und für den Bezug von Versicherungsleistungen. Die Kontrollformulare "Angaben der versicherten Person" werden jeden Monat von den versicherten Personen im Arbeitsamt abgegeben. Fachlich ist das Arbeitsamt dem kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (wira) unterstellt. Die Zusammenarbeit erfolgt hauptsächlich mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) und mit den Arbeitslosenkassen.

Die AHV-Zweigstelle ist im Beitragsbereich der AHV zuständig für Abklärungen und Erfassungen von Selbstständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen. In den Bereichen Renten und Ergänzungsleistungen ist die AHV-Zweigstelle verantwortlich für die Beratung sowie die Mithilfe bei Anmeldungen und Mutationen. Dasselbe gilt auch im Bereich Prämienverbilligungen. Fachlich ist die AHV-Zweigstelle für diese Aufgaben der Ausgleichskasse Luzern unterstellt. Die weitere Zusammenarbeit erfolgt hauptsächlich mit den städtischen Abteilungen Einwohnerdienste und Steueramt.

Anmeldungen, Berechnungen, Entscheide und Auszahlung der städtischen Zusatzleistungen zu den Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten (AHIZ) sowie der Zusatzleistungen für Familien und allein Erziehende (FAZ) werden ebenfalls durch die AHV-Zweigstelle vorgenommen.

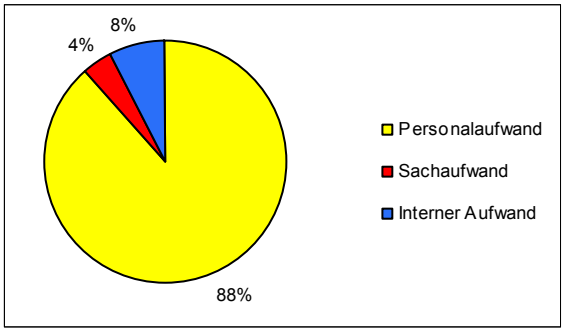
Im Stellenplan sind für die Durchführung all dieser Aufgaben 10,5 Stellen bewilligt.

b) Ergebnis

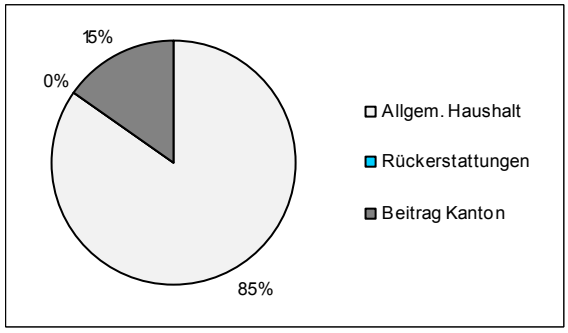
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	1'136'577	1'245'297	1'151'700	93'597	8%	108'720	9%
Ertrag	252'766	189'961	190'500	-539	0%	-62'805	-33%
Ergebnis	**-883'811**	**-1'055'336**	**-961'200**	**-94'136**	**-9%**	**-171'526**	**-16%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Arbeitsamtdossiers	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Anfangsbestand						1'822	2'073
Neuanmeldungen						2'812	2'646
Abmeldungen						2'561	2'718
Endbestand						2'073	2'001

Renten-Dossiers	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Anfangsbestand						7'251	7'259
Neuanmeldungen						754	665
Abgänge						746	705
Endbestand						7'259	7'219

Ergänzungsleistungs-Dossiers	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Anfangsbestand						3'099	3'198
Neuanmeldungen						637	680
Abgänge						538	532
Endbestand						3'198	3'346
Revisionen						665	527

Prämienverbilligung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Anmeldungen			7'429	7'592	8'106	9'142	9'607
Mutationen						1'718	2'041

AHV-Unterstellung Selbstständigerwerbende	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Anfangsbestand						2'790	3'379
Neuanmeldungen						763	667
Abgänge						174	185
Endbestand						3'379	3'861

AHV-Unterstellung Nichterwerbstätige	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Anfangsbestand						2'419	2'926
Neuanmeldungen						762	782
Abgänge						255	402
Endbestand						2'926	3'306

e) Zusatzleistungen zu den Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten (AHIZ)

Die AHIZ haben den Zweck, Rentnerinnen und Rentnern in der Stadt Luzern ein Mindesteinkommen, welches analog zu den Ergänzungsleistungen berechnet wird, zu gewähren. Im Gegensatz zu den Ergänzungsleistungen wird bei der Anrechnung von Mietzins und Nebenkosten auf die städtischen Verhältnisse speziell Rücksicht genommen, indem der Höchstbetrag für Miete höher angesetzt ist und die Nebenkosten effektiv angerechnet werden können.

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Höhe der Zusatzleistungen (in Mio. Fr.)	1,48	1,34	1,41	0,92	0,85	0,71	0,66
Auszahlung an:							
Anzahl Haushalte am 1.1.	1'031	1'048	1'100	1'075	1'333	1'200	360
Neuanmeldungen						54	88
Abgänge						894	75
Anzahl Haushalte am 31.12.						360	373
Davon Anzahl Frauen	655	648	668	649	772	217	223
Anzahl Männer	244	263	291	295	403	84	85
Anzahl Ehepaare	132	137	151	131	158	59	65
Leistungen pro Haushalt/Jahr in Fr.							
im Durchschnitt	1'437	1'283	1'290	856	642	365	1'833
im Minimum	60	60	60	60	60	60	60
im Maximum	8'686	8'928	7'880	6'260	8'712	6'104	9'684

f) Zusatzleistungen für Familien und allein Erziehende (FAZ)

Familien und allein Erziehende geraten aufgrund der Kosten, die im Zusammenhang mit der Erziehung, Betreuung, Schulung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen entstehen, oft in finanzielle Engpässe. Die FAZ hat den Zweck, die Abgeltung dieser Kosten zu verbessern.
Der Grosse Stadtrat hat mit B+A 13/2001 die Verlängerung des Reglements für weitere 5 Jahre beschlossen. Gleichzeitig wurden die Leistungen von max. Fr. 50.– pro Monat und Kind auf max. Fr. 100.– pro Monat und Kind verdoppelt.

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Höhe der Zusatzleistungen in Fr.	49'725	51'338	56'770	93'284	143'335	141'211	172'898
Ausrichtung an:							
Anzahl Haushalte	43	44	49	46	67	66	86
Anzahl Kinder	87	91	103	83	125	128	166
Die jährlichen Leistungen betrugen im Durchschnitt in Fr.							
pro Haushalt	1'156	1'166	1'158	2'027	2'139	2'139	2'010
pro Kind	571	564	551	1'123	1'146	1'103	1'041

g) Kommentar

Im Berichtsjahr haben sich die Fallzahlen im Arbeitsamt nicht wesentlich verändert. Allerdings sind die Anzahl Neuanmeldungen und Abmeldungen unverändert hoch geblieben. Das bedeutet, dass doch viele der erwerbslosen Personen nach eher kurzer Arbeitslosigkeit wieder eine Anstellung finden, aber auch nach eher kurzer Zeit erneut arbeitslos werden.

Bei der AHV-Zweigstelle sind vor allem die Bezügerzahlen im Bereich Prämienverbilligung nach wie vor steigend. Dasselbe gilt für den Bereich Ergänzungsleistungen. Auch in den Bereichen AHV-Unterstellung Selbstständigerwerbende sowie Nichterwerbstätige sind immer noch viele Neuanmeldungen und auch viele Abmeldungen, aber nach wie vor steigende Zahlen festzustellen.

Die Bezügerzahl der Zusatzleistungen zu den AHV/IV-Renten haben sich zwischen 350 und 400 Haushalten eingependelt. Der grösste Teil der Anspruchsberechtigen besteht immer noch aus ledigen, geschiedenen oder verwitweten Frauen, welche über keine oder nur sehr geringe Leistungen der 2. Säule verfügen.

Die Zahl der Familien und allein Erziehenden, welche städtische Zusatzleistungen beziehen können, hat gegenüber den Vorjahren zugenommen. Es sind ungefähr gleich viele Anmeldungen von allein Erziehenden wie von Familien eingegangen. Im Berichtsjahr erfolgten rund 40 erstmalige Anmeldungen. Das heisst, dass die Zusatzleistungen für Familien und allein Erziehende in der Bevölkerung bekannter geworden sind. Auf Bundesebene wurde im Berichtsjahr eine breit abgestützte Vernehmlassung für bedarfsgerechte Ergänzungsleistungen für Familien durchgeführt. Es wurden drei Varianten zur Diskussion gestellt.
Zurzeit wird auf Bundesebene die Frage der Familienzulagen unter dem Aspekt "für jedes Kind bzw. jugendliche Person eine Zulage" diskutiert. Solange auf Bundesebene weder die Frage der Kinder- und Ausbildungszulagen noch jene der Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien gelöst ist, ist es angezeigt, dass die Zusatzleistungen für Familien und allein Erziehende der Stadt Luzern FAZ weiter ausgerichtet werden. Ein entsprechender B+A ist in Vorbereitung.

5.1.4.2 Sozialamt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das Sozialamt der Stadt Luzern ist für die Ausrichtung der Sozialhilfe zuständig. Das Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern schreibt folgende Aufgaben vor:

- Wirtschaftliche Sozialhilfe für die Existenzsicherung
- Persönliche Sozialhilfe zur sozialen und beruflichen Integration
- Sonderhilfen: Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe
- Generelle Sozialhilfe

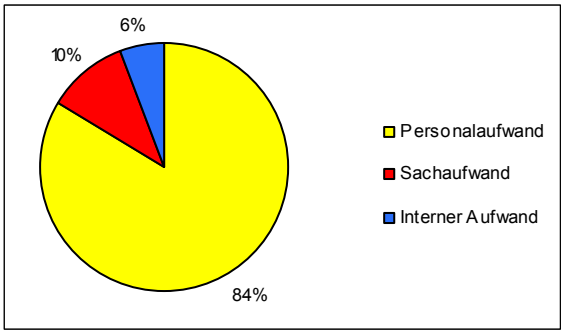
Das Sozialamt arbeitet in verschiedenen Gremien mit den Sozialdiensten der andern Gemeinden, dem kantonalen Sozialamt und den privaten Sozialdiensten eng zusammen. Im Stellenplan sind für die Durchführung dieser Aufgaben 30,7 Stellen bewilligt.

b) Ergebnis

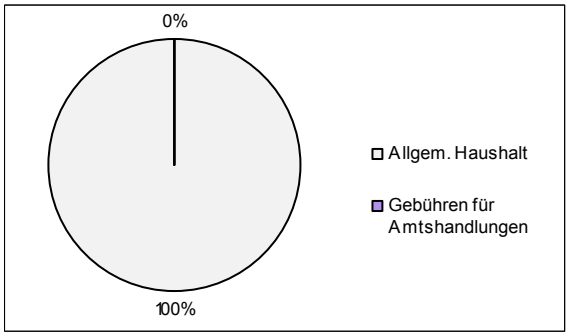
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	3'909'660	4'100'654	4'248'700	-148'046	-3%	190'995	5%
Ertrag	10'669	3'246	11'000	-7'754	-70%	-7'422	-70%
Ergebnis	**-3'898'991**	**-4'097'408**	**-4'237'700**	**140'292**	**3%**	**-198'417**	**-5%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2000	2001	2002	2003	2004	Veränd.
Bruttoausgaben pro Personaleinheit (WSH / Alimentenbevorschussung / Inkassohilfe)	1'518'341	1'570'273	1'575'089	1'666'969	1'613'693	-3%
Nettokosten pro Personaleinheit	292'876	244'697	248'151	398'871	448'241	15%
Anzahl Personaleinheiten pro Mio. Franken Bruttoaufwand	0,66	0,69	0,63	0,60	0,62	+3%
Anzahl offene Dossiers per 31.12.	1'186	1'123	1'169	1'194	1'296	9%

e) Kommentar

Die negative Entwicklung bei den Nettokosten pro Personaleinheit ist auf die grosse Steigerung bei den Langzeitarbeitslosen, die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und auf die gesamte Fallzahlenentwicklung zurückzuführen. Allerdings ist zu beachten, dass der Aufwand der Dienststelle tiefer ausgefallen ist.

5.1.4.3 Wirtschaftliche Sozialhilfe

a) Aufgaben / Dienstleistungen

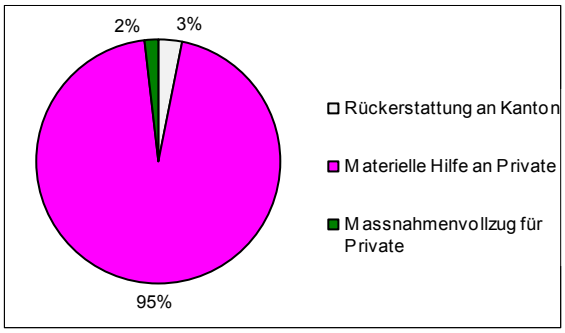
Das Sozialamt der Stadt Luzern hat den Auftrag, für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Luzern Wirtschaftliche und Persönliche Sozialhilfe anzubieten. Als Bemessungsgrundlage gelten die Richtlinien der SKOS (Schweiz. Konferenz für Öffentliche Sozialhilfe). Die Aufteilung nach Herkunft der Klientinnen und Klienten ist Voraussetzung für die Geltendmachung der Kostenersatzpflicht durch andere Gemeinwesen. Der Auftrag ist im Sozialhilfegesetz des Kanton Luzern definiert.
Der kantonale Ausgleichsfonds wurde eingerichtet, damit die Zentrumslasten der Stadt Luzern im Bereich der Wirtschaftlichen Sozialhilfe gemildert werden.
Die Gerichte können Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die straffällig werden, eine Massnahme in Form von z. B. einer Drogentherapie oder Arbeitserziehung verordnen. Die Finanzierung dieser Massnahme erfolgt jedoch durch die Wohngemeinde.

b) Ergebnis

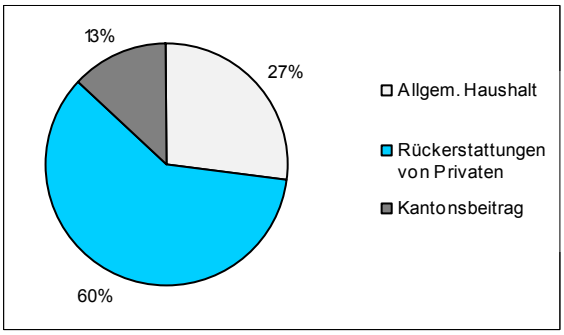
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	42'122'903	44'402'699	38'365'000	6'037'699	16%	2'279'796	5%
Ertrag	32'383'876	32'312'500	30'640'000	1'672'500	5%	-71'376	0%
Ergebnis	**-9'739'027**	**-12'090'199**	**-7'725'000**	**-4'365'199**	**-57%**	**-2'351'172**	**-24%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

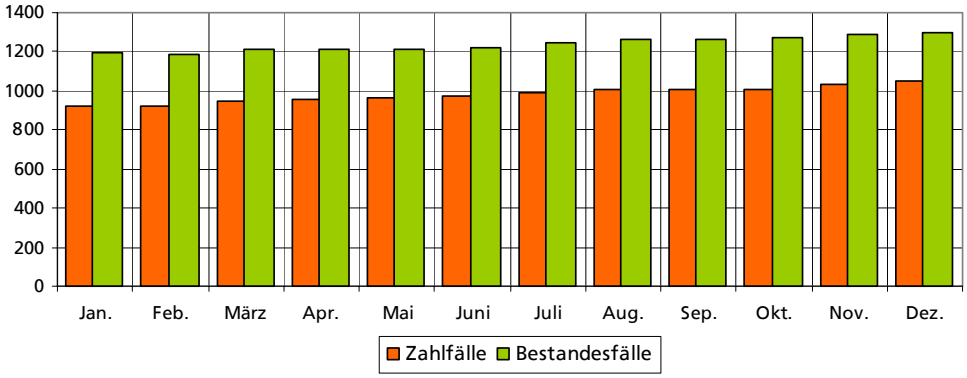
	2000	2001	2002	2003	2004	Veränd.
Anzahl Dossiers per 31.12. (kum.)	1'888	1'738	1'818	1'603	1'719	7%
Stadtbürger/innen	275	256	312	280	328	17%
Kantonsbürger/innen	353	321	342	296	308	4%
Ausserkantonale	757	712	758	656	670	2%
Ausländer/innen	503	449	406	371	413	11%
Nettoaufwand pro Dossier in Fr.	3'703	2'462	2'577	6'076	7'033	16%

e) Kommentar

Die massive Budgetüberschreitung ist einerseits auf die Arbeitsmarktentwicklungsprognosen bei der Budgetlegung und andererseits auf die Fallzahlenentwicklung zurückzuführen. Bedingt durch die anhaltende Rezession ist die Fallzunahme bei den ausgesteuerten Arbeitslosen signifikant. Die Fallzahlensteigerung bei den Heimpensionären – Restfinanzierung durch das Sozialamt – ist am ausgeprägtesten. Im langjährigem Mittel hielten sich die Zu- und Abgänge in der Sozialhilfe die Waage, im Berichtsjahr ist ein Zugangsüberschuss von 24 % festzustellen.
Hinweis: Seit 2003 werden die Fallzahlen nach dem System des Kennzahlenvergleichs der Schweizer Städte ermittelt und kommuniziert. Der Rückgang von 2002 auf 2003 ist auf statistische Gründe zurückzuführen.

Nachfolgend werden die Fallzahlenentwicklung sowie die Zu- und Abgänge für das Berichtsjahr dargestellt.

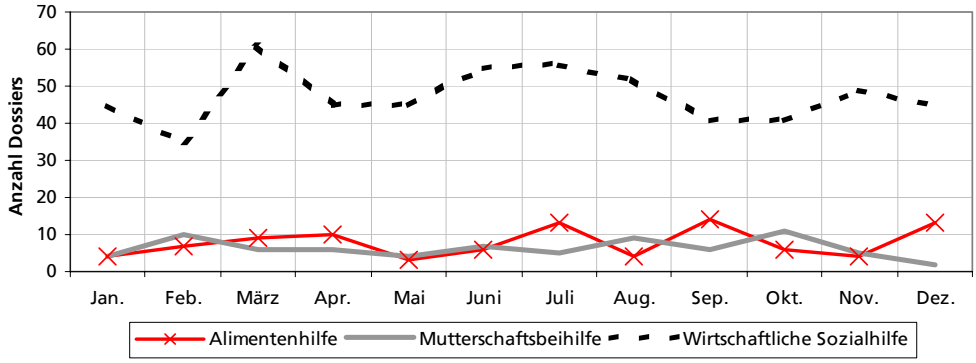
Entwicklung des Dossierbestandes der wirtschaftlichen Sozialhilfe des Sozialamtes im Jahre 2004



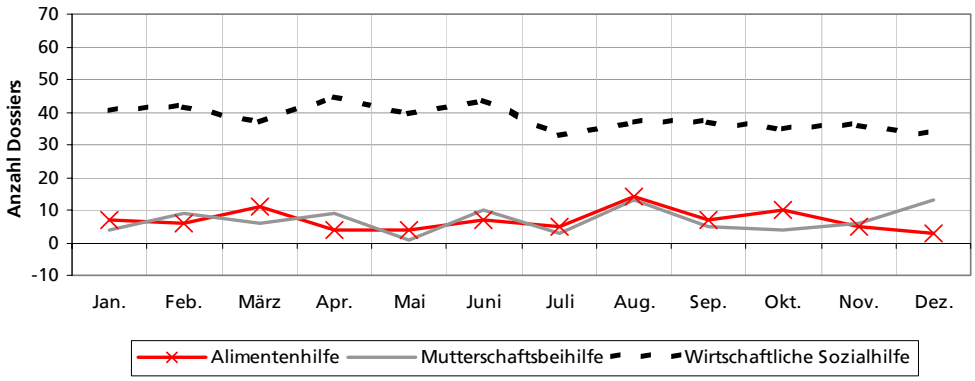
Zahlfälle:
Als Zahlfälle werden per Stichtag die Fälle gezählt, die im entsprechenden Monat eine bedarfsabhängige Sozialhilfeleistung beziehen.

Bestandesfälle:
Als Bestandesfälle werden per Stichtag die Zahlfälle und die Fälle gezählt, deren letzter Leistungsbezug nicht über sechs Monate zurückliegt (hohe "Rückfallgefährdung").

Zugänge von Dossiers im Sozialamt 2004



Abgänge von Dossiers im Sozialamt 2004



5.1.4.4 Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe

a) Aufgaben / Dienstleistungen

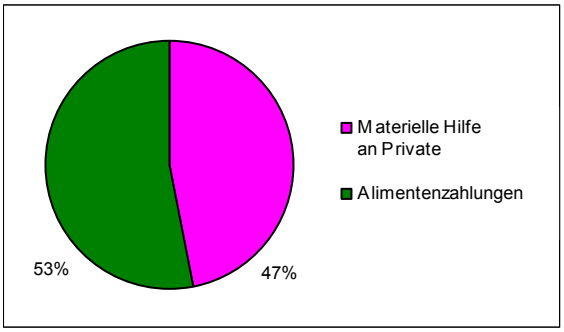
Die Mutterschaftsbeihilfe sichert Müttern und Familien während 12 Monaten ab Geburt des Kindes das soziale Existenzminimum, sofern dieses nicht durch Einkommen (Lohn, Lohnfortzahlung, Versicherungen) oder Vermögen gedeckt ist (§ 54 kant. Sozialhilfegesetz SHG).
Die Alimentenhilfe umfasst einerseits die Bevorschussung von Kinderalimenten, sofern diese nicht rechtzeitig oder nicht vollständig bezahlt werden (§ 45 ff. SHG). Andererseits hat das Sozialamt Inkassohilfe für Ehegattenalimente und/oder Kinderalimente (bevorschusste und nicht bevorschusste) zu leisten (§ 44 SHG).

b) Ergebnis

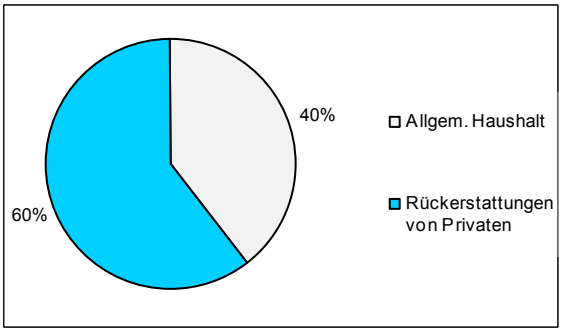
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	5'385'719	5'137'689	5'700'000	-562'311	-10%	-248'030	-5%
Ertrag	3'756'907	3'108'276	3'600'000	-491'724	-14%	-648'631	-17%
Ergebnis	**-1'628'812**	**-2'029'413**	**-2'100'000**	**70'587**	**3%**	**-400'601**	**-25%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur

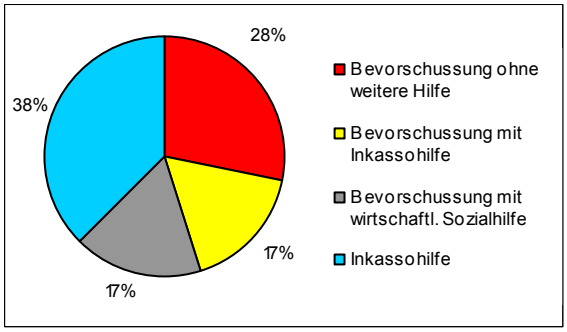


d) Spezifische Kennzahlen

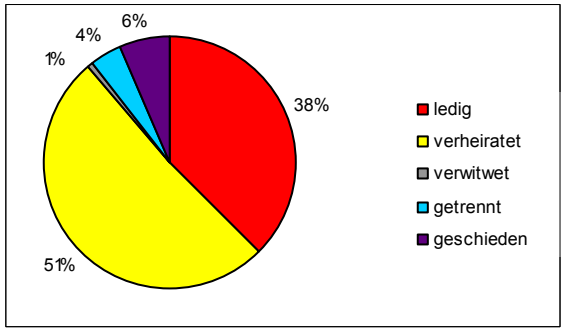
Mutterschaftsbeihilfe	**2002**	**2003**	**2004**	**Veränd.**
Anzahl MBH (kumuliert)	149	150	141	-6%
Bruttoauszahlungen	2'518'031	2'651'756	2'406'123	-9%
Einnahmen (Renten/Lohn/Taggeld)	1'413'190	1'580'551	1'295'891	-18%
Beitrag Kanton (für Vorjahr)	415'747	385'613	0	-100%
Nettoauszahlungen	689'094	685'592	1'110'232	84%

Alimentenhilfe	**2002**	**2003**	**2004**	**Veränd.**
Anzahl Inkassodossiers (kumuliert)	616	598	713	19%
Anzahl Bevorschussungsdossiers (kum.)	266	252	273	8%
Bevorschusste Alimente	1'790'165	1'660'097	1'611'964	-3%
Rückerstattung / bez. Alimente	637'787	716'878	692'783	-3%
Rückerstattungsquote	36%	43%	43%	
Anzahl Inkassohilfemandate (kumuliert)	122	146	163	12%
Einkassierte Beträge (Inkassohilfe)	1'125'384	1'073'865	1'119'600	4%

Aufteilung der Bevorschussung



Zivilstand der Bezügerinnen MBH



e) Kommentar

Die Aufwendungen für die Alimentenbevorschussung sind 2004 leicht zurückgegangen, trotz steigender Fallzahlen.
Bei der jährlichen Neuüberprüfung wurde bei einigen Klientinnen festgestellt, dass die Voraussetzungen zur Weiterführung der Bevorschussung nicht mehr erfüllt sind (z. B. Reduktion der Einkommensgrenze nach Lehrabschluss eines Kindes); deshalb konnte die Bevorschussung eingestellt werden. Andererseits sind bei neuen Dossiers teilweise erheblich kleinere Beträge auszurichten.
Die Inkassohilfe wird weiterhin gewährt.
Um zu verhindern, dass u. a. einige der erwähnten Klientinnen als Folge durch WSH unterstützt werden müssen, wurde beim Inkasso der Schwerpunkt vermehrt bei der Inkassohilfe gesetzt. Deshalb sind die Rückerstattungen Inkassohilfe leicht höher ausgefallen im Vergleich mit den Rückerstattungen Bevorschussung.
Die Fallzahlen der Mutterschaftsbeihilfe sind rückläufig, was sich positiv auf die Kosten auswirkt.

5.1.4.5 Amtsvormundschaft

a) Aufgaben / Dienstleistungen

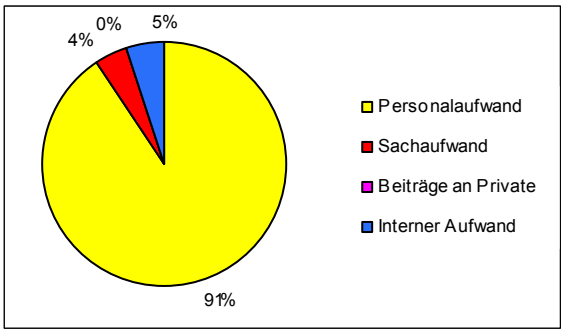
Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Amtsvormundschaft betreuen und vertreten Erwachsene, für die eine Vormundschaft, Beiratschaft oder Beistandschaft besteht, und führen Beistandschaften für juristische Personen. Der Aufgabenbereich der Mandatsführung umfasst je nach Massnahme die persönliche Betreuung (Management der gesamten Lebenssituation in Zusammenarbeit mit den Betroffenen, ihrem Umfeld und andern Leistungserbringern), die Regelung der finanziellen Angelegenheiten, die Einkommens- und Vermögensverwaltung, die Wahrnehmung von Rechtsinteressen und die Vertretung vor Gericht und Amtsstellen. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger erstellen über die Massnahmeführung alle zwei Jahre Bericht und Rechnung. Sie werden in ihrer Tätigkeit durch die kaufmännische Sachbearbeitung unterstützt.

b) Ergebnis

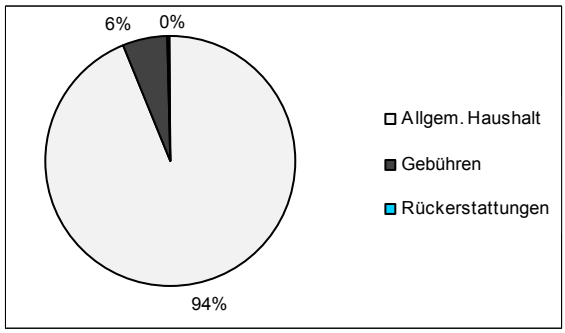
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	3'678'209	3'470'092	3'554'100	-84'008	-2%	-208'117	-6%
Ertrag	327'299	207'905	178'000	29'905	17%	-119'394	-36%
Ergebnis	**-3'350'910**	**-3'262'187**	**-3'376'100**	**113'913**	**3%**	**88'723**	**3%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2000	2001	2002	2003	2004	Veränd.
Klientinnen und Klienten	879	911	971	968	713	
Vormundschaften					203	
Beiratschaften					38	
Beistandschaften					451	
Andere Massnahmen					21	
Anzahl Neueingänge					91	
Anzahl Abgänge					97	
Tod					45	
Übertragung					16	
Aufhebung					36	

e) Kommentar

Per 1. September 2004 wechselte das Team Kinder und Jugend von der Amtsvormundschaft zur neu geschaffenen Abteilung Kinder Jugend Familie. Seither führt die Amtsvormundschaft nur noch vormundschaftliche Massnahmen für Erwachsene. Da die Anzahl Dossiers je Mandatsträger/in bei Kindesschutz- und Erwachsenenmassnahmen unterschiedlich ist, lassen sich die aktuellen Zahlen (nur noch Massnahmen für Erwachsenen) nicht mehr mit den Durchschnittswerten der Vorjahre vergleichen. Diese Kennzahl wird daher weggelassen. Im Rahmen des laufenden Qualitätsmanagementprojekts prüft die Amtsvormundschaft zudem die Ablösung der bisherigen Steuerung der Fallbelastung über Dossierzahlen durch ein Mandatsbewirtschaftungssystem, das die effektive Belastung ausweist. Damit macht die Nennung der durchschnittlichen Dossierzahlen je Mandatsträger/in auch mit Blick auf die Zukunft keinen Sinn.

Im Erwachsenenbereich ist eine Stagnation der Fallzahlen auf hohem Niveau feststellbar. Es kann davon ausgegangen werden, dass die neu geschaffenen Angebote der Einkommensverwaltung anderer städtischer Abteilungen und von Drittinstitutionen eine weitere Steigerung verhinderten.

Der Ertragsrückgang gegenüber dem Vorjahr verteilt sich zu gleichen Teilen auf den Rückgang von Rückerstattungen – wesentlich weniger SUVA-Zahlungen – und die Entschädigung für die Mandatsführung. Aufgrund des Pendenzenabbaus wurden im Vorjahr ausserordentlich viele der zweijährlich fälligen Berichte und Abrechnungen erstellt, was mehr Entschädigungen auslöste. Entsprechend weniger Berichte wurden 2004 fällig. Die Entschädigungen übersteigen den budgetierten Betrag dennoch. Der Grund liegt darin, dass aufgrund der Revision der kantonalen Vormundschaftsverordnung seit dem Jahre 2002 höhere Entschädigungsansätze zur Anwendung gelangen. Aufgrund der zweijährigen Berichtsperiode wurde diese 2004 erstmals voll wirksam.

5.1.4.6 Sekretariat Vormundschaftsbehörde

a) Aufgaben / Dienstleistungen

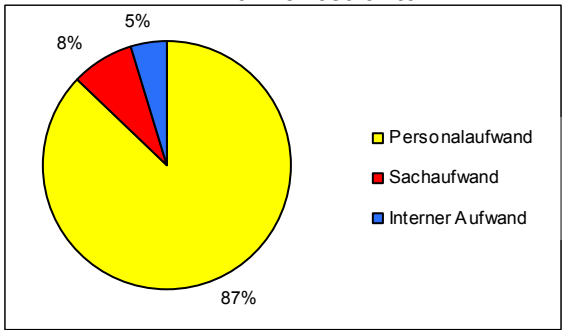
Vormundschaftsbehörde ist im Kanton Luzern der Gemeinderat. In der Stadt ist der Stadtrat für die Anordnung und Aufhebung vormundschaftlicher Massnahmen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zuständig; er ernennt die beruflichen und privaten Betreuungspersonen und nimmt alle zwei Jahre deren Berichte und Rechnungen ab. Er stimmt nach Art. 421 ZGB allen wichtigen Geschäften zu, die über die ordentliche Verwaltung des Vermögens hinausgehen, und stellt Anträge an den Regierungsstatthalter im Rahmen des Adoptionsrechts und der Art. 404 und 422 ZGB. Überdies ist er für die Regelung des Kindesverhältnisses zum Vater und des Unterhalts für ausserhalb der Ehe geborene Kinder sowie für Besuchsrechtsregelungen und Einräumung der gemeinsamen elterlichen Sorge zuständig. Das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde bereitet alle Geschäfte der Vormundschaftsbehörde vor und führt die Verfahren durch.

b) Ergebnis

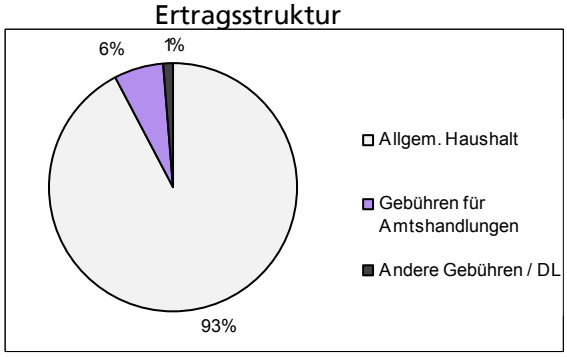
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	1'468'123	1'473'224	1'456'000	17'224	1%	5'101	0%
Ertrag	137'184	114'036	144'000	-29'964	-26%	-23'148	-17%
Ergebnis	**-1'330'939**	**-1'359'188**	**-1'312'000**	**-47'188**	**-4%**	**-28'249**	**-2%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2000	2001	2002	2003	2004	Veränd.
Anträge an Vormundschaftsbehörde	397	446	441	484	537	11%
Sozialabklärungen	343	362	350	375	381	2%
Neuanordnungen Massnahmen	183	161	181	153	168	10%
Aufhebung/Übertragung von Massnahmen	135	134	141	167	147	-12%
Berichtsabnahmen	444	403	375	553	484	-12%
Vaterschafts-/Unterhaltsregelungen ohne Massnahmen	81	86	82	97	89	-12%
Zustimmungsgeschäfte	51	68	88	76	63	-17%
Diverse Geschäfte	38	81	78	142	153	8%
Inventare	70	90	74	66	78	18%

e) Kommentar

Die Gebühreneinnahmen sind schwer zu budgetieren. Diese sind einerseits von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Klientschaft und andererseits von der Anzahl der Neuanordnungen, Zustimmungsgeschäfte und Berichtsabnahmen abhängig. Die Anträge an die Vormundschaftsbehörde haben wiederum um 11 % gegenüber dem Vorjahr zugenommen. In 236 Fällen wurde die Situation von Erwachsenen abgeklärt, lediglich für rund 40 % oder für 94 Personen wurden vormundschaftliche Massnahmen errichtet. Für die übrigen Erwachsenen konnte die Hilfe Angehöriger, der Einkommensverwaltung des Sozialamtes, des Sozialarbeiters der Heime, des Hilfsvereins für Psychischkranke usw. organisiert werden. 145 Abklärungen betrafen Kinder und Jugendliche (für 74 wurden neue Kindesschutzmassnahmen angeordnet). Der Kindesschutz ist ein

äusserst sensibler Bereich, in dem das ganze familiäre, schulische und soziale Umfeld miteinbezogen wird. Bevor zum Teil tief einschneidende und zukunftsprägende Massnahmen für Kinder oder Jugendliche getroffen werden können, müssen besonders sorgfältige Abklärungen getätigt werden, die oft sehr umfassend und daher auch zeitaufwändig sind. 2003 hat die Amtsvormundschaft einen grossen Teil der Pendenzen bei den Berichts- und Rechnungsabnahmen aufgearbeitet. Deshalb sind die Zahlen der Aufhebungen und Übertragungen der Massnahmen sowie der Berichtsabnahmen trotz der Abnahme gegenüber 2003 tendenziell immer noch steigend. Die Zahl der Inventare bewegt sich nach wie vor im Durchschnitt der letzten Jahre.

5.1.4.7 Heime und Alterssiedlungen / Betagtenzentren

a) Aufgaben / Dienstleistungen

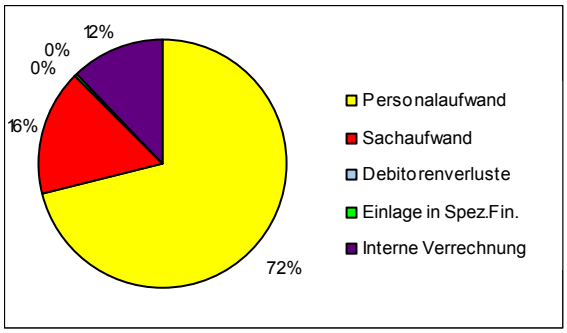
Die Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen betreibt die ihr zugeordneten Alterseinrichtungen (Betagtenzentren, Pflegeheime, Pflegewohnungen) und Nebenbetriebe (Tagesheim, Alterssiedlungen, Personalhäuser, Schulungsräume, Einstellhallen, Thermalbad). Diese gewährleisten fachgerechte Pflege und ganzheitliche Betreuung von vorwiegend älteren Menschen, die aus somatischen, psychischen oder sozialen Gründen nicht mehr in ihrer angestammten Umgebung bleiben können, aber keine Spitalstruktur aus akut medizinischen Gründen benötigen.

b) Ergebnis

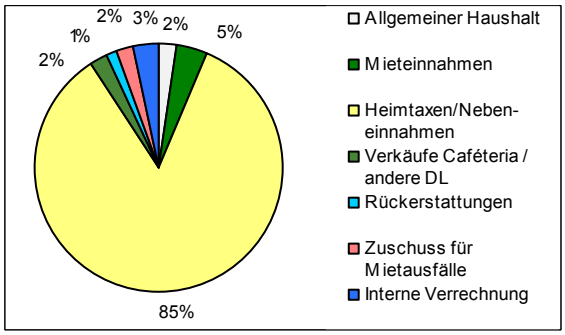
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	67'520'692	68'777'551	69'032'400	-254'849	0%	1'256'859	2%
Ertrag	65'579'739	67'325'160	66'960'500	364'660	1%	1'745'421	3%
Ergebnis	**-1'940'953**	**-1'452'391**	**-2'071'900**	**619'509**	**30%**	**488'562**	**25%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Wohn- und Pflegeheime	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Anmeldungen	215	312	396	384	380	410
Durchschnittliche Wartetage:						
– Wohnheimanmeldungen			96	104	92	95
– Pflegeheimanmeldungen			63	55	45	52
Eintritte (inkl. Temporäraufenth.)	412	355	383	321	329	359
Austritte/Todesfälle (inkl. Temporäraufenthalte)	435	369	377	346	343	340
Bettenangebot (1. Januar)	846	814	816	774	774	774
Durchschnittliche Belegung	97%	96%	95%	96%	97%	98%

Tagesheim Eichhof	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Tagesangebot (1. Januar)	12	12	12	12	12	12
Durchschnittliche Belegung	41%	68%	85%	76%	87%	77%

Alterswohnungen	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Anmeldungen	27	55	45	55	34	42
Wohnungsangebot (1. Januar)	273	272	270	269	269	256
Durchschnittliche Belegung	88%	91%	95%	96%	94%	95%

e) Kommentar

Die Dienstabteilung schliesst 2004 knapp Fr. 0,5 Mio. besser ab als 2003. Beigetragen zu diesem guten Ergebnis haben neben einer guten Angebotsauslastung auch die weiteren Fortschritte beim Personal- und Kostenmanagement. Besser als budgetiert abgeschlossen haben insbesondere die Betagtenzentren Eichhof und Dreilinden sowie die Pflegewohnungen. Bei den übrigen Heimbetrieben zeigt sich eine leicht negative Bilanz aufgrund nicht budgetierter, aber dringend notwendig gewordener Massnahmen wie temporäre Stellenplanüberschreitung (BZ Rosenberg), bauliche

Massnahmen (BZ Wesemlin), Bewohneraufnahmestopp (Pflegeheim Hirschpark) sowie aufgrund zu hoch budgetierter Taxeinnahmen (BZ Rosenberg).
Die Heimanmeldungen stiegen im Berichtsjahr erstmals seit 1994 wieder auf über 400 Anmeldungen pro Jahr. Trotzdem erhöhten sich die durchschnittlichen Wartetage auf einen Heimplatz nicht über das Ausmass der letzten Jahre hinaus. Die Nachfrage nach Tagesplätzen fiel dagegen wieder unter den Höchstwert von 2003 zurück. Einen gewissen Einfluss darauf könnte das neue Tagesangebot für Demenzerkrankte von "Der rote Faden" (privates Projekt der Albert Köchlin Stiftung) gehabt haben.

5.1.4.8 Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg

a) Aufgaben / Dienstleistungen

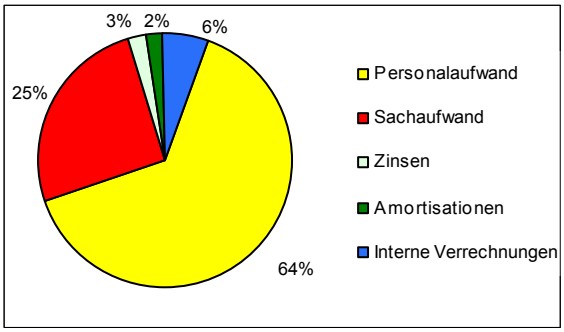
In der **Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg** wohnen ab Januar 2005 noch 45 Kinder und Jugendliche, die aus verschiedenen Gründen für eine bestimmte Zeit nicht in ihrer Familie aufwachsen können. Aufgrund ihrer persönlichen und sozialen Situation bedürfen sie einer gezielten und individuellen stationären Förderung.
In der **Wohnbegleitung Rank** finden sechs junge Erwachsene der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg Aufnahme, die bereits weitgehend selbstständig und eigenverantwortlich denken und handeln. Die Siedlung bietet ihnen mit diesen 1-Zimmer-Wohnungen die Möglichkeit, diese Kompetenzen zu erweitern und gleichzeitig das selbstständige Wohnen zu erproben.
Der interne **Sozialdienst** der Siedlung bereitet mit den Jugendlichen den Austritt aus der KJU vor und begleitet sie helfend und beratend auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit.
Die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg ist eine anerkannte Institution im Sinne des kantonalen Heimfinanzierungsgesetzes und der interkantonalen Heimfinanzierung. Die Siedlung gilt als subventionierte Erziehungseinrichtung gemäss dem Bundesgesetz über Bundesbeiträge an Erziehungseinrichtungen.

b) Ergebnis

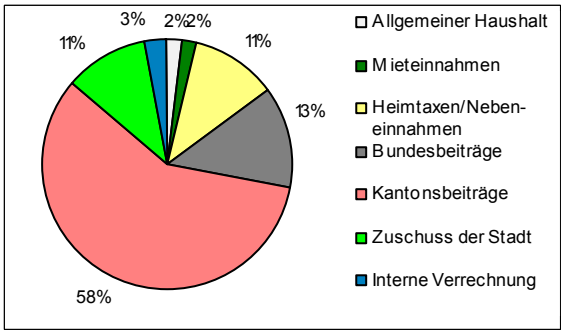
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	6'300'167	6'469'650	6'817'000	-347'350	-5%	169'483	3%
Ertrag	6'547'653	6'337'087	6'817'000	-479'913	-7%	-210'567	-3%
Ergebnis	**247'486**	**-132'564**	**0**	**-132'564**		**-380'049**	**-154%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Eintritte	15	22	19	15	14	10
Austritte	19	24	19	15	14	11
Platzangebot (31. Dez.)	60	55	58	58	58	51
Durchschnittliche Belegung	90%	87%	89%	91%	92%	91%

e) Kommentar

Die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg wird gemäss kantonalem Heimfinanzierungsgesetz finanziert. Deshalb werden auch die eingreifenden Sparaufträge des Kantons für die Siedlung spürbar. Per Ende Oktober 2004 musste die Wohngruppe Grün 1 mit sieben Plätzen für männliche Jugendliche geschlossen werden. Bereits nach den Sommerferien konnten auf dieser Gruppe keine neuen Jugendlichen mehr aufgenommen werden. Die Lohnkosten der Mitarbeitenden dieser Wohngruppe konnten andererseits erst per Ende 2004 eingespart werden. Diese Massnahme beeinflusste dementsprechend auch das Ergebnis der KJU.

5.2 Bildungsdirektion

Lehrer Paul Werthmüller mit Schülerinnen und Schülern des Oberstufenzentrums Tribschen beim Werkunterricht. Im Schuljahr 2004/2005 unterrichten an der Volksschule der Stadt Luzern 663 Lehrpersonen insgesamt 4'446 Schülerinnen und Schüler.

Vorwort von Urs W. Studer, Bildungsdirektor

Nachdem in der Vergangenheit die Errichtung einer Tagesschule zweimal an der Urne scheiterte, haben die Stimmberechtigten am 16. Mai 2004 die Tagesschul-Vorlage gutgeheissen, was ab Beginn des Schuljahres 2005/06 im Schulhaus Grenzhof einen dreijährigen Pilotversuch ermöglicht. Mit diesem Pilotprojekt, dem ebenfalls dreijährigen Pilotversuch "Schule+Betreuung", dem bestehenden Hortangebot und den verschiedenen privaten Krippen wird das Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung aufgewertet, womit den auf dem gesellschaftlichen Wandel basierenden veränderten Familienstrukturen Rechnung getragen werden kann.

Die Stimmbürgerschaft hat am 16. Mai 2004 ihre schulfreundliche Haltung mit der Genehmigung eines Baukredites von Fr. 22,75 Mio. erneut unterstrichen. Damit können die Schulhäuser Dula und teilweise Pestalozzi sowie die Turnhalle Dula saniert und der Neubau der Doppelturnhalle Säli verwirklicht werden. Das sind weitere Schritte in der Sanierung der Schulbauten im Volksschulbereich, die in Etappen auch für die kommenden Jahre geplant ist.

Ein umfassendes und auf hohem Stand befindliches Schulangebot ist für die Attraktivität der Stadt als Wohnort unabdingbar. Deshalb kommt auch in Zukunft dem an der Volksschule und den Städtischen Mittelschulen im Berichtsjahr weiterentwickelten Qualitätsmanagement hohe Bedeutung zu. Unzweifelhaft wird auch die neue Universität dem Wohnort zusätzliche Impulse verleihen. Der Stadtrat unterstützte deshalb die zuständigen kantonalen Instanzen, die neue Universität an zentraler Lage im Zentrum zu verwirklichen.

In Zusammenarbeit mit der Schulpflege wurde eine neue Führungsstruktur für die Volksschule erarbeitet. Wichtigste Änderungen im Vergleich zur bisherigen Rektoratsstruktur sind der Wegfall der Prorektorate und die direkte Unterstellung der Schulleitungen unter den Rektor. Die neue Struktur wird mit neu besetzter Rektorenstelle auf Beginn des Schuljahres 2005/06 umgesetzt.

Der am 31. Oktober 2006 auslaufende Mietvertrag mit der Eichhof AG für das Teilzentrum Eichhof der Musikschule und die Proberäume für das Luzerner Theater konnte letztmals bis zum 31. Oktober 2008 verlängert werden. Es gilt nun, für die Zeit danach definitive Lösungen zu suchen. Eine vom Stadtrat in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie ergab, dass auf dem Schlachthofareal, das per Ende 2005 frei wird, ein "Kulturwerkplatz Luzern-Süd" verwirklicht werden könnte. Das Raumangebot würde es ermöglichen, nebst den Proberäumen für das Luzerner Theater auch das Musikschulzentrum sowie die Boa, deren Sanierung an der Urne abgelehnt wurde, an diesen Standort zu verlegen. Mit der Zustimmung des Grossen Stadtrates vom 30. September 2004 zum entsprechenden Planungskredit (B+A 27) kann dieses Projekt nun weiter vorangetrieben werden. Wie mit dem am 4. November 2004 überwiesenen dringlichen Postulat verlangt wurde, werden parallel zur Planung des Kulturwerkplatzes auch alternative Standorte für ein Musikschulzentrum abgeklärt. Der entsprechende B+A wird dem Grossen Stadtrat in der ersten Jahreshälfte 2005 unterbreitet.

5.2.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele

- Qualitätssicherung an der Volksschule: Externe Evaluation der einzelnen Schulen/Schulhäuser ist begonnen.
- Volksschule: Führungsstruktur ist bereinigt.
- Musikschul-Teilzentrum Eichhof: Entscheid über den Ersatz für das Musikschul-Teilzentrum Eichhof ist gefällt.
- Alternative Kulturräume: Weiteres Vorgehen ist geklärt.
- Verkehrshaus: Finanzierungssicherung wird unterstützt.

Qualitätssicherung Volksschule
Wie vorgesehen konnte im Berichtsjahr mit der externen Evaluation der einzelnen Schulen/Schulhäuser begonnen werden. Die kantonale Stelle für Schulevaluation startete ihre Arbeit in der Stadt Luzern in folgenden Schulhäusern: OZ Mariahilf, OZ Tribschen, PS Maihof und PS Steinhof. Die umfangreichen Vorarbeiten wurden durch die entsprechenden Schulhausleitungen und -teams erbracht, eine rektoratsinterne Fachgruppe begleitete die Evaluationsarbeiten. Die Resultate der Evaluation werden im April 2005 den Schulhäusern und der Schulpflege unterbreitet, welche entsprechende Massnahmen zur Erhaltung oder Verbesserung der Qualität einleiten werden.

Führungsstruktur Volksschule
In einer breit angelegten Analyse und Organisationsentwicklung wurden die Führungsstruktur optimiert und die Rektoratsaufgaben den entsprechenden Stellen zugeteilt. Die Vorarbeiten zur Umsetzung der neuen Struktur sind gemäss Zeitplan, sodass ab August 2005 die Volksschule mit einer effizienten und aufgabenorientierten, neuen Führung geleitet werden kann.

Musikschul-Teilzentrum Eichhof
Der mit der Eichhof AG bestehende Mietvertrag für die Musikschul-Unterrichtsräume konnte letztmals bis zum 31. Oktober 2008 verlängert werden. Ab diesem Datum wird dieses Musikschul-Teilzentrum einen neuen Standort haben. Im Vordergrund steht dabei die Mitnutzung des ehemaligen Schlachthofes, der zum Kulturwerkplatz Luzern-Süd werden soll. Im Rahmen der Planungsarbeiten für den Kulturwerkplatz Luzern-Süd wird über die Integration der Musikschule definitiv zu entscheiden sein.

Alternative Kulturräume
Mit der Vorlage eines B+A für die Projektierung eines Kulturwerkplatzes Luzern-Süd auf dem Areal des ehemaligen Schlachthofes an der Arsenalstrasse zeigte der Stadtrat auf, wie er das weitere Vorgehen in diesem Bereich sieht: Die Boa am Geissensteinring soll geschlossen werden; an seiner Stelle soll auf Luzern-Süd ein neues alternatives Kulturzentrum entstehen, das zudem auch Räume für die freie Theaterszene umfasst. Der Grosse Stadtrat hat der Projektierung im Herbst 2004 zugestimmt und sich somit grundsätzlich hinter dieses Vorgehenskonzept gestellt.

Verkehrshaus
Im Berichtsjahr wurde auf verschiedenen Ebenen versucht, eine Zukunftslösung für den Bestand und den Betrieb des Verkehrshauses der Schweiz zu finden. Auf der Ebene des Bundes wurde immer deutlicher, dass nicht damit zu rechnen ist, dass das Projekt Musée Suisse ab 2008 eine Integration des VHS als nationales Museum für Verkehr erlauben würde. Parallel dazu entwickelte das VHS eine Zukunftsstrategie, die auf 2009 hin eine komplette Erneuerung der bestehenden Infrastruktur vorsieht. An diesem Sanierungspaket hätten sich der Bund, der Kanton und die Stadt Luzern – neben der weiterhin notwendigen Leistung von Betriebsbeiträgen – zu beteiligen. Verantwortliche des VHS und der Stadt Luzern reisten Anfang Dezember nach Bern, um die Situation im direkten Gespräch mit Bundesrat Couchepin zu erörtern. Es dürfte sich im Verlaufe des Jahres 2005 zeigen, ob und in welcher Form das Sanierungspaket umgesetzt werden kann.

5.2.2 Rechnungsergebnis im Überblick

Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt

in Fr. 1'000.–	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 04	B 04	Abweichung	in %	R 04	B 04	Abweichung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehraufwand/Minderertrag	Minderaufwand/Mehrertrag
K101 Grosser Stadtrat	372	358	14	4%	0	0	0		(372)	14	
K102 Stadtrat	3'848	3'957	-109	-3%	127	80	47	59%	(3'721)		156
K111 Präsidialstab	329	327	2	1%	0	0	0		(329)	2	
K112 Stadtkanzlei	2'400	2'791	-390	-14%	176	160	16	10%	(2'224)		407
K115 Personalamt	1'688	1'837	-149	-8%	641	641	0	0%	(1'047)		149
Spezialaufgaben											
K121 Stadtarchiv	680	650	31	5%	9	7	2	29%	(671)	29	
K123 Kommunikation u. Stadtmarketing	1'043	1'102	-59	-5%	5	0	5		(1'038)		64
K126 Leistungen städtisches Personal	1'210	1'229	-19	-2%	165	160	4	3%	(1'045)		24
Total	**11'570**	**12'251**	**-681**	**-6%**	**1'124**	**1'049**	**75**	**7%**	**(10'447)**	**45**	**800**
Nettoverbesserung											**755**

Die Bildungsdirektion+ (Stadtkanzlei, Personalamt und Präsidialamt) schliesst in der Rechnung 2004 mit einer Nettoverbesserung von Fr. 755'000.– besser ab als budgetiert. Mehrere ausserordentliche Faktoren haben zu diesem Ergebnis geführt.

Im Grossen Stadtrat schlug der unterjährig angesagte und deshalb nicht budgetierbare Workshop Liegenschaftenbericht und Stadtentwicklung mit einer Überschreitung von Fr. 14'000.– zu Buche (Sitzungsgelder, Tagungsdokumentationen, Raummiete und Verpflegung).

Im Stadtrat kam die letzte Tranche zur Äufnung des Pensionskassen-Kapitals für amtierende Stadträte tiefer zu stehen als ursprünglich angenommen. Auch fielen die Pensionskassen-Leistungen und AHV-Ersatzrenten an pensionierte Stadträte tiefer aus als budgetiert.

Der Hauptgrund für das um fast Fr. 400'000.– besserte Ergebnis in der Stadtkanzlei liegt darin, dass im Projekt Schriftgutmanagement 2004 noch kein Dokumentenmanagement-System beschafft werden konnte und dass deshalb noch keine Kosten verrechnet wurden. Für die Revision der Pensionskassen-Statuten reichte der Kredit im Konto Honorare Dritte um Fr. 30'000.– nicht aus.

Das Personalamt hatte 2004 hauptsächlich weniger Aufwendungen wegen der vorübergehenden Stellenvakanz für die Arbeitssicherheit und dank reduziertem Aufwand im Informatikbereich.

Im Stadtarchiv konnte die eigene Bibliothek ans System IDS Luzern (= Elektronischer Verbund mehrerer wissenschaftlicher Bibliotheken in Luzern) angeschlossen werden. Die Anschlusskosten konnten nicht im Voraus budgetiert werden.

Weniger interne Verrechnungen für EDV-Projektkosten führten bei Kommunikation und Stadtmarketing zum besseren Ergebnis von rund Fr. 60'000.–.

Mehr Rückerstattungen für Teilnehmende von ewl, Xundheit und vbl am städtischen Weiterbildungsprogramm verbesserten das Ergebnis in den Leistungen für das städtische Personal.

Bildungsdirektion

	in Fr. 1'000.–	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
		R 04	B 04	Abwei-chung	in %	R 04	B 04	Abwei-chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf-wand/Min-derertrag	Minder-aufwand/ Mehrertrag
K311	Schulbehörde und Stab Bildungs-direktion	1'605	1'623	-19	-1%	496	492	4	1%	(1'108)		23
K312	Kindergärten	4'311	4'457	-146	-3%	1'037	984	53	5%	(3'274)		199
K313	Primarschulen, Kleinklassen und Schulleitung	33'025	33'380	-355	-1%	7'622	7'526	96	1%	(25'403)		451
K314	Sekstufe I	14'159	14'481	-322	-2%	5'338	5'285	53	1%	(8'820)		375
K315	Schulpsych. Dienst	1'136	1'124	12	1%	3	0	3		(1'133)	9	
K317	Sport und Freizeit	3'264	3'483	-219	-6%	964	1'122	-158	-14%	(2'300)		61
K318	Schulzahnärztl. Dienst	1'042	1'025	17	2%	504	543	-39	-7%	(538)	56	
K319	Kultur, Kinder und Jugend, Sedel	2'050	1'994	56	3%	421	382	39	10%	(1'629)	17	
	Spezialaufgaben											
K321	Sonderschulen	5'465	5'485	-20	0%	4'756	4'797	-41	-1%	(709)	21	
K322	Lehrerfortbildung	50	138	-88	-64%	79	79	0	0%	29		88
K323	Elternschule	69	80	-11	-14%	36	30	6	20%	(33)		17
K324	Schülerhorte	2'338	2'458	-120	-5%	579	541	38	7%	(1'759)		158
K325	Sonderaufwendun-gen Volksschule	927	978	-51	-5%	16	7	9	129%	(912)		60
K326	Mariahilf-Kirche	71	98	-27	-28%	0	0	0		(71)		27
K328	Stadtbibliothek	1'865	1'840	25	1%	502	441	61	14%	(1'363)		36
	Beitragswesen											
K329	Schule+Betreuung	69	0	69		7	0	7		(62)	62	
K372	Beitr. Bildung	9'671	10'302	-631	-6%	0	0	0		(9'671)		631
K373	Beitr. Kultur und Freizeit	66	42	24	57%	0	0	0	0	(66)	24	
	Spezial-finanzierungen											
K391	Musikschule	5'835	5'899	-64	-1%	5'835	5'899	-64	-1%	0		
K396	Diplommittelschule	4'490	4'595	-105	-2%	4'490	4'595	-105	-2%	0		
K397	Wirtschaftsmittel-schule	8'830	9'335	-506	-5%	8'830	9'335	-506	-5%	0		
	Total	**100'337**	**102'818**	**-2'480**	**-2%**	**41'515**	**42'059**	**-544**	**-1%**	**(58'822)**	**189**	**2'127**
	Nettoverbesserung										**1'938**	

Die Rechnung 2004 der Bildungsdirektion schliesst mit einem Aufwand von Fr. 100,3 Mio. und einem Ertrag von Fr. 41,5 ab. Die Nettobelastung liegt damit rund Fr. 1,9 Mio. unter dem Budget.

Ein höherer Anteil Fremdsprachiger und der Wegfall der Annuität LUPK (die Restschuld wurde Ende 2002 beglichen) führten bei den Kindergärten zu Minderaufwand und Mehrertrag.

An den Primarschulen wurden im Schuljahr 04/05 122 Abteilungen statt der budgetierten 124 Abteilungen geführt. Mehr Schüler in Kleinklassen der Primarstufe führten zu höheren Pro-Kopf-Beiträgen des Kantons.

Auf der Sekundarstufe I führten der Wegfall der Annuität LUPK, allgemeine Sparanstrengungen im Sachaufwand und weniger Schüler in auswärtigen Gemeinden zu einem Minderaufwand.
Weniger Stellvertretungskosten und höhere Belegungen führten zu einer Resultatverbesserung bei den Horten.
Das Pilotprojekt Schule+Betreuung wurde mit B+A 42/2003 gestartet. Das Projekt wird ab 1. Januar 2005 unter der Federführung der Sozialdirektion weitergeführt.

Die Beiträge Bildung umfassen die Musikschule, HPS, Kantonsschule sowie Mittelschulen. Weniger Stellvertretungskosten bei der Diplommittelschule sowie 19 statt 21 geführte Abteilungen bei der Wirtschaftsmittelschule führen insgesamt zu einem Minderaufwand.

5.2.3 Schulpflege

Die Schulpflege traf sich im Berichtsjahr zu zehn halbtägigen Sitzungen sowie zur jährlichen Klausurtagung. Am 31. Juli 2004 endete die laufende Amtsdauer der Schulpflege. Für die Amtsdauer 2004–2008 wurden sämtliche Mitglieder der Schulpflege sowie der Präsident vom Grossen Stadtrat wiedergewählt.

Hauptthema der Schulpflege im Berichtsjahr war die neue Führungsstruktur der Volksschule. Innerhalb dieses zeitlich sehr aufwändigen Projektes wurden unter anderem neue Schulbetriebseinheiten festgelegt sowie mit der neu zu besetzenden Stelle des Rektors ein wichtiger personeller Entscheid getroffen.

Die Schulpflege begleitete den Start des Pilotprojektes Schule+Betreuung ab August 2004 und befasste sich mit den Vorbereitungen für den Start der Tagesschule, welche ihre Tore im August 2005 öffnen wird.

Im Weiteren sprach sich die Schulpflege für zwei Neubauten im Schulbereich aus, nämlich für ein neues Primarschulhaus im Büttenenquartier sowie einen neuen Kindergarten in der Überbauung Tribschenstadt. Vom Ausführungskredit für den Abbruch/Neubau des Kindergartens Weggismatt wurde zustimmend Kenntnis genommen.

Zudem befasste sie sich mit dem kantonalen Projekt Basisstufe und beschloss, dass sich die städtische Volksschule an diesem Projekt beteiligen soll. Bildungsinhalte, Integration und Schulevaluation wurden ebenfalls im Berichtsjahr thematisiert.

Per 31. Dezember 2004 demissionierte Eveline Andrea Oetterli, SVP. Für die restliche Amtsdauer 2004–2008 wählte der Grosse Stadtrat als ihre Nachfolgerin am 16. Dezember 2004 Nicole Rufener, SVP.

5.2.4 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Präsidialstab
Dank der umfangreichen Grundlagenstudie zur Machbarkeit einer Gemeindefusion mit Littau konnte die Zusammenarbeit mit Littau im Projekt verstärkt werden. Die gemeinsam erarbeitete Vernehmlassung wurde auch gemeinsam ausgewertet. Auch bei allen übrigen gemeindeübergreifenden Schritten ist der Präsidialstab federführend eingebunden. (Siehe dazu auch 2. Hauptziele des Stadtrates.)
Die Zahl der Kongresse und Events in Luzern wächst und damit auch der Wunsch nach stadtpräsidialer Begrüssung. Der an sich erfreuliche Trend schafft mit Blick auf den Terminkalender Schwierigkeiten, die aber mit Flexibilität auf allen Seiten zu meistern sind.
Die Einwohnersprechstunde wurde im Berichtsjahr wieder stärker nachgefragt als im vergangenen Jahr. Die Art der Anliegen entsprach jenen früherer Jahre.

Städtepartnerschaften
Nachdem sich die Finanzierung mittels Rahmenkredit bewährt hat, verfügen die Städtepartnerschaften seit 1.1.2004 zum zweiten Mal über einen solchen Kredit. Das ermöglicht weiterhin eine längerfristige Planung von Projekten.
Der Rahmenkredit 2001–2003 wurde im Berichtsjahr abgerechnet; das Parlament erhielt dabei einen detailreichen Überblick über verschiedenste Projekte.

Stadtkanzlei
Ein besonderer Schwerpunkt bildete die Umsetzung des Konzepts zur Stadtentwicklung, welches der Stadtrat im Frühjahr auf der Grundlage des Zieles 13 der Gesamtplanung 2004–2007 beschlossen hat. Die Strategie zur Stadtentwicklung, bestehend aus vier Leitsätzen mit ihren Stossrichtungen und den dazugehörenden Vierjahreszielen, floss im Herbst in die Gesamtplanung 2005–2008 ein. Vor ihrer Verabschiedung durch den Stadtrat wurden die inhaltlichen Ergebnisse der verwaltungsinternen Diskussion von einem fachlichen Echoraum, gebildet aus einer interdisziplinären Arbeitgruppe der Fachhochschule Zentralschweiz, überprüft. Versuchsweise fanden zudem vor den Sommerferien zwei Foren statt, an welchen rund 80 Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Gruppierungen aus Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Wissenschaft das Konzept am Beispiel des ersten strategischen Leitsatzes mit seinen Stossrichtungen diskutierten.
Für die Umsetzung der Strategie zur Stadtentwicklung in die tägliche Arbeit der Verwaltung setzte der Stadtrat gegen Ende des Berichtsjahres eine verwaltungsinterne Plattform für Stadtentwicklung ein. Sie soll sicherstellen, dass alle auf Stadtentwicklung bezogenen Prozesse und Projekte zielgerichtet abgewickelt werden. Die Federführung liegt bei der in der Stadtkanzlei neu geschaffenen Stelle für Stadtentwicklung (50%-Pensum).

Sekretariat des Grossen Stadtrates
2004 war ein Wahljahr. Der Grosse Stadtrat schloss die Legislatur 2000–2004 Anfang Juli mit einem Besuch bei den Partnerstädten Murbach und Guebwiller im Elsass ab. Am 2. September 2004 wurde der neu gewählte Rat vom Regierungsstatthalter vereidigt. Vorgängig wurden unter Federführung des Sekretariates des Grossen Stadtrates die nötigen vorbereitenden Arbeiten erledigt (Kommissionsschlüssel, Turnus der Ratspräsidien, Sitzordnung, Einführung der 16 neuen Ratsmitglieder usw.). Am 1. September 2004 trat auch die von einer Spezialkommission des Grossen Stadtrates erarbeitete Teilrevision des Geschäftsreglements in Kraft. Anfang November verabschiedete der Grosse Stadtrat die Hausbeamtin des Rathauses Heidi Rothen-Good und würdigte ihre jahrelange Arbeit für Rathaus und namentlich Parlament. Im Dezember konnten schliesslich die Arbeiten am Sicherheitskonzept für das Rathaus abgeschlossen werden.

Anlässe
Aus den verschiedenen von der Stadtkanzlei organisierten Anlässen sind folgende erwähnenswert:
- Empfang von Kanton und Stadt Luzern anlässlich des von der SRG im Rahmen der Eurovision in Luzern durchgeführten Wettbewerbs Young Musicians am 27. Mai;
- Erteilung des Ehrenbürgerrechtes der Stadt Luzern an Hans Erni im Anschluss an die Sitzung des Grossen Stadtrates vom 3. Juni;
- "Elefanten-Apéro" auf dem Kapellplatz am 22. Juli;
- Empfang des Stadtrates für das Lucerne Festival Orchestra am 19. August. Damit wurde die frühere Tradition des Empfanges für das seinerzeitige Festspielorchester der IMF wieder aufgenommen;
- Mitarbeit im Organisationskomitee des Eidgenössischen Schwing- und Älplerfestes (ESAF) 2004 Luzern vom 20. bis 22. August (Ressort Empfang: Betreuung Ehrengäste);

- Empfang von Kanton und Stadt Luzern anlässlich des Europa Forums Luzern vom 17. bis 19. Oktober zum Thema "Die EU-Erweiterung und die Schweiz";
- Luzerner Empfang anlässlich des Piano-Festivals am 24. November.

Kommunikation und Stadtmarketing
Die Stelle beschäftigte sich neben dem arbeitsintensiven Grundauftrag mit der neuen Strukturierung der Stelle im Rahmen des dreijährigen Projektes "Integrierte Kommunikation in der Stadtverwaltung Luzern". Neu wird das Ressort "Stelle für Kommunikation" heissen. Das Arbeitsfeld Stadtmarketing bleibt Teil der zugewiesenen Aufgaben. Die Stelle wird in zwei Bereiche aufgeteilt. Der strategische Teil wird vom Chef Kommunikation geleitet, der auch der Gesamtstelle vorsteht. Das Dienstleistungszentrum Kommunikation bildet den operativen Teil. Hier werden u. a. die Massnahmen des Kommunikationsplans umgesetzt. Zusätzlich wurde ein Handbuch für Kommunikation erarbeitet, das 2005 zu Ende gestellt und instruiert wird. Integrierte Kommunikation ist auf eine fundierte Ausbildung angewiesen. Eine erste Ausbildungsoffensive fand im Frühjahr statt. 40 leitende Mitarbeitende liessen sich am "maz – die Schweizer Journalistenschule" in Medienarbeit ausbilden.

Stadtarchiv
Im Berichtsjahr galt es, das 2003 eingeleitete Massnahmenpaket zur Umsetzung des vom Stadtrat verabschiedeten Leistungsauftrages "Gesetzliches Minimum+" fortzuführen:
- Neben einer weiteren Konsolidierung im Personalbereich erfolgte Mitte Jahr der Anschluss des Stadtarchivs an den Bibliotheksverbund IDS Luzern. Dieser bringt über den Rationalisierungseffekt zu Gunsten der Kernaufgaben hinaus einen qualitativen Mehrwert für die Benützenden, indem neu eine Online-Recherchemöglichkeit für die Bibliotheksbestände des Stadtarchivs besteht.
- Es wurde eine ressourcen- und bedarfsgerechte Erschliessungsstrategie entwickelt, die es erlaubt, sämtliche amtlichen Bestände innert nützlicher Frist für die Benützung zur Verfügung zu stellen. So wird ab 2005 ein systematischer Zugang zu den amtlichen Beständen gewährleistet. Zusätzlich werden innerhalb der nächsten zehn Jahre aufgrund einer Nutzwertanalyse selektierte Bestände auf Dossierebene detailliert verzeichnet, womit die Erschliessung der Pendenzen in einer sinnfälligen Tiefe abgeschlossen sein wird.
- Zwecks Sicherung der Überlieferung in einem elektronischen Umfeld und der Generierung von Rationalisierungspotenzial für die Bewertung, Übernahme und Erschliessung beteiligt sich das Stadtarchiv am Projekt Schriftgutmanagement, dessen Umsetzung auf Ende 2006 geplant ist.

In der gemeinsam von Stadtarchiv und Staatsarchiv herausgegebenen Reihe "Luzerner Historische Veröffentlichungen" ist 2004 Bd. 39 erschienen: Claudia Hermann: Das Luzerner Armenspital. Eine Architekturgeschichte mittelalterlicher und frühneuzeitlicher Spitalbauten im eidgenössischen und europäischen Vergleich. Basel: Schwabe, 2004.

Personalamt
Ein wichtiger Schwerpunkt im Berichtsjahr war die weitere Organisationsentwicklung des Personalamtes als Dienstabteilung und Querschnittsfunktion der Stadtverwaltung. Begleitet von einem externen Berater wurde in drei Workshops mit allen Mitarbeitenden eine Standortbestimmung vorgenommen. Daraus resultierte der Beschluss für eine "Kundenbefragung" bei den Dienstabteilungs- und Bereichsleitungen sowie 200 Mitarbeitenden. Diese wurde als Pilotprojekt der Bildungsdirektion im Rahmen des stadträtlichen Projekts "Dienstleistungsorientierung" durchgeführt. Die aufschlussreichen, insgesamt recht positiven Resultate sind in einem abschliessenden Bericht zusammengefasst und bilden die Grundlage für die weitere Entwicklung und Zielsetzungen des Personalamtes.

Die Mitarbeitenden des Personalamtes begleiteten verschiedene Reorganisationsprojekte:
- Die Integration der Gastrodienste in die Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen.
- Die Organisation und Führungsstruktur des Volksschulwesens.
- Den Aufbau der neuen Dienstabteilung Kinder Jugend Familie.

Die Stellenplankommission behandelte in sechs Sitzungen 18 Geschäfte, u. a. die grossen Verschiebungen im Gefolge der genannten Reorganisationsprojekte. Insgesamt wurden rund 20 Stellen von der Bildungsdirektion und 50 von der Finanzdirektion in die Organisationsstruktur der Sozialdirektion integriert.

Der Aufgabenbereich Arbeitssicherheit wurde in Richtung Gesundheitsmanagement ausge-

weitet. Nach der Wahl des bisherigen Stelleninhabers zum Leiter Zivilschutz wurde die Stelle neu mit einer Fachfrau als Gesundheitsbeauftragte besetzt.

Eine Arbeitsgruppe befasste sich mit dem Pilotprojekt "Schutz vor Passivrauchen", dessen erste Ergebnisse bereits im Haus REX umgesetzt wurden.

Im Lehrlings- und Praktikantenwesen konnte die Anzahl der Ausbildungsplätze gemäss langfristiger Planung von 49 auf 61 erhöht werden. Im Weiteren wurde das Projekt Handbuch für Berufsbildende und eine Internetseite für das Lehrlings- und Praktikantenwesen gestartet. Das Projekt wird voraussichtlich im Frühjahr 2005 seinen Abschluss finden.
Mit den Personalverbänden wurden die sozialpartnerschaftliche Vereinbarung für die Jahre 2005 bis 2008 abgeschlossen und die Zielsetzungen für diese Periode festgelegt.

Als Nachfolger für André Hobi, der nach 27 Jahren seinen Rücktritt als Personalchef erklärte, wurde der bisherige Stabschef der Sozialdirektion, Beat Däppeler, designiert.

Stab Bildungsdirektion
Der Stadtrat hat für die Amtsdauer 2004–2008 die Musikschulkommission und die Aufsichtskommission (AK) Städtische Mittelschulen wie auch deren Präsidien neu gewählt. Neue Präsidentin der Musikschulkommission ist Cornelia Nepple Kost, und Christine Knupp Furrer präsidiert neu die AK Städtische Mittelschulen.

Mit Blick auf die per 1. August 2007 geplante Kantonalisierung der Städtischen Mittelschulen haben der Regierungsrat und der Stadtrat im Herbst 2004 mittels gleich lautender Behördenbeschlüsse eine gemischte Projektorganisation eingesetzt, die ab 2005 die entsprechenden Arbeiten aufnehmen wird. Dabei kommt der Kommunikation mit der betroffenen Lehrerschaft grosse Bedeutung zu, weshalb diese in den Teilprojekten "Pensionskasse" und "Betrieb" wie auch in den Referenzgruppen (Informationsgefäss und Echoraum) vertreten sein wird.

Mit StB 1099 vom 29. September 2004 hat der Stadtrat beschlossen, das stark sanierungsbedürftige Ferienheim Strela in Langwies zu verkaufen. Gleichzeitig wurde die Bildungsdirektion beauftragt, für die Sanierung der beiden Ferienheime in Oberrickenbach und Bürchen in Zusammenarbeit mit der Baudirektion einen B+A zu erarbeiten, der im Verlaufe des Jahres 2005 dem Grossen Stadtrat unterbreitet werden soll. Mit StB 12 vom 5. Januar 2005 hat der Stadtrat dem Verkaufspreis von Fr. 450'000.– für die Liegenschaft Strela zugestimmt.

Kultur
Im Berichtsjahr stand in erster Linie die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für das Projekt Kulturwerkplatz Luzern-Süd im Vordergrund; dies in enger Zusammenarbeit mit dem Hochbau. Die Planung konnte nach Zustimmung zum Projektierungskredit im November 2004 in Gang gesetzt werden.
Weiterhin sehr intensiv waren die Verhandlungen mit Blick auf eine neue Aufgabenteilung zwischen Stadt und Kanton im Kulturbereich, namentlich hinsichtlich der grossen professionellen Betriebe in der Stadt Luzern (Theater, Orchester, Kunstmuseum, VHS), deren volkswirtschaftlicher Nutzen vor allem auch dem Kanton Luzern zufliesst. Auf das Jahr 2008 soll eine neue Trägerschafts- und Finanzierungslösung in Kraft treten, in der der Kanton auch für das Luzerner Theater und das Luzerner Sinfonieorchester die Hauptverantwortung übernimmt.
Im Frühjahr konnte das neue Jugendhaus Treibhaus in Betrieb genommen werden. Auf den Herbst erfolgte der Übergang des bisherigen Bereichs Kinder und Jugend in die neue Dienstabteilung Kinder Jugend Familie bei der Sozialdirektion.
Die Integrationsbeauftragte verwirklichte die Begrüssungsveranstaltungen für Luzerner Neuzuzüger/innen: Im Berichtsjahr wurden zwei Veranstaltungen angeboten; beide waren von einem breit durchmischten Publikum gut besucht und fanden ein sehr positives Echo.

Volksschule
Im Volksschulbereich bildete die Reorganisation der Führungsstruktur einen Schwerpunkt der Berichtsperiode. In diesem Zusammenhang wird ab Beginn des Schuljahres 2005/06 ein personell neues Führungsteam im Rektorat im Einsatz stehen. Gemäss Entscheid der Schulpflege ist die Stelle des Rektors neu zu besetzen. Die bisherigen Prorektorate werden aufgehoben und die neu dem Rektor unterstellten Schulleitungen werden die in der Regel aus zwei oder mehreren Schulhäusern bestehenden Betriebseinheiten leiten.
Die Rektoratsaufgaben werden in den neuen Bereichen Schulentwicklung und -organisation, Finanzen und Controlling, Administration und Kommunikation sowie Schulunterstützung wahrzunehmen sein.

Die Vorbereitungsarbeiten im Rektorat zur Führung der Schule mittels Leistungsauftrag und Globalbudget konnten abgeschlossen werden. Der Grosse Stadtrat beschloss den Leistungsauftrag und stimmte dem Globalbudget zu.

Im Rahmen des umfassenden internen und externen Qualitätsmanagements wurden in den Schulhäusern die Qualitätsgruppen installiert. In vielen Schulhäusern fanden bereits die Mitarbeitergespräche statt. Das Rektorat erarbeitete ein Konzept zur internen Evaluation. Darin sind die Rahmenbedingungen und ein Zeitplan definiert. Die externe Evaluation wurde durch die kantonale Fachstelle in vier Schulhäusern gestartet.

Mit B+A 18 wurde dem Grossen Stadtrat die Einführung der flächendeckenden Schulsozialarbeit unterbreitet. Er bewilligte das Konzept und die Finanzierung eines Pilotprojekts. Somit konnte der bedarfsorientierte Auf- und Ausbau der Schulsozialarbeit auf der Kindergarten-, Primar- und Sekundarstufe begonnen werden.

Die Stimmberechtigten stimmten am 16. Mai 2004 dem Projekt zur Einführung einer Tagesschule zu, welches im kommenden Schuljahr im Schulhaus Grenzhof umgesetzt werden soll.

Auf Beginn des Schuljahres 2004/05 startete im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung das dreijährige Pilotprojekt Schule+ Betreuung in den Primarschulhäusern Hubelmatt und St. Karli. Angeboten werden halbtage- oder stundenweise Betreuung und Animation für Kindergarten- und Schulkinder. Schule+Betreuung ist eine Aufgabe der neuen, der Sozialdirektion zugeordneten Dienstabteilung Kinder Jugend Familie, die am 1. September 2004 ihren Betrieb aufgenommen hat.

Wie geplant wurden nebst den bislang der Volksschule unterstellten acht Horten und dem Ferienhort folgende Bereiche der Abteilung Kultur in die neue Dienstabteilung übergeführt: Animation/Partizipation u. a. mit dem Kinder- und dem Jugendparlament, den Freizeitangeboten wie Ferienpass und Kreativwochen, die Mobile Kinder- und Jugendarbeit sowie die Zuständigkeit für das Jugendhaus Treibhaus.

Schulzahnklinik
Im vorliegenden Geschäftsbericht ist an dieser Stelle letztmals von der "Schulzahnklinik" die Rede. Am 5. Februar 2004 hat der Grosse Stadtrat den B+A 45/2003 "Erweitertes Betriebskonzept Schulzahnklinik" verabschiedet und damit der Verlegung der Klinik, verbunden mit einem neuen Betriebskonzept, vom Dula-Schulhaus ins ewl-Gebäude an der Industriestrasse zugestimmt. Am 16. November 2004 hat die Klinik unter der neuen Bezeichnung "Kinder- und Jugendzahnklinik" ihren Betrieb am neuen Standort aufgenommen. Entsprechend dem erweiterten Betriebskonzept ist seit 1. Januar 2005 mit Dr. Christian Wehr neu ein Kieferorthopäde an der Klinik tätig.

Die im B+A 45/2003 ebenfalls erwähnten Behandlungen in Narkose, die seit dem 5. November 2003 in Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital durchgeführt werden, sind zu einem festen Bestandteil der Schulzahnklinik geworden und werden alle zwei Wochen während eines ganzen Tages durch den Klinikleiter und eine Assistentin im Kantonsspital durchgeführt.

Sport und Freizeit
Das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest 2004 (ESAF) beeinflusste bereits im Vorfeld den Fussballbetrieb auf der Luzerner Allmend, wurden doch Anfang Juni drei sanierungsbedürftige Naturrasenfelder für Bauten des ESAF zur Verfügung gestellt. Die Wiederinstandstellung dieser Felder wurde unmittelbar nach Abschluss des Festes an die Hand genommen. Abhängig von den Witterungsverhältnissen stehen sie dem Betrieb teilweise ab Herbst 2005 und vollends 2006 wieder zur Verfügung. Durch die Nichtbenützung dieser Spielfelder mussten verschiedene Klubs ihren Trainingsbetrieb auf die Plätze Allmend-Süd verschieben, die üblicherweise vom Breiten- und Firmensport genutzt werden.

Auf Allmend-Süd konnten die zwei letzten Felder der grossen Bauetappe (Anschluss Schlund) dem Betrieb übergeben werden, womit dem Breiten-, Firmen- und Jugendsport nun sechs Felder zur Verfügung stehen. Das neue Garderobengebäude auf Allmend-Süd wurde Anfang 2005 fertig gestellt.

Auf dem Pausenplatz Grenzhof wurde im Sommer ein spezielles Kunstrasen-Fussballfeld erstellt, das durch die Firma T.E.A.M. im Rahmen des 50-Jahr-Jubiläums der UEFA gesponsert wurde. Es dient der fussballbegeisterten Jugend während und ausserhalb der Schulzeiten.

Das Trainingsfeld des Fussballclubs Kickers auf Tribschen wurde ab Herbst 2003 bis Sommer 2004 saniert und stand ebenfalls nicht zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurde die Tribschen-Turnhalle saniert, was diverse Umbelegungen zur Folge hatte.
Während der Ostersportwoche besuchten wiederum 1'200 Kinder die mehr als vierzig Sportkurse, in der Herbstsportwoche waren es 750 Kinder.

Musikschule
Rektor Werner Bühlmann, welcher der städtischen Musikschule seit ihrer grundlegenden Reorganisation von 1969 ununterbrochen vorsteht, wird altershalber auf 31. Juli 2005 in den Ruhestand treten. Die Stelle wurde im Frühjahr 2004 öffentlich ausgeschrieben und Yves Illi, zurzeit Leiter der Musikschule der Stadt Zug, zum neuen Rektor gewählt. Er war von 1987 bis 1993 bereits als Prorektor der städtischen Musikschule tätig. Er wird das Amt des Rektors am 1. August 2005 übernehmen.
Mit Blick auf die Ensembles der Musikschule ist zu erwähnen, dass

- der Jugendchor Molto Cantabile im Frühling im belgischen Neerpelt in seiner Kategorie der besten gemischten Jugendchöre die höchstmögliche Auszeichnung erlangte und die höchste Wertung aller 86 aus Europa angereisten Chöre verzeichnete.
- das Jugendblasorchester aufgrund seiner musikalischen Leistungen als einzige Jugendmusik-Formation anlässlich des renommierten europäischen Blasorchester-Wettbewerbes vom 3. bis 11. Juli 2004 im spanischen Valencia als Gastensemble konzertieren durfte.

"Rat'n'Roll", das Musical aus dem Untergrund, eigens für die Knaben- und Herrenstimmen der Singknaben komponiert und professionell inszeniert, verblüffte im Herbst anlässlich von 19 Vorstellungen im Gersag-Zentrum die rund 9'000 Besucher. Da die Vorstellungen insbesondere während der Herbstferien nicht ausgebucht waren, entstand dem für dieses Projekt verantwortlich zeichnenden Verein der Singknaben ein Defizit von Fr. 200'000.–, was zu einem umfassenden Sanierungsplan führte.

Im Berichtsjahr konnten folgende beiden zukunftsweisenden Pilotprojekte realisiert werden: "Klassenmusizieren mit Bläsern" bei drei Primarklassen und Zusammenführung der beiden Orchesterabteilungen der Musikhochschule und der Städtischen Musikschule zu einem grösseren "Luzerner Jugendorchester".
Im Rahmen des Qualitätsmanagements nimmt die Musikschule an einem schweizerischen QM-Pilotprojekt teil, das professionell begleitet und durch die Hochschule für angewandte Psychologie (HAP) als Forschungsprojekt betreut und ausgewertet wird.

Im Rahmen des kantonalen Sparprogramms 2005 hat der Grosse Rat u. a. die Beiträge an die Musikschulen gestrichen. Mit StB 680 vom 16. Juni 2004 hat der Stadtrat aufgrund der dadurch entstehenden Finanzierungslücke von rund Fr. 340'000.– den Kostendeckungsgrad von bisher 40 % auf 35 % ab dem Jahr 2005 neu festgesetzt und damit bewusst nicht durch Erhöhung der Schulgelder zu Lasten der Erziehungsberechtigten wettgemacht.

Das Anliegen der Musikschule, bei der Ersatzplanung für das Musikschulzentrum Eichhof zumindest auch das seit über zehn Jahren nicht mehr zweckdienliche Zentrum Bramberg in ein grösseres Hauptzentrum zu integrieren, wurde in die Planung des Kulturwerkplatzes Luzern-Süd (Schlachthofareal) aufgenommen. Der Grosse Stadtrat bewilligte den entsprechenden Projektierungskredit am 17. November 2004 (B+A 27/2004).

Mittelschulen
Qualitätsmanagement
Nach einer zweijährigen Einführungsphase wurden mit dem Start zum ersten Q-Zyklus im Herbst 2004 die Qualitätssicherungs- und Entwicklungsinstrumente wie Schüler-Lehrpersonen-Feedback, Q-Team-Arbeit, Weiterbildung und das Standortgespräch verbindlich eingeführt. Die Lehrpersonen dokumentieren in einem Zeitraum von drei Jahren ihre diesbezüglichen Anstrengungen und Erkenntnisse im inzwischen vollständig entwickelten persönlichen Portfolio. Aus der Fokusevaluation zur Befindlichkeit der Schülerinnen und Schüler konnten wertvolle Impulse für die Weiterarbeit am Q-Prozess hergeleitet werden. Diese Weiterarbeit am schuleigenen Qualitätsmanagement konzentriert sich nun vermehrt auf die angestrebte Zertifizierung.

Diplommittelschule (DMS)
Fachmittelschule (FMS)
Berufsmittelschule (BM GS)
Die Diplommittelschulen werden weiterentwickelt. Unter der neuen Bezeichnung Fachmittelschulen werden sie in Zukunft auch den Erwerb einer Fachmaturität ermöglichen. Mit dem In-Kraft-Treten des EDK-Anerkennungsreglements ist zudem folgende Neuerung verbunden:

Zusätzlich zum Fachmittelschulabschluss kann ein Fachmaturitätszeugnis erworben werden. Dafür müssen Zusatzleistungen erbracht werden. Je nach Berufsfeld bestehen diese in einem Praktikum oder im Absolvieren zusätzlichen Unterrichts. Das Zeugnis erlaubt den Zugang zu Fachhochschulstudiengängen des gewählten Berufsfeldes. Für den Zugang zu Pädagogischen Hochschulen besteht die Zusatzleistung im Absolvieren einer ergänzenden Ausbildung.
Zu Beginn des Schuljahres 2004/2005 zählte die FMS/DMS total zehn Klassen (vier 1. Klassen FMS, drei 2. Klassen DMS und drei 3. Klassen DMS) mit insgesamt 197 Schülerinnen und Schülern.
Die Abteilung BM GS startete im Sommer 2004 mit dem dritten Lehrgang des Pilotprojektes "FAGE mit Berufsmatura" mit Lehrtöchtern des Berufs Fachangestellte Gesundheit. Neu begann der zweijährige Teilzeitlehrgang Berufsmatura BM 2, Richtung Gesundheit und Soziales, alles Berufsleute mit abgeschlossener Berufslehre. Die einjährige Vollzeitausbildung wird seit Sommer 2004 doppelt geführt. Die ganze Abteilung BM GS zählt 84 Lernende.
Im Sommer/Herbst 2004 konnte allen Diplomandinnen und Diplomanden das DMS-Diplom (43) bzw. Berufsmaturitätszeugnis (17) ausgehändigt werden.

Wirtschaftsmittelschule (WML)
Im Sommer 2004 begannen 98 Schülerinnen und Schüler ihre Ausbildung in fünf Klassen an der WML (vier Berufsmaturitätsklassen und eine Handelsdiplomklasse). Erstmals wurde im neuen Schuljahr eine Klasse mit dem Wahlbereich Informatik geführt. In insgesamt 19 Klassen wurden 379 Schülerinnen und Schüler an der WML unterrichtet, davon waren 198 Männer und 181 Frauen. Der sich seit einigen Jahren abzeichnende Männerüberhang scheint sich zu festigen. 53 Absolventinnen und Absolventen des Diplomjahrganges 2003 konnten nach erfolgtem Praxiseinsatz die Berufsmaturitätszeugnisse entgegennehmen. An der Diplomfeier im KKL freuten sich 121 Diplomierte über ihren Erfolg bei den Prüfungen.

Erwachsenenbildung MSZ
Seit zwölf Jahren bietet die Erwachsenenbildung des Mittelschulzentrums Kurse in den Fachgebieten Informatik, Sprachen, Kunst und Gymnastik an. Das Berichtsjahr 2004 war mit 85 durchgeführten Kursen (Vorjahr 77) und 1'144 Kursteilnehmenden (Vorjahr 1037) ein absolutes Rekordjahr. Als Kursleitungen wirkten einerseits Lehrpersonen des Mittelschulzentrums und andererseits externe Fachleute. Nach sechs erfolgreichen Kursjahren gab Hansruedi Brunner auf den 1. August 2004 die Leitung der Erwachsenenbildung ab. Für seine sehr erfolgreiche Arbeit gebührt ihm grosser Dank. Der neue Leiter Carlos Rodriguez, langjähriger Lehrer des Mittelschulzentrums am Hirschengraben, hat seine Feuertaufe bestanden und engagiert sich mit Elan und neuen Ideen für eine erfolgreiche Zukunft der MSZ Erwachsenenbildung.

5.2.5 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

5.2.5.1 Stadtarchiv

a) Aufgaben / Dienstleistungen

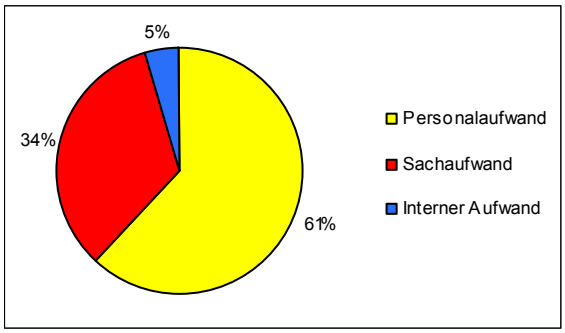
Die Aufgabe des Stadtarchivs umfasst das Sichern, Aufbewahren, Erschliessen und Zugänglichmachen von städtischem und stadtbezogenem Schriftgut. Damit leistet es einen Beitrag zur Rechtssicherheit, zu einer kontinuierlichen und rationellen Verwaltungsführung, zur Schaffung von Transparenz und Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sowie zur Bereitstellung von Grundlagen für die Forschung. In diesem Zusammenhang erbringt das Stadtarchiv Dienstleistungen für amtliche und private Benützer und gibt wissenschaftliche Publikationen heraus.
Die Einnahmen des Stadtarchivs resultieren aus der kommerziellen Nutzung von Bauplänen und Fotos sowie aus Kopierrechten.

b) Ergebnis

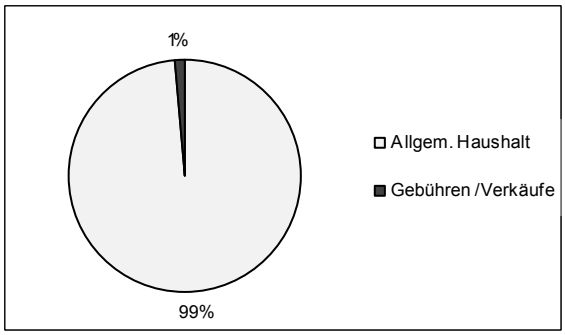
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	677'639	680'265	649'600	30'665	5%	2'626	0%
Ertrag	9'103	8'895	7'300	1'595	22%	-208	-2%
Ergebnis	**-668'535**	**-671'369**	**-642'300**	**-29'069**	**-5%**	**-2'834**	**0%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2000		2001		2002		2003		2004	
Anzahl Laufmeter Neuzugang Aktenbestand	294,1		162,6		103,53		43,1		112,37	
Pensenaufwand für Auskünfte	48%		45%		50%		45%		43%	
Private Auskünfte	827	57%	792	57%	721	51%	748	56%	619	57%
Verwaltungsinterne Auskünfte	621	43%	594	43%	681	49%	599	44%	472	43%
Total	**1'448**		**1'386**		**1'402**		**1'347**		**1'091**	

e) Kommentar

2004 ergab sich kurzfristig die Möglichkeit für den Anschluss des Stadtarchivs an den Bibliotheksverbund IDS Luzern und damit die Modernisierung in der Bibliotheksverarbeitung. Die Initialkosten für den Anschluss in der Höhe von Fr. 6'500.– sowie die Kosten für die Rekatalogisierung wichtiger Altbestände durch Mitarbeitende der ZHB Luzern in der Höhe von Fr. 34'000.– wurden über einen Kredit nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO finanziert.
Trotz zurückhaltender Übernahme von Schrift- und Sammlungsgut wegen der beschränkten Platzreserven des Stadtarchivs beliefen sich die Zugänge im Gegensatz zum letzten Berichtsjahr wieder auf einem gewohnt hohen Niveau.
Auffällig zurückgegangen sind 2004 die Benutzungstage. Dies ist in erster Linie damit zu erklären, dass 2004 keine grösseren Forschungsprojekte mit einer entsprechend hohen Anzahl an Benutzungstagen oder Archivanlässe wie noch in den Jahren zuvor stattgefunden haben. Der Vergleich mit den Zahlen der Benützer zeigt denn auch, dass die Abweichung im üblichen Varianzbereich liegt.

5.2.5.2 Kindergärten

a) Aufgaben / Dienstleistungen

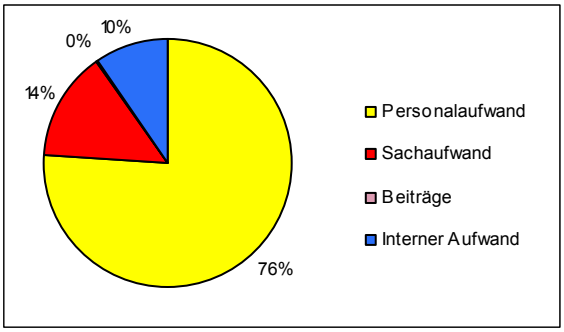
Der Kindergarten steht am Anfang der schulischen Sozialisation und bereitet die Kinder auf den Eintritt in die Schule vor. Er unterstützt, fördert und begleitet die Kinder auf diesem Weg und ergänzt so die Arbeit der Eltern in der Erziehung und Bildung ihrer Kinder auf partnerschaftliche Weise. Dabei wird auf eine ganzheitliche Förderung der Lernenden geachtet.
Das Gesetz über die Volksschulbildung verpflichtet die Gemeinden, bis 1. August 2005 das Kindergartenobligatorium für den ersten vorschulpflichtigen Jahrgang einzuführen und das Stichdatum für den Schuleintritt vom 30. April auf den 31. Oktober vorzuverlegen. In der Stadt Luzern wird das Kindergarteneintrittsalter seit dem Schuljahr 2000/2001 jedes Jahr um einen Monat vorverschoben. Kinder des zweiten vorschulpflichtigen Jahrganges können den Kindergarten besuchen, sofern Platz vorhanden ist.

b) Ergebnis

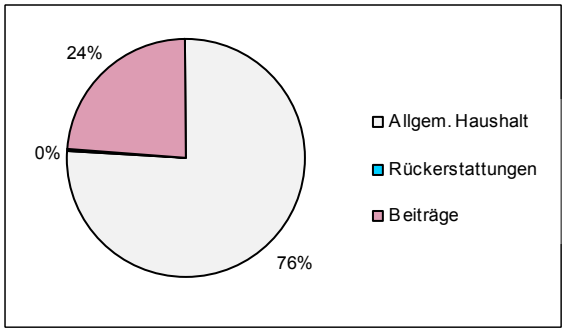
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	4'347'699	4'311'121	4'457'300	-146'179	-3%	-36'578	-1%
Ertrag	968'955	1'037'006	984'200	52'806	5%	68'051	7%
Ergebnis	**-3'378'743**	**-3'274'115**	**-3'473'100**	**198'985**	**6%**	**104'629**	**3%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	2000	2001	2002	2003	2004	Veränderung
Schuljahr	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	
Anzahl Kindergärtner	610	616	624	617	615	-0,3 %
davon 5½-Jährige (6-Jährige bis 02/03)	431	444	443	424	397	-6,3 %
davon 4½-Jährige (5-Jährige bis 02/03)	73	74	81	77	64	-16,9 %
davon Zurückgestellte	106	98	110	116	154	+32,8 %
Anzahl Kindergärten (ohne Sprachheilkindergarten)	35	35	35	35	35	0 %
Anzahl Kindergärtner pro Abteilung	17,4	17,6	17,8	17,6	17,6	0 %
Aufwand pro Kindergärtner und Jahr (brutto) in Fr.	6'258	6'490	6'879	7'046	7'010	-0,5 %
Aufwand pro Kindergarten	109'061	114'236	122'653	124'220	123'175	-0,8 %

e) Kommentar

Auf das Schuljahr 2003/2004 ist nur ein leichter Rückgang der Anzahl Kinder zu verzeichnen, sodass wieder gleich viele Abteilungen geführt werden konnten wie im Vorjahr.

5.2.5.3 Primarschulen

a) Aufgaben / Dienstleistungen

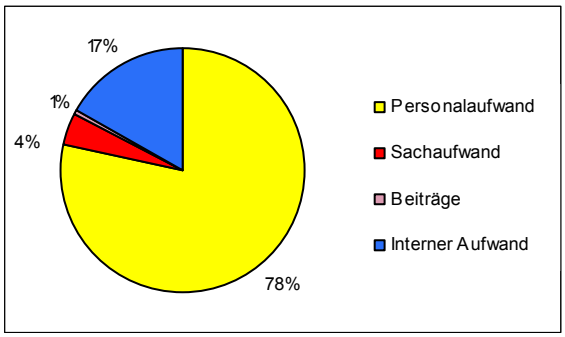
Die Primarschule unterstützt die Lernenden in der Entwicklung ihrer Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz aufgrund ihrer individuellen Voraussetzungen und Möglichkeiten. Sie trägt durch die Förderung geistiger, seelischer und körperlicher Kräfte zur ganzheitlichen Entwicklung der Persönlichkeit bei. Sie vermittelt den Kindern Grundwissen, Grundfertigkeiten und Grundhaltungen und fördert die Entwicklung vielseitiger Interessen.
Neu zugereiste Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klasse mit fehlenden Deutschkenntnissen besuchen die Aufnahmeklasse. Für die Unterstützung der in Regelklassen integrierten Fremdsprachigen wird Zusatzunterricht in Deutsch (Deutsch für Fremdsprachige) angeboten. In Abteilungen mit einem hohen Anteil an fremdsprachigen Kindern werden Klassenhilfen einsetzt. Die Klassenhilfe wird auch für die Arbeit mit unterforderten deutschsprachigen Kindern eingesetzt, insbesondere wenn diese in der Minderheit sind.
Seit Beginn des Schuljahres 1999/2000 haben besonders begabte Kinder die Möglichkeit, während eines Halbtages pro Woche die Begabtenwerkstatt zu besuchen. Zur Auswahl stehen folgende Angebote: Mathematik/Informatik, Englisch, Deutsch (Schreibwerkstatt)/Freiarbeit und Kreatives Gestalten.
Im Schuljahr 2003/2004 wurden – gestützt auf § 8 des Gesetzes über die Volksschulbildung – erste Projekte zur Begabungsförderung in den Schulhäusern umgesetzt. Seit dem Sommer 2004 laufen Begabungsförderungsangebote in drei Schulhäusern. In allen übrigen Teams sind Konzepte geplant.

b) Ergebnis

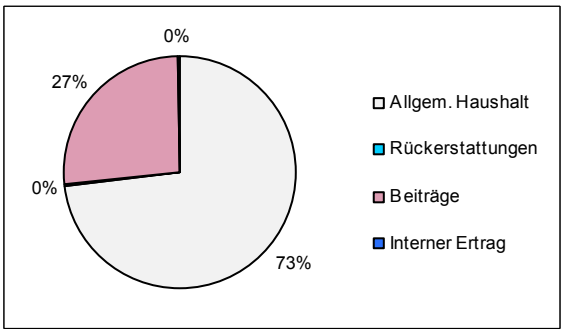
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	24'340'105	24'539'266	24'971'000	-431'734	-2%	199'162	1%
Ertrag	6'619'588	6'587'524	6'658'800	-71'276	-1%	-32'064	0%
Ergebnis	**-17'720'516**	**-17'951'742**	**-18'312'200**	**360'458**	**2%**	**-231'226**	**-1%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr / Schuljahr	2000 1999/00	2001 2000/01	2002 2001/02	2003 2002/03	2004 2003/04	Veränderung
Anzahl Schüler/innen	2'546	2'478	2'484	2'482	2'456	-1,0 %
Anzahl Klassen	124	124	125	125	124	-0,8 %
Anzahl Schüler/innen pro Klasse	20,5	20,0	19,9	19,9	19,8	-0,5 %
Aufwand pro Schüler/in und Jahr (brutto) Fr.	9'772	10'061	9'915	9'795	9'992	+2,0 %
Aufwand pro Klasse	182'082	199'222	196'181	197'120	197'897	+0,4 %

e) Kommentar

Aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen wurde im Schuljahr 2003/2004 eine Klasse weniger geführt als im Vorjahr.

5.2.5.4 Kleinklassen

a) Aufgaben / Dienstleistungen

In den Kleinklassen werden Kinder mit Lern- und/oder Verhaltensschwierigkeiten betreut. Folgende Typen von Kleinklassen werden unterschieden:
Auf der Primarschulstufe:

- Kleinklasse A (KKA) für Schulanfänger/innen mit Entwicklungsverzögerungen
- Kleinklasse B (KKB) für Kinder mit Lernschwierigkeiten, die dem Unterricht in den Regelklassen nicht zu folgen vermögen.
- Kleinklasse C (KKC) für Kinder mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten

Auf der Sekundarstufe I:

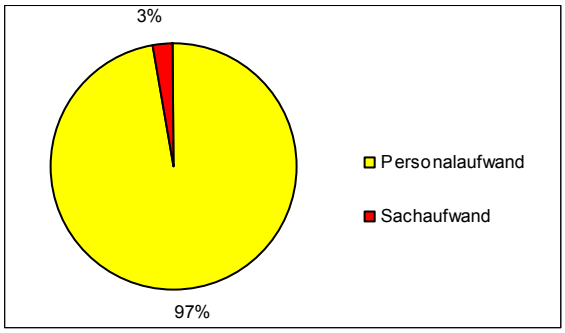
- Werkschule für das 7. und das 8. Schuljahr, für Kinder mit Lernschwierigkeiten
- Werkjahr für das 9. Schuljahr, für Kinder mit Lernschwierigkeiten

b) Ergebnis

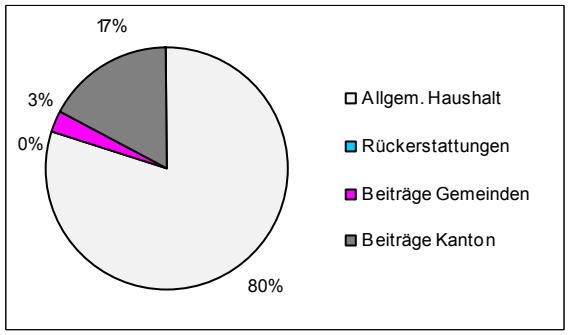
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	5'072'651	5'070'667	5'062'700	7'967	0%	-1'983	0%
Ertrag	850'648	1'026'909	866'900	160'009	18%	176'261	21%
Ergebnis	**-4'222'003**	**-4'043'759**	**-4'195'800**	**152'041**	**4%**	**178'244**	**4%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	2001	2002	2003	2004	Verän-
Schuljahr	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	derung
Anzahl Schüler/innen (PS und OS)	294	280	268	293	9,3 %
(davon in Kleinklassen / Primarstufe)	(202)	(204)	(195)	(216)	10,8 %
Anzahl Klassen (PS und OS)	30	30	31	32	3,2 %
(davon in Kleinklassen / Primarstufe)	(22)	(22)	(23)	(24)	4,3 %
Anzahl Schüler/innen pro Abteilung	9,8	9,3	8,6	9,2	7,0 %
Anzahl Schüler/innen pro Abteilung (PS)	9,2	9,3	8,5	9,0	5,9 %
Aufwand pro Schüler/in und Jahr (brutto) Fr.	16'137	17'886	18'928	17'306	-8,6 %
Aufwand pro Klasse in Fr.	158'146	166'943	163'634	158'458	-3,2 %

e) Kommentar

Aufgrund der grösseren Anzahl Anmeldungen von Kindern für die Kleinklassen C musste im Schuljahr 2003/2004 eine zusätzliche KKC eröffnet werden.

5.2.5.5 Sekundarstufe I

a) Aufgaben / Dienstleistungen

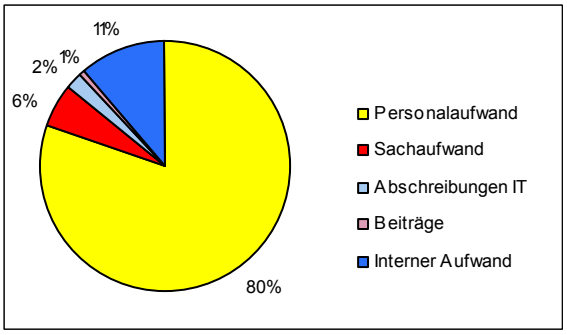
Zur Sekundarstufe I gehören einerseits die obligatorischen 7. bis 9. Schuljahre (Real-, Sekundarschule), andererseits das freiwillige 10. Schuljahr (4. Sekundar-, Berufsspezifisches 10. Schuljahr, musisches 10. Schuljahr, Integrations- und Vorkurs für fremdsprachige Jugendliche, Vorkurs für Pflegeberufe). Neu zugereiste fremdsprachige Jugendliche im Volksschulalter werden in der Aufnahmeklasse unterrichtet. Nach der Integration in eine Regelklasse besuchen sie weiterhin den Zusatzunterricht Deutsch.

b) Ergebnis

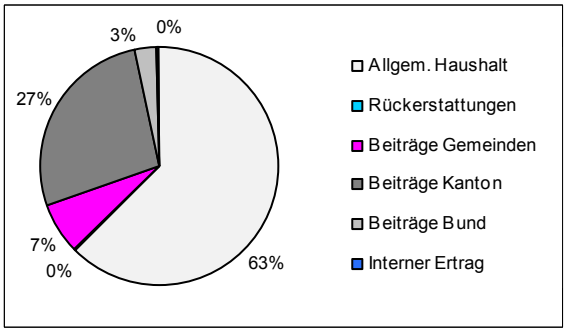
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	14'066'256	14'158'530	14'480'700	-322'170	-2%	92'274	1%
Ertrag	5'163'484	5'338'235	5'284'800	53'435	1%	174'751	3%
Ergebnis	**-8'902'772**	**-8'820'295**	**-9'195'900**	**375'605**	**4%**	**82'477**	**1%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr Schuljahr	2001 2000/01	2002 2001/02	2003 2002/03	2004 2003/04	Veränderung
Anzahl Schüler/innen (inkl. PVK)	1'094	1'046	1'088	1'100	1,1 %
(davon in Regelklassen, ohne PVK)	(1'002)	(960)	989	1'036	4,8 %
Anzahl Klassen (inkl. PVK)	58	58	58	57	-1,7 %
(davon Regelklassen, ohne PVK)	(52)	(52)	(52)	(52)	(0,0 %)
Anzahl Schüler/innen pro Klasse (inkl. PVK)	18,9	18,0	18,8	19,3	2,7 %
Anzahl Schüler/innen pro Regelklasse (ohne PVK)	19,3	18,5	19,0	19,9	4,7 %
Aufwand pro Schüler/in und Jahr (brutto) in Fr.	13'350	13'698	12'928	12'871	-0,4 %
Aufwand pro Abteilung in Fr.	251'818	247'079	242'521	248'395	2,4 %

Hinweis: PVK = Vorkurs für Pflegeberufe

e) Kommentar

Aufgrund der veränderten Situation in der Ausbildung für Pflegeberufe wurde auf das Schuljahr 2003/2004 hin eine Klasse des Vorkurses für Pflegeberufe geschlossen. Die Anzahl der Jugendlichen in den Regelklassen ist bei gleich bleibender Anzahl Klassen gestiegen.

5.2.5.6 Hallenbelegungen und Drittbelegungen in Schulhäusern

a) Aufgaben / Dienstleistungen

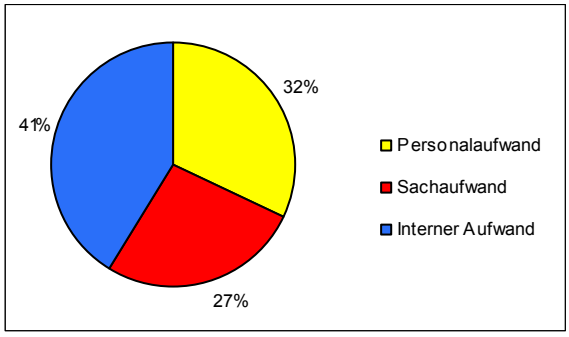
Die Dienstabteilung Sport und Freizeit stellt alle 37 städtischen Turnhallen (inkl. Gymnastikräume) und die 5 kantonalen Turnhallen auf Stadtgebiet für die Nutzung seitens Dritter zur Verfügung. Ebenso werden die Belegungen der Aulen, Singsäle, Küchen und Schulzimmer ausserhalb der Schulzeit durch SF koordiniert. Die diversen Räumlichkeiten in Kellern und Estrichabteilen der Schulhäuser stehen städtischen Vereinen und Gruppierungen in Jahresmiete zur Verfügung.

b) Ergebnis

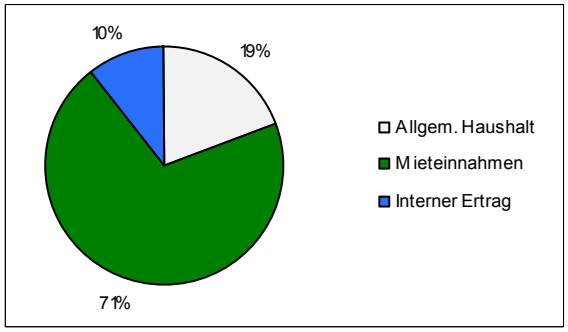
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	440'294	511'894	479'100	32'794	7%	71'600	16%
Ertrag	403'953	415'733	450'000	-37'267	-8%	11'780	3%
Ergebnis	**-36'341**	**-96'161**	**-29'100**	**-70'061**	**-241%**	**-59'820**	**-152%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2001		2002		2003		2004		
	Std./ Woche	Std./ Jahr	Std./ Woche	Std./ Jahr	Std./ Woche	Std./ Jahr	Std./ Woche	Std./ Jahr	Veränderung
Belegungen Erwachsene (E)	**651**	**29'946**	**634**	**29'164**	**578**	**26'588**	**726**	**33'396**	**+148**
davon Turnhallen (46 Kalenderwochen)	545	25'070	520	23'920	469	21'574	508	23'368	+39
Belegungen Jugendliche (J)	**697**	**32'062**	**730**	**33'580**	**782**	**35'972**	**946**	**43'516**	**+164**
davon Turnhallen (46 Kalenderwochen)	591	27'186	610	28'060	593	27'256	562	25'852	-31
Total E und J	**1'347**	**61'962**	**1'364**	**62'882**	**1'360**	**62'537**	**1'672**	**76'912**	**+312**
davon Vereinsbelegungen Turnhallen (46 Kalenderwochen)	1'136	52'256	1'130	51'980	1'061	48'806	1'070	49'220	+9
Aufwand pro Raum und Stunde in Fr. (alle Räume)		6.67		6.75		6.45		6.65	+0.20
Vergleich: Schulbelegungen (40 Kalenderwochen)	*1'246*	*49'840*	*1'286*	*51'440*	*1'192*	*47'680*	*1'184*	*54'464*	*-8*

e) Kommentar

Die obigen Zahlen zeigen die Belegungen durch die Vereine ausserhalb der Schulzeiten von Montag bis Sonntag. Die Jugendlichen der Stadtluzerner Vereine belegen sämtliche Räumlichkeiten und Turnhallen gebührenfrei. Die Belegungen durch Erwachsene sind eher angestiegen, hingegen nehmen diejenigen durch Jugendliche gering ab. Während der Wintermonate steigen die Belegungszahlen bei den Erwachsenen und Jugendlichen gegenüber den Sommermonaten an. Die Schulraumbelegungen durch die diversen Ergänzungsunterrichte und Integrationsbereiche haben speziell an den Wochenenden stark zugenommen und erfolgen kostenlos. Ebenfalls zugenommen haben die Belegungen durch den Hochschulsport-Campus sowie die PHZ von Montag bis Samstag.

5.2.5.7 Kulturförderung

a) Beschreibung

Im Zusammenhang mit dem Grundlagenbericht Kultur-Standort Luzern werden die Zahlen zur Kulturförderung analog zur Darstellung auf Seite 25 des Grundlagenberichtes ausgewiesen, jedoch ohne anteiligen administrativen Aufwand: Aufgerechnet wurden die Aufwendungen für das Probe- und Atelierzentrum Sedel (Konto 3194), die Aufwendungen für den Kunstpreis (Konto 3191.318.09) sowie die Aufwendungen im Beitragswesen (Konto 8730).

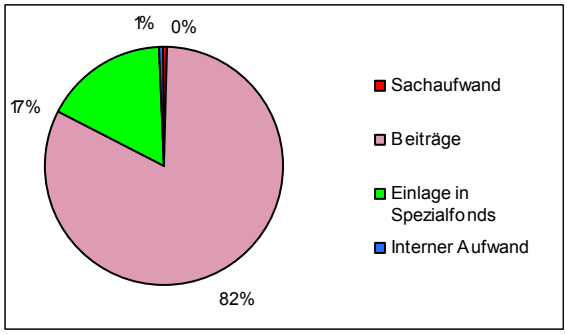
b) Ergebnis

	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Kulturförderung aus LR	17'612'490	18'018'649	18'074'100	-55'451	0%	-406'159	-2%
Kulturförderung aus Billettsteuer	3'342'879	3'703'760	3'568'000	135'760	4%	-360'881	-11%
Total	**20'955'369**	**21'722'409**	**21'642'100**	**80'309**	**0%**	**-767'040**	**-4%**

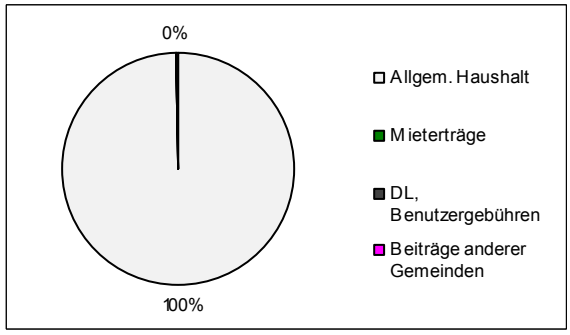
R03: Ohne Zahlung von Fr. 18 Mio. für die strukturelle Entlastung/betriebliche Stabilisierung des KKL.

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2000	2001	2002	2003	2004
Aufwand (exkl. Abschreibungen und Zinsen auf Kulturbeiträgen, netto) für Kulturförderung pro Einwohner/in der Stadt Luzern in Fr.	354.77	410.38	399.22	408.51	409.81
Leistungszahlen Luzerner Theater					
Anzahl Aufführungen (Hauptbühne)	279	205	212	188	189
Durchschnittliche Sitzbelegung	47,99%	55,98%	48,12%	54,02%	51,61%
Anzahl übriger Aufführungen	170	192	151	174	104
Anzahl Besucher insgesamt	81'003	82'209	71'575	74'190	67'495
Leistungszahlen LSO					
Anzahl Abo-Konzerte, Kammermusikabende	25	25	26	22	22
Auslastung bei Abo-Konzerten	85%	84%	86%	84%	82%
und Kammermusikabenden	70%	65%	61%	31%	30%
Anz. übriger Konzertveranstaltungen	13	16	15	14	17
Anz. Besucher übriger Konzertveranstaltungen	20'800	17'500	5'200	14'900	13'400

e) Kommentar

Die Gesamtausgaben für 2004 steigen insbesondere wegen des erstmals ausgerichteten Beitrags von Fr. 1 Mio. zusätzlich an das KKL. Der Beitrag an das KKL ist nicht ausschliesslich für die Kulturförderung bestimmt, sondern entlastet den gesamten KKL-Betrieb, d. h. auch den Kongress- und Gastronomieteil.

5.2.5.8 Fonds zur Unterstützung kultureller Aktivitäten

a) Beschreibung

Der FUKA-Fonds ist im Bereich der städtischen Kulturförderung das zentrale Instrument der Stadt Luzern für die Veranstaltungs- und Projektförderung. Der FUKA-Fonds bezweckt die Förderung und Unterstützung kultureller Projekte und kultureller Aktivitäten. Er fördert ein möglichst breites Spektrum kultureller Aktivitäten von Kulturschaffenden und Veranstaltern mit Bezug zur Stadt Luzern; dies in Form von Produktions- und Veranstaltungsbeiträgen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Innovationsförderung und auf Anschubfinanzierungen.

Herkunft der Mittel
Der Fonds wird aus dem Billettsteuerertrag der Stadt Luzern gespeist. 15% der entsprechenden Erträge werden jährlich in den Fonds eingelegt. Die Billettsteuer wird bei den steuerpflichtigen Veranstaltern der Stadt Luzern erhoben und kommt vollends der Sport- und Kulturförderung zugute. Es handelt sich um ein Instrument, das einen finanziellen Ausgleich zwischen Sport- und Kulturförderung schafft und gleichzeitig eine verursacherbezogene Finanzierung der entsprechenden Kosten ermöglicht (Finanzierung zu Lasten der Veranstaltungsbesucher und nicht zu Lasten der städtischen Steuerzahlenden). Die jährliche Einlage von rund Fr. 40'000.– in den regionalen Kulturfonds der RKK (1/3 Kanton, 1/3 Stadt und 1/3 Agglomerationsgemeinden) stammt ebenfalls aus dem FUKA-Fonds.

Fondsverwaltung
Die Fondsverwaltung wird vom Stadtrat von Luzern eingesetzt. Ihr gehören verwaltungsexterne Personen an, die über die entsprechenden Kenntnisse der Luzerner Kulturszene verfügen und als Kulturvermittler/innen in der Lage sind, über die eingehenden Gesuche zu entscheiden. Die Fondsverwaltung entscheidet abschliessend. Die städtische Kulturabteilung ist in der Fondsverwaltung vertreten. Ihr obliegt die notwendige Koordination mit den übrigen Instrumenten städtischer, regionaler und kantonaler Kulturförderung.

b) Ergebnis

	2000	2001	2002	2003	2004
Einlage in den FUKA-Fonds (Billettsteuer)	685'267.80	702'398.20	740'548.30	719'193.55	788'496.75
Rückerstattungen	0.00	0.00	0.00	0.00	188.00
Darlehen/Rückstellungen	0.00	25'000.00	0.00	-255'000.00	205'000.00
Total Fondseinlagen	685'267.80	702'398.20	740'548.30	719'193.55	788'456.75
Geleistete Beiträge pro Jahr	450'384.30	545'874.65	660'533.20	772'672.00	791'164.10
Fondsreserve per 1.1.	746'494.60	981'378.10	1'162'901.65	1'242'916.75	934'438.30
Fondsreserve per 31.12.	981'378.10	1'162'901.65	1'242'916.75	934'438.30	1'136'958.95

c) Spezifische Kennzahlen

Die durch den FUKA-Fonds geförderten kulturellen Sparten ergeben folgende Werte (in %-Anteilen):

Sparte	1999	2000	2001	2002	2003	2004	Veränd.
Ausstellungen/Installationen (alle Sparten)	12,32	6	11	13	8	9	+1
Musik inkl. CDs (alle Sparten)	28,04	25	23	25	35	28	-7
Theater/Tanz/Performance	14,67	18	21	14	14	23	+9
Film/Video	6,28	5	10	8	9	8	-1
Druckkosten (inkl. Literatur)	6,01	15	8	17	9	13	+4
Spartenübergreifende / diverse Projekte*	32,58	31	27	23	25	19	-5

*Spartenübergreifende Veranstaltungsförderung: Veranstaltungspauschalen an verschiedene Institutionen, interkulturelle Veranstaltungen usw.

d) Kommentar

Im Jahr 2004 wurden an sieben Fondssitzungen rund 320 Gesuche behandelt. Eine zusätzliche Sitzung war grundsätzlichen Fragen zur Förderpraxis gewidmet.
Der FUKA-Kiosk erfreut sich grosser Beliebtheit bei der Bevölkerung. Insgesamt haben im Jahr 2004 sieben Kiosköffnungen stattgefunden. Die definitive Einführung des Kioskes fand am 7. April mit einer bunten Kulturstafette statt.
Folgende in früheren Jahren im Rahmen der Kompetenz der Fondsverwaltung gewährte Darlehen wurden teilweise oder ganz zurückbezahlt bzw. mit einem Beitrag aus dem Fonds K+S oder aus der Laufenden Rechnung verrechnet:

- Das Darlehen von Fr. 80'000.– an das Konzerthaus Schüür.
- Das Darlehen von Fr. 75'000.– an die GWAND.
- Eine weitere Tranche des Darlehens von Fr. 50'000.– an den Verein Filmhaus (stattkino).

5.2.5.9 Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes

a) Beschreibung

Als beitragsberechtigte Sportvereine gelten alle Stadtluzerner Organisationen, welche Schüler- und Jugendabteilungen führen, deren Mitglieder im Alter von 7 bis 19 Jahren sind, unter der Obhut von qualifizierten Leitern stehen und einen regelmässigen Trainingsbetrieb aufrechterhalten. Teilweise beitragsberechtigt sind Organisationen, die sinngemäss nur teil- oder zeitweise ein sportliches Programm anbieten, z. B. Pfadfinder. Diese gelten als Assoziierte.

Die Fondseinlage beträgt 15 % der Billettsteuererträge, wovon 60 % gemäss nachstehender Aufschlüsselung verteilt werden, 40 % sind in der Laufenden Rechnung der Abteilung SF einberechnet. Der jährlich zur Verfügung stehende Anteil aus der Fondseinlage wird wie folgt aufgeteilt: 20 % Vereinsquote und 80 % Kopfquote.

Der Vereinsquotenbeitrag ist ein Grundbeitrag, der folgendermassen abgestuft wird:
Stufe I bis 50 Aktivmitglieder
Stufe II 51–150 Aktivmitglieder
Stufe III 151–300 Aktivmitglieder
Stufe IV ab 301 Aktivmitgliedern
Der Kopfquotenbeitrag ist ein Beitrag an die Leiterentschädigung, der sich nach der Gesamtzahl der erfassten Jugendlichen richtet.

b) Ergebnis

	2001	2002	2003	2004
Total Fondseinlagen/Billettsteuern	702'398.20	740'548.30	719'193.55	788'496.75
Ausbezahlte Beiträge pro Jahr	386'240.00	427'930.00	434'442.75	489'237.40
Entnahme für Jugendsport	226'262.85	232'061.95	271'310.80	280'892.00
Fondsreserve (2036.13) per 1.1.	756'137.45	846'032.80	926'589.15	940'029.15
Fondsreserve per 31.12.	846'032.80	926'589.15	940'029.15	958'306.50

c) Spezifische Kennzahlen

Die durch den Jugendsport-Fonds geförderten Sparten sind sehr unterschiedlich. In Franken und prozentmässig ergeben sich folgende Werte:

Sparte	2002	Anteil in %	2003	Anteil in %	2004	Anteil in %
Ballsportarten (Hallen, Rückschlagspiele)	82'611	20,5	83'427	19,2	81'421	16,7
Fussball und Landhockey	73'837	20,6	81'293	18,7	139'800	28,6
Leichtathletik, Turnen und polysportive Arten	67'217	15,7	65'129	15	72'128	14,7
Schnee-, Eis-, Bergsport	42'721	10	52'377	12	52'261	10,7
Radsport	4'197	2,1	4'662	1,1	3'918	0,8
Wassersport	49'156	12,9	59'311	13,7	60'073	12,2
Schiesssport	5'511	0,5	7'301	1,7	2'174	0,5
Kampfsport	26'588	6,2	26'960	6,2	25'193	5,1
Diverse[3]	40'876	9,5	47'306	10,9	43'364	8,9
Assoziierte	8'380	2	6'675	1,5	8'905	1,8
Total	401'094	100	434'442	100	489'237	100

d) Kommentar

Die ausbezahlten Beiträge, die von den Vereinen jährlich mittels Gesuch einverlangt werden, belaufen sich auf zirka 60 % der zur Verfügung stehenden 15 % der Billettsteuererträge. Die verbleibenden rund 40 % werden dem Fonds entnommen und der Rechnung der Dienstabteilung Sport und Freizeit gutgeschrieben. Dies erlaubt die Finanzierung sämtlicher Jugendsportveranstaltungen durch SF, die Oster- und Herbstsportwoche sowie die Hallenbad- und Kunsteisbahneintritte der Stadtschulen. Überdies wird damit teilweise die gebührenfreie Nutzung der städtischen Sportanlagen durch die Vereinsjugend abgegolten. Die höheren Fondsreserven sind auf die wesentlich höheren Billettsteuereinnahmen zurückzuführen.

[3] Behindertensport, Billard, OL, Golf, Fechten, Frisbee, Bogenschiessen, Reiten, Rugby, Schach, Schwingen

5.2.5.10 Ferienpass

a) Aufgaben / Dienstleistungen

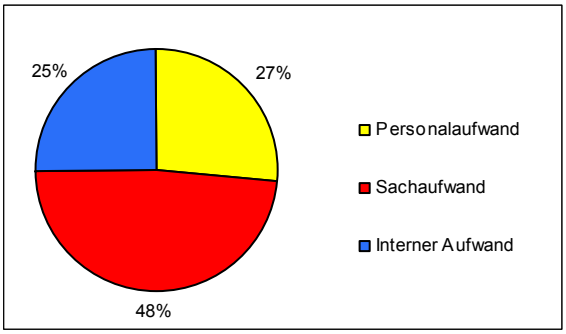
Der Ferienpass findet während der Sommerferien für die Kinder und Jugendlichen der Stadt Luzern und 16 Agglomerationsgemeinden statt und wird von der Stadt Luzern organisiert. Die Kinder können sich im Ferienpasszentrum kreativ, spielerisch, handwerklich und sportlich betätigen. Mit dem Grundangebot (Verkehrsmittel, Museen und Schwimmbäder) steht ihnen ein attraktives Angebot zur Erkundung der ganzen Agglomeration zur Verfügung. Mit dem Ferienpass light ist es möglich, nur das Grundangebot zu beziehen. Die Finanzierung des Ferienpasses erfolgt durch alle beteiligten Gemeinden und beruht auf einer Vollkostenrechnung.

b) Ergebnis

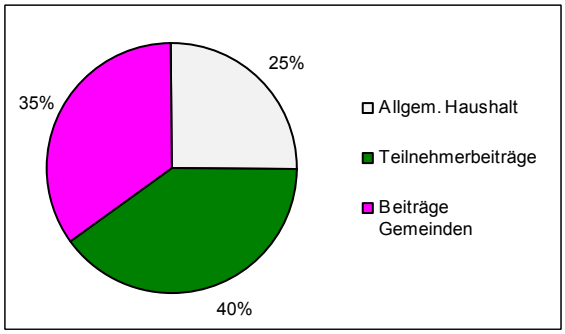
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	208'129	217'570	213'000	4'570	2%	9'441	5%
Ertrag	153'625	162'784	173'000	-10'216	-6%	9'160	6%
Ergebnis	**-54'504**	**-54'785**	**-40'000**	**-14'785**	**-37%**	**-281**	**-1%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	Veränd.
Anzahl verkaufter Ferienpässe	5'917	5'169	5'375	4'999	5'564	5'305	-259
davon Kinderpässe	1'498	1'290	1'867	1'421	1'518	1'268	-250
davon Jugendpässe	4'419	3'879	3'508	3'578	4'046	4'037	-9
davon Kinder u. Jugendliche	1'431	1'435	1'418	2'061	2'361	2'155	-206
aus der Stadt Luzern	(24%)	(28%)	(26%)	(41%)	(42%)	(41%)	
Aufwand pro Ferienpass in Fr.	31	33	36	39	37	41	+4

e) Kommentar

Die Anzahl der verkauften Ferienpässe kann als Konsolidierung auf hohen Niveau bezeichnet werden. Der leichte Rückgang der Kinder und Jugendlichen aus der Stadt Luzern kann mit der Entwicklung der Bevölkerungsstruktur der Stadt Luzern zusammenhängen.
Der Ferienpass muss mit seiner Organisationsstruktur als Beispiel einer regionalen Zusammenarbeit angeführt werden, die in der Zielsetzung des Stadtrates angestrebt wird.

5.2.5.11 Stadtbibliothek

a) Aufgaben / Dienstleistungen

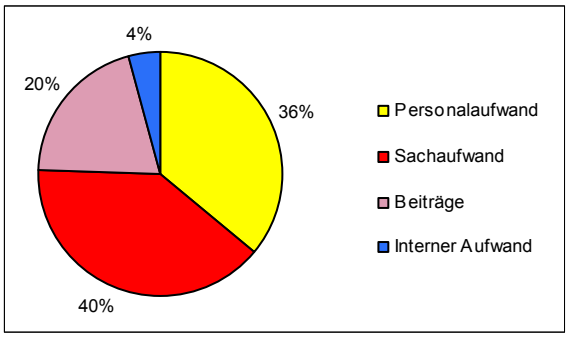
Die Stadtbibliothek Luzern ist Mitglied des Bibliotheksverbandes Region Luzern (BVL). Von den 101'600 BVL-Medien der sieben Verbandsgemeinden waren per Ende 2004 65'000 Einheiten der Stadtbibliothek zugeteilt. Zu diesem Angebot kommen der Eigenbestand von 20'000 Medien sowie 150 Zeitungen und Zeitschriften. Den 21'500 aktiven Kundinnen und Kunden der Stadtbibliothek Luzern stehen also insgesamt 85'000 Medien für alle Altersstufen zur Verfügung.

b) Ergebnis

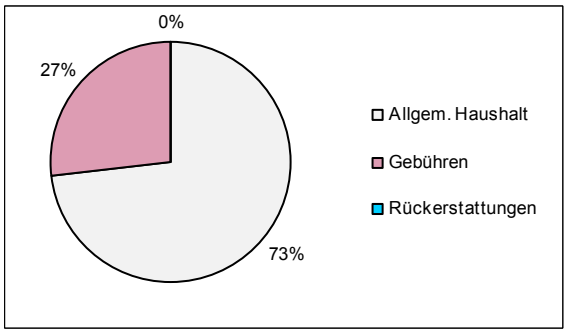
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	1'820'048	1'864'677	1'840'400	24'277	1%	44'629	2%
Ertrag	443'152	501'997	441'000	60'997	14%	58'845	13%
Ergebnis	**-1'376'896**	**-1'362'680**	**-1'399'400**	**36'720**	**3%**	**14'216**	**1%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Anzahl Ausleihen	318'882	377'267	442'321	503'680	520'556	569'372
Bestandeszahl	55'563	53'412	63'021	70'243	77'001	84'951
Umsetzung des Bestandes	5,74-mal	7,06-mal	7,01-mal	7,17-mal	6,76-mal	6,70-mal
∅ Kosten pro Ausleihe	Fr. 3.67	Fr. 3.93	Fr. 3.08	Fr. 2.81	Fr. 2.65	Fr. 2.39
Kunden, aktive	14'734	16'459	17'464	19'007	20'197	21'463
Zusammensetzung						
Anteil Stadt	7'854	8'802	8'941	9'639	10'011	10'694
Anteil BVL	3'242	3'574	3'569	3'866	4'203	4'362
Anteil übrige	3'638	4'083	4'954	5'502	5'983	6'407

e) Kommentar

Die Nutzungsintensität der Stadtbibliothek ist auf einem sehr hohen Niveau und nimmt von Jahr zu Jahr zu. Der kontinuierlich steigende Medienbestand lockt immer mehr Publikum an. Obwohl 40 % der Medien ausgeliehen sind, füllen sich die Regale mehr und mehr. Nach der Installation einer entsprechenden Zählanlage kennen wir auch die Anzahl Besucherinnen und Besucher: 279'639 Eintritte waren es 2004, was im Durchschnitt pro Öffnungstag rund 1'000 Personen entspricht. Es wird laut über Erweiterungsmöglichkeiten nachgedacht. Im Grossen Stadtrat wird im August ein Postulat der SP abgelehnt, welches im Quartier Basel-/Bernstrasse die Errichtung einer Zweigstelle der Stadtbibliothek mit interkultureller Abteilung fordert. Die Vorteile und Notwendigkeit einer Erweiterung der Stadtbibliothek werden dabei kaum bestritten. Diskutiert wird vielmehr die Fixierung auf ein bestimmtes Quartier. Besonders die Möglichkeit einer interkommunalen Lösung scheint vielen Mitgliedern des Parlaments prüfenswert. Genau diese Prüfung fordert im September die CVP in einem neuen Postulat.

5.2.5.12 Musikschule

a) Aufgaben / Dienstleistungen

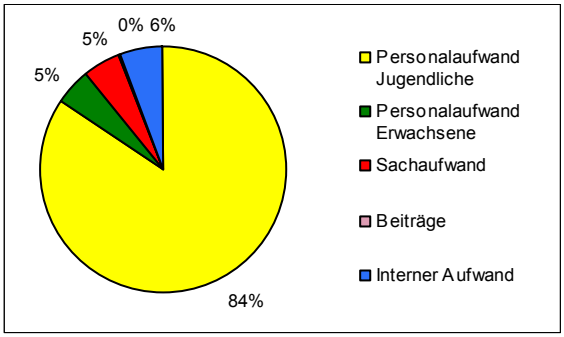
In der Musikschule werden lernwillige Kinder und Jugendliche mit Wohnsitz in der Stadt Luzern bis zum erfüllten 20. Lebensjahr zu einem vergünstigten Jugendtarif unterrichtet. Lernende von kantonalen Mittelschulen und von Aussengemeinden können zu kostendeckenden Tarifen (Vollkosten) aufgenommen werden. Seit 1986 wird auch Erwachsenen Musikunterricht zu lohnkostendeckenden Schulgeldtarifen erteilt. Hauptangebot ist der Instrumental-, Gesangs- und Ensembleunterricht. Als Lehrkräfte sind in der Regel diplomierte Musiklehrpersonen nach kantonalem Recht im öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis angestellt. Der Kostendeckungsgrad des gesamten Musikschulbetriebes (exklusive Raumkosten) ist auf 40 % festgelegt. Das Schulgeld wird in Abstimmung mit den Agglomerationsgemeinden und den kantonalen Richtlinien vom Stadtrat festgesetzt. In begründeten Fällen werden für Kinder und Jugendliche aus Luzern Schulgeldermässigungen gesprochen.

b) Ergebnis

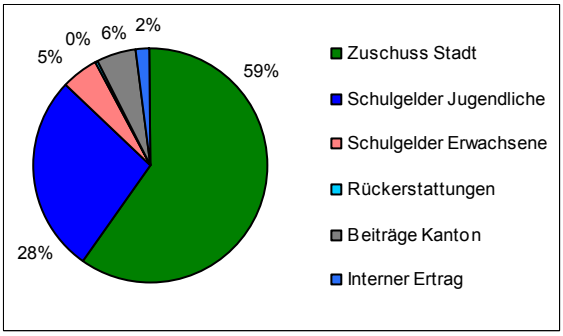
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	5'972'568	5'942'440	6'020'000	-77'560	-1%	-30'128	-1%
Ertrag	2'308'816	2'401'411	2'327'100	74'311	3%	92'595	4%
Ergebnis	**-3'663'752**	**-3'541'029**	**-3'692'900**	**151'871**	**4%**	**122'723**	**3%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	2000	2001	2002	2003	2004	Veränd.
Schuljahr	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	
Anzahl Schüler/innen total	2'860	2'817	2'861	2'754	2'783	**+29**
davon Erwachsene	247	242	243	227	218	-9
Aufwand pro Schüler und Jahr (brutto) in Fr.	1'962	2'012	2'054	2'169	2'135	-34
Kostendeckungsgrad	40,6%	42,6%	41,5%	42,2%	43,7%	+1,5
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	42,5	42	42,5	42,1	42,2	+0,1

e) Kommentar

Wie im Vorjahr konnte durch sparsamen Lektioneneinsatz und höhere kantonale Pro-Kopf-Beiträge (rund Fr. 30'000.–) wiederum ein besseres Ergebnis erzielt werden als budgetiert.
Der zu erreichende Kostendeckungsgrad von 40 % ist dementsprechend noch deutlicher überschritten als 2003, und die Lohnkostendeckung beim Erwachsenenunterricht ist ebenfalls mehr als erreicht.

5.2.5.13 Mittelschulen DMS und WML

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das Neukonzept der **Fachmittelschulen** (früher DMS) führte zu einer klareren Positionierung und damit auch zu einer Zunahme der Schülerzahlen. Zu Beginn des Schuljahres 2004/2005 zählte die FMS/DMS total zehn Klassen (vier 1. Klassen FMS, drei 2. Klassen DMS und drei 3. Klassen DMS) mit insgesamt 195 Schülerinnen und Schülern. Die Abteilung Berufsmittelschule Gesundheit und Soziales startete im Sommer 2004 mit dem dritten Lehrgang des Pilotprojektes "FAGE mit Berufsmatura" (1. Lehrjahr: 16 Schülerinnen/Schüler, 2. Lehrjahr: 15 Schülerinnen/Schüler, 3. Lehrjahr: 10 Schülerinnen/Schüler). Der Vollzeitlehrgang Berufsmittelschule BM 2, Richtung Gesundheit und Soziales, begann mit 36 Lernenden, alles Berufsleute mit abgeschlossener Berufslehre. Neu begann der berufsbegleitende Teilzeitlehrgang BM 2 (zweijährige Ausbildung) mit 10 Teilnehmenden. Im Sommer 2004 wurden diplomiert: 43 Schülerinnen/Schüler DMS 3, 18 Schülerinnen/Schüler Berufsmittelschule Vollzeitlehrgang.

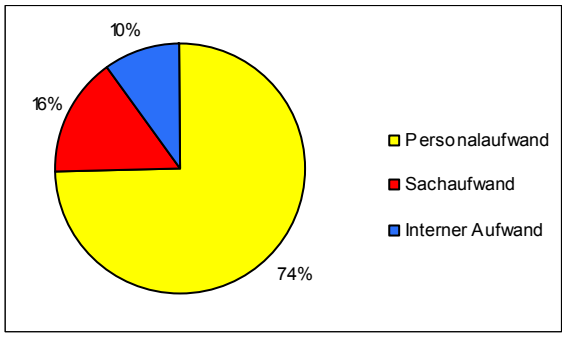
Die **Wirtschaftsmittelschule (WML)** vermittelt eine umfassende Allgemeinbildung sowie fundierte kaufmännische Kenntnisse auf Mittelschulniveau. Gute Fremdsprachen- und Informatikkenntnisse eröffnen breit gefächerte Berufsaussichten in kaufmännischen wie nichtkaufmännischen Bereichen. Nach der dreijährigen Ausbildung wird das eidgenössisch anerkannte Diplom und zusätzlich die kaufmännische Berufsmatura erworben. Im Januar bzw. Juni 2004 erhielten 51 Schülerinnen und Schüler das Berufsmaturitätszeugnis. Im Juni 2004 wurden 121 Schülerinnen/Schüler diplomiert.

b) Ergebnis

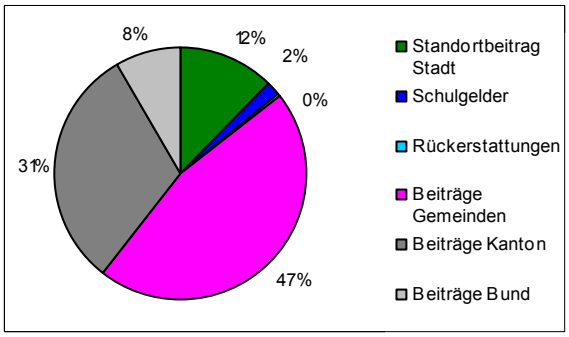
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	12'673'924	12'854'504	13'626'600	-772'096	-6%	180'580	1%
Ertrag	10'375'261	11'293'655	11'334'500	-40'845	0%	918'393	9%
Ergebnis	**-2'298'663**	**-1'560'850**	**-2'292'100**	**731'250**	**32%**	**737'813**	**32%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	2000	2001	2002	2003	2004	Veränd.
Schuljahr	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	
Anzahl Schüler/innen	560	539	545	551	613	+62
(davon aus der Stadt)	(133)	(126)	(127)	(112)	(115)	(+3)
Anzahl Abteilungen	26	27	27	28	32	+4
Anzahl Schüler/innen pro Abt.	21,5	20,0	20,2	19,7	19,2	-0,5
Aufwand pro Schüler und Jahr (brutto) in Fr.	18'753	20'533	21'462	23'002	20'970	-2'032
*Aufwand pro Schüler aus der Stadt (netto) in Fr.	11'444	16'000	18'812	20'524	13'573	-6'951
Aufwand pro Abteilung	403'904	388'944	433'205	452'640	435'335	-17'309
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	46,3	46,4	46,2	48,3	51,2	+2,9

* Nettoaufwand zu Lasten der Stadt / Anzahl Schüler/innen aus der Stadt

e) Kommentar

Die Anzahl der Abteilungen und Gesamtschülerzahl haben sich weiter erhöht. Die Klassengrösse pro Abteilung ist leicht gesunken, z. T. bedingt durch die noch geringe Anzahl von Schülerinnen und Schülern in der Berufsmittelschule (Pilotphase).

Wie in den vergangenen Jahren stieg durch den Ausbau der Anzahl Abteilungen von 28 Klassen im SJ 02/03 auf 32 Klassen im SJ 03/04 der Gesamtaufwand. Der durchschnittliche Aufwand pro Schüler und Jahr reduzierte sich aufgrund der etwas grösseren Zunahme der Gesamtschülerzahl. Der durchschnittliche Aufwand pro Schüler aus der Stadt reduzierte sich aufgrund der Erhöhung der Schulgelder.

5.3 Sicherheitsdirektion

Seit 1. Januar 2004 führen die Gemeinden Littau, Luzern, Malters, Meggen und Schwarzenberg gemeinsam ein regionales Zivilstandsamt. Im vergangenen Jahr gaben sich insgesamt 506 Paare in Luzern das Ja-Wort.

Vorwort von Ursula Stämmer-Horst, Sicherheitsdirektorin

Sicherheit gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Die Stadt Luzern hat einen guten Sicherheitsstandard, und es muss das politische Ziel bleiben, diesen Standard zu erhalten. Dazu gehören neben der polizeilichen Kernaufgabe Stadtpolizei auch weitere Massnahmen wie die Bekämpfung von Vandalismus, von negativen Auswirkungen der Strassenprostitution oder von Lärm. Die Bewohnerschaft reagiert auf Störungen im öffentlichen Raum sehr sensibel und fühlt sich in der persönlichen Sicherheit eingeschränkt.
Verschiedene Massnahmen zu den genannten Problemen wurden eingeleitet. Leben im urbanen Raum ist allerdings immer mit Störungen verbunden. Es kann nicht darum gehen, diese komplett zum Verschwinden zu bringen, aber sie auf ein erträgliches Mass zu reduzieren. Alle Massnahmen müssen immer wieder auf ihre Wirksamkeit überprüft und allenfalls angepasst oder aufgehoben werden.

Die Stadtpolizei Luzern stellte im Jahr 2004 der Öffentlichkeit ihr neues Leitbild vor. Es steht unter dem Motto "Für die Sicherheit in einer attraktiven Stadt, Ihre Partnerin – die Stadtpolizei Luzern."
Im Wissen darum, dass Sicherheit ein gesellschaftliches Grundbedürfnis ist, soll die Polizeiarbeit bürgerorientiert, vernetzt, flexibel und kompetent erfolgen. Die Stadtpolizei will damit noch besser die Sicherheitsbedürfnisse der Menschen, die in unserer Stadt leben, arbeiten oder Gast sind, zufrieden stellen. Sie will Ansprechpartnerin sein, Kontakte pflegen, Probleme und Chancen frühzeitig erkennen und gemeinsam mit Beteiligten und Betroffenen Lösungen finden.

Mit verstärkter präventiver Arbeit will sie verhindern, dass Delikte überhaupt entstehen.

Die Quartierpolizisten sind die Aushängeschilder einer partnerschaftlichen, bürgerorientierten und präventiven Polizeiarbeit. Sie beraten, sind Anlaufstelle für die Bevölkerung. Ihre Meinung oder ihr Rat wird in den Quartieren sehr geschätzt.
Umgekehrt sind sie für die Polizei aber auch wichtige Seismografen. Sie spüren frühzeitig, wo soziale Brennpunkte oder Spannungsfelder entstehen, und können rechtzeitig Massnahmen anregen. In diesem Sinne sind sie eine Art "Fiebermesser" der Polizei in der Bevölkerung. Eine ganz ähnliche Rolle nehmen auch die Verkehrsinstruktoren an Volksschulen und Kindergärten ein.

Aber auch die Patrouillentätigkeit der Einsatzzüge, die 24-stündige Präsenz in der Einsatzleitzentrale und die verschiedenen Dienste der Gesundheits- und Gewerbepolizei sind wichtige Bereiche der bürgernahen Stadtpolizei. Und nicht zuletzt ist die Ausbildung an der Zentralschweizerischen Polizeischule ein wichtiges Fundament für Community Policing, der bürgernahen Polizeiarbeit. Mit diesem Begriff werden Kooperation, Vernetzung, Einbezug der Bevölkerung und nachhaltige Konzepte in der Sicherheitspolitik umschrieben. Im Bereich Ausbildung wurde 2004 ein grosser Schritt in die Zukunft gemacht, indem der Grosse Stadtrat seine Zustimmung zum Beitritt der Stadt Luzern zum Konkordat über eine Polizeischule in Hitzkirch (IPH) gab. Im neuen Ausbildungszentrum werden ab 2007 Polizistinnen und Polizisten der Nordwestschweizer und Zentralschweizer Kantone ausgebildet.

Eine verstärkte Prävention soll also helfen, Delikte zu verhindern. Interventionen werden aber weiterhin einen grossen Anteil der Arbeit der Stadtpolizei ausmachen. Die Tendenz der vergangenen Jahre mit zunehmenden Einsätzen bei Veranstaltungen, politischen Demonstrationen und Alltagskriminalität blieb unverändert. Zugenommen haben dadurch auch die Überzeiten und Pikettstunden.

Um eine höhere Abgeltung des Kantons für kantonale Aufgaben, welche die Stadtpolizei übernimmt, zu erzielen, hat die Sicherheitsdirektion Verhandlungen mit dem Kanton Luzern initiiert und in Zusammenarbeit mit der Finanzdirektion 2004 erfolgreich abgeschlossen. Der jährliche Beitrag des Kantons an die Stadtpolizei wird bis 2007 schrittweise von bisher Fr. 3 auf Fr. 5 Mio. erhöht.

Eine intakte Umwelt gehört ebenfalls zum Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Umweltpolitik steht momentan nicht zuoberst auf der politischen Themenliste. Mit dem Beschluss, die Gesamtplanung mit der Zielsetzung einer nachhaltigen Entwicklung zu verbinden, bekennen sich Stadtrat und Grosser Stadtrat zu einem Gleichgewicht zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Ökologie. Die konkrete Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung muss anhand messbarer Ziele erfolgen.

Die Umweltschutzstelle pflegt mit verschiedenen Aktionen und mit den Beratungsangeboten des öko-forums jedes Jahr Kontakt mit Tausenden Menschen in unserer Stadt. Alleine

das öko-forum hat 2004 über 11'500 Beratungen durchgeführt. Neu lanciert wurde in diesem Jahr das Projekt "Mobilitätsmanagement in Unternehmen". In enger Zusammenarbeit mit den interessierten Unternehmen werden Massnahmen eruiert, die einerseits eine Entlastung der Umwelt und der Verkehrsinfrastruktur bedeuten, die aber auch den Unternehmen und den Mitarbeitenden einen Gewinn bringen.

Kundenorientierte und kompetent erbrachte Dienstleistungen sind für eine moderne Verwaltung unerlässlich. Die Bevölkerungsdienste der Stadt Luzern haben im vergangenen Jahr weitere Verbesserungen für die Kundenfreundlichkeit ihrer Dienstleistungen umgesetzt und nehmen als Pilotabteilung am Projekt "Dienstleistungsorientierung" der Stadt Luzern teil.

Das Regionale Zivilstandsamt wurde 2004 in Betrieb genommen. Gleichzeitig konnte mit neuen Schaltern für die Kundschaft des Regionalen Zivilstandsamts ein oft geäusserter Kundenwunsch erfüllt werden. In den letzten Jahren wurden zudem die Öffnungszeiten und Dienstleistungen den Bedürfnissen der Kundschaft angepasst. Die Einwohnerschaft aus Malters, Schwarzenberg, Meggen, Littau und Luzern kann kompetent beraten und bedient werden.

5.3.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele

- Lagebild und Gewaltprävention: Das Instrument "Lagebild" ist eingeführt. Weitere Massnahmen zur Gewaltprävention werden mit der Sozial- und der Bildungsdirektion erarbeitet.
- Stadtpolizei: Der Bericht über den Bedarf an personellen Ressourcen ist erstellt, die Verhandlungen mit dem Kanton sind geführt, höhere Abgeltungen sind erreicht.
- Nachhaltigkeit: Massnahmen aus dem Bericht an den Grossen Stadtrat sind umgesetzt, Indikatoren erarbeitet.
- Eventkoordination: Das Konzept ist erstellt.

Lagebild und Gewaltprävention
Der Stadtrat hat im Sommer 2004 dem Informationsaustausch städtischer Stellen mit der Stadtpolizei im Rahmen des Projekts Lagebild versuchsweise bis Ende 2005 zugestimmt. Daneben arbeitet die Stadtpolizei auch mit externen Stellen zusammen. Mit dem Lagebild sollen Problemzonen und sicherheitsrelevante Phänomene eruiert werden. Daraus lassen sich für interne und externe Stellen Präventionsmassnahmen ableiten. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass das Lagebild ein höchst wertvolles Führungsinstrument für alle Beteiligten ist. Der Arbeitsaufwand ist jedoch nicht zu unterschätzen.

Stadtpolizei
Die Stadt Luzern führt basierend auf dem Gesetz über die Kantonspolizei eine eigene Gemeindepolizei. Sie übernimmt damit auf Stadtgebiet teilweise Aufgaben, für die sonst der Kanton zuständig wäre. Für diese Tätigkeiten wird die Stadt Luzern vom Kanton entschädigt. Basis dazu ist der Vertrag über die Stadtpolizei Luzern vom 24. März 2000. Die Höhe des Staatsbeitrages muss gemäss Art. 14 des Vertrags in einer besonderen Vereinbarung geregelt werden.
In mehreren Verhandlungsrunden mit einer Delegation des Kantons wurde 2004 eine neue Vereinbarung über die Abgeltung ausgehandelt. Kanton und Stadt akzeptieren den Grundsatz, dass sie sich den Aufwandüberschuss der Stadtpolizei für die Übernahme kantonaler Polizeiaufgaben etwa hälftig teilen. Die Abgeltung wird deshalb von heute Fr. 3 Mio. bis 2007 in drei Schritten auf neu Fr. 5 Mio. erhöht. Auf das Jahr 2008 tritt eine jährliche Anpassung aufgrund der individuellen und generellen Lohnerhöhung beim Kanton in Kraft. Ab 2009 werden zudem die Berechnungen des Aufwandüberschusses auf Verwaltungsebene aktualisiert. Sollte dieser wesentlich von der zu diesem Zeitpunkt geltenden Entschädigung abweichen, erfolgt eine entsprechende Anpassung.

Nachhaltige Entwicklung
Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung verlangt ein Gleichgewicht zwischen der zivilisatorischen Entwicklung (Gesellschaft, Wirtschaft) und der Regenerationsfähigkeit der beanspruchten natürlichen Ressourcen (Umwelt).
Der Bericht B 34/2003 "Strategie Nachhaltige Entwicklung Stadt Luzern 2003" postuliert nebst der inhaltlichen Anpassung der Gesamtplanung die Erarbeitung von Umsetzungsinstrumenten. Gemäss Beschluss des Stadtrates erfolgen diese Arbeiten im Rahmen des Projekts Stadtentwicklung.
Schon weit fortgeschritten ist die Erarbeitung des Instruments "Nachhaltigkeitsindikatoren". Die Stadt Luzern ist Mitglied des Cercle Indicateurs, einer Arbeitsgruppe von Kantonen und Städten, welche unter der Federführung des Bundesamtes für Raumentwicklung je ein Indikatorensystem für ihre Ebene entwickeln. Die Begleitung dieser Arbeiten und die Implementierung der Resultate in der Stadtverwaltung erfolgt durch einen Ausschuss der Fachgruppe Stadtentwicklung im ersten Halbjahr 2005.
Die Instrumente "Nachhaltigkeitsbeurteilung von Einzelvorhaben" und "Nachhaltigkeitsbericht" werden anschliessend in Angriff genommen.

Eventkoordination
Mit der Eventkoordination sollen schrittweise verschiedene Ziele erreicht werden: Ein Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen von Anwohnenden und Veranstaltenden, eine Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens und damit eine Erhöhung der Kundenfreundlichkeit sowie ein hoher Qualitätsstandard. Die Realisierung der Stufe 1 der Eventkoordination wurde im Verlauf des Jahres 2004 weitgehend abgeschlossen. Sie umfasste primär technische Arbeiten. Schwergewichtig wurden die Eigenschaften von 37 öffentlichen Veranstaltungsorten (Plätze) evaluiert und in einem Platzkataster erfasst. Dieser enthält alle relevanten Informationen über die Veranstaltungsorte inklusive Fotos und Plänen. Zudem hat ein

internes Projektteam die unterschiedlichen Bewilligungsprozesse durchleuchtet und analysiert. Im Jahr 2005 laufen nun die Arbeiten zur Definition der künftigen städtischen Eventpolitik an. Dabei werden Fragen geklärt, wie beispielsweise Qualitätsstandards, Belegungsdichten oder Art und Umfang gewünschter Events. Parallel dazu wird das Eventmanagement optimiert. Es soll eine Anlaufstelle für Fragen und Gesuche im Bereich Events eingerichtet werden. Das Internet wird zur zentralen Informationsplattform für Veranstaltende, Anwohner und Behörden. Es umfasst Platzkataster, Belegungspläne, Belegungsregeln, Leitfäden und Gesuchsformulare.

5.3.2 Rechnungsergebnis im Überblick

	in Fr. 1'000.–	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	Dienstabteilungen	R 04	B 04	Abweichung	in %	R 04	B 04	Abweichung	in %	(Aufwand)/Ertrag netto	Mehraufwand/Minderertrag	Minderaufwand/Mehrertrag
K411	Stab Sicherheitsdirektion	731	673	58	9%	4	0	4		(727)	54	
K412	Stadtpolizei	24'160	24'423	-263	-1%	14'485	14'153	332	2%	(9'675)		595
K415	Bevölkerungsdienste	3'242	3'040	203	7%	2'590	1'900	690	36%	(652)		488
K417	Umweltschutz	2'111	2'277	-166	-7%	623	765	-142	-19%	(1'488)		24
	Spezialaufgaben											
K420	Wahlen und Abstimmungen	703	704	0	0%	10	0	10		(694)		10
K421	Gewerbe- und Gesundheitspolizei	2'096	1'954	142	7%	1'935	1'847	88	5%	(161)	54	
K422	Ausnahmebew. Strassenverkehr	467	454	13	3%	1'961	1'587	375	24%	1'494		362
K425	öko-forum	238	241	-3	-1%	106	110	-3	-3%	(132)		
K426	Zivilschutz	1'288	1'482	-194	-13%	42	45	-3	-7%	(1'246)		191
	Spezialfinanzierungen											
K491	Parkingmeter	4'126	3'850	276	7%	4'126	3'850	276	7%	0		
K492	Feuerwehr	3'662	3'675	-13	0%	3'662	3'675	-13	0%	0		
	Total	**42'824**	**42'772**	**52**	**0%**	**29'544**	**27'931**	**1'613**	**6%**	**(13'280)**	**108**	**1'670**
	Nettoverbesserung										**1'562**	

Die Rechnung der Sicherheitsdirektion schliesst insgesamt um Fr. 1'562'000.– besser ab als budgetiert. Dem Mehraufwand von Fr. 52'000.– steht ein Mehrertrag von Fr. 1'613'000.– gegenüber.

Mutationsgewinne und zu hoch budgetierte Sozialleistungen führten trotz Auszahlung von Überzeit von Fr. 165'000.– zu Lasten der Rechnung 2004 bei den Lohnkosten der Stadtpolizei zu Einsparungen von rund Fr. 0,4 Mio. Höhere Aus- und Weiterbildungkosten, Umrüstung der Rotlichtkameras auf Digitalbetrieb und die zusätzliche Überwachung bei der "Ufschötti" durch die Securitas sind die grössten Positionen, die zu den Mehrkosten von Fr. 275'000.– im Sachaufwand bei der Stadtpolizei führten.

Der Mehrertrag bei der Stadtpolizei von rund Fr. 332'000.– resultiert vorwiegend aus den Busseneinnahmen (Fr. 207'000.–) und den ausserkantonalen Einsätzen sowie Einsätzen bei Grossanlässen (Fr. 127'000.–).

Die Dienstabteilung Bevölkerungsdienste schloss mit einer Nettoverbesserung von Fr. 488'000.– ab. Einsparungen bei den Lohnkosten (vakante Stelle nicht besetzt und Anstellung jüngerer Personen) sowie Mehreinnahmen durch die starke Zunahme von Pass- und ID-Anträgen und Mehreinnahmen beim Regionalen Zivilstandsamt führten zu diesem positiven Ergebnis.

In der Abteilung Gewerbe- und Gesundheitspolizei liegt eine Nettoverschlechterung von Fr. 54'000.– vor. Die hauptsächlichen Faktoren für den Mehraufwand sind dabei Lohnkosten, die Ablieferung der Mehrwertsteuer für den Plakataushang APG und eine höhere interne Verrechnung des Tiefbauamts wegen der neuen Marktstände. Die Mehreinnahmen aus der Vermietung der neuen Marktstände ist die grösste Position bei der Abweichung im Ertrag.

Im Bereich Ausnahmebewilligungen Strassenverkehr führte das neue Parkkartenreglement bei gleich bleibenden Tarifen zu Mehreinnahmen von Fr. 375'000.–.

Die in die ZSO Pilatus fliessenden Gelder liegen um rund Fr. 191'000.– unter dem Budget. Bei diesen Kosten handelt sich um den Beitrag der Stadt an die ZSO Pilatus sowie die Unterhaltskosten für Zivilschutzanlagen, die im Besitze der Stadt sind.

5.3.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab
Ein Schwerpunkt im Jahr 2004 waren die Massnahmen gegen Vandalismus und andere Auswüchse im öffentlichen Raum. Unter der Leitung des Stabs der Sicherheitsdirektion wurden die Schritte von Polizei, Strasseninspektorat, Stadtgärtnerei sowie Kommunikation und Stadtmarketing im Kampf gegen den Vandalismus koordiniert und die zuständigen Stellen vernetzt. Ein besonderes Augenmerk galt dabei im Sommer 2004 dem Raum um das Seebecken. So wurden beispielsweise die Einsatzzeiten der Quartierpolizisten optimiert, und an der Ufschötti wurde die Präsenz der Securitas erhöht sowie die Strandwache wieder eingeführt. Polizei und Strasseninspektorat führten mit betroffenen Betrieben und Anwohnenden Gespräche. Im Sinne einer Vorbildfunktion wurden Veranstalter von Grossanlässen davon überzeugt, im Jahr 2005 auf Mehrwegbecher und Pfandsysteme umzustellen. Damit wird ein klares Zeichen gegen Littering (das Wegwerfen von Müll auf Strassen und Plätzen oder in der Natur) gesetzt. Für 2005 sind weitere Massnahmen und ein zusätzlicher Schwerpunkt im Raum Bahnhof–Viktoriaplatz–Bundesplatz inklusive Vögeligärtli geplant. Ein erster Schritt wurde im Dezember 2004 im Vögeligärtli bereits unternommen: Die Hecken wurden zurückgeschnitten und die Beleuchtung verbessert. Damit soll eine bessere Überschaubarkeit und so ein besseres Sicherheitsgefühl erreicht werden.

Zu den Aufgaben des Stabs zählten unter anderem auch die Vorarbeiten zum Pilotversuch SIP, der im April 2005 startet, sowie die Eventkoordination, wie unter 5.3.1 beschrieben. SIP heisst "Sicherheit, Intervention und Prävention" und ist eine Kombination von Ordnungsdienst und Sozialarbeit im öffentlichen Raum. SIP-Teams als mobile Einsatzequipen sorgen auf Plätzen und in Parkanlagen für Sauberkeit und Sicherheit. Sie sollen das friedliche Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen in Luzern fördern.

Stadtpolizei
Kommando
Ende des Jahres 2003 hat sich die Stadtpolizei ein neues Leitmotiv "Für die Sicherheit in einer attraktiven Stadt, Ihre Partnerin – die Stadtpolizei Luzern" gegeben. An der Erarbeitung waren alle Mitarbeitenden beteiligt.

Im Verlaufe des Jahres 2004 wurde eine Broschüre "Leitbild" mit den Details erarbeitet:

1. Was ist die Stadtpolizei?
2. Wo will die Stadtpolizei sich verbessern?
3. Welche Leistungen erbringt die Stadtpolizei?
4. Für welche Zielgruppen/-personen leistet das die Stadtpolizei Luzern?

Die Öffentlichkeit wurde Anfang Dezember 2004 via Medien über das neue Leitbild informiert. Im Leitbild der Stadtpolizei wird der Prävention eine wichtige Rolle zugemessen. Innerhalb des sehr engen personellen Rahmens der Stadtpolizei wurde bereits 2004 versucht, die Prävention zu verstärken. So wurde die Ausbildung über eine bürgernahe Polizei an der Zentralschweizerischen Polizeischule in Sempach durch die Stadtpolizei Luzern 2004 zum ersten Mal erfolgreich mittels BBT-Prüfung abgeschlossen. Die Quartierpolizei wurde vermehrt auch zu Nachtzeiten an durch Vandalismus gefährdeten Orten eingesetzt; vor allem rund um das Seebecken und in der Altstadt. Zugleich liefen Präventionsaktionen in Zusammenarbeit mit den Zentralschweizerischen Polizeikorps oder dem Bund beispielsweise zum Schulanfang, im Kampf gegen Raser oder Taschendiebe usw.
Die Zahl der Überstunden und Pikettdienstleistungen hat im Jahr 2004 erneut zugenommen. Die Stadtpolizei kommt damit physisch und psychisch an die Grenzen der Überbelastung. Deshalb wurde mit einer internen Arbeitsgruppe ein Bericht zuhanden des Stadtrates für die "Erhöhung des Personalbestandes der Stadtpolizei" erarbeitet.

Sicherheits- und Verkehrspolizei
Hauptprobleme für die Sicherheits- und Verkehrspolizei waren 2004 verstärkt die Alltagskriminalität (Vermögensdelikte, Gewaltdelikte, Betäubungsmitteldelinquenz) und gefährdendes Verhalten im Strassenverkehr (exzessive Geschwindigkeitsübertretungen, Fahren in angetrunkenem Zustand oder unter Drogeneinfluss). Daneben beschäftigt sich die Sicherheits- und Verkehrspolizei zunehmend mit Problemen, die zwar strafrechtlich keine hohe Bedeutung haben, die aber einen grossen Einfluss auf das Sicherheitsgefühl und damit die Lebensqualität der Menschen in Luzern haben. Dazu gehören unter anderem auch die störenden Begleiterscheinungen der Prostitution oder der Vandalismus. Das subjektive Sicherheitsgefühl wird auch von Menschen beeinflusst, welche wegen ihres von der gängigen Norm abweichenden Aussehens oder Verhaltens von Teilen der Bevölkerung als Bedrohung wahrgenommen werden.

In Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei wurden 2004 erstmals sicherheitspolizeiliche Spezialaktionen im Bereich Vermögens- und Gewaltdelikte sowie der Betäubungsmitteldelinquenz durchgeführt. Dies allerdings nur rudimentär und vom Aufwand her minimalisiert. Der Erfolg dieser täter- und ereignisorientierten Präsenz war erheblich. Er könnte aber noch gesteigert werden, wenn die Mitarbeitenden nicht regelmässig für andere Interventionsarbeiten zur Verfügung stehen müssten. Das Entdeckungs- bzw. Festnahmerisiko für die Tätergruppierungen ist gestiegen und führte dementsprechend zu deutlich mehr Festnahmen und daraus resultierend zu Strafverfolgungen mit rechtskräftiger Beweislast. Die sicherheitspolizeilich zu bearbeitende Alltagskriminalität ist nach wie vor auf einem hohen Niveau und verursacht einen bedeutenden Aufwand.

Im Kampf gegen Vandalismus und andere Auswüchse im öffentlichen Raum wurden 2004 in den Nächten der Wochenenden vermehrt die Quartierpolizisten eingesetzt. Dadurch fehlen diese allerdings teilweise an Wochentagen in den Quartieren. Mit präventivem Hintergrund führen die Mitarbeitenden der Verkehrsinstruktion gezielte Schulwegkontrollen durch.

Der Aufwand für ordnungsdienstliche Spezialeinsätze hat sich im vergangenen Jahr nochmals deutlich erhöht. Einerseits bedingt durch die Zunahme der Demonstrationen und besonderer Anlässe (Sport, Kultur und Vergnügen) mit Konfliktpotenzial, andererseits aber auch durch die Zunahme von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen extremen Gruppierungen. Aktuelle Gefahr ist die Aufschaukelung zwischen Links- und Rechtsextremen. Generell ist die Stimmung auch in Luzern sowohl im links- wie auch im rechtsextremen Lager aufgeheizt. Die rechtsextreme Szene drängt sich nicht nur verstärkt in die Öffentlichkeit und nimmt einzelne Gastgewerbebetriebe für sich in Beschlag, sondern sucht vermehrt die Konfrontation mit linksextremen Aktivisten und umgekehrt. Ein Aufeinandertreffen der beiden Lager führt zu tätlichen Auseinandersetzungen und Krawallen. So musste im zweiten Halbjahr in 37 Fällen polizeilich verstärkt interveniert werden. Die sich vorab an den Wochenenden in der Stadt Luzern aufhaltende Szene mit rechtsextremistischer Gesinnung und dem entsprechenden Aussehen beträgt aktuell rund 40 Personen. Die Übergriffe dieser Personen richten sich vorab gegen alles "Fremde und Linke". Der "harte Kern" der linksextremen Szene Stadt Luzern, der sich auch in den von eher gemässigten Linken besetzten Liegenschaften aufhält, wird auf rund 50 Personen geschätzt. Der grösste Teil der Mitglieder der rechts- wie auch der linksextremen Szene haben ihren Wohnsitz nicht in der Stadt Luzern, sondern in der Agglomeration, der Zentralschweiz bzw. in angrenzenden Kantonen.

Die Verkehrssperrung im Rösslimattquartier zur Eindämmung der negativen Auswirkungen der Prostitution hat sich insofern bewährt, als sich die Situation in den hauptbetroffenen Strassenzügen verbessert hat. Motorisierter Freierverkehr bleibt in der Sperrzeit praktisch gänzlich aus, und in der Folge reduzierte sich die Anzahl der Prostituierten in diesen Strassen um rund die Hälfte auf täglich durchschnittlich fünf, an Wochenenden auf zehn Frauen. Negativ ist, dass sich das Geschehen teilweise Richtung Tribschenstrasse verlagert hat.

Im Strassenverkehr konzentriert die Stadtpolizei ihre Arbeit zur Hauptsache auf den Einsatz gegen gefährdendes Verhalten der Strassenbenützer/innen. Mit verkehrspolizeilichen Spezialkontrollen konnten beispielsweise viele "Raser" und alkoholisierte Fahrzeuglenkende der Rechtspflege zugeführt werden. Mit dem im zweiten Halbjahr eingeführten Drogenschnelltest wurden einfache Speichelproben möglich. Seit der Anwendung im Spätsommer 2004 sind damit bis Jahresende 41 Fahrzeuglenkende, bei denen der Verdacht wegen Fahrens unter Drogeneinfluss bestand, getestet worden. In 12 Fällen war das Ergebnis positiv (6 Fälle Cannabis und 6 Fälle Kokain). Hand in Hand mit der Überwachung und Kontrolle des Strassenverkehrs erfolgt auch eine Kriminalitätsbekämpfung. Durch optimale Vernetzung zur Personen- und Sachfahndung konnten bei Verkehrskontrollen einige Straftäter polizeilich festgenommen und/oder an der Ausübung weiterer Straftaten gehindert werden. Für eine Vielzahl von Straftaten wird ein entwendetes Auto als Tatwaffe oder Fluchtfahrzeug benützt.

Gewerbe- und Gesundheitspolizei
Ein Höhepunkt des Geschäftsjahres 2004 bildeten die Vorbereitungs- und Durchführungsarbeiten begleitender Massnahmen für das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest auf der Allmend. Im Verlaufe des Jahres war die Gewerbe- und Gesundheitspolizei zudem in zahlreiche direktionsübergreifende Projekte involviert (z. B. Vandalismus, Eventkoordination, Mühlenplatz, Einführung von Mehrweg- und Pfandsystemen bei Grossanlässen usw.).

Auch 2004 war eine Zunahme der Gesuche für die Benützung des öffentlichen Grundes festzustellen. Die Bewilligungserteilung erfordert immer mehr ein Abwägen und Priorisieren der verschiedenen Partikularinteressen.

Die laufenden Veränderungen in der Gastroszene (Pächterwechsel, Namens- und Konzeptänderungen) sowie die sehr individuell gewordenen Bedürfnisse von Anbietern und Gästen verursachten eine intensive Betreuung, aber auch eine fundiertere Beurteilung für Sonder- und Dauergenehmigungen. Auch die Umweltschutzpolizei hatte direkt oder indirekt immer wieder mit der Gastronomiebranche zu tun. Sie beschäftigte sich im Verlaufe des Jahres insbesondere mit Lärmklagen.

Die Zunahme der Exmissionen (gerichtlich verfügte Ausweisungen aus Wohnungen) erfordert eine engere Zusammenarbeit mit der Sozialdirektion, da es in vielen Fällen den Betroffenen nicht möglich ist, eine Wohnung zu finden. Aufträge des Amtsstatthalteramtes sowie von auswärtigen Amtsstellen haben deutlich zugenommen.

Das neue Taxireglement wurde auf den 1. Januar 2004 eingeführt und zog eine grosse administrative Belastung im Bereich Taxiprüfungen und Erteilen von Bewilligungen mit sich.
Die Gewerbe- und Gesundheitspolizei hat mit Toni Schüpfer seit August 2004 einen neuen Leiter. Er trat die Nachfolge von Pascale Küchler an, die im April 2004 als Geschäftsführerin zur Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch gewechselt hatte.

Stabs- und Kommandodienste
Die 18 Polizeianwärterinnen und -anwärter der Stadtpolizei Luzern wurden an der Zentralschweizerischen Polizeischule (ZSPS) und korpsintern während eines Jahres theoretisch und praktisch ausgebildet. Alle bestanden die internen Diplomprüfungen. Als Projektschule führte die ZSPS zum ersten Mal die Eidgenössische Berufsprüfung für Polizist/Polizistin durch. Alle 18 Anwärterinnen und -anwärter der Stadtpolizei Luzern haben die sehr anspruchsvolle Prüfung mit grossem Erfolg bestanden und den eidgenössischen Fachausweis in Empfang nehmen dürfen. Am 2. September 2004 wurden sie in der Jesuitenkirche vereidigt.

Im Jahr 2004 wurde für angehende Polizistinnen und Polizisten ein neues Auswahlverfahren aufgebaut, welches den gestiegenen Anforderungen und Bedürfnissen des Polizeiberufes gerecht werden soll. Ziel war es, in einem ganzheitlichen Verfahren die Selektionsschwerpunkte "persönliche, soziale und intellektuelle Fähigkeiten" sowie "körperliche Leistungsfähigkeit" sichtbar zu machen. Umfassende Gruppenassessments wurden deshalb von der Stadtpolizei neu entwickelt und zum ersten Mal erfolgreich durchgeführt. Dabei amteten Korpsangehörige aller Hierarchie- und Altersstufen als Assessoren. In einer zweiten Phase wurde die psychologische Eignung für den Polizeiberuf durch Spezialisten abgeklärt. Das Vorstellungsgespräch gab Aufschluss über Persönlichkeit und Motivation. Aus den grundsätzlich vielen sehr guten Bewerbungen konnten 18 zukünftige Polizeianwärterinnen und -anwärter gewonnen werden.

Die gesamte Aus- und Weiterbildung aller Mitarbeitenden wird durch das Büro Aus- und Weiterbildung sichergestellt. Im Jahr 2004 wurden 28 interne Ausbildungen geplant und durchgeführt. Um die Aus- und Weiterbildung für die Zukunft weiter zu verbessern, wurde im Jahr 2004 das Projekt "Reorganisation Aus- und Weiterbildung" gestartet. In einer ersten Phase wurde das heutige Ausbildungssystem einer Überprüfung unterzogen. In Mitarbeiterinterviews wurden die Stärken und Schwächen des heutigen Systems analysiert. In einem weiteren Schritt wird 2005 die gesamte Aus- und Weiterbildung den gestiegenen Anforderungen an den Polizeiberuf und den Bedürfnissen der Mitarbeitenden angepasst.

Neben der internen Weiterbildung finden bei der Stadtpolizei Luzern auch Kurse für externe Teilnehmende statt. So wurden 2004 insgesamt drei Kurse im Namen des Schweizerischen Polizei-Institutes (SPI) durchgeführt:
- Lagebildkurs: Während einer Woche wurden 25 Angehörige verschiedener städtischer und kantonaler Korps im Bereich Lagebild ausgebildet. Aufgrund der grossen Nachfrage fand der Kurs zweimal statt.
- Ebenfalls zum ersten Mal wurde ein Führungslehrgang für Offiziere organisiert. Am Kurs nahmen 20 Angehörige aus Gemeindepolizeien, Grenzwachtkorps und Bahnpolizei teil.
- Im dritten Kurs wurden 66 Verkehrsinstruktorinnen und -instruktoren weitergebildet. Dieser Kurs hat bereits eine langjährige Tradition und wird schon seit Jahrzehnten in Luzern durchgeführt.

Der Kommandant der Stadtpolizei übernimmt bei allen drei Kursen das Amt des Kurskommandanten. Die Administration wird durch die

Stabs- und Kommandodienste sichergestellt. Mit dem Relaunch des Internetauftrittes der Stadt Luzern konnte die Stadtpolizei Luzern ihren Teilbereich neu überarbeiten und auf den neusten Stand bringen. Die Stadtpolizei verfügt heute über einen übersichtlichen und informativen Auftritt. Die Unterseiten der Stadtpolizei sind inzwischen die meistbesuchten Seiten innerhalb des Internetauftrittes der Stadt Luzern.

Erstmals wurde unter Einbezug der Mitarbeitenden ein neues Patrouillenfahrzeug angeschafft. Dieses Fahrzeug ist auf die Bedürfnisse der Mitarbeitenden ausgerichtet und konnte erfolgreich eingeführt werden.

Zivilschutz
Für die gemeinsame Zivilschutzorganisation von Horw, Kriens und Luzern, die ZSO Pilatus, war auch das Jahr 2004 von Unsicherheit über die Zukunft des Zivilschutzes geprägt. Zwar gilt seit dem 1. Januar 2004 das neue Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG), die entsprechende kantonale Gesetzgebung dürfte aber kaum vor dem 1. Januar 2006 in Kraft treten. Der Gesetzesentwurf ging im ersten Quartal 2004 in die Vernehmlassung. Die Stadt Luzern, die Zivilschutzkommission und die ZSO Pilatus haben dabei ihre Überlegungen eingebracht.

Trotz der noch immer herrschenden Unsicherheit wurde die Organisation der ZSO Pilatus basierend auf dem BZG optimiert. Die Soll-Bestände für die Milizorganisation wurden angepasst, das Konzept zur Nutzung der Schutzbauten entsprechend überarbeitet und der Stellenplan für die Geschäftsstelle definiert und umgesetzt.

Trotz des erheblichen Mehraufwands durch die veränderte Rechtslage und die daraus notwendig gewordenen organisatorischen Massnahmen hat die ZSO Pilatus ihre Leistungen im gewohnten Rahmen erbracht.

Bevölkerungsdienste
Seit dem 1. Januar 2004 steht das Zivilstandsamt Luzern auch den Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinden Littau, Meggen, Malters und Schwarzenberg als Regionales Zivilstandsamt offen. Das Regionale Zivilstandsamt ist für 90'000 Personen verantwortlich und kann seine Kundinnen und Kunden in neuen Räumen, im Parterre an der Obergrundstrasse 1, empfangen.

Anstelle der Einzel- und Familienregister werden die Daten neu im schweizerischen Datenverarbeitungssystem "Infostar" erfasst.
Die städtischen Wahlen im Frühjahr konnten neben den ordentlichen Abstimmungen reibungslos bewältigt werden.

Feuerwehr
2004 war für die Feuerwehr ein vergleichsweise relativ ruhiges Jahr.
Die grössten Herausforderungen waren der umfassende Rettungseinsatz gleich zu Jahresbeginn an der Weystrasse, der Wohnungsbrand an der Moosstrasse zur Fasnachtszeit mit einem Todesopfer, der hartnäckige Dachstockbrand an der Winkelriedstrasse und der Blindbodenbrand am Hirschengraben. Aufsehen erregend war der Brand einer der letzten Scheunen auf Stadtboden, der Langensandscheune.

Mit dem Entscheid der Stellenplankommission, das Pensum der Feuerpolizei per 1. Januar 2005 mit einer 50%-Stelle aufzustocken, konnte die Lösung der dauernden Überbelastung der Feuerpolizei gefunden werden.

Im Frühling konnte das sanierte Feuerwehrgebäude Kleinmatt wieder voll in Betrieb genommen werden. Die Sanierung hat dem Gebäude aussen und innen gut getan, man kann sich an einer gelungenen und zweckmässigen Sanierung erfreuen. Mit einem grossartigen Tag der offenen Tür stellte die Feuerwehr das Gebäude der Bevölkerung eindrücklich vor.

Belastet hat die Angehörigen der städtischen Feuerwehr der tragische Tod von sieben Kameraden der Feuerwehr in Gretzenbach SO. Ein eigentlicher Routineeinsatz wurde ihnen zum Verhängnis, obwohl aus Sicht der Feuerwehr alle Sicherheitsvorschriften und alle taktischen Massnahmen richtig umgesetzt waren. Der Fall führte auch der Luzerner Feuerwehr wieder einmal vor Augen, dass jeder Einsatz mit einem Risiko verbunden ist.

Umweltschutz / öko-forum
Das zweite Rechtsgutachten zur Stromrappen-Initiative kam zum Schluss, dass es sich beim Stromrappen um eine Lenkungsabgabe handle und die Initiative damit gültig sei. Der stadträtliche Vorschlag einer Änderung des Reglements über den bestehenden Energiefonds im Sinne der Initiative (B+A 9/2004 "Lenkungsabgabe auf dem Stromverbrauch") wurde vom Parlament abgelehnt. Der Stadtrat erhielt den Auftrag, die Initiative zur Abstimmung zu

bringen. Die Vorlage wurde von den Stimmberechtigten am 27. Februar 2005 abgelehnt.

Das mit Mitteln aus dem Energiefonds finanzierte Förderprogramm "MINERGIE-Haus" konnte bereits per Ende 2004 abgeschlossen werden. Das Förderprogramm überzeugte nicht nur Energiepioniere, sondern auch professionelle Bauherren und Investoren. Dank dem Förderprogramm entstanden und entstehen in der Stadt Luzern 19 Mehrfamilienhäuser mit rund 40'000 m^2 Wohnfläche im modernen und zukunftsweisenden MINERGIE-Baustandard, so beispielsweise in der Tribschenstadt. Weitergeführt wird die Förderung der Erstellung von Solaranlagen. In den 2½ Jahren seit Aktionsbeginn entstanden 70 Anlagen mit rund 1'500 m^2 Kollektorfläche.
Die erfolgreiche Kampagne "GentleDriver" wurde nach drei Jahren beendet. In speziellen Kursen eigneten sich knapp 1'500 Autofahrende den sicheren und umweltschonenden Eco-Drive®-Fahrstil an. Sie sparen nun zusammen jedes Jahr über 170'000 Liter Treibstoff ein.

Mit Unterstützung von EnergieSchweiz starteten Stadt und Kanton Luzern im Februar 2004 das Projekt "Mobilitätsmanagement in Unternehmen". In enger Zusammenarbeit mit den interessierten Unternehmen werden Massnahmen eruiert und umgesetzt, die einerseits eine Entlastung der Verkehrsinfrastruktur und der Umwelt bewirken und andererseits einen Gewinn für die Unternehmen und ihre Mitarbeitenden bedeuten. Für zwei grosse Unternehmen liegen nun detaillierte Massnahmenkataloge vor, bei zwei weiteren Firmen wurde die Zusammenarbeit gestartet. Auch die Stadtverwaltung hat ihr Interesse bekundet.

Das Projekt "Stadttauben Luzern" konnte im Frühsommer 2004 das auflagereife Bauprojekt eines modernen Taubenhauses am Kurplatz vorlegen. Dessen Realisation wurde jedoch durch Einsprachen verzögert und ist nun für 2005 geplant.
Der Taubenschlag im Dach des Rathauses hat sich etabliert. Das Angebot von Führungen wird insbesondere von Schulklassen gut genutzt.
Im Auftrag des Kantons ist der Umweltschutz der Stadt Luzern seit Mai 2004 für die Betreuung des Naturschutzgebiets Rotsee verantwortlich.
In der Reihe Naturschauplätze wurde der Faltbogen "Historische Bauten" veröffentlicht. Er widmet sich den Brutvögeln an alten Sandsteinbauten der Luzerner Altstadt.
Unter Federführung der Stadt entstand im Auftrag der Regionalkonferenz Umweltschutz (RKU) ein Merkblatt zum Umgebungsplan im Baubewilligungsverfahren, das von insgesamt acht Gemeinden der RKU mitgetragen wird.
Die Anzahl der Beratungen durch das ökoforum ist erneut gestiegen. Die Themen-Hitliste wird angeführt von "Garten/Natur" vor "Abfall" und "Haushalt".

5.3.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

5.3.4.1 Sicherheits- und Verkehrspolizei

a) Aufgaben / Dienstleistungen

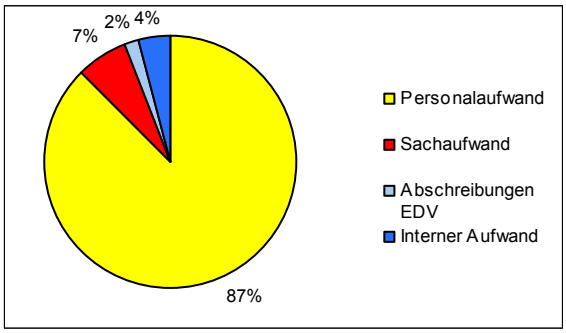
Die uniformierte Hauptabteilung der Stadtpolizei ist im sicherheits- und verkehrspolizeilichen Bereich tätig. Im Bereich Sicherheitspolizei sorgt sie für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Kriminalitätsbekämpfung und trägt durch Information und andere geeignete Massnahmen zur Prävention bei. Sie verfügt über jene kriminalpolizeilichen Kompetenzen, welche zur Wahrnehmung des sicherheitspolizeilichen Auftrages erforderlich sind; sie unterstützt die Kriminalpolizei nach deren Bedürfnis. Im Bereich Verkehrspolizei erfüllt sie alle im Strassenverkehr der Polizei übertragenen Aufgaben und sorgt mittels Vollzugsarbeit und Verkehrserziehung für ein angepasstes und richtiges Verhalten der Verkehrsteilnehmenden.

b) Ergebnis

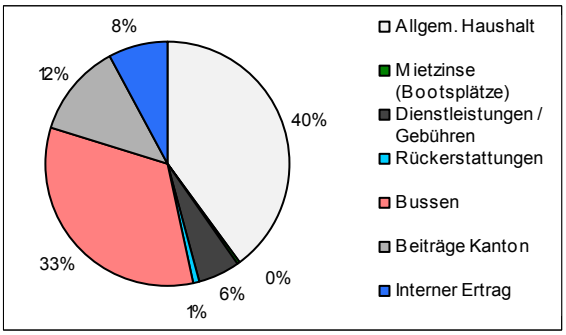
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	22'854'437	24'160'186	24'422'700	-262'514	-1%	1'305'750	6%
Ertrag	13'060'161	14'485'221	14'153'200	332'021	2%	1'425'059	11%
Ergebnis	**-9'794'275**	**-9'674'966**	**-10'269'500**	**594'534**	**6%**	**119'310**	**1%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2000	2001	2002	2003	2004	Veränd.
Total Stunden Kernprodukte Polizei	**153'158**	**149'480**	**146'753**	**177'282**	**181'579**	2%
Leistungsgruppe Sicherheitspolizei	76'315	74'733	72'070	87'979	89'208	1%
davon präventive Präsenz	50'510	47'621	41'644	40'511	40'782	1%
davon Ordnungsdienst	2'299	3'238	5'165	13'911	21'677	56%
Leistungsgruppe Alltagskriminalität	34'344	33'430	37'253	44'739	48'515	8%
davon Prävention	669	369	393	385	[4] 2'308	500%
Leistungsgruppe Verkehrspolizei	42'499	41'317	37'430	44'564	43'856	-2%
Überstunden / Pikettstunden	14'639	17'932	19'663	31'154	41'376	33%

Verkehrspolizei	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**Veränd.**
Ordnungsbussen im Strassenverkehr	58'864	56'078	51'047	47'979	55'572	16%
Automat. Verkehrsüberwachung	60'899	57'436	63'110	63'904	68'600	7%
Angetrunkene Fahrzeuglenkende	190	205	152	127	218	72%
Verkehrsunfälle	964	1'026	914	865	783	-9%
Verletzte Verkehrsteilnehmende	325	350	351	364	332	-9%

Sicherheitspolizei	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**Veränd.**
Einfacher Diebstahl	2'354	2'574	2'926	2'562	2'876	12%
Einbruchdiebstahl	601	648	878	634	634	0%
Vorläufige Festnahmen	1'113	1'077	1'114	1'045	[5] 1'125	8%
Betäubungsmitteldelikte	658	549	414	353	422	20%

[4] Ab 2004 neu inkl. Erarbeitung Lagebild
[5] Ab 2004 exkl. Rechtshilfe

e) Kommentar

Mit einem Zusatzaufwand von über 41'000 Stunden in Form von Überzeit und Pikettstellungen ist es bis heute gelungen, trotz des personellen Unterbestandes bei der Uniformpolizei die Sicherheit auf Stadtgebiet relativ hoch zu halten und beispielsweise offene Drogenszenen zu verhindern. Auch der Aufwand für ordnungsdienstliche Spezialeinsätze (bei Demonstrationen, Anlässen mit Konfliktpotenzial in den Bereichen Sport, Kultur, Vergnügen sowie Auseinandersetzungen von extremen Gruppierungen) hat sich im vergangenen Jahr nochmals deutlich erhöht.
Allerdings sind die Grenzen des für die Mitarbeitenden Zumutbaren nicht nur erreicht, sondern überschritten. Vermehrt müssen deshalb klare Prioritäten gesetzt werden. Dies bedeutet vor allem, dass sich die personell unterdotierten Kräfte der Uniformpolizei im Sinn ihres rechtlich verankerten Auftrages vorab auf die Durchsetzung der Rechts- und nicht der Sozialnorm konzentrieren müssen. (Der Begriff der öffentlichen Ordnung ist in der Realität oftmals keine Rechts-, sondern eine Sozialnorm). Ebenso kann die klassische Polizeipräsenz (sichtbare, demonstrative Anwesenheit der Polizei) nicht in dem Umfang betrieben werden, wie dies erforderlich wäre.

5.3.4.2 Gewerbe- und Gesundheitspolizei

a) Aufgaben / Dienstleistungen

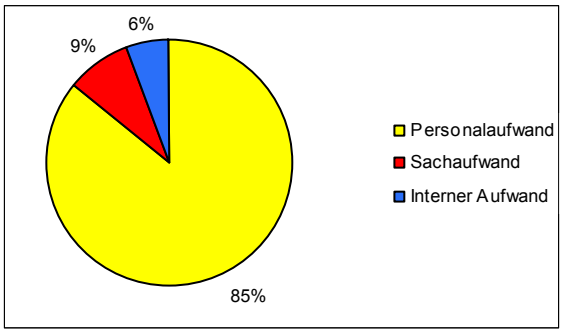
Die Gewerbe- und Gesundheitspolizei erfüllt die Aufgaben der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden, soweit die polizeiliche Mithilfe in Gesetzen und Verordnungen vorgesehen oder zu ihrer Vollstreckung notwendig ist. Die Haupttätigkeit liegt in der Verwaltung des öffentlichen Grundes (Sondernutzungen des öffentlichen Grundes, Markt- und Messewesen, Reklamewesen) und im Bereich des Gastgewerbewesens. Weiter unterliegen ihr Aufgaben der Handelspolizei, der Lebensmittelkontrolle, des Umweltschutzes, des Tier- und Taxiwesens, behördliche Zustellungen, Zuführungen und Exmissionen sowie die Führung des städtischen Fundbüros. Die Gewerbe- und Gesundheitspolizei beschäftigt 14 Sachbearbeiter und im Jahr 2003 erstmals zusätzlich zwei Praktikantinnen.

b) Ergebnis

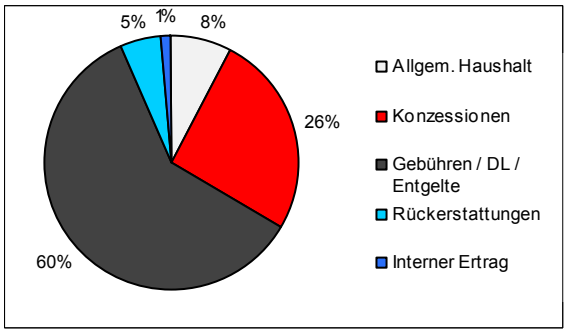
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	1'978'488	2'095'877	1'953'500	142'377	7%	117'390	6%
Ertrag	1'630'116	1'934'711	1'847'000	87'711	5%	304'594	19%
Ergebnis	**-348'371**	**-161'167**	**-106'500**	**-54'667**	**-51%**	**187'205**	**54%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	Veränd
Anzahl Bewilligungen für Benützung öffentlichen Grundes	484	573	606	604	631	700	11%
Bewilligungen von Verlängerungen im Gastgewerbe durch die Stapo	1'196	1'371	1'089	760	911	2'090	129%
Bewilligungen von Verlängerungen im Gastgewerbe durch das Amt für das Gastgewerbe (Kanton)	865	1'111	1'258	1'289	1'332	519	-61%
Anzahl Probenahmen der Lebensmittelkontrolleure	1'160	904	912	1'121	1'006	957	-5%
Total Kleintierwegschaffung (Tierwesen/Wasenmeisterei)	1'131	1'789	1'413	1'427	1'752	1'460	-17%
Fundgegenstände	3'910	4'030	4'338	4'249	4'530	4'457	-2%
Total Rapporte im Umweltschutz (Lärm, Luft, Gewässer, Kehricht usw.)	69	113	108	74	68	192	182%

e) Kommentar

Auffallend ist die deutlich grössere Anzahl erteilter Bewilligung für Verlängerungen im Gastgewerbe. Viele Betriebe machten Gebrauch von kurzfristigen Eingaben an die Polizei und schöpften ihr Kontingent aus. Demgegenüber gingen die Bewilligungen durch den Kanton erheblich zurück. Bei der immensen Zunahme an Rapporten im Umweltschutz ist darauf hinzuweisen, dass zirka 150 Anzeigen wegen illegaler Entsorgung von Kehricht erfolgten.

5.3.4.3 Einwohnerdienste

a) Aufgaben / Dienstleistungen

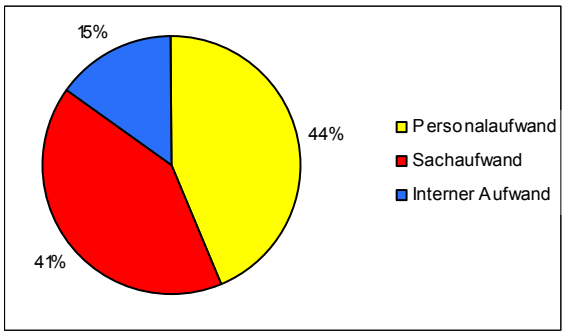
Die Einwohnerdienste führen das Einwohner- und Geschäftsregister. Darunter fallen die administrative Verarbeitung von zivilrechtlichen Ereignissen der Einwohner/innen, das Erstellen von Ausweisen, Zeugnissen, Bescheinigungen, die Überwachung und Bearbeitung von Pflichten und Bewilligungen, die Bearbeitung von Adressanfragen und weitere Auskünfte. Im Weiteren veranlassen die Einwohnerdienste die Mitteilung der Einwohnerdaten an Amtsstellen, das Erstellen von Einwohnerstatistiken und Organisieren von Zählungen und Erhebungen. Zum weiteren Aufgabenbereich gehören das Führen des Hunderegisters und das Inkasso der Hundesteuer. Die Einwohnerdienste beschäftigen 11 Personen (1'020 Stellenprozente).

b) Ergebnis

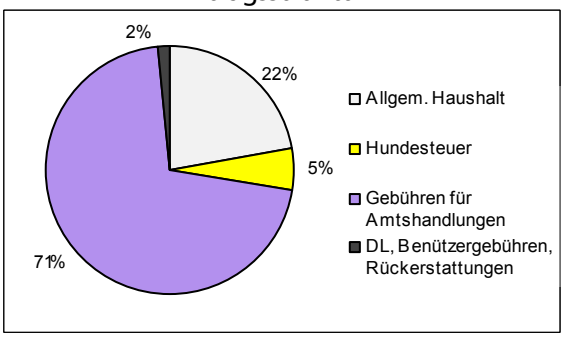
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	2'223'260	2'319'967	1'984'600	335'367	17%	96'707	4%
Ertrag	1'677'615	1'806'850	1'190'000	616'850	52%	129'235	8%
Ergebnis	**-545'645**	**-513'117**	**-794'600**	**281'483**	**35%**	**32'528**	**6%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Geschäftsfälle	2001	2002	2003	2004	Abw.
Identitätskarten-Anträge	4'290	4'381	2'294	2'464	7%
Pass-Anträge			2'475	2'655	7%
Kombi-Anträge (Pass und ID)			2'735	3'515	29%
Zuzug Einwohner/innen	5'395	5'451	4'920	4'536	-8%
Wegzug Einwohner/innen	5'737	5'359	4'850	4'761	-2%
Zuzug Wochenaufenthalter			772	799	3%
Änderung Wochenaufenthalt in Wohnsitz			247	266	8%
Anzahl Wochenaufenthalter Stand per 31.12.2004			1'684	1'640	-3%

e) Kommentar

Im Jahre 2004 wurden 800 ID/Pass-Anträge mehr gestellt als im Vorjahr. Der Gebührenertrag fiel dementsprechend erfreulich aus und konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die Anzahl der Wochenaufenthalter konnte gesenkt werden. Die diesbezüglich umgesetzten Massnahmen des Einwohnerdienstes fruchten.

5.3.4.4 Zivilstandsamt und Bürgerrechtswesen

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das Regionale Zivilstandsamt ist zuständig für die Beurkundung des Personenstandes von Bürgerinnen/Bürgern und Einwohnerinnen/Einwohnern des Zivilstandskreises Luzern (Geburt, Anerkennung, Eheschliessung, Tod). Weitere Aufgaben sind Beratung in ehe-, namens- und bürgerrechtlichen Angelegenheiten aufgrund von Geburten und Eheschliessungen sowie Durchführung von Ziviltrauungen. Dem Regionalen Zivilstandsamt ist das Bestattungsamt der Stadt Luzern angegliedert.

Die Eintragungen in den Zivilstandsregistern bilden die Grundlage für die Ausstellung von Zivilstandsdokumenten zum Beweis der personen- und familienrechtlichen Stellung jedes Bürgers und jeder Bürgerin, für den Nachweis des Bürgerrechts in der Heimatgemeinde und damit des Schweizer Bürgerrechts, für die Abgabe von Ausweispapieren wie Heimatscheinen, Identitätskarten, Reisepässen, für vormundschaftliche Massnahmen, für die Feststellung der Erben, das Bestattungswesen, die militärische Aushebung, die Bevölkerungsstatistik, genealogische Forschungen und wissenschaftliche Erhebungen usw.

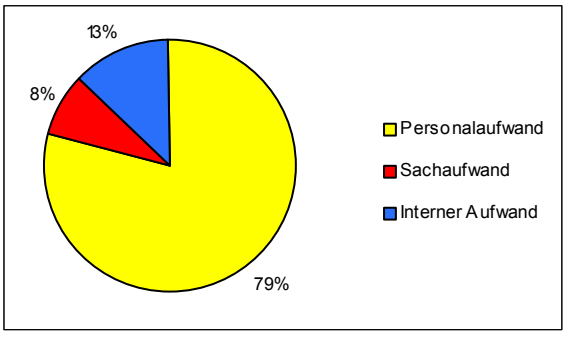
Das Büro Bürgerrechtswesen ist die Anlaufstelle für einbürgerungswillige Personen schweizerischer und ausländischer Nationalität. Es ist zuständig für den administrativen Bereich bei der Zusicherung des Stadtluzerner Bürgerrechts, von der Beratung der Gesuchstellenden, der Kontrolle und der Ergänzung der Unterlagen, der Einholung der erforderlichen Abklärungen, der Vorbereitung der Sitzungen der Bürgerrechtskommission und des Stadtrates bis zur positiven Entscheidsmitteilung an die Gesuchstellenden nach dem Beschluss des Grossen Stadtrates.
Total Pensen Zivilstandsamt und Bürgerrechtswesen sowie Bestattungsamt: 850 %.

b) Ergebnis

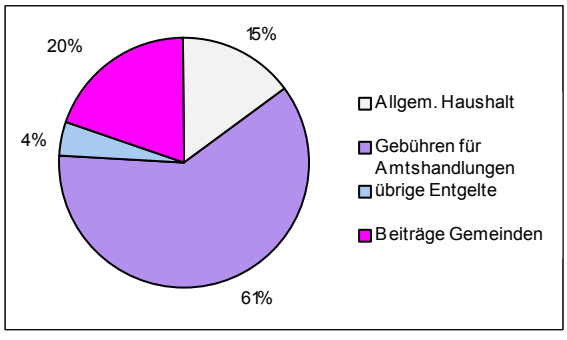
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	682'133	922'261	1'055'100	-132'839	-13%	240'128	35%
Ertrag	481'051	783'623	710'000	73'623	10%	302'571	63%
Ergebnis	**-201'082**	**-138'639**	**-345'100**	**206'461**	**60%**	**62'443**	**31%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2001	2002	2003	2004	Abw.
Geburten in Luzern	**2'149**	**2'231**	**2'222**	**2256**	**2%**
davon von nicht Einwohnern/-innen	1'700	1'800	1'806	1'794	-1%
davon von Einwohnern/-innen	449	431	416	462	11%
Eheschliessungen in Luzern	**404**	**418**	**432**	**509**	**18%**
Braut u. Bräutigam nicht Einwohner/in	138	140	118	231	96%
Braut, Bräutigam oder beide Einwohner von Luzern	266	278	314	278	-11%
Todesfälle in Luzern	**1'132**	**1'018**	**1'075**	**1'301**	**21%**
davon nicht Einwohner/innen	475	583	467	647	39%
davon Einwohner/innen von Luzern	657	435	608	654	8%

Erteilung bzw. Zusicherung des Stadtbürgerrechtes	**231/421**	**254/504**	**211/415**	**182/335**	**-14%/-19%**
an Schweizer/innen (Gesuche/Personen)	104/198	112/201	100/185	66/103	-34%/-44%
an Ausländer/innen (Gesuche/Personen)	127/223	142/303	111/230	116/232	5%/1%
davon erleichterte Einbürgerungen	63	79	98	60	-39%

e) Kommentar

Der Zivilstandskreis Luzern umfasst neu 87'994 Einwohnerinnen und Einwohner (mittlere Wohnbevölkerung per 31.12.2003). Die Betriebskosten werden anteilsmässig aufgrund der mittleren Wohnbevölkerung des jeweiligen Jahres den Gemeinden weiterverrechnet. Der Anteil der Stadt Luzern beträgt zirka 65 %.

5.3.4.5 Büro Wahlen und Abstimmungen

a) Aufgaben / Dienstleistungen

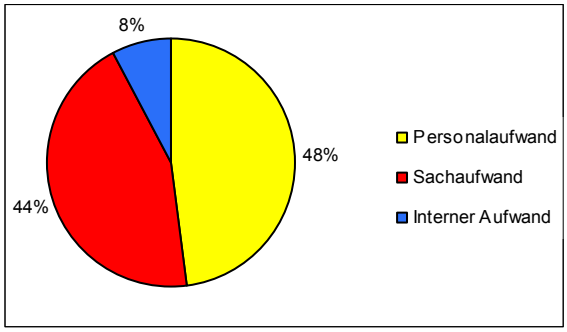
Dem Büro Wahlen und Abstimmungen obliegt die Organisation und Durchführung aller Wahlen und Abstimmungen von Bund, Kanton, Stadt und Kirchgemeinden in der Stadt Luzern. Die gesamten Aufwendungen im Personal- und Sachaufwand für andere Körperschaften werden diesen vollumfänglich in Rechnung gestellt. Als Nebenaufgabe ist dem Büro W+A die Stimmrechtskontrolle der Initiativen und Referenden von Bund, Kanton und Stadt zugeteilt.

b) Ergebnis

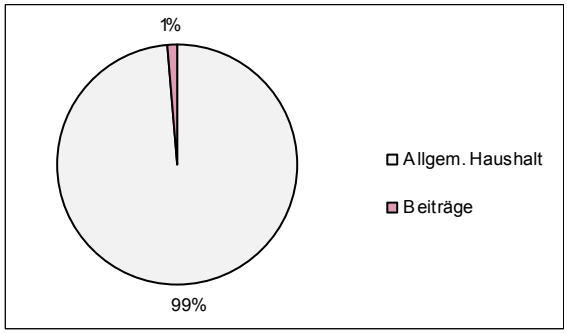
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	769'862	703'416	703'800	-384	0%	-66'445	-9%
Ertrag	4'211	9'881	0	9'881		5'669	135%
Ergebnis	**-765'650**	**-693'536**	**-703'800**	**10'264**	**1%**	**72'114**	**9%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Urnengang vom:	8.2.2004	28.3.2004	16.5.2004	26.9.2004	28.11.2004	∅
Stimmberechtigte	40'536	40'600	40'612	40'681	40'733	40'632
Stimmbeteiligung (gerundet)	52 %	42 %	57 %	57 %	44 %	50 %
Stimmende	21'256	17'255	23'214	23'258	18'205	20'638
Gesamtkosten	79'277	238'557	123'007	86'440	104'406	126'337
Kosten pro Stimmberechtigte/r	Fr. 1.96	Fr. 5.88	Fr. 3.03	Fr. 2.12	Fr. 2.56	Fr. 3.11
Kosten pro Stimmabgabe	Fr. 3.73	Fr. 13.83	Fr. 5.30	Fr. 3.72	Fr. 5.74	Fr. 6.12

Spezifikation der Urnengänge

08.02.04 4 Sachabstimmungen (3 Bund und 1 Kanton)
28.03.04 Städtische Erneuerungswahlen (Grosser Stadtrat, Stadtrat, Stadtpräsidium)
16.05.04 6 Sachabstimmungen (3 Bund und 3 Stadt)
26.09.04 4 Sachabstimmungen Bund
28.11.04 8 Sachabstimmungen (3 Bund und 5 Kanton)

e) Kommentar

Im Vergleich zum Vorjahr sind die durchschnittlichen Kosten pro Stimmberechtigten um 1,62 % gestiegen. Andererseits sind die durchschnittlichen Kosten pro Stimmabgabe um 11,3 % gesunken, was auf die um durchschnittlich zirka 14 % höhere Stimmbeteiligung gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen ist.

5.3.4.6 Feuerwehr

a) Aufgaben / Dienstleistungen

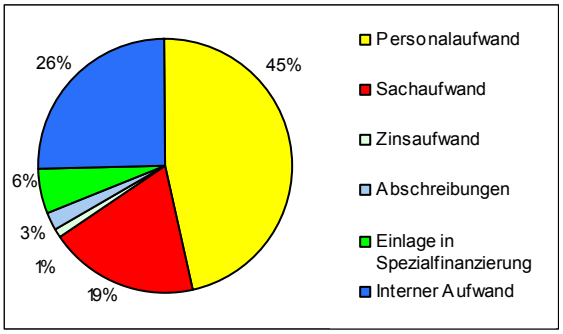
Die Aufgaben der Feuerwehr sind im Feuerschutzgesetz umschrieben. Im Vordergrund stehen Einsätze bei Bränden und Explosionen, bei Elementar- und sonstigen Ereignissen, welche die Umwelt schädigen oder gefährden. Hinzu kommen Einsätze für Wach- und Kontrolldienste, Verkehrsdienste und technische Einsätze. Als Stützpunktfeuerwehr wird die städtische Feuerwehr auch zu Einsätzen im Strassenrettungsdienst, als Strahlenwehr und als Ölwehr aufgeboten. Bei der Feuerwehr sind acht Personen als Verwaltungspersonal fest angestellt. Das Feuerwehrkorps ist nach dem Milizsystem zusammengesetzt und wird für den Ernstfalleinsatz mittels Funk- und Telefonalarm, zu den Übungen jeweils schriftlich aufgeboten.

b) Ergebnis

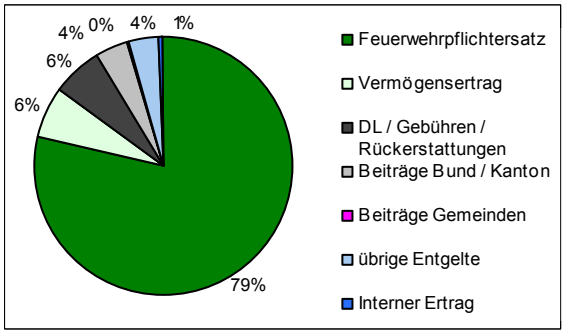
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	3'656'766	3'661'725	3'675'200	-13'475	0%	4'958	0%
Ertrag	3'656'766	3'661'725	3'675'200	-13'475	0%	4'958	0%
Ergebnis	**0**	**0**	**0**	**0**		**0**	

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2000	2001	2002	2003	2004	Veränd.
Anzahl Alarmeingänge	458	564	665	527	505	-4%
davon Fehlalarme (aber Ausrücken des Polizeilöschpiketts oder von Teilen der Feuerwehr)	249	308	297	266	304	14%
Anzahl echte Einsätze	209	256	368	261	201	-23%
Einsatzstunden Löschpikett und Feuerwehrkorps (inkl. Fehlalarme)	4'428	5'518	7'305	6'417	7'714	20%
Soldkosten für Feuerwehrleute pro Einsatz	515	535	500	712	938	32%
Durchschnittlich pro Einsatz eingesetzte Feuerwehrleute	13	12	10	21	25	19%

e) Kommentar

Die erhöhte Anzahl Fehlalarme, oft bis Kompaniestärke, dazu einige sehr zeitintensive Einsätze erhöhten die Soldkosten, die Anzahl durchschnittlich eingesetzter (alarmierter) Feuerwehrleute sowie die Einsatzstunden gegenüber dem Vorjahr.

5.3.4.7 Zivilschutzorganisation

a) Aufgaben / Dienstleistungen

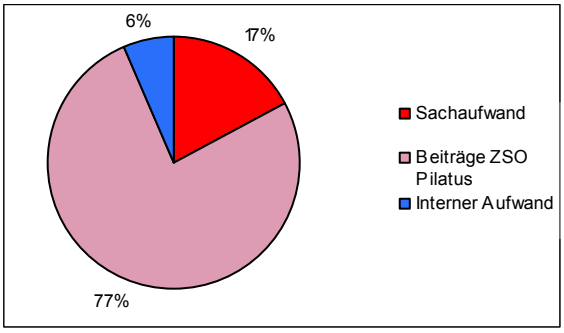
Der Zivilschutz ist eine Nothilfeorganisation mit der Aufgabe, der Bevölkerung Schutz und Hilfe in Katastrophen und Notlagen zu gewährleisten. Einsätze wie die Betreuung von Kriegsflüchtlingen im Eigenthal oder das Abfüllen von Sandsäcken zur Eindämmung des Hochwassers sind Beispiele dafür. Die notwendigen Fertigkeiten werden den Schutzdienstpflichtigen in Aus- und Weiterbildungskursen durch Bund und Kanton vermittelt.
Es ist Aufgabe der Gemeinden, das notwendige Wissen im Rahmen von Wiederholungskursen zu erweitern und zu festigen. Wiederholungskurse werden aber vermehrt auch dazu genutzt, Leistungen im Dienste der Allgemeinheit, im Sozialbereich, oder – gegen Entschädigung – zu Gunsten Dritter zu erbringen.
Die ZSO Pilatus ist die gemeinsame Zivilschutzorganisation der Gemeinden Horw, Kriens und Luzern.

b) Ergebnis

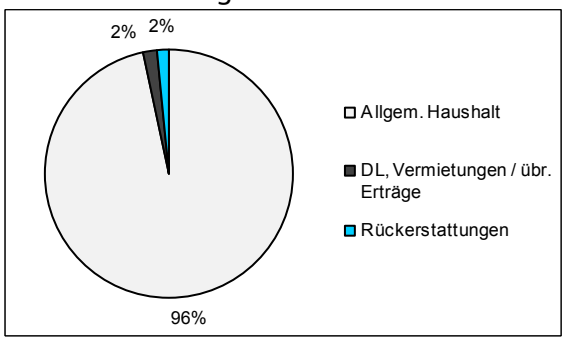
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	1'475'394	1'287'897	1'481'500	-193'603	-13%	-187'497	-13%
Ertrag	48'013	41'732	44'500	-2'768	-6%	-6'280	-13%
Ergebnis	**-1'427'382**	**-1'246'165**	**-1'437'000**	**190'835**	**13%**	**181'217**	**13%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2000	2001	2002	2003	2004	Veränd.
Kostenanteil Stadt Luzern an ZSO Pilatus	1'754'618	1'397'869	1'193'448	1'078'570	1'038'614	-4%
Kosten pro Einwohner der Stadt	30.90	24.62	20.72	19.00	17.92	-6%
Einsatztage im Gebiet der Stadt	3'891	2'877	2'731	2'602	2'807	8%
Kosten pro Einsatztag	18.00	16.60	19.75	18.15	19.60	8%
Kosten für die stadteigenen ZSA			353'629	325'594	301'936	-7%

e) Kommentar

Jährlich wiederkehrende Dienste zur Pflege von Wald und Landschaft, Unterstützung in Pflegeheimen und von Behindertenorganisationen sind, wie die Wartungs- und Unterhaltsarbeiten an den Zivilschutzanlagen, zu einem festen Bestandteil des Leistungskataloges geworden.
Durch den Leistungsabbau der Armee hat die Unterstützung von sportlichen Anlässen an Bedeutung gewonnen. Bei Einsätzen am CSIO, dem Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest, der Ruderregatta und dem Leichtathletikmeeting wurden über 1'200 Diensttage zu Gunsten von Sportveranstaltungen mit überregionaler Bedeutung erbracht.
Durch die Gesetzesänderung werden Dienstanlässe nicht mehr vom Bund subventioniert. Dadurch entstand ein Mehraufwand gegenüber früheren Jahren. Die trotzdem deutlich geringeren Kosten sind auf Reduktionen der Unterhalts- und der Ausbildungskosten und deutlich höhere Einnahmen durch die Verrechnung der Dienste bei Sportanlässen zurückzuführen.

5.3.4.8 Umweltschutz

a) Aufgaben / Dienstleistungen

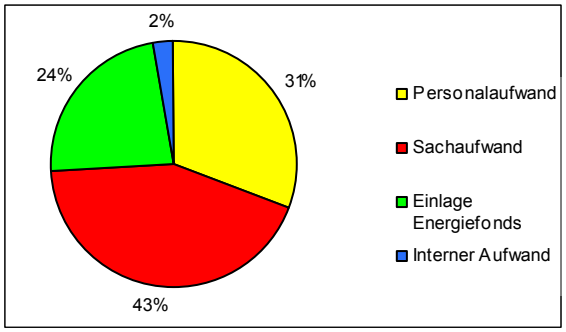
Die Hauptaufgaben der Dienstabteilung Umweltschutz liegen im Gesetzesvollzug, in der Grundlagenbeschaffung zur Umweltsituation und in der umfassenden Umweltinformation. Vollzugsaufgaben bestehen in erster Linie in den Bereichen Energie, Natur- und Landschaftsschutz (Inventare, Schutz- und Unterhaltsmassnahmen, Baubewilligungsverfahren usw.) und Emissionsschutz (z. B. Feuerungskontrolle, Mobilfunk usw.). Die Umweltinformation erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem im Bourbaki Panorama stationierten öko-forum.

b) Ergebnis

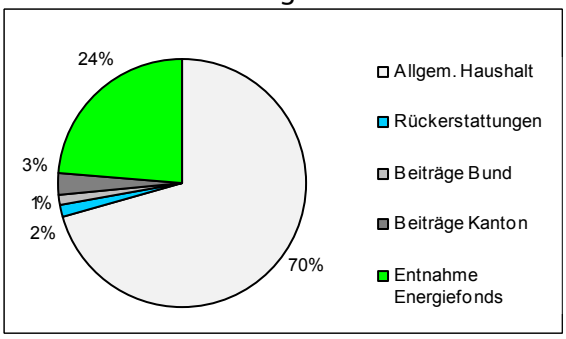
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	2'301'284	2'110'920	2'277'400	-166'480	-7%	-190'364	-8%
Ertrag	687'464	623'401	765'000	-141'599	-19%	-64'063	-9%
Ergebnis	**-1'613'820**	**-1'487'519**	**-1'512'400**	**24'881**	**2%**	**126'301**	**8%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2001	2002	2003	2004	Veränd.
Energie					
Energiefonds					
Neu zugesicherte Förderbeiträge [Fr.]	89'607	2'258'209	1'073'060	384'221	-64%
Ausbezahlte Förderbeiträge [Fr.]	55'718	523'964	488'834	499'314	2%
Unterstützte Projekte	11	72	95	48	-49%
Stand Energiefonds per Ende Jahr	3'876'320	3'852'356	3'863'522	3'864'208	0%
Solaraktion					
Unterstützte Solaranlagen	3	17	34	18	-47%
Natur- und Landschaftsschutz					
Projekt "Luzern grünt"					
Beratungen vor Ort	–	33	51	51	0%
Abgegebene Pflanzen	–	1'601	2'899	1'545	-47%
Emissionsschutz					
Anzahl Feuerungskontrollen	2'582	2'177	2'598	1'962	-24%
Anteil Beanstandungen					
bei Ölfeuerungen	6,4%	7,3%	8,4%	7,8%	-7%
bei Gasfeuerungen	8,2%	6,7%	10,7%	5,4%	-50%
Mobilfunkantennen					
beurteilte Baugesuche	14	1	9	4	-56%
Standorte insgesamt per Ende Jahr	18	20	22	25	14%

e) Kommentar

Die allgemeinen Kennzahlen (Aufwandstruktur/Ertragsstruktur) haben sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die Entnahmen aus dem Energiefonds lagen mit insgesamt Fr. 0,5 Mio. leicht über dem Vorjahr, jedoch deutlich unter dem budgetierten Betrag von Fr. 0,65 Mio. Entsprechend blieben sowohl Aufwand als auch Ertrag der Dienstabteilung Umweltschutz unter dem Budget. Die spezifischen Kennzahlen zum Energiefonds zeigen, dass im abgelaufenen Jahr deutlich weni-

ger Förderbeiträge neu zugesichert wurden als noch in den beiden Vorjahren. Die ausbezahlten Mittel sind dagegen seit drei Jahren konstant. Bei der Interpretation der Zahlen ist zu beachten, dass per Ende 2004 rund Fr. 2 Mio. fest zugesichert waren, aber noch nicht ausbezahlt wurden.
Seit dem Start der Solaraktion im Frühjahr 2002 wurden jedes Jahr fünf- bis zehnmal so viele Solaranlagen gebaut als noch zuvor.
Wie die Anzahl abgegebener Pflanzen und persönlicher Beratungen zeigt, erfreut sich das Projekt "Luzern grünt" in der Bevölkerung konstant hoher Beliebtheit.
Während bei den ölbefeuerten Heizanlagen die Beanstandungsquote seit Jahren annähernd konstant ist, war bei den Gasfeuerungen im vergangenen Jahr ein markanter Rückgang zu verzeichnen.
Die Anzahl der Mobilfunkantennen-Standorte auf Stadtgebiet nimmt kontinuierlich zu, während die jährliche Anzahl an Baugesuchen für den Neubau oder die Umrüstung von Antennen grossen Schwankungen unterworfen ist.

5.3.4.9 öko-forum

a) Aufgaben / Dienstleistungen

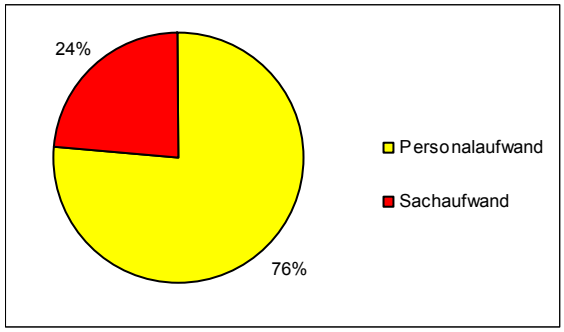
Das 1987 gegründete öko-forum ist die erste Anlaufstelle für Fragen aus den Bereichen Umweltschutz, Naturschutz und Ökologie. Seit dem Jahre 1999 ist das öko-forum die offizielle stationäre und telefonische Umweltberatungsstelle für den ganzen Kanton Luzern. Es wird vom Kanton für diese Ausweitung des Leistungsauftrages finanziell entschädigt.
Das öko-forum ist organisatorisch Teil der städtischen Dienstabteilung Umweltschutz.

b) Ergebnis

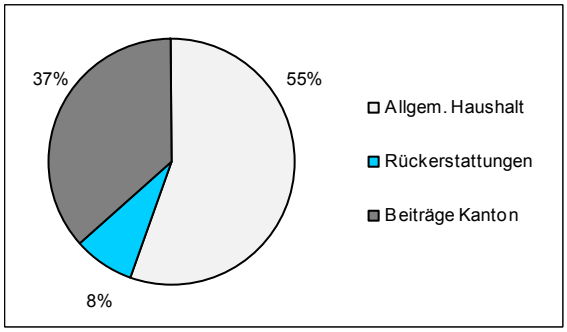
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	247'120	238'473	241'300	-2'827	-1%	-8'648	-3%
Ertrag	107'257	106'386	109'500	-3'114	-3%	-871	-1%
Ergebnis	**-139'864**	**-132'087**	**-131'800**	**-287**	**0%**	**7'777**	**6%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2000	2001	2002	2003	2004	Veränd.
Anzahl Beratungen	6'251	7'516	10'220	11'146	11'503	3%
davon Stadtbevölkerung	4'347	4'316	4'757	5'689	6'382	12%
Anzahl Ausleihen von Medien	1'855	3'662	9'724	10'331	10'229	-1%

e) Kommentar

Die Anzahl der Umweltberatungen konnte ein weiteres Mal gesteigert werden. Allerdings fiel die Zunahme mit noch 3 % gegenüber den Vorjahren mit Zuwachsraten von bis zu 35 % eher bescheiden aus. Es scheint, dass das zusätzliche Potenzial, das mit dem Wechsel an den Standort Bourbaki Panorama erschlossen werden konnte, nun weitgehend ausgeschöpft ist.
Die Anzahl der Ausleihen von Medien nahm geringfügig ab. Sie liegt aber rund viermal so hoch wie noch vor fünf Jahren.

5.4 Baudirektion

Eines der letzten Entwicklungsgebiete der Stadt Luzern liegt im Raum Bahnhof, Warteggrippe und Steghof. Der Stadtrat beabsichtigt, mit einem städtebaulichen Ideenwettbewerb die Entwicklungspotenziale aufzuzeigen.

Vorwort von Kurt Bieder, Baudirektor

"Gouverner, c'est prévoir", regieren heisst vorausschauen. Im Lichte dieses Sprichwortes wird deutlich, dass auch für die städtische Regierung die Ausarbeitung von Konzepten von vorrangiger Bedeutung ist. Dementsprechend ist der Vorwurf, dass die Verwaltung zu viel Papier produziert, welches zu Papiertigern mutiert, nicht immer zutreffend. Konzepte sollen die Sicherheit schaffen, dass sich einzelne Massnahmen in eine Gesamtstrategie betten lassen. Auf auftauchende Bedürfnisse kurzfristig Lösungen zu schaffen, heisst, das mittel- und langfristige Chaos einzuleiten. Diese Handlungsmaxime hat denn auch in einzelnen Bereichen zu problematischen Entwicklungen geführt.
Im Jahre 2004 hat die Baudirektion verschiedenste konzeptionelle Arbeiten federführend betreut.

Agglomerationsprogramm
Die Bewältigung der Mobilitätsprobleme ist eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Hand. Der Stadtrat hat dieses Thema seit Beginn der Legislatur 2000–2004 zu den Kernzielen erhoben. Im Frühjahr 2003 hat er das Konzept "Luzern macht mobil" verabschiedet. Im Rahmen des Agglomerationsprogramms unter der Federführung des Kantons wurde das städtische Konzept "Luzern macht mobil" uneingeschränkt übernommen. Der Baudirektor im Steuerungsausschuss und der Stadtingenieur in der Projektgruppe konnten 2004 massgeblich an der Erarbeitung des Agglomerationsprogramms mitwirken. Ende 2004 wurde das Programm im Steuerungsausschuss verabschiedet. Ende Februar 2005 wird das Agglomerationsprogramm beim Bund zur Prüfung eingereicht.
Aus städtischer Sicht ist zentral, dass in der Stadt jederzeit zumindest ein Verkehrssystem ungestört funktioniert. Dies kann nur der öffentliche Verkehr sein. Nachdem in der Stadt der ÖV auf der Strasse abgewickelt wird, müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit der Bus auch zu den Spitzenzeiten genügend Verkehrsfläche vorfindet. Dies bedingt, dass der Individualverkehr im Zentrum reduziert wird. Um eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung nicht zu gefährden, darf jedoch nicht in Kauf genommen werden, dass der Individualverkehr abgewürgt wird. Vielmehr muss dem Individualverkehr die Möglichkeit gegeben werden, das Stadtzentrum zu umfahren. Hiefür braucht es Infrastrukturergänzungen. Gleichzeitig muss der schienengebundene öffentliche Verkehr attraktiviert werden. Es sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass mit der S-Bahn die Stadt Luzern auf der Schiene gut erreichbar ist. Bei der Konzepterarbeitung ist der Finanzierbarkeit des ganzen Systems vorrangige Bedeutung zuzumessen. Das heute vorliegende Ergebnis trägt insbesondere auch den finanziellen Aspekten Rechnung, wobei unabdingbar ist, dass der Bund im Rahmen seiner Agglomerationspolitik Mittel zur Verfügung stellt. Auch auf dieser Stufe sind konzeptionelle Vorstellungen vorhanden. Die politischen Instanzen müssen nun die notwendigen Beschlüsse für die Umsetzung fassen.

Liegenschaftspolitik
Die Stadt Luzern besitzt eine Vielzahl von Liegenschaften, die sich im Verwaltungs- und Finanzvermögen befinden. Erstmalig soll eine Liegenschaftspolitik vom Grossen Stadtrat verabschiedet werden. Im Zentrum stehen dabei die Finanzliegenschaften. Welche Rendite sollen diese Liegenschaften abwerfen, welche Grundstücke behält die Stadt, welche sollen entwickelt werden, welche verkauft und welche erworben werden? Sollen Grundstücke im Eigentum oder im Baurecht abgegeben werden? Welche Ziele verfolgt die Stadt mit der Liegenschaftspolitik? Welche Strategien wendet die Stadt bei der Verfolgung dieser Ziele an? Im B+A 26/2004 hat der Stadtrat seine Vorstellungen bekannt gegeben. Die Liegenschaftspolitik soll volkswirtschaftliche und fiskalische, siedlungspolitische, sozialpolitische und finanzpolitische Aspekte verfolgen. Die Wahrnehmung dieser anspruchsvollen Aufgaben bedarf zusätzlicher Ressourcen. Die Baudirektion hat organisatorische Anpassungen und eine personelle Verstärkung vorgenommen. Die Liegenschaftenverwaltung und der Hochbau werden zur neuen Dienstabteilung Immobilien zusammengeführt, welche von Beat Heggli geführt wird.

Stadtraumentwicklung
Im Jahr 2004 wurde die Entwicklungsschwerpunktplanung im Gebiet Bahnhof vorangetrieben. Auch hier sollen konzeptionelle Vorstellungen erwirkt werden, die Sicherheit ergeben, welche Nutzungen installiert und welche Investitionen in Bauten und Verkehrsinfrastrukturen getätigt werden sollen. Zudem wurde erkannt, dass im erweiterten Gebiet Bahnhof-Warteggrippe-Steghof Potenzial für eine gedeihliche Stadtentwicklung steckt. Analysen sollen nun die Voraussetzungen für die Identifikation und Umsetzung von Chancen schaffen. Die Allmendplanung wurde 2004

ebenfalls vorangetrieben. Der Stadtrat hat sich dazu bekannt, dass rund drei Viertel der Allmend von weiteren Überbauungen befreit bleiben sollen. Im Bereich des heutigen Messewesens und des Stadions soll demgegenüber eine Nutzungsverdichtung für eine moderate wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht werden. Auch das Gebiet Basel-/Bernstrasse wird im Rahmen des Projekts BaBeL fortentwickelt.

Konzeptionelle Arbeiten im Kleinen
Es sind jedoch nicht nur die "grossen Themen", welche nach Konzepten rufen. Auch weniger "spektakuläre" Fragestellungen sind konzeptionell anzugehen. Ein Beispiel: Die Zukunft des Friedhofs Friedental muss überdacht werden. Die Erdbestattungen sind markant zurückgegangen. Immer mehr Menschen ordnen an, dass sie nach dem Ableben kremiert werden. Auch wünschen immer mehr Leute, im Gemeinschaftsgrab ihre letzte Ruhe zu finden. Entsprechend nimmt der Platzbedarf für den Friedhof ab. Andererseits ist vermehrt den Bedürfnissen anderer Religionsgemeinschaften (z. B. Muslime) Rechnung zur tragen. Auch in dieser Hinsicht müssen neue Strategien entwickelt werden.

5.4.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele

- Turnhallen Dula und Säli und Dula-Schulhaus: Ausführungskredite für neue Turnhallen Dula und Säli sowie für die Sanierung des Dula-Schulhauses sind bewilligt.
- Mobilitätsstrategie: Nachweis des Nutzens sowie der technischen und finanziellen Machbarkeit ist erbracht.
- Bahnhofstrasse: Einführung einer Begegnungszone durch Signalisationsmassnahmen.
- Langensandbrücke: Wettbewerb für den Neubau ist abgeschlossen.
- ESP Bahnhof: Voraussetzungen für die Definition des ESP Bahnhof sind geschaffen; ein städtebaulicher Ideenwettbewerb über das Gebiet Bahnhof-Warteggrippe-Steghof wird vorbereitet.

Turnhallen Dula und Säli und Dula-Schulhaus
Am 16. Mai 2004 stimmten die Stimmberechtigten dem Ausführungskredit zu. Unmittelbar im Anschluss an die Volksabstimmung wurden Vorbereitungen zur Ausführung in Angriff genommen und das Baugesuch eingereicht. Die Baubewilligung für den Neubau Doppelturnhalle Säli wurde am 1. September 2004 erteilt. Mit den Bauarbeiten wurde Anfang 2005 begonnen. Die Baubewilligung für die Sanierung des Dula-Schulhaus wurde am 16. Februar 2005 erteilt.

Mobilitätsstrategie
Das stadträtliche Konzept "Luzern macht mobil" wurde im Agglomerationsprogramm übernommen. Die Modellrechnungen zeigen klar die Nutzen der verschiedenen Schlüsselprojekte auf. Unter Berücksichtigung der mit dem geplanten Bypass erreichten Kapazitätsergänzung auf der Autobahn und den zu erwartenden Umlagerungen auf den öffentlichen Verkehr, sei es Bus oder S-Bahn, gelingt es, im Zentrum den notwendigen Platz zu schaffen, dass die Busse auch wirklich zirkulieren können. In der Modellannahme wurde der heutige Verkehr auf den Hauptachsen gezielt in der Spitzenstunde halbiert. Die Kanalisation des Verkehrs aus dem Zentrum auf die Autobahn über die Spangen entlastet dabei die Quartiere. Im Prüfbericht zum Schlussbericht des Agglomerationsprogramms konnte die Nachhaltigkeit des Konzepts klar nachgewiesen werden. Nachdem das Steuerungsgremium, in dem auch die Stadt vertreten ist, den Schlussbericht genehmigt hat, wird der Kanton das Programm im Frühjahr 2005 beim Bund einreichen bzw. der Öffentlichkeit präsentieren.

Bahnhofstrasse
Aufgrund eines Verkehrsgutachtens bedingt die Einführung einer Begegnungszone auf der Bahnhofstrasse einige kleinere bauliche Massnahmen. Weitergehende gestalterische und städtebauliche Überlegungen sollen zeigen, welche Massnahmen jetzt zweckmässig sind und eine weitere Umgestaltung nicht präjudizieren. Die Einführung der Begegnungszone ist in der ersten Hälfte 2005 vorgesehen.

Langensandbrücke
Stadt und SBB haben in der ersten Hälfte 2004 gemeinsam den ersten Schritt im Wettbewerbsverfahren für die neue Langensandbrücke eingeleitet. Im Juni konnte die Jury aus insgesamt 34 Eingaben drei Projekte für die Weiterbearbeitung bestimmen. In der zweiten Hälfte 2004 wurde das Programm für den zweiten Schritt erarbeitet, in welchem das Ziel die Wahl des wirtschaftlich günstigsten Projektes unter Berücksichtigung der verbindlichen Pauschalangebote der Teilnehmer ist. Der Abschluss des Wettbewerbsverfahrens ist für Winter 2005/2006 geplant.

ESP Bahnhof / Städtebaulicher Ideenwettbewerb über das Gebiet Bahnhof-Warteggrippe-Steghof
Gestützt auf ein Koordinationsabkommen, welches die Stadt mit den SBB, der Post und dem Kanton abgeschlossen hat, wurde von der Firma ecoptima in Bern ein Konzept für den Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Bahnhof und Umgebung ausgearbeitet. Dieses Konzept beinhaltet Entwicklungsvorschläge für die Teilbereiche Nutzung, Städtebau/Freiräume und Verkehr/Umwelt sowie wichtige Rahmenbedingungen, welche bei der vorgesehenen Ausarbeitung der Massnahmenblätter zu berücksichtigen sind. Weil die Gleisfelder der SBB mittelfristig nicht überbaut werden können, ist das Nutzungpotenzial des ESP kleiner als ursprünglich angenommen. Dadurch wird sich auch das zusätzliche Verkehrsaufkommen in einem vertretbaren Rahmen halten. Dennoch handelt es sich bei diesem Gebiet wegen seiner hervorragenden Erreichbarkeit um einen hochwertigen Ent-

wicklungsschwerpunkt, der sich für ein breites Spektrum von Nutzungen eignet. Ausgeschlossen werden sollen einzig verkehrsintensive Fachmärkte und Einkaufszentren. Inwieweit überbaute Grundstücke für Umnutzungen in Frage kommen, ist Gegenstand von laufenden bilateralen Gesprächen mit weiteren Eigentümern und Betrieben. Mit dem in der Zwischenzeit gefällten Entscheid, die Universität in das Postbetriebsgebäude zu verlegen, werden zusätzliche positive Entwicklungsimpulse für den ESP erwartet. Im Frühjahr 2005 ist vorgesehen, das Entwicklungskonzept einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Die Entwicklungsplanung des Gebietes Bahnhof-Warteggrippe-Steghof wurde im B+A 45/2004 bezüglich Zielsetzungen und Vorgehen präzisiert. Demnach ist über das Gebiet bis Ende 2005 ein Analyse-Teil auszuarbeiten. Auf dieser Basis sollen ab 2006 Entwicklungsstudien (z. B. im Sinne von Testplanungen) durchgeführt werden.

5.4.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 04	B 04	Abweichung	in %	R 04	B 04	Abweichung	in %	(Aufwand)/ Ertrag netto	Mehraufwand/ Minderertrag	Minderaufwand/ Mehrertrag
K511 Stab Baudirektion	897	820	77	9%	0	1	-1	-100%	(897)	78	
K512 Liegenschaftenverwaltung	2'073	2'020	53	3%	818	812	6	1%	(1'255)	47	
K513 Tiefbau	38'402	37'533	869	2%	19'226	17'700	1'526	9%	(19'176)		657
K514 Hochbau	2'300	2'320	-20	-1%	1'853	1'800	53	3%	(447)		73
K515 Stadtplanung	2'381	2'238	143	6%	826	765	61	8%	(1'555)	82	
K516 GIS-DLZ	3'405	3'195	210	7%	3'932	3'439	493	14%	527		283
Spezialaufgaben											
K521 Heizung und Reinigung	6'388	6'612	-224	-3%	6'388	6'612	-224	-3%	0		
K522 Kunst- und Kulturgüterschutz	448	415	33	8%	2	46	-44	-93%	(446)	77	
K523 Waldbewirtschaftung	365	365	0	0%	0	0	0		(365)		
K524 Liegenschaften des Verwaltungsvermögens	14'346	13'349	997	7%	16'906	15'748	1'158	7%	2'559		161
K525 Öffentl. Toiletten	454	481	-27	-6%	4	1	3	300%	(450)		30
Spezialfinanzierungen											
K591 Stadtentwässerung	11'760	11'691	69	1%	11'760	11'691	69	1%	0		
K592 Kehrichtbeseitigung	7'456	6'800	656	10%	7'456	6'800	656	10%	0		
Total	**90'675**	**87'839**	**2'836**	**3%**	**69'171**	**65'415**	**3'756**	**6%**	**(21'505)**	**284**	**1'204**
Nettoverbesserung										**920**	

Die Rechnung der Baudirektion schliesst mit einer Nettoverbesserung von Fr. 920'000.– ab. Mehraufwendungen und Mindererträgen von Fr. 284'000.– stehen Mehrerträge und Minderaufwendungen von Fr. 1'204'000.– gegenüber.

Beim Aufwand schliesst die Rechnung mit Mehrausgaben von Fr. 2'836'000.– ab. Darin enthalten sind Zusatzkredite des Stadtrates in Anwendung von Art. 60 Abs. 2 lit. b GO von Fr. 765'000.– und in Anwendung von Art. 60 Abs. 2 lit. c GO von Fr. 989'000.–. Das Ergebnis resultiert aus Mehrausgaben von Fr. 869'000.– beim Tiefbau, von Fr. 210'000.– beim GIS-Dienstleistungszentrum, von Fr. 997'000.– bei den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens, von Fr. 656'000.– bei der Kehrichtbeseitigung sowie von Fr. 104'000.– bei diversen Aufwandkonti.

Beim Ertrag schliesst die Rechnung mit Mehreinnahmen von Fr. 3'756'000.– ab. Bei diversen Konti ergaben sich Mehrerträge von Fr. 3'980'000.–. Diese resultieren aus mehr verrechneten Dienstleistungen des Regiebetriebes Tiefbau von Fr. 1'526'000.– und des GIS-Dienstleistungszentrums von Fr. 493'000.–, höheren Betriebsgebühren für die Kehrichtbeseitigung von Fr. 656'000.– sowie einem Mehrertrag von Fr. 1'158'000.– bei den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens durch höhere Verrechnungen an die Finanz- und Bildungsdirektion sowie höhere Mietzinseinnahmen und Mehrerträge bei diversen Konti von Fr. 147'000.–. Demgegenüber stehen Mindererträge von Fr. 224'000.– bei den Spezialaufgaben Heizung und Reinigung infolge des geringeren Aufwandes.

5.4.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Liegenschaftenverwaltung
Der B+A 26/2004 "Bericht zur Liegenschaftenpolitik, Teil 2" wurde im Sommer 2004 dem Stadtrat unterbreitet. In der Folge wurde im September 2004 ein Workshop mit dem Grossen Stadtrat durchgeführt. In der Zeit vom 20. September 2004 bis zum 20. Januar 2005 befasste sich die Spezialkommission Liegenschaftenpolitik während fünf Sitzungen mit dem Bericht und Antrag. Anlässlich der Beratungen im Grossen Stadtrat (27. Januar 2005) wurde der B+A jedoch zurückgewiesen.

Im administrativen Bereich konnte mit der im Jahre 2003 neu eingeführten Immobilien-Software RIMO sowohl der Jahresabschluss 2003 als auch die Heiz- und Nebenkostenabrechnung 2003/2004 problemlos und ohne gravierende Verzögerungen vorgenommen werden.
Im baulichen Bereich wurden nebst zahlreichen Wohnungsrenovationen die Dach- und Fassadensanierungen der beiden Finanzliegenschaften Brüggligasse 19 und Maihofstrasse 41 abgeschlossen. Der dazu vorgesehene Gesamtkredit von Fr. 612'000.– wurde dabei um 13,2 % bzw. um Fr. 81'000.– unterschritten. Ebenfalls im abgelaufenen Jahr wurden die Aus- und Umbauarbeiten des Dachgeschosses der Liegenschaft Hans-Holbein-Gasse 3 in Angriff genommen. Dieser Umbau wird voraussichtlich Anfang März 2005 abgeschlossen sein.

Mit Vertrag vom 24. September 2004 wurde die Ausstellungs- und Festhalle Allmend für vorerst fünf Jahre an die Messe Luzern AG vermietet. Die Hallenübergabe erfolgte im Dezember 2004. Die Betriebsführung für die Ausstellungs- und Festhalle Allmend wird ab 1. Januar 2005 vollumfänglich durch die Messe Luzern AG wahrgenommen. Die beiden bisherigen Hallenwarte gingen per 31. Dezember 2004 in den vorzeitigen Ruhestand.

Per 31. Oktober 2004 trat die langjährige Hausbeamtin des Rathauses, Frau Heidi Rothen, in den wohlverdienten Ruhestand. Als Nachfolger wurden Herr und Frau Daniel und Helga Mathis als neues Hauswartepaar verpflichtet.

Tiefbau
Das Jahr begann Erfolg versprechend mit der endlich möglich gewordenen Inbetriebnahme der Buslinie 7.
Weniger erfolgreich verlief die Planung für die Umgestaltung des Knotens Eichhof und der Busspur in diesem Bereich. Als Folge der Verkehrsreduktionen aus dem Richtplan Schlund kündigte die Brauerei Eichhof AG die weitere Zusammenarbeit in diesem Projekt.
Die Projektierung des Verkehrssystems am Kasernenplatz war gerade abgeschlossen, als das Projekt Uni sistiert wurde.
Trotz umfangreicher Mitwirkungsverfahren konnte das Projekt für die Umgestaltung des Schweizerhofquais nicht abgeschlossen werden, weil die Differenzen zwischen verkehrlichen und gestalterischen Ansprüchen und Vorstellungen noch nicht bereinigt sind.
Für die Neugestaltung der Hirschmattstrasse im Zuge der Werkleitungserneuerungen wurden ebenfalls unter Einbezug breiter Bevölkerungskreise bzw. Anspruchsgruppen verschiedene Varianten erarbeitet und diskutiert. Der entsprechende B+A soll im Frühjahr 2005 unterbreitet werden.

Die Lärmschutzprojekte an den Kantonsstrassen konnten zum Teil aus Kapazitätsgründen nicht im gewünschten Tempo umgesetzt werden. Ab 2005 sollen zusätzlich auch die entsprechenden Projekte an den Gemeindestrassen erarbeitet werden, weshalb in diesem Bereich die Ressourcen überprüft werden müssen.
Die Sanierungen der Kanalisationsleitungen konnten programm- und termingerecht fortgesetzt werden. In diesem Rahmen wurde auch der Würzenbach im Areal des Lidos renaturiert.

Im Bereich des Unterhalts dominierten die Themen Vandalismus und Littering. Ordnung, Rücksichtnahme und Respekt im öffentlichen Raum nehmen tendenziell ab, teilweise als Folge des vermehrten Druckes wegen der starken Zunahme der Take-aways. Gemeinsam mit der Polizei sucht das Strasseninspektorat hier nach Lösungen, wo immer möglich in Zusammenarbeit mit den Privaten.

Das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest war ein Höhepunkt im Veranstaltungskalender. Für das Strasseninspektorat und die Stadtgärtnerei bedeutete der Anlass eine grosse Herausforderung mit viel Arbeit, aber auch eine wertvolle Erfahrung.

Und last but not least feierte die Stadtgärtnerei ihr 125-Jahr-Jubiläum; in Anbetracht der finanziellen Situation in bescheidenem, aber nicht minder gelungenem Rahmen.

Hochbau
Termingerecht konnte das neue Sozialzentrum REX den Betreibern übergeben werden. Bereits wenige Wochen nach Inbetriebnahme zeigt sich, dass die Erwartungen erfüllt werden. Die bewilligten Kredite konnten eingehalten werden.

Mit dem Lifteinbau im Rathaus konnte endlich ein behindertengerechter Zugang zum Ratssaal bzw. anderen Räumen geschaffen werden. Im Dachgeschoss wurde eine vollständig neue Wohnung für das Hauswartehepaar eingebaut. Auch die hierfür gesprochenen Kredite können eingehalten werden.
Die Arbeiten zur Sanierung der Schulanlage Wartegg/Tribschen wurden im Oktober 2004 gestoppt. Die sich im Sommer abzeichnende Unsicherheit der Endkostenprognose erforderte eine detaillierte Überprüfung. Die anfänglich prognostizierten Mehrkosten von Fr. 0,5 Mio. werden deutlich überschritten. Ein Zusatzkredit wird erforderlich.

Für den Neubau der Schulanlage Unterlöchli wurde ein Baukredit von Fr. 6,6 Mio. genehmigt. Anfang 2005 wird mit den Bauarbeiten begonnen.

Eine Machbarkeitsstudie bestätigte, dass auf dem Schlachthofareal ein Kulturwerkplatz möglich ist. Die Hauptnutzergruppen sind das Luzerner Theater, das Teilzentrum der Musikschule und die alternativen Kulturbetriebe. Auf dieser Basis bewilligte der Grosse Stadtrat den Projektierungskredit mit B+A 27/2004 für die Erarbeitung eines Ausführungskredites.

Für das Garderobengebäude Allmend-Süd konnte im Februar 2004 mit den Neubauarbeiten begonnen werden. Die Arbeiten wurden fristgerecht abgeschlossen, und die Anlage konnte im Januar 2005 mit einer Eröffnungsfeier dem Betrieb übergeben werden.

Der beantragte Projektierungskredit für ein neues Hallenbad im Strandbad Tribschen wurde vom Volk am 16. Mai 2004 abgelehnt. Gegenwärtig sind wieder viele Fragen bezüglich des städtischen Hallenbades offen. Der Stadtrat beabsichtigt, ein breites Spektrum bezüglich Projekt, Standort und Trägerschaft aufzuzeigen.

Im Rahmen des baulichen Unterhalts wurden verschiedene grössere Unterhalts-/Sanierungsarbeiten an städtischen Liegenschaften ausgeführt, unter anderem:
- Quartiermagazin Würzenbachmatte/Schädrüti des Strasseninspektorats: Sanierung/ Teilerneuerung Betonaussenhülle, Instandstellungsarbeiten
- Schulanlage Hubelmatt: Gesamtsanierung der Hauswartwohnung
- Festhalle Allmend: diverse Sanierungs-/Instandstellungsmassnahmen im Hinblick auf die Vermietung an die Messe Luzern AG
- Werkhof Ibach: Erneuerung Toranlage und Aggregatumbau Lastenlift
- Schulanlage Felsberg: Erneuerung des Spielplatzes
- Schulanlage Hubelmatt: Neugestaltung Spielplatz/Aussenbereiche 1. Teil (Postulat 347 von Sara Rasic und Fabian Demuth namens des Kinderparlaments), mitfinanziert durch eine Benefizveranstaltung von DJ Bobo, Loft und Radio Pilatus. Die Ausführung des 2. Teils erfolgt im Rahmen des bewilligten Budgetkredits 2005.
- Betagtenzentrum Eichhof: Flachdachsanierung und Lifterneuerung Personalhaus C
- Ersatz diverser Heizanlagen (Alterssiedlung Rank, Schulanlage Schädrüti usw.)
- Verschiedene technische Neu- und Zusatzeinrichtungen (Bewohnersicherheitssystem und Erneuerung Telefonanlage Betagtenzentrum Dreilinden, Erneuerung TV-Übermittlungsverkabelung Alterssiedlung Guggi, Instandsetzung Hallenbadtechnik Betagtenzentrum Dreilinden usw.)
- Verschiedene Wohnungsrenovationen und -sanierungen in den Alterssiedlungen und Betagtenzentren
- Gesamtsanierung und Neueinrichtung des Kinderhorts Schulanlage St. Karli
- Innensanierungen und Installation einer Brandmeldeanlage zur Fluchtwegsicherung beim Schulhaus Grabenhof
- Erneuerung des Gebäudeleitsystems im Stadthaus.

Im Berichtsjahr wurden die Kreditübertragungen 2003 in der Höhe von Fr. 9,5 Mio. aufgebraucht. Ebenso sind Planungsarbeiten für folgende Ausführungsvorhaben eingeleitet: Sanierung Schulanlage Utenberg, Redimensionierung Grossschutzraum Sonnenberg, BZE Umbau Haus Rubin, BZ Hirschpark Provisorien und Kulturwerkplatz Luzern-Süd. Zwei Projektierungsvorhaben, Schulanlagen Büttenen und Felsberg, sind begonnen.
Kredite in der Höhe von Fr. 6,9 Mio. konnten hingegen wegen Projektverschiebungen, negativer Volksabstimmung (Hallenbad) oder

Konzeptüberarbeitung nicht ausgeführt werden. Deshalb wurde wiederum der Investitionsrechnung eine Übertragung für Hochbauten von Fr. 7,57 Mio. belastet. Die nicht getätigten Investitionen sind lediglich aufgeschoben, und die Ausgaben erfolgen zusätzlich in den folgenden Jahren.

Stadtplanung
Die Stadtplanung bearbeitete im Berichtsjahr 2004 einerseits strategische und konzeptionelle Projekte der räumlichen Stadtentwicklung, andererseits projektbezogene Umzonungen und Gestaltungspläne. Im Weiteren gehörten die interne und externe fachliche Unterstützung bei planungsrechtlichen Fragen und bei komplexen Bauvorhaben zur Tätigkeit der Stadtplanung.

Als Beitrag zur qualitätsvollen städtebaulichen Entwicklung sind verschiedene private und öffentliche Wettbewerbsverfahren begleitet worden, wie zum Beispiel: Wohnheim Eichwäldli, Wohnüberbauung Dorfstrasse / Am Rain, Wohnpark am Rotsee, Doppelkindergarten Weggismatt, Neubau Langensandbrücke.

Mit der "Testplanung Pilatusplatz" haben drei Teams aus Architekten und Verkehrsplanern unter Begleitung der Stadtplanung Lösungsvorschläge für die städtebaulichen und verkehrlichen Probleme am Pilatusplatz entwickelt. Die Testplanung wurde im Dezember 2004 abgeschlossen, der Planungsprozess und die Resultate in einem Schlussbericht festgehalten. Wichtige Kernaussagen des Schlussberichtes: Verzicht auf den Erhalt des Restaurants Schmiede und der angrenzenden Bauten; Vorschlag zu einer Neubebauung am Pilatusplatz mit mehreren hohen Häusern sowie Umgestaltung des Verkehrsknotens mit dem Ziel, neue Freiflächen zu gewinnen. Nach der Meinungsbildung im Stadtrat ist die Ausarbeitung eines Masterplanes, die Anpassung der planungsrechtlichen Grundlagen und die etappenweise Realisierung vorgesehen.

Ausgelöst durch die anstehende Sanierung des Gebäudes Brambergstrasse 7 (im Wettsteinpark) wurde die Möglichkeit der Auslagerung der Stadtgärtnerei untersucht. Mittels Machbarkeitsstudien wurde geprüft, ob der Betrieb vom heutigen Standort Bramberg ins Gebiet "Ried" am Rotsee verlagert und ob auf dem Gärtnereiareal an der Brambergstrasse neue Wohnbauten realisiert werden sollen. Die Studien lagen bis Ende 2004 vor. Der Stadtrat beschliesst über das weitere Vorgehen im 2005.

Der Bebauungsplan B 138 Wesemlin/Dreilinden wurde zusammen mit vier Änderungen im Zonenplan vom Grossen Stadtrat am 3. Juni 2004 beschlossen, und über zwei hängige Einsprachen wurde entschieden. Gegen den Beschluss des Grossen Stadtrates wurden zwei Verwaltungsbeschwerden beim Regierungsrat eingereicht. Nachdem gegen den B 138 kein Referendum ergriffen wurde, hat der Regierungsrat am 28. Januar 2005 den Bebauungsplan sowie die vier Änderungen des Zonenplanes unter gleichzeitiger Abweisung der Verwaltungsbeschwerden genehmigt.

Nach Rückweisung und Sistierung des B+A 5/2004 "Rahmenkredit Stadtplanung" durch die Baukommission im März 2004 wurde dieser von der Stadtplanung überarbeitet. Der neue B+A 45/2004 "Rahmenkredit Stadtplanung" wurde auf die übergeordneten Ziele der Stadtentwicklung und der Gesamtplanung abgestimmt. Mit dem neuen Rahmenkredit Stadtplanung sollen die Projekte ESP Bahnhof und Umgebung, Entwicklungsplanung Bahnhof-Tribschen-Steghof sowie die erste Phase der Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) finanziert werden. Der neue B+A "Rahmenkredit Stadtplanung" wurde am 24.02.2005 vom Grossen Stadtrat beschlossen.

Folgende Zonen- und Bebauungsplanänderungen wurden im Jahr 2004 vom Grossen Stadtrat beschlossen: Z 18 Ehemaliger Rollerpalast, Z 19 Schild-Areal sowie B 129-A Hotel Astoria. Gegen letztgenannte Bebauungsplanänderung wurde eine Verwaltungsbeschwerde beim Regierungsrat eingereicht. Zudem wurde das Referendum ergriffen. In der Volksabstimmung vom 27. Februar 2005 wurde die Bebauungsplanänderung genehmigt. Die Zonen- und Bebauungsplanänderung Z 20 Ehemaliges Versicherungsgericht wurde im Oktober/November 2004 öffentlich aufgelegt. Die Umzonung wird dem Grossen Stadtrat 2005 zum Beschluss unterbreitet.
Im Berichtsjahr 2004 wurden die Gestaltungspläne G 305 Schönbühl Center, G 315 Migros Würzenbach, G 316 Sentipark II sowie G 318 Dorenbach durch den Stadtrat bewilligt. Der Gestaltungsplan G 305 ist aufgrund hängiger Verwaltungsgerichtsbeschwerden noch nicht rechtskräftig. Der bereits im Jahr 2003 bewilligte Gestaltungsplan G 311 Reussinsel erlangte 2004 Rechtskraft. Weitere Gestaltungspläne sind in Bearbeitung: G 299 Schönbühlhügel, G 312 Unterlöchli, G 313 Vorderrain II (voraussichtliche Bewilligung durch den Stadtrat im März 2005), G 317 Littauerhof, G 319 Rosenegg, G 320 Neulinden, G 321 Leumatt, G 323 Zürichstrasse sowie G 324 Urnerhofweg.

Im Berichtsjahr wurden 420 Baugesuche zur Bearbeitung eingereicht. In diesen Zahlen enthalten sind auch Projektänderungen, Vorprojekte, Fensterersatz usw. Behandelt wurden 441 Gesuche.

Das Bauinventar für den Bebauungsplan B 135 Baselstrasse/Bernstrasse konnte Ende Dezember 2004 abgeschlossen werden. Im Zentrum der Arbeiten stand das Bauinventar für die Bebauungspläne B 128 Bruch/Obergütsch und B 132 Tribschen/Bahnhof. Rund 120 Liegenschaften wurden nach den Richtlinien detailliert inventarisiert. Erneut stark zugenommen haben Notinventarisationen von Gebäuden als Folge von aktuellen Baugesuchen.

In der Berichtsperiode sind folgende fünf Objekte oder Teile davon in das kantonale Denkmalverzeichnis aufgenommen worden:
- Bernstrasse 49 (Gesamtbauwerk)
- Obergrundstrasse 3, Haus Rex (Erweiterung des Schutzumfangs)
- Murmattweg 6, Ausbildungsgebäude Meili-Bau, ehemals Kaserne Allmend (Gesamtbauwerk der Meili-Anlage: Trakt 1 Turmbau, Trakt 2 Hauptbau, Trakt 3 Stabsflügel und die vier Nebenbauten-Unterstände)
- Richard-Wagner-Weg 27, Landsitz Tribschen, Richard Wagner Museum (Landhaus als Gesamtbauwerk, das Bootshaus mit Schifflände, das Pfauenhaus und die gestaltenden Teile der Parkanlage)
- Reusssteg 9, Heinserlin-Haus, (Gesamtbauwerk)

Erneut wurde die Präsentation des Kunstgutes der Kunstsammlung in den Publikumszonen verändert. In enger Zusammenarbeit erfolgte zugleich die Überprüfung von mehr als 200 städtischen Leihgaben in der Sammlung des Kunstmuseums Luzern. Im Rahmen der Ausstellung zur Barock-Plastik zeigte das Historische Museum als Leihgaben Meisterwerke aus dem städtischen Kunstbesitz. Die Konservierungs- und Restaurierungsmassnahmen wurden weitergeführt.

Die Zahl der Besucherinnen in den städtischen Museen (Picasso-Museum und Richard Wagner Museum) hielten sich im Rahmen des Vorjahres, obwohl Luzern in der Vergleichsperiode Marktanteile als Museumsplatz verlor. Das Picasso-Museum zeigte erstmals mit Werken von Jürg C. Bächtold und von Brigitte Steinemann-Reis zwei Sonderausstellungen. Das Richard Wagner Museum präsentierte im selben Zeitraum drei stark beachtete Sonderausstellungen, u. a. auch eine zu Gottfried Sempers Deckenmalerei, welche im Februar 2004 zufällig im Museum entdeckt wurde.

Vier Ausstellungen mit Werken von Luzerner Kunstschaffenden wurden im Berichtsjahr in der Kornschütte gezeigt; die Dokumentarausstellung zum Jubiläum der Freimaurerloge Fiat Lux zog besonders viele Besucherinnen und Besucher an.

GIS-Dienstleistungszentrum
Arbeiten im Zusammenhang mit dem Werkinformationssystem beanspruchten die Kapazitäten des GIS-Dienstleistungszentrums stark. Um alle Aufträge fristgerecht auszuführen, mussten externe Arbeitskräfte beigezogen werden.

Das GIS-Konzept (Geografisches Informationssystem) für die Stadt wurde vom Steuerungsausschuss genehmigt. Im 4. Quartal wurde die Software eingeführt und mit der Schulung der Mitarbeiter begonnen. Für das GIS wird die Software der Firmen ESRI und Geocom eingesetzt. Die WIS-Daten sollen in absehbarer Zeit auf die neue Plattform migriert werden.
Das GIS-Dienstleistungszentrum war 2004 sehr gut ausgelastet. Die Nachfrage nach Dienstleistungen, Produkten und Daten ist zunehmend. Die Datensätze werden fortlaufend ausgebaut und die Anwendungen verbreitet.

Die Erneuerungsarbeiten im amtlichen Vermessungswerk wurden fortgesetzt. Erfassungsarbeiten wurden in den Gebieten "Altstadt", "Hirtenhof" und "Neustadt" geleistet.
Mit dem 2004 in Kraft getretenen Gesetz über die Geoinformation wurde die amtliche Vermessung eine kantonale Aufgabe. Damit die Stadt Luzern ihr amtliches Vermessungswerk weiterhin selbst betreiben kann, wurde mit dem Kanton ein entsprechender Vertrag abgeschlossen. Die durch bauliche Veränderungen verursachten Nachführungskosten des Vermessungswerkes werden neu in Promillen der Bausumme verrechnet und nicht mehr wie bisher mit Akkordtarif.

5.4.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

5.4.4.1 Liegenschaften des Finanzvermögens

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Innerhalb der Liegenschaftenverwaltung betreut das mit 300 Stellenprozenten besetzte "Ressort Finanzvermögen" sämtliche Liegenschaften des Finanzvermögens. Die wichtigsten Aufgaben sind:

- Vermietung und Bewirtschaftung der Liegenschaften
- Rechnungswesen, insbesondere: Mietzinsinkasso, Heiz- und Nebenkostenabrechnungen, Liegenschaftenabrechnungen, Budget- und Rechnungswesen
- Ordentlicher und ausserordentlicher Liegenschaftenunterhalt
- Abnahme und Übergabe der Mietobjekte
- Kauf und Verkauf von Liegenschaften / Abgabe von Baurechten

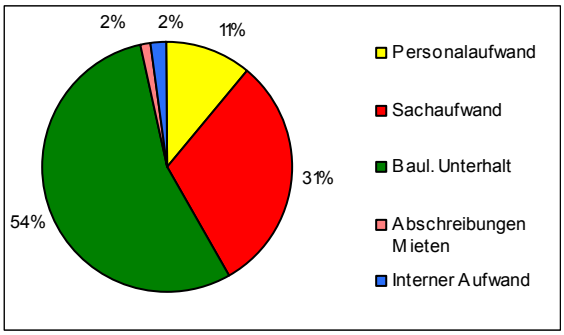
b) Ergebnis

	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	3'737'831	3'123'328	3'043'200	80'128	3%	-614'503	-16%
Ertrag	8'074'819	7'482'586	7'731'100	-248'514	-3%	-592'233	-7%
Ergebnis	**4'336'988**	**4'359'258**	**4'687'900**	**-328'642**	**-7%**	**22'270**	**1%**
BU LFV	1'626'395	1'684'126	1'601'000	83'126	5%	57'732	4%

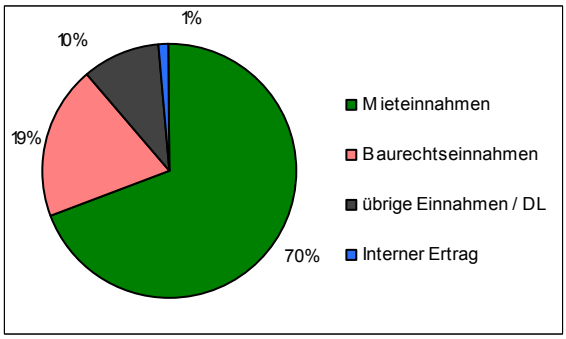
BU LFV = Baulicher Unterhalt Liegenschaften Finanzvermögen

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	Veränd.
Anzahl Wohnungen	196	193	265	266	266	260	-6
Durchschnittliche Nettorendite	4,08%	4,33%	4,62%	4,89%	4,4%	4,15%	-0,25%

e) Kommentar

Im vergangenen Geschäftsjahr musste ein Rückgang der Nettorendite um 0,25 % verzeichnet werden. Dies ist unter anderem auf den Wegfall von sechs Wohnungen durch den Rückbau der Liegenschaften Zürichstrasse 45 und Bernstrasse 76 zurückzuführen. Zudem wurde bei der Budgetierung für das Jahr 2004 mit einem Anstieg des Hypothekarzinses auf 3,50 % gerechnet.
Der bauliche Unterhalt wurde wegen eines gebundenen Zusatzkredits für die Liegenschaft Hans-Holbein-Gasse 3 um Fr. 83'000.– bzw. um 5 % überzogen. Trotzdem konnte das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr um 1 % gesteigert werden.

5.4.4.2 Tiefbau / Strassenraum, Grün- und Sportanlagen, Friedhof

a) Aufgaben / Dienstleistungen (Leistungsgruppen 1–3 und 6 des Globalbudgets)

Seit dem 1. Januar 2002 wird das Tiefbauamt mit einem Leistungsauftrag mit Globalbudget geführt. Gegenüber dem Vorjahr hat der Berichtsteil keine Änderung erfahren, d. h., die Dienstleistungen, Ergebnisse und Kennzahlen werden in den Leistungsgruppen 1–6 dargestellt und kommentiert. Details dazu befinden sich auch im Bericht über den Leistungsauftrag mit Globalbudget im Zahlenteil der Rechnung 2004.

Der betriebliche und bauliche Strassenunterhalt wird auf dem Stadtgebiet sowohl auf Kantons-, Gemeinde- wie auch teilweise auf Privatstrassen vorgenommen. Der Strassendienst umfasst auch den Unterhalt der Fuss- und Wanderwege, Treppen und Treppenwege, Plätze, Trottoirs, öffentlichen Brunnen, Fängeranlagen, Velounterstände, die Entleerung sämtlicher Abfallkörbe, der Unterhalt und die Erneuerung der Robidog-Kästen, die Beflaggungen im öffentlichen Raum sowie die Instandstellung des öffentlichen Grundes nach Grossanlässen und allfälligen Unwettern. Der technische Dienst (Markierung und Signalisation), die öffentliche Beleuchtung sowie der Unterhalt und die Pflege des Strassengrüns und der Strassenbäume gehören ebenfalls zu diesem Aufgabengebiet. Diese Arbeiten werden sowohl von eigenem Personal (durchschnittlich gut 100 Personen) wie auch von privaten Bau- und Transportunternehmen sowie der ewl AG ausgeführt. Die baulichen Aufwendungen sowie der Winterdienst an Kantonsstrassen werden durch den Kanton finanziert, und gewisse Dienstleistungen, wie z. B. an Privatstrassen oder für Grabenaufbrüche, werden an Private verrechnet. Die LG 1 beinhaltet auch den Gemeindeanteil Motorfahrzeugsteuern (Ertrag Kanton) sowie die Entnahme der Parkplatzunterhaltsaufwendungen aus der Spezialfinanzierung Parkplätze.

Im Bereich Strassenraum der Leistungsgruppe 2 (total 13 Personaleinheiten) erfolgt die Planung, Projektierung, Kreditierung, Genehmigung und die Ausführung der diversen Verkehrsbauten. Dieser Aufgabenbereich umfasst auch die Abwicklung der Strassensanierungsprogramme sowie die Planungen für den öffentlichen Verkehr.

Das Personal der Stadtgärtnerei (durchschnittlich 60 Personen, darunter auch mehrere Baumpflegespezialisten) ist für die Pflege sämtlicher Parkanlagen, Kinderspielplätze sowie der Allee- und Anlagebäume auf dem Stadtgebiet zuständig. Diese Leistungen umfassen den Ersatz und periodischen Schnitt, das Wässern, die Pflege der Baumscheiben sowie besondere Baumpflegemassnahmen. Im Bereich Baumschutz behandelt das Team auch jährlich einige hundert Beseitigungs- und Rückschnittsgesuche von Privaten. Seit mehreren Jahren erfolgen zudem systematische Aufnahmen, die es erlauben, dem grafischen Baumkataster Daten zur Entwicklungsbeobachtung zuzuordnen. Die Grünpflege der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens sowie der Schulanlagen wie auch der Unterhalt und Betrieb der Aussensportanlagen vervollständigen diesen Dienstleistungsbereich.

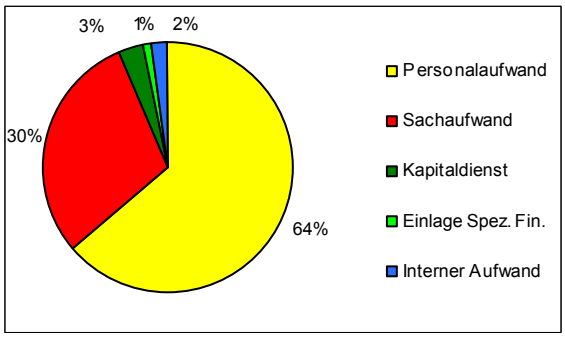
Im administrativen Bereich der Friedhofverwaltung werden alle Bestattungen sowie alle Gräber erfasst und registriert. Der Friedhofverwaltung (17 Mitarbeitende) obliegt auch die Verwaltung der Vertragsgräber für den Grabunterhalt. Zu den Aufgaben im technischen Bereich gehören die Vorbereitungen und Ausführungen der Bestattungen in folgenden Friedhöfen: Friedental, Hoffriedhof, Kloster Wesemlin, Kloster Gerlisberg und im israelitischen Friedhof. Hinzu kommt der Unterhalt der gesamten Anlage und das Pflegen und Anpflanzen der Vertragsgräber.

b) Ergebnis

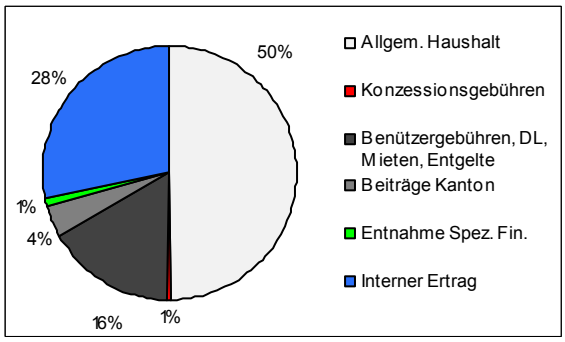
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	38'161'944	38'402'529	37'532'600	869'929	2%	240'585	1%
Ertrag	18'071'645	19'226'199	17'699'800	1'526'399	9%	1'154'554	6%
Ergebnis	**-20'090'299**	**-19'176'330**	**-19'832'800**	**656'470**	**3%**	**913'969**	**5%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2000	2001	2002	2003	2004	Veränd.
Bearbeitete Fläche in m^2	1'600'000	1'600'000	1'600'000	1'600'000	1'625'000	+25'000
Kantonsstrassen			310'000	310'000	310'000	0
Gemeindestrassen			1'290'000	1'290'000	1'315'000	+25'000
Parkanlagen, Friedhof, Aussensportanlagen			690'000	690'000	727'000	+37'000
Liegenschaften Verwaltungsvermögen (inkl. Schulhäuser)			530'000	530'000	530'000	0
Anzahl Robidogs inkl. Sackspender			210	213	219	+6
Anzahl öffentliche Brunnen	157	157	157	157	157	0
Anzahl Velounterstände	42	62	59	59	59	0
Anzahl Abfallkörbe	1'100	1'268	1'308	1'329	1'348	+19
Anzahl Fängeranlagen	47	47	47	47	47	0
Anzahl Armaturen öffentliche Beleuchtung;			7'612	7'612	7'646	+34
davon ausgewechselt			157	159	55	
Anzahl Kinderspielplätze			40	40	40	0

Kennzahlen Strassenraum	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**Veränd.**
Unterhaltskosten pro m^2 in Fr.	5.95	8.10	14.75	15.17	14.30	-0.87
Kosten pro Einwohner in Fr.	158.05	217.50	316.50	325.10	312.40	-12.70
K'deckungsgrad Planungen			49,3%	45,3%	57,1%	+26%

Kennzahlen Anlagenpflege	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**Veränd.**
Kosten pro m^2 Rasenspielfeld			5.20	6.45	5.45	-1.–
Kosten pro m^2 Allwetterplatz			2.85	1.85	2.15	+0.30
Kosten pro m^2 Unterhalt Verw. liegensch. (inkl. Schulhäuser)			2.80	2.75	2.80	+0.05
Kosten für gesamte Anlagenpflege pro Einwohner in Fr.			80.80	78.80	72.70	-6.10

Kennzahlen Baumpflege	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**Veränd.**
Anzahl Strassenbäume			3'300	3'300	3'317	+17
Kosten pro Strassenbaum in Fr.			139.90	141.90	150.35	+8.45
Kosten pro Einwohner in Fr.			7.70	7.80	8.30	+0.50
Anzahl Bäume in Anlagen			6'500	6'500	6'500	–
Kosten pro Anlagenbaum in Fr.			73.90	82.85	98.40	+15.55
Kosten pro Einwohner in Fr.			8.–	8.95	10.60	+1.65

Kennzahlen Friedhof	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**Veränd.**
Anzahl Bestattungen	852	840	772	825	847	+ 22
Anzahl Vertragsgräber	586	554	545	565	541	- 24
Kosten pro Erdbestattung			1'870.–	1'742.–	1'924.–	+ 182.–
Kosten pro Urnenbestattung			705.–	698.–	652.–	- 46.–

e) Kommentar

Die Details des Netto-Minderaufwandes werden wie üblich im Kommentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag im Zahlenteil der Rechnung 2004 dargelegt. Die Netto-Unterhaltskosten pro m^2 Strassenraum in der Leistungsgruppe 1 (Betrieb, Bau, Technischer Dienst, Beleuchtung, Strassengrün und -bäume sowie Robidogs) bewegen sich mit Fr. 14.30/m^2 leicht unterhalb der Sollvorgabe gemäss Voranschlag 2004 (< Fr. 14.50); sie sind zufolge höherer Erträge auch um rund 6 % tiefer als im Vorjahr ausgefallen.
In der Leistungsgruppe 2 (Planung, Projektierung und Neubau) sind per 31.12.2004 total 60 zu bearbeitende Projekte zu verzeichnen (Stand Vorjahr 80; 10 Projekte kamen in der Berichtsperiode neu hinzu, total 30 Projekte konnten abgeschlossen werden). Der Kostendeckungsgrad konnte mit 57,1 % unter Einhaltung der Bruttokosten gegenüber dem Vorjahr aufgrund höherer Erträge massiv gesteigert werden; auch der entsprechende Soll-Wert von 54 % wurde damit übertroffen. Dank wesentlich höheren Erträgen (Weiterverrechnungen und Beiträge an/von Dritten) erhöhte sich auch der Kostendeckungsgrad der Leistungsgruppe 3 (Grün- und Sportanlagen, Friedhof) auf über 50 % (Soll 40 %). Aufgrund von einigen Ressourcenverschiebungen sind bei den Kennzahlen der einzelnen Leistungen gegenüber dem Vorjahr gewisse Abweichungen zu verzeichnen; die gesamten Bruttokosten bewegen sich jedoch im Rahmen des Voranschlages.
Die Anzahl Vertragsgräber (Grabunterhalt) hat sich nur unwesentlich verändert. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Anzahl Bestattungen um knapp 3 % erhöht. Die total 847 Bestattungen setzen sich wie folgt zusammen: 147 Erdbestattungen (Vorjahr 145) und 700 Urnenbeisetzungen (Vorjahr 680). Die Beisetzungen im Gemeinschaftsgrab belaufen sich dabei auf 307 (Vorjahr 309). Von den 847 bestatteten Personen hatten rund 89 % ihren letzten Wohnsitz in der Stadt Luzern. Der Durchschnittspreis pro Bestattung beträgt gemäss Kostenrechnungsauswertung Fr. 872.80 (Vorjahr Fr. 881.40).

5.4.4.3 Stadtentwässerung

a) Aufgaben / Dienstleistungen (Leistungsgruppe 4 des Globalbudgets)

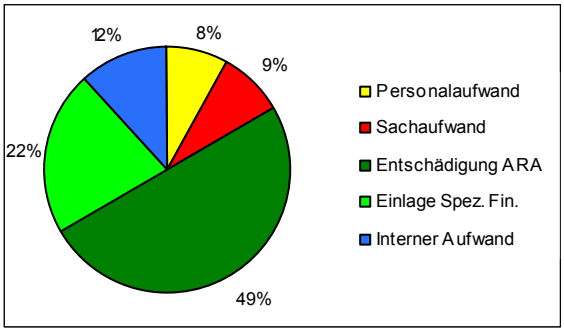
Die Schmutzwasserbeseitigung für die Stadt Luzern erfolgt durch den Gemeindeverband für Abwasserreinigung Luzern und Umgebung (GALU) über die ARA Buholz.
Die Stadt Luzern beteiligt sich an den Betriebskosten (Verwaltungs- und Betriebsaufwand, Pumpwerke und Spezialwerke sowie Investitionsbeiträge an den ARA-Ausbau) wie die übrigen Verbandsgemeinden nach einem vereinbarten Verteilschlüssel (Verhältnis der Einwohnergleichwerte und Betriebskostenverteiler EAWAG). Die jährlichen Kosten für die Abwasserbeseitigung werden durch ARA-Betriebsgebühren abgedeckt. Das Gebühreninkasso (Verrechnung nach Wasserverbrauch) wird im Auftrag durch die ewl AG für die Baudirektion besorgt.
Für den betrieblichen Unterhalt des städtischen Kanalnetzes und der Pumpstationen ist eine Unterhaltsgruppe mit durchschnittlich 14 Personen verantwortlich. Nebst der Reinigung der Abwasseranlagen führt dieses Personal auch Entsorgungsarbeiten für Garagen- und gastgewerbliche Betriebe gegen Verrechnung aus (Entleerung Mineralöl- und Fettabscheider). Zudem werden private Abwasseranlagen nach Auftrag unterhalten. Für den Untersuch und die Beobachtung des Kanalnetzes steht dem Team nebst mehreren Spezialfahrzeugen eine moderne Kanalfernseh-Anlage zur Verfügung. Per 1. Januar 2004 wurde zudem das Prozessleitsystem in der Stadtentwässerung – ein EDV-unterstütztes Überwachungs- und Steuerungssystem für die Abwasseranlagen der Stadt Luzern – eingeführt.

b) Ergebnis

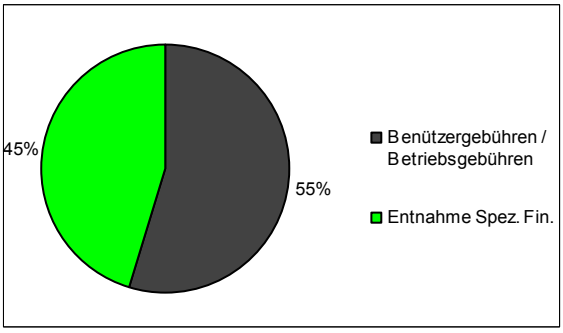
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	12'123'850	11'759'890	11'690'600	69'290	1%	-363'960	-3%
Ertrag	12'123'850	11'759'890	11'690'600	69'290	1%	-363'960	-3%
Ergebnis	**0**	**0**	**0**	**0**		**0**	

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Länge des Kanalnetzes	145 km	145 km	145 km	145 km	145 km	145 km
Anlagewert in Mio. Fr. (Stadt)	410	410	410	410	410	410
Angelieferte Wassermenge in m^3	7,5 Mio.	7,0 Mio.	7,1 Mio.	7,3 Mio.	7,46 Mio.	7,30 Mio.
Wohnbevölkerung per 31.12.	60'279	60'022	59'750	60'123	60'195	60'204

Kennzahlen Unterhalt	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Unterhaltskosten pro Laufmeter Kanalnetz	Fr. 9.70	Fr. 10.15	Fr. 9.95	Fr. 8.75	Fr. 8.95	Fr. 9.–
Kosten in % des Anlagewertes				0,31%	0,32%	0,32%
Unterhaltskosten pro Einwohner in Fr.	Fr. 23.40	Fr. 24.50	Fr. 24.10	Fr. 21.10	Fr. 21.55	Fr. 21.65

Kennzahlen Wasser	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Wasserverbrauch pro Einwohner	124m^3	117 m^3	119 m^3	121 m^3	124 m^3	121 m^3
Kosten pro m^3 Wasser			Fr. 1.44	Fr. 1.64	Fr. 1.62	Fr. 1.60
Kosten pro Einwohner				Fr. 199.45	Fr. 201.40	Fr. 195.35
Kostenanteil der Stadt an GALU in Fr. und %	41,0%	4'403'725 43,9%	5'297'366 46,07%	5'684'616 45,94%	5'915'443 45,94 %	5'681'596 45,94%

e) Kommentar

Der betriebliche Unterhalt des Kanalnetzes konnte mit Fr. 9.– pro Laufmeter im Rahmen der Soll-Vorgaben gemäss Leistungsauftrag erfolgen (< Fr. 10.–). Vom gemäss B+A 24/2001 – baulicher Unterhalt Kanalnetz 4. Etappe, 2. Teil – zu sanierenden Kanalnetz (total zirka 14 km) konnten per Ende 2004 insgesamt 3,5 km oder rund 25 % erneuert werden. Die gesamten Aufwendungen der Leistungsgruppe weichen vom Budget nur marginal ab (grösserer baulicher Unterhalt, geringerer Betriebskostenbeitrag ARA/GALU). Gegenüber der Vorjahresrechnung haben sich jedoch aufgrund des geringeren Gesamtkostenanteils der Stadt am GALU die gesamten Aufwendungen der Stadtentwässerung um zirka 3 % auf Fr. 11,8 Mio. reduziert (Vorjahr Fr. 12,1 Mio.). Gemäss Messung 2003 konnte der Anteil der Stadt Luzern am gesamten Fremdwasser aufgrund der getätigten Investitionen im Kanalnetz der letzten Jahre auf zirka 58 % verringert werden (bisher 74 %).
Die Erträge dieser Leistungsgruppe resultieren einerseits aus den Kanalisations- und ARA-Betriebsgebühren (zurzeit Fr. 0.85 pro m^3 Wasser), aus Kanalisationsanschlussgebühren bei Neu- und Umbauten (1,5 % der wertvermehrenden Investitionen) und andererseits aus Entnahmen aus Spezialfinanzierungen für Unterhalt und Investitionen der Anlagen der Stadtentwässerung, deren Bestand per 31.12.2004 noch Fr. 0,55 Mio. beträgt. Die hohen Investitionskosten im städtischen Kanalnetz bedingen per 2006 eine Erhöhung der Gebühren, deren Anpassung im Berichtsjahr vorbereitet wurde.

5.4.4.4 Abfallwirtschaft

a) Aufgaben / Dienstleistungen (Leistungsgruppe 5 des Globalbudgets)

Der Autobetrieb des Strasseninspektorates ist u. a. für die Kehrichtentsorgung in der Stadt Luzern zuständig. Diese Aufgabe umfasst die Entsorgung des häuslichen Kehrichts sowie verschiedener Wertstoffe (Organisation, Sammeldienst, Verwertung). Dabei wurden im Jahr 2004 zirka 35'200 Tonnen Abfälle von rund 30'000 Haushaltungen und 50'000 Arbeitsplätzen eingesammelt, transportiert und ordentlich entsorgt. Es stehen dazu 10 Kehrichtwagen und bis zu 30 Mitarbeiter im werktäglichen Einsatz. Gewisse Dienstleistungen, wie z. B. das Einsammeln von Weinflaschen, werden von Fall zu Fall durch private Transportunternehmen ausgeführt. Für die Kartonsammlungen werden auch Jugendorganisationen gegen Entgelt zugezogen. Die Gesamtaufwendungen für die Kehrichtbeseitigung werden gemäss den gesetzlichen Vorschriften vollumfänglich durch Kehrichtgebühren abgedeckt. Seit In-Kraft-Treten des neuen Abfallreglements per 1. Juli 2003 erhebt die Stadt Luzern zur Deckung der Kosten für Separatsammlungen, Information und Beratung, Personal und Administration sowie den ungedeckten Sammel- und Transportkostenanteil der Verursachergebühr lediglich noch Grundgebühren. Demgegenüber wird die Verursachergebühr nach Volumen und/oder Gewicht vom GKLU direkt erhoben.

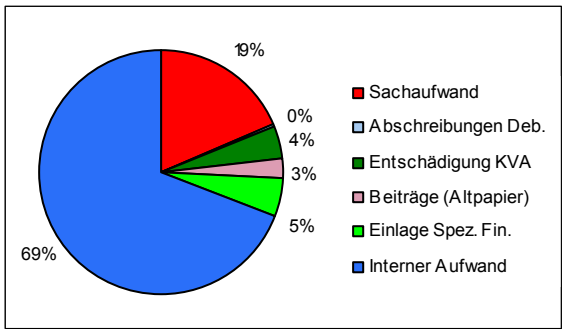
b) Ergebnis

	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	9'864'624	7'083'120	6'800'000	283'120	4%	-2'781'504	- 28%
Ertrag	9'322'865	7'456'352	6'800'000	656'352	10%	-1'866'513	- 20%
Ergebnis	**-541'759**	**373'233**	**0**	**373'233**		**914'992**	**169%**

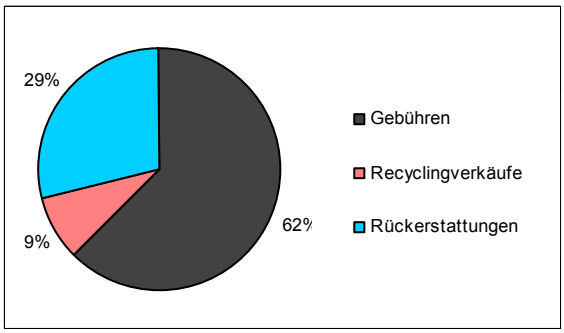
Anmerkung: Das Ergebnis entspricht der Einlage/Entnahme in die Spezialfinanzierung.

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Wohnbevölkerung per 31.12.	60'279	60'022	59'750	60'123	60'195	60'204
Anzahl Haushalte				30'000	30'000	30'000
Anz. Arbeitsplätze	53'000	54'500	54'500	54'500	50'000	50'000
Kostendeckungsgrad				103,2%	95%	105,3%

Kehricht — **Kosten in Fr. pro Tonne / Stück**

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Hauskehricht	291.–/t	289.–/t	297.–/t	283.–/t	201.–/t	201.–/t
Kompost-Abfälle	403.–/t	422.–/t	470.–/t	416.–/t	397.–/t	361.–/t
Altmetall	157.–/t	175.–/t	187.–/t	161.–/t	223.–/t	105.–/t
Altglas	126.–/t	113.–/t	136.–/t	100.–/t	81.–/t	78.–/t
Weissblechbüchsen	603.–/t	594.–/t	546.–/t	569.–/t	711.–/t	957.–/t
Batterien	274.–/t	149.–/t	417.–/t	570.–/t	610.–/t	509.–/t
Haushaltgeräte						189.–/t
Altpapier	64.–/t	50.–/t	52.–/t	45.–/t	41.–/t	61.–/t
Karton	564.–/t	448.–/t	517.–/t	507.–/t	379.–/t	313.–/t

Kehricht	Kosten in Fr. pro Tonne / Stück					
	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Leuchtstoffröhren	1.58/St.	1.43/St.	1.42/St.	1.62/St.	1.52/St.	1.89/St.
Elektronikschrott	2'307.–/t	3'200.–/t	3'823.–/t	827.–/t	108.–/t	511.–/t
Altöl	478.–/t	508.–/t	1'058.–/t	1'318.–/t	1'683.–/t	728.–/t

Abfallmengen	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Gesamtabfallmenge	38'782 t	39'142 t	39'038 t	39'521 t	38'913 t	35'213
Anteil Hauskehricht	26'712 t	26'800 t	26'884 t	26'990 t	24'247 t	18'048
Anteil Wertstoffe	12'070 t	12'342 t	12'152 t	12'531 t	14'666 t	17'165
Anteil Wertstoffe in % (Recycling; Separatsammlung)	31,12%	31,53%	31,13%	31,70%	37,70%	48,74%
Hauskehrichtmenge pro Einwohner	443 kg	446 kg	450 kg	449 kg	403 kg	299 kg
Entsorgungskosten pro Einwohner in Fr.	170.55	169.90	178.20	170.10	127.50	117.65

e) Kommentar

Aufgrund des neuen Abfallreglements mit Grund- und Verursachergebühren, seit 1. Juli 2003 gültig, hat sich der Umsatz gegenüber der Vorjahresrechnung markant verringert (direkte Verrechnung der Verursachergebühr durch den GKLU; Beschränkung der Einnahmen auf die Grundgebühren). Die Gesamtabfallmenge konnte gegenüber dem Vorjahr um 3'700 Tonnen oder rund 10 % reduziert werden. Die Separierungsquote liegt nach einem ganzen Geschäftsjahr mit der neuen Gebührenregelung mit 48,74 % sowohl deutlich über dem Vorjahreswert, aber auch über den Soll-Vorgaben des parlamentarischen Leistungsauftrages von 40 %. Die Gesamtabfallmenge pro Einwohner beträgt im Berichtsjahr 584 kg (Vorjahr 646 kg), die Hauskehrichtmenge 299 kg (Vorjahr 403 kg). Im Bereich des illegalen Deponierens von Kehricht im öffentlichen Grund stehen der positiven Separierungsquote grosse Aufwendungen gegenüber, mussten doch seit der Einführung der Verursachergebühr rund 7'500 Kehrichtsäcke untersucht, über 1'000 zusätzliche Rechnungen ausgestellt sowie etliche Verzeigungen vorgenommen werden.
Der finanzielle Gesamtaufwand für die Abfallwirtschaft bewegt sich nach neuem Reglement mit rund Fr. 7,1 Mio. leicht über dem Voranschlag (Mehraufwendungen für Dienstleistungen und Separatsammlungen). Aufgrund des Kostendeckungsgrades von 105,3 % (vor allem höhere Recycling-Verkäufe) konnte wiederum eine Einlage in die Spezialfinanzierung Kehrichtbeseitigung von Fr. 373'233.– getätigt werden (neuer Stand per 31.12.2004 Fr. 3,7 Mio.).

5.4.4.5 Hochbau / Baulicher Unterhalt für die Verwaltungsliegenschaften

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die vom Hochbau organisierten und erbrachten Leistungen umfassen zwei Hauptbereiche: Organisation und Abwicklung des baulichen und betrieblichen Unterhalts der städtischen Liegenschaften. Ziel dieser Gesamtaufgabe ist es, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln einen optimalen Substanzerhalt sowie die vorgesehene Gebäudenutzung sicherzustellen. Eine weitere Aufgabe ergibt sich aus der städtischen Investitionstätigkeit. Hierbei übernimmt der Hochbau die Projektleitung und ist verantwortlich für eine ordnungsgemässe Projektrealisierung bezüglich Terminen, Qualität und Kosten.

b) Ergebnis

	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Hochbau: Eigenaufwand für Unterhalt und Investitionen							
Aufwand	2'215'500	2'300'217	2'319'500	-19'283	-1%	84'717	4%
Ertrag	1'237'261	1'852'755	1'800'000	52'755	3%	615'494	50%
Ergebnis	**-978'239**	**-447'462**	**-519'500**	**72'038**	**14%**	**530'777**	**54%**

Aufwendungen für den baulichen Unterhalt

Funkt. Gliederung	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Verwaltung	1'882'959	1'653'131	1'517'800	135'331	9%	-229'828	-12%
Sicherheit	66'896	228'235	125'000	103'235	83%	161'339	241%
Bildung	1'475'501	1'451'351	976'000	475'351	49%	-24'150	-2%
Kultur und Freizeit	275'112	350'090	253'000	97'090	38%	74'978	27%
Gesundheit	9'258	15'029	36'000	-20'971	-58%	5'771	62%
Soziale Wohlfahrt	2'334'200	2'782'056	2'694'300	87'756	3%	447'856	19%
Verkehr	24'300	21'916	31'000	-9'084	-29%	-2'384	-10%
Volkswirtschaft	60'328	61'945	55'500	6'445	12%	1'617	3%
Finanzen	135'707	378'950	232'100	146'850	63%	243'243	179%
Zwischentotal	6'264'261	6'942'703	5'920'700	1'022'003	17%	678'442	11%
./. Aufwand Art. 60 GO	-835'472	-1'360'563				-525'091	63%
Total[1]	**5'428'789**	**5'582'140**	**5'920'700**	**-338'560**	**-6%**	**153'351**	**3%**

[1] reiner baulicher Unterhalt

Vergleich Rechnung 2004 zu Budget 2004

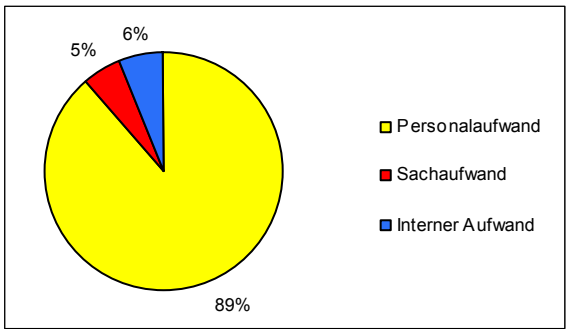
Mit Projektoptimierungen sowie der Ausnützung der herrschenden Konkurrenzsituation unter den Bauunternehmen konnten die Ausgaben gegenüber dem Budget um 6 % unterschritten werden.

Die zusätzlich notwendigen Massnahmen sind mittels Nachtragskrediten (gemäss Art. 60 Abs. 2 lit. b und c GO) ausgeführt worden und machen ein Umsatzvolumen von gut Fr. 1,36 Mio. aus. Grössere Nachtragskredite wurden benötigt:

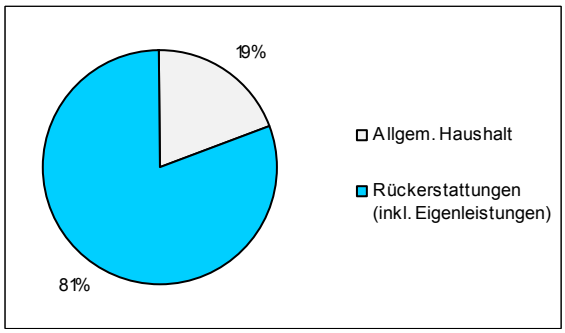
- Für die Sanierung des Hallenbad-Flachdaches
- Beim Schulhaus Hubelmatt (Sanierung der Hauswartwohnung und Sanierung des Spielplatzes)
- Beim Schulhaus Schädrüti für den Ersatz der Heizanlage
- Bei den Liegenschaften für das Gärtnerhaus Utenberg (Sanierung Küche/Bad)
- Für die Vorfinanzierung der Sanierung Q-KP/San.Posten am Waldweg zum öffentlichen Schutzraum
- Für die Umstellung der Gastrodienste, Verpflegung in den Heimen und Alterssiedlungen

c) Allgemeine Kennzahlen (Hochbau)

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2001	2002	2003	2004	Veränd.
Eigenaufwand in % des Unterhaltes	15%	13%	14%	16%	2%
Eigenaufwand in % der Investitionen	13%	9%	5%	10%	5%
Aufwand in Fr. für					
Primarschulen (inkl. Turnhallen)	1'986'259	2'174'183	1'627'305	1'971'378	21%
pro Schülereinheit (03: 2'686 / 04: 2'687 / 0,05%)	738	809	606	734	21%
pro m^2 (42'496 m^2)	47	51	38	46	21%
Oberstufenschulen (inkl. Turnhallen)	1'013'631	1'232'973	396'967	256'146	-35%
pro Schülereinheit (03: 1'161 / 04: 1'045 / -10%)	848	1'097	342	245	-28%
pro m^2 (30'056 m^2)	34	41	13	9	-35%
Berufsschulen (inkl. Turnhallen)	630'192	1'263'490	0	0	0
pro Schülereinheit (02: 4'748)	144	266	0	0	0
pro m^2 (34'986 m^2)	18	36	0	0	0
vbl-Unterstände	26'013	47'899	43'433	25'453	-41%
pro Einheit (03: 83 Anl. / 04: 84 Anl. / +1%)	325	584	523	303	-42%
WC-Anlagen	63'295	62'034	76'242	73'258	-4%
pro Einheit (03: 35 Anl. / 04: 35 Anl. / 0%)	1'808	1'772	2'178	2'093	-4%
BZ/Pflegeheim/Pflegewohnungen	1'544'791	1'369'090	3'118'016	2'227'947	-29%
pro Bett (03: 772 / 04: 776 / +0,5%)	1'893	1'769	4'039	2'871	-29%
Alterssiedlungen	990'492	1'068'576	736'164	879'691	19%
pro Wohnung (03: 269 / 04: 252 / -6,3%)	3'682	3'972	2'737	3'491	28%
Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg	137'316	656'347	128'291	176'123	37%
pro Jugendliche/n (03: 58 / 04: 52 / -10,3%)	2'368	11'316	2'212	3'387	53%

e) Kommentar

Der leichte Anstieg des Eigenaufwandes für die Bewältigung der Unterhaltsarbeiten ist begründet mit den oben erwähnten, ausserordentlichen Arbeiten (Nachtragskrediten). Der Eigenaufwand für den Investitionsbereich war höher, weil grössere Projekte noch in der Planungsphase sind (vgl. dazu auch Kapitel 5.4.3).

Die spezifischen Kennzahlen beinhalten alle Massnahmen für den baulichen und betrieblichen Unterhalt der städtischen Liegenschaften, welche von der Abteilung Wartung und Unterhalt durchgeführt wurden. Die zum Teil grösseren Veränderungen zwischen den einzelnen Geschäften müssen relativiert werden. Die Zu- und Abnahmen sind durch die jährlich unterschiedlich anfallenden Unterhaltsaufgaben begründet.

5.4.4.6 Stadtplanung

a) Aufgaben / Dienstleistungen

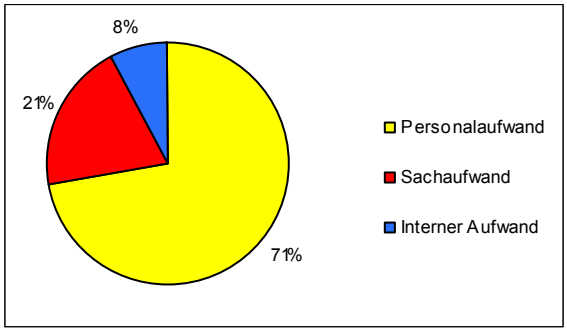
Die Stadtplanung fördert mit ihren Dienstleistungen die qualitätsvolle bauliche Entwicklung der Stadt. Die Stadtplanung behandelt alle raumplanerischen, städtebaulichen, architektonischen und baurechtlich relevanten Fragen. Sie erarbeitet und koordiniert räumliche Entwicklungskonzepte sowie Richt- und Nutzungspläne. Bauwillige werden bei ihren Planungen und Projekten beraten und begleitet. Die Stadtplanung bereitet Berichte und Anträge des Stadtrates an das Stadtparlament vor. Sie organisiert und koordiniert Wettbewerbsverfahren.
Der Stadtplanung angegliedert ist das Ressort Kulturgut und städtische Museen. Darunter fallen die Beratungen in Fragen der Denkmalpflege und des Kulturgüterschutzes als Kompetenzzentrum, die Betreuung der städtischen Kunstsammlung sowie die Leitung und Öffentlichkeitsarbeit der städtischen Museen.

b) Ergebnis

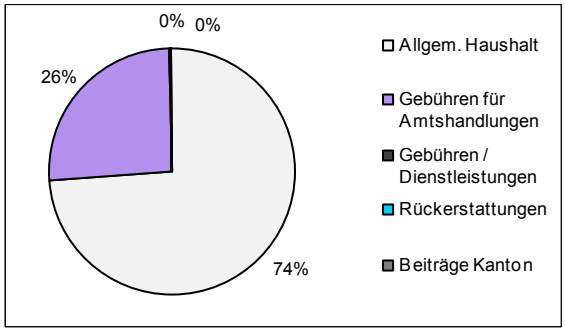
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	2'518'804	2'817'522	2'653'700	163'822	6%	298'719	12%
Ertrag	599'149	743'537	810'500	-66'963	-8%	144'388	24%
Ergebnis	**-1'919'655**	**-2'073'985**	**-1'843'200**	**-230'785**	**-13%**	**-154'330**	**-8%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Total eingegangene Baugesuche					419	420
Total Anzahl behandelte Baugesuche				381	413	441
- davon mit Einsprachen				59	59	56
- abgewiesene Baugesuche				15	37	6
- zurückgezogene Baugesuche				35	32	12
Bewilligtes Bauvolumen	128 Mio.	210 Mio.	212 Mio.	292 Mio.	341 Mio.	404 Mio.
Total offene Baugesuche per 31.12.					101	80

Erledigte Baugesuche[6]	2002	2003	2004
Ordentliches Verfahren innert 40 Arbeitstagen	28%	42%	39%
Ordentliches Verfahren über 40 Arbeitstage	72%	58%	61%
Vereinfachtes Verfahren innert 25 Arbeitstagen	25%	42%	46%
Vereinfachtes Verfahren über 25 Arbeitstage	75%	58%	54%
Einsprachen im ordentlichen Verfahren	56	56	52
Einsprachen im vereinfachten Verfahren	3	3	4

e) Kommentar

Die Kennzahlen für 2004 weisen gegenüber 2003 insgesamt eine Zunahme der behandelten Baugesuche um 7 % aus. Das bewilligte Bauvolumen lag um 18 % höher. Der Mehraufwand bei gleich bleibendem Personalbestand führte dazu, dass die Bearbeitungszeiten der erledigten Baugesuche gegenüber 2003 trotz organisatorischer Massnahmen nicht weiter verkürzt werden konnten.

[6] In diesen Zahlen enthalten sind auch Projektänderungen, Verlängerungen von Baubewilligungen, Fassadenrenovationen, Fensterersatz, usw.

Damit konnten auch im Berichtsjahr die in der kantonalen Planungs- und Bauverordnung (PBV) vorgesehenen Fristen (80 % der Fälle im ordentlichen Verfahren innert 40 Arbeitstagen und im vereinfachten Verfahren innert 25 Arbeitstagen) für die Baubewilligungsentscheide nicht eingehalten werden. Für das Jahr 2005 werden weitere Anstrengungen bezüglich Optimierung der Verfahrensabläufe und des Controllings vorgenommen. Sollten diese nicht im erwünschten Masse greifen, so ist nur mit einer Personalaufstockung im Ressort Baugesuche eine Reduktion der Bearbeitungszeit zu erreichen.

5.4.4.7 GIS-Dienstleistungszentrum

a) Aufgaben / Dienstleistungen

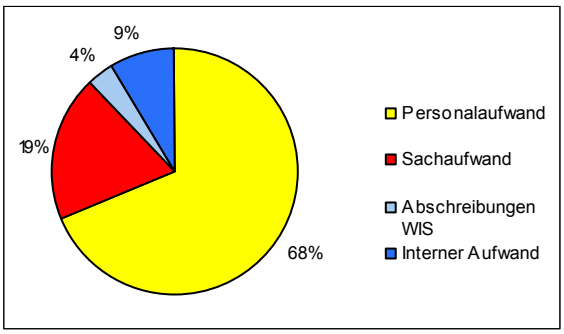
Das GIS-Dienstleistungszentrum führt die amtliche Vermessung der Stadt nach, erneuert diese im Rahmen eines Projektes, betreibt einen Leitungskataster, koordiniert die Leitungsverlegung, bewilligt die Aufbrüche im öffentlichen Grund, erbringt Dienstleistungen für die Verwaltung und Private im Bereich Vermessung und im Zusammenhang mit Leitungsbau. Im Auftrag der Stadt und der ewl AG betreibt das GIS-Dienstleistungszentrum ein geografisches Informationssystem, in dem momentan 2'400 km Leitungen (Rohrleitungen und Kabeltrassen) und deren Attribute verwaltet werden. Für diese Dienstleistungen werden 23 Personen eingesetzt (17,8 Stellen gemäss Stellenplan plus 5 zusätzliche Stellen).

b) Ergebnis

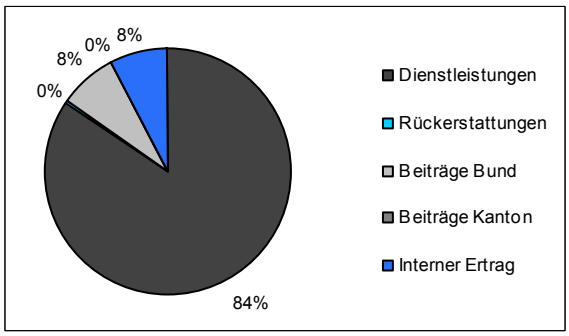
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	3'029'010	3'404'557	3'194'600	209'957	7%	375'547	12%
Ertrag	3'793'042	3'932'372	3'439'300	493'072	14%	139'330	4%
Ergebnis	**764'032**	**527'815**	**244'700**	**283'115**	**116%**	**236'217**	**31%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Kommentar

Der Auftragsbestand war sehr gut. Der grösste Anteil der aufgewendeten Stunden wurde im Bereich Leitungen und in diesem für die ewl–Gruppe geleistet. Die Beschaffung und das Bereinigen von Daten für das Werkinformationssystem beanspruchte die personellen Ressourcen des GIS-Dienstleistungszentrums stark: So musste der Personalbestand aufgestockt werden, um die Aufträge auszuführen.
Am 1. April 2004 trat die Geoinformationsverordnung in Kraft. Neu werden die Gebühren für die Nachführung des Vermessungswerkes im Baubewilligungsverfahren erhoben und nicht mehr erst nach Fertigstellung der Bauten. Die Praxisänderung bewirkte 2004 einen Vorbezug von Gebühren für zukünftig auszuführende Arbeiten.

5.5 Finanzdirektion

Die Förderung des Kultur- und Kongresstourismus gehört zur wirtschaftspolitischen Strategie des Stadtrates. In Zusammenarbeit mit Partnern konnten zum Beispiel das "Festival Rose d'Or" oder die "Luzerner Trendtage Gesundheit" für den Standort Luzern gewonnen werden.

Vorwort von Franz Müller, Finanzdirektor

Die Rechnung 2004 der Stadt Luzern schliesst mit einer schwarzen Null ab. Die Nettoschuld bleibt auf relativ tiefem Niveau konstant.

Dieses Ergebnis fügt sich nahtlos ein in eine Reihe guter finanzpolitischer Nachrichten aus den letzten Jahren:

- Seit 1999 konnte die städtische Rechnung regelmässig mit einem Überschuss abgeschlossen werden.
- Im gleichen Zeitraum wurde die Nettoschuld (trotz Übernahme des versicherungstechnischen Defizits der Pensionskasse sowie der aufgelaufenen Rententeuerung als Schuld gegenüber der Pensionskasse) um fast Fr. 50 Mio. gesenkt.
- Das starke Ausgabenwachstum aus der ersten Hälfte der Neunzigerjahre wurde korrigiert; insgesamt stiegen die Konsumausgaben weniger stark an als das BIP, in den letzten beiden Jahren lag der Anstieg unter der 1%-Marke.
- Der Steuerfuss wurde im Jahr 2003 um 1/10 Einheit gesenkt.
- Die Steuererträge der juristischen Personen haben sich in den letzten knapp 10 Jahren mehr als verdoppelt.
- Last but not least wurde all dies erreicht ohne Einschnitte bei der Leistungserbringung, im Gegenteil: In wichtigen Bereichen erfolgten weitere Ausbauten.

Diese ganze Entwicklung ist nicht nur ein Verdienst der politisch Verantwortlichen; es gab auch günstige äussere Umstände, und einzelne besondere Faktoren kamen zu Hilfe. Trotzdem hat die verantwortungsvolle und zielgerichtete Politik der Stadt ganz wesentlich zu diesen positiven Resultaten beigetragen. Gute Rahmenbedingungen für Firmen, Konsequenz bei der Ausgabenpolitik und beim Kostenmanagement, Abbau der Verschuldung, verantwortungsbewusste Steuerpolitik: Dies sind einige Stichworte, die das Handeln des Stadtrates in der Vergangenheit geleitet haben – und es auch künftig leiten sollen.

Vor diesem Hintergrund will sich der Finanzdirektor auch im Hinblick auf die Zukunft nicht als Schwarzmaler betätigen. Eines aber lehrt die Erfahrung nur zu gut: Wenn es einen Ort gibt, wo man sich ganz gewiss nicht auf den Lorbeeren ausruhen kann, dann ist es die Finanzpolitik. Wie gewonnen, so zerronnen: Ganz schnell kann sich dieses geflügelte Wort in der Finanzpolitik bewahrheiten.

Seit Jahren wächst die Wirtschaft in der Schweiz unterdurchschnittlich. Alle Staatsebenen stehen unter Spardruck. Die Stadt Luzern ist hier bislang noch glimpflich davongekommen. Aber Luzern ist keine Insel: tiefes Wirtschaftswachstum und gleichzeitig starkes Wachstum bei den öffentlichen Aufgaben, nicht zuletzt im Gesundheits- und Sozialbereich – diese Konstellation wird früher oder später auch im städtischen Finanzhaushalt noch vermehrt spürbar sein.

In der politischen Diskussion wird die Fiskalquote zunehmend zum Thema. Das städtische Parlament hat im letzten Herbst mehrheitlich eine weitere Senkung des Steuerfusses für das Jahr 2007 gefordert. Der Stadtrat teilt das Anliegen einer Entlastung der städtischen Steuerzahlenden. Er will aber die Entwicklungen in der Stadt mit jenen auf kantonaler Ebene abstimmen, und er will zusammen mit Verwaltung und Parlament Massnahmen erarbeiten und prüfen, um die erwarteten Ertragsausfälle – als Folge der Revision des kantonalen Steuergesetzes und/oder einer städtischen Steuersenkung – auffangen zu können.

Eines ist bei dieser Ausgangslage gewiss: Soll das Gleichgewicht im Finanzhaushalt nicht mutwillig aufs Spiel gesetzt werden, so kann, was in der Vergangenheit tabu war, nicht mehr tabu sein, nämlich: Leistungsabbau. Lineare Massnahmen – also die berühmt-berüchtigte Rasenmäher-Methode – sind dabei weder sinnvoll noch zielführend. Es braucht die politische Diskussion darüber, wo die knappen Mittel am wirkungsvollsten eingesetzt werden können, wo Schwerpunkte zu bilden sind und wo Verzicht oder Abbau zu vertreten sind. Ein schwieriger und herausfordernder Prozess steht bevor, dessen Ausgang noch ungewiss ist.

Daneben wird aber auch künftig das Augenmerk ebenfalls auf die Einnahmenseite gerichtet sein. Dazu nur zwei Hinweise: Die Wohnbauoffensive zeigt Wirkung: Luzern weist bei den Steuerpflichtigen einen positiven Wanderungssaldo auf; es ziehen mehr Steuerpflichtige in die Stadt als aus der Stadt weg, und der Steuerertrag der Zuziehenden ist insgesamt höher als jener der Wegziehenden. Jedoch ist die durchschnittliche Steuerablieferung eines einzelnen Wegziehenden weiterhin deutlich höher als jene eines Zuziehenden. Will Luzern künftig vermehrt auch starke und sehr starke Steuerzahlende anziehen, muss die Wohnbautätigkeit auch auf diesen Personen-

kreis ausgerichtet sein, also Wohnbau im preislich hohen Segment.

Lediglich 20 Firmen erbringen über 90 % der gesamten Steuerleistung der juristischen Personen. In die restlichen 10 % teilen sich die übrigen 3'992 juristischen Personen, die in der Stadt steuerpflichtig sind. Der Wegzug einer grösseren Firma von Luzern nach Zug wurde im abgelaufenen Jahr auch in der Presse ausführlich diskutiert. Die Stadt braucht Flächen für Firmen, insbesondere für Dienstleistungsbetriebe, sie braucht gute Angebote für Firmen und deren Mitarbeitende, sie braucht gute Rahmenbedingungen, wobei auch die "weichen" Faktoren nicht zu unterschätzen sind: Beziehungspflege ist wichtig, und die betroffenen Firmen sollen spüren, dass die Stadt sich ihrer Bedeutung bewusst ist – für die Entwicklung der Wirtschaft, für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen, aber auch für die Finanzierung der staatlichen Leistungen.

5.5.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele

- Weitere Leistungsaufträge und Globalbudgets zusammen mit einer Kostenrechnung sind vorbereitet.
- Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung verbessern.
- Dienstleistungsorientierung: Konzept für Gesamtprojekt und Pilotprojekt ist erarbeitet.
- Informatik: Ablösung der Kernapplikationen ist vorbereitet.

Leistungsaufträge und Globalbudgets
Mit dem Budget 2005 wird der Bereich Volksschule erstmals mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt. Somit stehen zusammen mit den Heimen und Alterssiedlungen (HAS) und dem Tiefbauamt (TBA) rund 30 % des Haushaltvolumens und mehr als die Hälfte des Personalbestandes (bezogen auf Stelleneinheiten) unter der Führung von NPM-Instrumenten. Alle drei Bereiche verfügen auch über eine eigene Kostenrechnung.
Da der Grosse Stadtrat auf den B+A 26/2004 "Bericht zur Liegenschaftenpolitik der Stadt Luzern, Teil 2" nicht eingetreten ist, ist die Einführung des Leistungsauftrages mit Globalbudget für die Liegenschaften des Finanzvermögens blockiert.
Die Einführung des Leistungsauftrages mit Globalbudget für das GIS-Dienstleistungszentrum wurde bis auf Weiteres sistiert.

Die bestehenden Kostenrechnungen erfüllen die Vorgaben des neuen kantonalen Finanzhaushaltsgesetzes und der entsprechenden Verordnung. Der Kanton wird bis Mitte 2005 ein Handbuch als Hilfe für die Implementierung der flächendeckenden Kostenleistungsrechnung erstellen. Dieses soll als Leitfaden für den weiteren Ausbau in der Stadt Luzern bilden.

Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung
Die Bestandespflege gehört zum Kerngeschäft der städtischen Wirtschaftsförderung. Den Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu führen, ist eine Daueraufgabe. Im Berichtsjahr wurden wiederum eine Vielzahl von Gesprächen mit Firmen geführt, um gegenseitig Befindlichkeiten auszutauschen und bei Problemen vermittelnd zu wirken. Zur Bestandespflege gehören auch die mittlerweile institutionalisierten Kontakte zwischen dem dafür zuständigen Steueramt und den stärksten steuerzahlenden Firmen.

Im Hinblick auf die Erneuerung des Leistungsauftrages der Stadt an die Luzern Tourismus AG laufen die Projekte Tourismusfinanzierung und Kongressstadt Luzern, wo die städtische Wirtschaftsförderung aktiv koordiniert sowie fördernd und fordernd gegenüber der Branche auftritt. Letztlich geht es um Hilfe zur Selbsthilfe für die Tourismusbranche, welche sich in einem schwierigen Umfeld bewegt und die, zumindest teilweise, an zu viel und zu kleinen Strukturen leidet. In dieselbe Richtung gehen die Bemühungen beim Projekt Mühlenplatz, wo über eine Belebung der Marktplatz Altstadt und insbesondere der Detailhandel gefördert werden sollen.

Im Berichtsjahr ist der unerfreuliche Entscheid einer international tätigen Firma gefallen, ihren Sitz per Ende 2005 nach Zug zu verlegen. Die Kommission für Wirtschaftsfragen und der Stadtrat drängen darauf, dass unter Federführung des Kantons eine bessere Betreuung international tätiger Firmen, welche besonderen Gesetzmässigkeiten unterliegen, sichergestellt wird. Die Luzerner Wirtschaftsförderung soll gemäss Absichtserklärung des Regierungsrates effektiver und effizienter werden. Kanton, Gemeinden und Wirtschaft sollen ihre Kräfte bündeln, vorzugsweise in einer Stiftung Luzerner Wirtschaftsförderung. Der Stadtrat unterstützt diese Bemühungen.

Dienstleistungsorientierung
Im Sommerseminar 2004 hat der Stadtrat die Projektdokumentation Dienstleistungsorientierung DLO besprochen und verabschiedet. Seit September sind die Pilotprojekte an der Arbeit. Bis Juni 2005 werden die Erfahrungen, die beim gewählten Vorgehen gemacht wurden, zusammengetragen und ausgewertet. Der Stadtrat wird im Sommerseminar 2005 einerseits die Leitsätze DLO, welche in der Steuerungsgruppe erarbeitet werden, und andererseits das weitere Vorgehen im Projekt besprechen und beschliessen.

Kernapplikationen
Die Arbeiten zur Ablösung der Kernapplikationen laufen gemäss Plan. Aufgrund der Vorstudie wurde das generelle Ablösungskonzept festgelegt. Eine Erkenntnis der Studie ist, dass die Ablösung sicher über den Zeitraum 2004

bis 2007 dauern wird. Im Bereich der Ablösung des Finanzinformationssystems konnten der Zuschlag erteilt und die Projektarbeiten in Angriff genommen werden. Das erstellte Detailkonzept hat bestätigt, dass der erwartete Leistungsumfang mit der modernen Lösung erbracht werden kann. Zusätzlich können weitere Applikationen mit diesem System abgelöst werden. Die Vorarbeiten zur Ablösung des Einwohnerkontrollsystems werden im Verlaufe von 2005 aufgenommen.

5.5.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–	**Aufwand**				**Ertrag**				**Ergebnis**		
	R 04	B 04	Abweichung	in %	R 04	B 04	Abweichung	in %	(Aufwand)/Ertrag netto	Mehraufwand/Minderertrag	Minderaufwand/Mehrertrag
K611 Stab Finanzdirektion	981	1'024	-43	-4%	201	166	34	20%	(780)		78
K612 Finanzverwaltung	1'965	1'943	22	1%	500	488	12	2%	(1'465)	10	
K614 Steueramt	7'961	8'061	-100	-1%	5'101	4'939	163	3%	(2'859)		263
K615 Teilungsamt	1'559	1'662	-103	-6%	1'317	1'153	164	14%	(243)		266
K616 Prozesse und Informatik	7'377	9'168	-1'791	-20%	7'375	8'084	-709	-9%	(2)		1'082
K617 Gastrodienste	8'967	9'209	-243	-3%	8'496	9'209	-713	-8%	(471)	471	
Spezialaufgaben											
K624 Pensioniertenfürsorge	5'266	5'632	-365	-6%	0	0	0		(5'266)		366
K625 Wirtschaftsförderung	274	198	76	38%	0	0	0		(273)	75	
Adm. unterstellte Dienstabteilungen											
K631 Betreibungsamt	1'979	2'053	-74	-4%	2'347	2'310	37	2%	368		111
K632 Finanzinspektorat	603	643	-39	-6%	112	100	12	12%	(491)		52
K633 Friedensrichteramt	142	146	-3	-2%	84	60	24	40%	(58)		28
K634 Amtsgericht	202	209	-7	-3%	0	0	0		(202)		7
Total	**37'276**	**39'948**	**-2'672**	**-7%**	**25'534**	**26'510**	**-976**	**-4%**	**(11'743)**	**556**	**2'253**
Nettoverbesserung										**1'697**	

Die Finanzdirektion weist gegenüber dem Budget eine Nettoverbesserung von Fr. 1,7 Mio. aus.
Die PIT erzielte Einsparungen bei den Wartungskosten, der Telematik und der Infrastruktur Internet von Fr. 0,6 Mio. sowie bei den externen Beratungen von Fr. 0,1 Mio. Dazu kamen Mehreinnahmen aus Dienstleistungen und aus dem Verkauf alter PCs von rund Fr. 0,3 Mio.
Das Teilungsamt schloss dank mehr Erbteilungen und durch Einsparungen beim Personalaufwand um Fr. 0,3 Mio. besser ab.
Beim Steueramt fielen die Inkassoprovisionen Fr. 0,2 Mio. höher aus. Der netto Mehrertrag beim Betreibungsamt von Fr. 0,1 Mio. ist auf mehr Betreibungen und Sparmassnahmen zurückzuführen. Bei der Pensioniertenfürsorge mussten rund Fr. 0,4 Mio. weniger Übergangsrenten aus Frühpensionierungen geleistet werden.
Den erwähnten Einsparungen steht der Aufwandüberschuss der Gastrodienste von Fr. 0,47 Mio. gegenüber, der hauptsächlich mit den Investitionen in Cook & Chill (Fr. 146'600.–), den Aushilfen für Personalausfälle und dem Rückgang der Heimbezüge begründet wird.
Die Finanzverwaltung erzielte mit Pensenreduktionen in der Stadtbuchhaltung, mit dem Verzicht auf temporäre Arbeitskräfte im Projektbereich sowie mit andern Sparmassnahmen Einsparungen von Fr. 0,1 Mio. Dadurch konnte der Aufwand 2004 für das EDV-Projekt Navision von Fr. 0,1 Mio. kompensiert werden.

5.5.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Finanzverwaltung
Das verstärkte *Kostenmanagement* und insbesondere das unterjährige Controlling haben sich 2004 bewährt. Der Konsumaufwand hat sich im Vergleich zur Rechnung 2003 um nur 0,3 % erhöht, womit die Vorgaben 2004 sehr gut eingehalten worden sind (Zielvorgabe nominales BIP 2004 = 2,5 %). Wichtigstes Instrument der *unterjährigen Steuerung* war dabei die *Prognoserechnung*. Diese Hochrechnungen lösten 2004 zwei Stadtratsbeschlüsse mit Korrekturmassnahmen aus, die für das jetzt gute Ergebnis bei den Konsumausgaben mitverantwortlich sind. Die Prognoserechnung wurde 2004 das erste Mal in dieser Form eingesetzt. Die gemachten Erfahrungen sollen ausgewertet werden, um für das Jahr 2005 noch genauere Schätzungen zu erreichen.

Aufgrund der starken Überschreitung des Investitionsplafonds in der Gesamtplanung 2004–2007 wurde eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe *Investitionsplanung* unter der Führung der Finanzverwaltung gebildet, die die Resultate ihrer umfangreichen Abklärungen in einem Bericht niedergelegt hat, der der Gesamtplanung 2005–2008 als Beilage mitgegeben wurde. Das Ziel, nach einer detaillierten Überprüfung der Investitionsvorhaben den dafür erforderlichen finanziellen Handlungsspielraum zu schaffen, ist dabei erreicht worden. Im Bericht wird weiter auf die Notwendigkeit von organisatorischen Massnahmen hingewiesen, die im Einzelnen bestimmt wurden und im Hinblick auf die Gesamtplanung 2006–2010 auf verschiedenen Stufen eingeführt werden.

Zusammen mit der Liegenschaftenverwaltung wurde der B+A 26/2004 "Liegenschaftenpolitik der Stadt Luzern, Teil 2" erarbeitet. Darin wurden die Liegenschaften im Eigentum der Stadt einer Gesamtschau unterzogen, die Ziele und Strategien der Liegenschaftenpolitik für das Finanzvermögen erarbeitet und die Zusammenhänge zur Gesamtplanung aufgezeigt. Da die Spezialkommission Liegenschaften vor der definitiven Beschlussfassung noch einen Ergänzungsbericht erwartet, bleibt die Einführung des Leistungsauftrages mit Globalbudget für die Liegenschaften des Finanzvermögens vorläufig sistiert.

Das Budget 2005 der *Volksschule* wurde erstmals mit der neuen *Kostenrechnung* erstellt. Die errechneten Leistungsdaten bilden eine zentrale Informationsgrundlage für den Leistungsauftrag. Die Kostenrechnung für die Volksschule war schon seit längerer Zeit geplant und wurde demnach noch auf dem alten Finanzinformationssystem implementiert. Da das Finanzinformationssystem nun per 1. Januar 2006 (ein Jahr früher als ursprünglich geplant, siehe auch Kapitel Kernapplikationen) abgelöst wird, wurden anstelle von Neukonzeptionen erste Vorbereitungsarbeiten für eine erfolgreiche Migration bestehender Kostenrechnungen vorgenommen. Die *Kostenrechnung HAS* soll vor der Implementierung im neuen System grundlegend überarbeitet werden. Dazu wurde bis Ende 2004 ein neues Grobkonzept erstellt. Die neue Kostenrechnung wird weniger komplex; die Vergleichbarkeit mit anderen Heimen der LAK (Luzerner Altersheimleiter/innen Konferenz) soll erleichtert werden, und stufengerechte Führungsinformationen sollen (mit Hilfe des neuen Systems) einfach abrufbar sein.

Mit dem B+A 40/2003, dem das Parlament am 5. Februar 2004 zugestimmt hat, wurden in einem umfassenden Konzept die formalen Vorgaben für das *Beteiligungs- und Beitragscontrolling* festgehalten. In der Folge wurden gemeinsam mit den direkt betroffenen Stellen die Instrumente des Controllings entwickelt und die Eigentümerstrategien mit den Vertretern von ewl Holding AG, vbl AG und Xundheit überarbeitet. Mit StB 1367 vom 22. Dezember 2004 ordnete der Stadtrat die externen Leistungserbringer und Beitragsempfänger den Kategorien von hoher und untergeordneter Bedeutung zu, worauf die Überprüfung der Reportinginstrumente in einem Feldtest angegangen werden konnte. Im Jahr 2004 wurden die folgenden Zwischenschritte zur Einführung des Beteiligungs- und Beitragscontrollings eingeleitet:

- Entwicklung der Eigentümerstrategien für alle elf delegierten Aufgaben von höchster Bedeutung, deren übergeordnete politische Ziele in die Gesamtplanung 2006–2010 einfliessen werden,
- Einführungsplanung für die erstmalige Behandlung der übergeordneten politischen Ziele durch den Grossen Stadtrat und die zuständigen Kommissionen,
- Definition der Abläufe des Controllings und Aufarbeiten der Grundlagen für die Entwicklung der Verordnung zum Reglement über das Beteiligungs- und Beitragscontrolling, das dem Stadtrat im Frühsommer 2005 unterbreitet wird.

Die für 2004 geplanten Schritte für die Einführung des Reglements zum Beteiligungs-

und Beitragscontrolling per 1. Januar 2006 wurden fristgerecht abgeschlossen.

Mit der Einführung des neuen *Finanzinformationssystems Navision* per 1. Januar 2006 gibt es systembedingt verschiedene Neuerungen. Damit ist der Zeitpunkt günstig, den bestehenden Kontenplan zu überarbeiten. Dieser soll gestrafft werden: Grundsätzlich soll je Dienstabteilung eine "Institutionennummer" geführt werden.
Der separate Ausweis von Ressorts und Spezialaufgaben in der Finanzbuchhaltung soll nur vorgenommen werden, wenn dieser zwingend nötig ist. Durch die Einführung von Kostenrechnungen in verschiedenen Bereichen sind in den letzten Jahren Doppelspurigkeiten entstanden, welche nun bereinigt werden können. Die neue Gliederung soll eine optimale Basis für den (flächendeckenden) Ausbau der Kostenleistungsrechnung schaffen.

Im Rahmen des Projektes FIS ist geplant, die Budgetierung 2006 noch im alten Kontenplan im ISOV zu realisieren. Damit ist der Vergleich zum Budget 2005 gewährleistet. Im Sommer wird dann das Budget ins neue System Navision übertragen und übersetzt. Das Parlament soll dann das Budget 2006 in der neuen Gliederung genehmigen.

Steueramt
Herausragendes Ereignis im Jahr 2004 war der Abbau der Rückstände bei den Veranlagungen für Selbstständigerwerbende. Auch bei den Unselbstständigerwerbenden konnten die Ziele erreicht werden. Die übrigen Teams konnten per Ende Jahr ebenfalls Zielerreichung und keine besonderen Vorkommnisse vermelden.

An sechs Klausuren mit dem Leitungsteam wurden wichtige Fragen des Tagesgeschäftes und der weiteren Entwicklung des Steueramtes besprochen. Dabei wurde auch das Organigramm angepasst: Von der Matrixorganisation, die sich nicht bewährt hat, wurde wieder auf eine reine Linienorganisation gewechselt. Die Teamleiterstellen für beide Einschätzungsteams konnten mit internen Mitarbeitenden ideal besetzt werden.

Im Bereich der Instrumente konnte die geplante Ablösung des Dokumentenmanagementsystems leider noch nicht realisiert werden. Dies wird nun im Jahr 2005 mit hoher Priorität erfolgen müssen. Die neuen Möglichkeiten werden die heutige Arbeitsweise im Steueramt nochmals verändern und vereinfachen. Bei der Einführung dieser Software wird wiederum sehr darauf geachtet werden, dass so wenig Informatik wie möglich, aber so viel wie notwendig eingesetzt wird.
Anfang September organisierte das Steueramt die Jahrestagung der Konferenz städtischer Steuerbeamter. Während der erste Tag ganz im Zeichen des Verbrechens stand (Tagung im Gefängnis Alcatraz, Führung Strafvollzug im mittelalterlichen Luzern), konnten die Teilnehmenden am zweiten Tag ihr Wissen und ihre Geschicklichkeit bei einem Parcours auf der Allmend unter Beweis stellen.

Prozesse und Informatik (PIT)
Das Jahr 2004 hatte für die PIT verschiedene Schwerpunkte. Für die Betreiber der *Informatikinfrastruktur* war die erfolgreiche Umstellung der Personalcomputer ein wichtiger Meilenstein. Es ist gelungen, eine sehr umfassende Umstellung von 850 PCs termingerecht und praktisch ohne unerwartete grössere Probleme zu bewerkstelligen. Einerseits ist dies ein technischer Erfolg, da mit dem Hardwareersatz auch das Betriebssystem umgestellt wurde. Letzteres hatte zur Folge, das sämtliche heute eingesetzten Informatiksysteme (ca. 290 Systeme) auf ihre Tauglichkeit für das Betriebssystem Windows XP geprüft werden mussten. Im Zuge dieser Überprüfung wurde auch deren Notwendigkeit überprüft, mit dem Ergebnis, dass 70 Systeme eliminiert werden konnten. Andererseits besteht der Erfolg darin, dass die Auswechslung logistisch in sehr kurzer Zeit bewältigt werden musste, was den totalen Einsatz der involvierten Mitarbeiter bedurfte. Die ausschliesslich positiven Rückmeldungen der Kunden waren Lohn für den ausserordentlichen Einsatz.

Die zunehmende Anzahl von Informatiksystemen macht es notwendig, die Prozesse im gesamten *Infrastrukturmanagement* und in der Kundenbetreuung weiterzuentwickeln. Es sind heute vernetzte Prozesse für diesen Arbeitsbereich notwendig, da diverse Abhängigkeiten untereinander bestehen. In diesem Umfeld wurde intensiv an den Prozessen, wie die Systeme betrieben und verändert werden, gearbeitet. Dies gilt auch für die Kundenbetreuung, die heute sehr vielfältig ist und eine breite Kompetenz erfordert. Mit der Weiterentwicklung der Prozesse und der zur Verfügung stehenden technischen Hilfsmittel konnten weitere Verbesserungen erreicht werden.

Im Rahmen der Strategischen Informatikplanung (SIP) wurde weiter an der Ablösung der

Kernapplikationen gearbeitet. Die gesamte Ablösung ist ein aufwändiges Vorhaben, das in mehreren abgestimmten Schritten erfolgt. Erfreulich ist, dass mehrere Systeme mit den neuen Applikationen abgelöst werden. Mit der beabsichtigten Einführung eines Dokumentenmanagementsystems kommt ein neues Kernsystem dazu, welches eine Schlüsselfunktion in der heutigen Schriftgutmanagement einnehmen wird. Mit den neuen Systemen bieten sich neue technische Möglichkeiten, welche letztendlich die Dienstleistungserbringung verbessern und den technischen Betrieb optimieren werden.

Mit dem laufend umfassenderen Einsatz der Informationssysteme nehmen aber auch die Gefährdungspotenziale und Abhängigkeiten zu. Es bedarf darum laufender Bemühungen, mit den sich verändernden Gefährdungen Schritt zu halten. So hat PIT ihre Aktivitäten in der Überwachung des laufenden Betriebes erhöht. Im Weiteren werden bei allen Informatikprojekten die Auswirkungen auf *Datenschutz und Informatiksicherheit* überprüft. Diese Aktivitäten werden auch in Zukunft nicht erlahmen, da speziell die Gefährdung durch externe Quellen konstant zunimmt.

Verschiedene Entwicklungen im Bereich der Dienstleistungserbringung machen es notwendig, dass verstärkt an diesen *Geschäftsprozessen* gearbeitet wird. Dieser Entwicklung Rechnung tragend – und zur Unterstützung der Umsetzung der Organisationsverordnung – hat PIT das Prozess-Management-Handbuch erarbeitet. Dieses beschreibt die Methodik und legt eine stadtweit gültige Struktur vor, wie Geschäftsprozesse zukünftig einheitlich dokumentiert werden sollen. In verschiedenen Projekten wurde die Methode bereits geschult und wird die Dokumentation entsprechend erstellt. Damit ist der Anfang gemacht. Ein Ausbau der Aktivitäten im Zusammenhang z. B. mit dem Projekt Dienstleistungsorientierung ist möglich.

Gastrodienste
Nachdem die optimale Organisation der Heimverpflegung während Jahren diskutiert worden war, hat der Stadtrat mit StB 1054 vom 24. September 2003 entschieden, die Zentralküche Eichhof als Produktionsküche für alle Alters- und Pflegeheime aufrechtzuerhalten und mit Cook-&-Chill-Investitionen zu ergänzen. Beim Kochverfahren Cook & Chill werden die Speisen gekocht und anschliessend auf zwei bis vier Grad schockgekühlt. Darauf können die Menüs bis 72 Stunden gelagert werden, bevor sie wieder aufbereitet werden. Dieses moderne Verfahren wahrt die volle Qualität und schont den Vitamingehalt der Nahrung. Alle Heime führen eine eigene Fertigungsküche und setzen das Verfahren Cook & Chill mit einer Zielvorgabe von 60 % um. Für die Einführung des Kochverfahrens wurde die Firma Creative Gastro Concept & Design AG als externe Projektmanagerin beauftragt. Bis Ende 2004 wurden die Vorarbeiten für die Einführung des neuen Verfahrens so weit vorbereitet, dass es im Januar 2005 eingeführt werden konnte.
Es waren Investitionen im Bereich Produktion in der Zentralküche Eichhof sowie in der Fertigung in den Betagtenzentren notwendig. Während einer dreiwöchigen Testphase im Dezember 2004 fanden die letzten Feinabstimmungen und Personalschulungen statt. Das neue Kochverfahren führt zu einem Sparpotenzial von rund Fr. 0,5 Mio. jährlich. Die Produktion muss nicht mehr auf einen bestimmten Zeitraum hin, sondern kann gleichmässig im Tagesverlauf erfolgen. Die Mitarbeitenden profitieren von geregelteren Arbeitszeiten, und die Qualität der Verpflegung wird besser. Durch den gleichmässigeren Personaleinsatz sowie eine grössere zentrale Produktion werden weniger Mitarbeitende benötigt. Der Stellenplan konnte angepasst werden.
Die Dienstabteilung "Gastrodienste" wurde per Ende 2004 aufgehoben und in das Betagtenzentrum Eichhof integriert. Alle Heimbereiche werden dadurch einheitlich durch die Sozialdirektion geführt. Die Finanzdirektion begrüsst diesen Schritt, da in einem für die Zufriedenheit der beteiligten Menschen wichtigen Bereich nicht unnötig institutionelle Schranken bestehen bleiben.

Wirtschaftsförderung
Diskussionen zum unterdurchschnittlichen Wachstum unserer Volkswirtschaft im OECD-Vergleich haben das Jahr 2004 stark geprägt. Aufgrund der damit verbundenen Problemstellungen, welche auch Auswirkungen auf andere Bereiche der Gesellschaft aufweisen, hat sich die Diskussion über die Wirtschaft intensiviert. Dies ist grundsätzlich positiv und für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme als Chance zu betrachten. Feststellbar ist, dass insbesondere auf dem politischen Parkett die Diskussionen nicht immer sachbezogen und lösungsorientiert geführt werden. Die eine Seite, welche die europäische Integration raschmöglichst anstrebt, zeigt wenig Bereitschaft, notwendige Anpassungen im Bereich der Wirtschaft vorzunehmen. Die an-

dere Seite, welche sich für den kompromisslosen Alleingang entschlossen hat, argumentiert ausschliesslich auf der Basis von Gefahren und Ängsten und verkennt dadurch die Chancen. Die Exportwirtschaft hat in den letzten Jahren gewaltige Anstrengungen unternommen, um sich den globalen Herausforderungen zu stellen. Der Anteil der Exportwirtschaft am Wachstum und Sozialprodukt ist denn auch überproportional gross. Die Exportwirtschaft wird aber mit einem Binnenmarkt und einer nach innen bezogenen Gesellschaft und Politik konfrontiert, welche mit Kartellen, Preisabsprachen und Überregulierungen wachstumshemmend agiert. Dies hindert die Bereitschaft zu Innovation und Leistung und führt zu negativen Faktoren wie "Hochpreisinsel Schweiz" und Ähnlichem.

Die städtische Wirtschaftsförderung ist von diesen Tendenzen auch betroffen. Sehr erfreulich ist, dass der Kanton in der seit Jahren anstehenden Strukturbereinigung der Luzerner Wirtschaftsförderung gegen Ende 2004 die Federführung übernommen hat. Der Stadtrat unterstützt die Bemühungen des Regierungsrates, durch Auslagerung und Bündelung der Kräfte – PPP – die Effektivität und Effizienz der Wirtschaftsförderung zu steigern.

Als positives Beispiel sei die "Vereinigung Neustadt" erwähnt, welche mit einem attraktiven Jubiläumsprogramm 2005 auf die Stärken und positiven Aspekte der Innenstadt aufmerksam machen will. In dieselbe Richtung zielen die Bemühungen des Projektes Sommerleben Mühlenplatz sowie des Projektes Plan lumière. Der Erlebnisraum Luzerner Altstadt/Innenstadt soll für Einheimische und Touristen noch attraktiver werden, oder, um es mit Tourismusdirektor Urs Kamber auszudrücken: "Die Leuchtenstadt soll wieder leuchten!"

Im Berichtsjahr sind die Vorbereitungsarbeiten für die Erneuerung des Leistungsauftrages 2006–2010 der Stadt Luzern an die Luzern Tourismus AG intensiv vorangetrieben worden. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit sollen Anliegen und Entwicklungen des Luzerner Tourismus eine möglichst breite Abstützung in der Bevölkerung sowie im gesellschaftlichen und politischen Leben erhalten.

Betreibungsamt
Im Geschäftsjahr 2004 wurden 17'398 Betreibungen mit einer Gesamtforderung von Fr. 117'821'440.– bearbeitet, was einer Zunahme zum Vorjahr von 7,47 % entspricht. Stark zugenommen haben die Pfändungsvollzüge auf 8'127, was einer Zunahme von 16,6 % entspricht. Die Pfändungseinvernahmen und die dadurch zusätzlichen Kontrollen in Wohnungen und Geschäften haben die Mitarbeitenden stark belastet; sie mussten je über 2'000 Einvernahmen machen.
Im Weiteren wurden 5'812 Verlustscheine im Betrag von Fr. 20'495'475.33 ausgestellt, was eine Zunahme von 28,36 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Insgesamt wurden vom Betreibungsamt 69'000 Akten versandt, was ebenfalls einer Zunahme von 7,33 % entspricht. Im vergangenen Jahr wurde kein Grundstück versteigert. Dafür wurden aufgrund von Grundpfandbetreibungen diverse Grundstücke durch das Betreibungsamt verwaltet. Durch die starke Zunahme der Geschäftsfälle konnte der Ertrag gesteigert werden, was zu einem Überschuss von Fr. 367'807.99 führte.

Zusätzlich fand im vergangenen Jahr auch der Umzug ins Sozialzentrum REX statt. Von den Mitarbeitenden wurde deshalb auch viel körperlicher Einsatz abverlangt. Dank der guten Zusammenarbeit aller involvierten Personen und Dienstabteilungen konnte das Haus REX planmässig am 1. Oktober 2004 eröffnet werden.

5.5.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

5.5.4.1 Steuerveranlagungen und -bezug

a) Aufgaben / Dienstleistungen

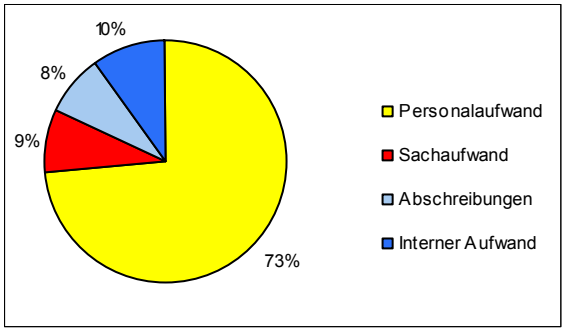
Im Steueramt sorgen 50 Mitarbeitende für die Feststellung der Steuerpflicht, die Veranlagung und den Bezug der ordentlichen Gemeinde- und Staatssteuern für die natürlichen Personen. Bei den juristischen Personen erfolgt das Inkasso durch das Steueramt, die Veranlagung erledigt die kantonale Steuerverwaltung. Zudem werden die Billettsteuern, die Liegenschaftssteuern und andere Sondersteuern veranlagt und bezogen. Das Steuerregister umfasst rund 45'000 Personen und Gesellschaften.

b) Ergebnis

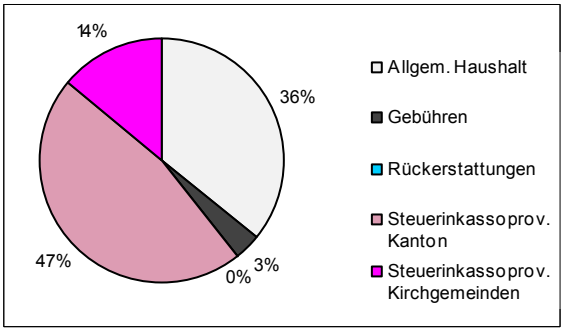
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	8'113'114	7'960'550	8'060'900	-100'350	-1%	-152'564	-2%
Ertrag	4'917'515	5'099'818	4'938'700	161'118	3%	182'303	4%
Ergebnis	**-3'195'599**	**-2'860'732**	**-3'122'200**	**261'468**	**8%**	**334'867**	**10%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Erledigte Veranlagungen	22'674	22'275	20'475	15'776	19'585	39'071	44'076
Offene Veranlagungen Selbstständigerwerbende (bis 1999 in Unselb. enthalten)			1'331	375	1'733	3'286	2'993
Offene Veranlagungen Unselbstständigerwerbende	11'708	27'881	10'384	3'166	13'992	6'952	7'093
Aufwand brutto pro Steuerpfl.	149	165	160	187	182	168	162
Aufwand netto pro Steuerpfl.	44	42	37	80	71	57	49
Total Steuerertrag pro Einheit in Fr. 1'000	103'571	118'284	110'779	118'365	128'511	126'521	124'352

e) Kommentar

Das Steueramt kann auf ein äusserst erfolgreiches Jahr zurückblicken. Einerseits liegen die Nettokosten rund Fr. 0,25 Mio. tiefer als budgetiert, und auch gegenüber der Rechnung 2003 liegen die Kosten um 10 % niedriger. Andererseits konnte die Produktion um über 10 % gesteigert werden. Die Einnahmen werden allerdings im nächsten Jahr deutlich niedriger sein, da die Inkassoprovisionen des Kantons im Rahmen des Sparpaketes praktisch abgeschafft wurden. Der Steuerertrag pro Einheit ist zum dritten Mal in Serie gesunken. Diese Entwicklung wird weiter beobachtet werden müssen.

5.5.4.2 Teilungsamt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

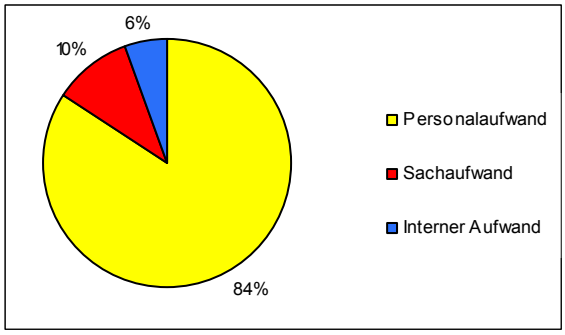
Das Teilungsamt erledigt die der Teilungsbehörde nach Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Darunter fallen Tätigkeiten wie Inventarisationen, Erbenabklärungen, Testamentseröffnungen, Erbenverhandlungen, Erbgangsbescheinigungen und die amtliche Mitwirkung bei Erbteilungen. Gleichzeitig werden die Erbschaftssteuern für die Stadt und den Kanton veranlagt und bezogen. Das Teilungsamt ist Depositalstelle für Testamente und nimmt als Steigerungsbehörde amtliche Steigerungen vor. Schliesslich werden auch Mandate als Willensvollstrecker und Erbteilungen im Auftrag der Erben übernommen sowie Auskünfte und Beratungen in Erbschaftsfragen erteilt. Im Übrigen ist das Teilungsamt Aufsichtsbehörde über die Willensvollstrecker und Erbschaftsverwalter. Der Personalbestand umfasst 12 Mitarbeitende (11,90 Pers.-Einheiten).

b) Ergebnis

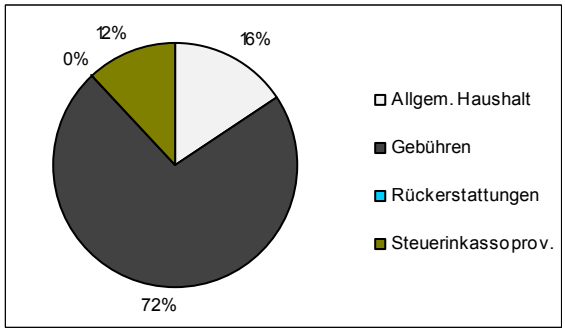
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	1'693'093	1'559'468	1'662'300	-102'832	-6%	-133'625	-8%
Ertrag	1'389'793	1'316'591	1'153'000	163'591	14%	-73'202	-5%
Ergebnis	**-303'301**	**-242'878**	**-509'300**	**266'422**	**52%**	**60'423**	**20%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Anzahl neuer Erbschaftsfälle	763	784	791	790	719	764	781
Anzahl pendenter Erbschaftsfälle	574	697	652	536	493	453	399
Anzahl erledigter Erbschaftsfälle	777	661	836	906	762	804	835
Durchschnittswerte in Fr. je erledigten Erbschaftsfall:							
Aufwand	2'083	2'618	1'901	1'940	2'056	2'106	1'868
Ertrag	1'859	2'033	1'248	1'683	1'268	1'729	1'577
Erbschaftssteuern	4'328	16'685	6'364	6'400	6'619	6'948	8'446

e) Kommentar

Die pendenten Erbschaftsfälle wurden gegenüber dem Vorjahr um 12 % reduziert und liegen erstmals unter 400. Das Ergebnis der Laufenden Rechnung ist sowohl gegenüber dem Budget als auch gegenüber dem Vorjahr deutlich besser ausgefallen. Die Ergebnisverbesserung kam dank Einsparungen beim Personal- und Sachaufwand sowie Mehrertrag aus Willensvollstreckungen und Erbteilungen zustande.

Von den Erbschaftssteuern von Fr. 7,05 Mio. entfallen Fr. 3,8 Mio. auf die Nachkommen. Die Erbschaftssteuern sind insgesamt um Fr. 2,1 Mio. höher ausgefallen als budgetiert.

5.5.4.3 Prozesse und Informatik

a) Aufgaben / Dienstleistungen

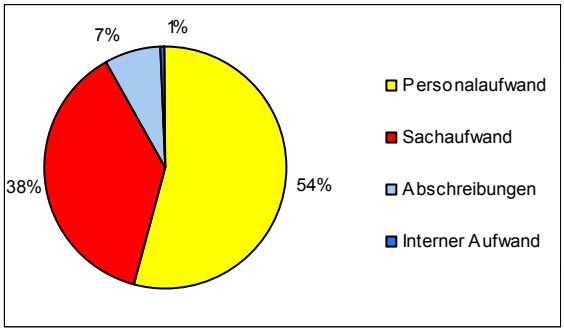
Die Abteilung Prozesse und Informatik berät die Dienstabteilungen der Stadtverwaltung bei der Lösung von Organisations- und Informatikaufgaben. Sie unterstützt die Anwender der vernetzten bürotechnischen Infrastrukturen, sie integriert und unterhält die technischen Instrumente, und sie betreibt ein Zentrum für Informationsverarbeitung (inkl. Reprodienste) und den Einkauf für die Stadtverwaltung. Seit 2000 gehören der Postdienst und der Betrieb der Telefonie-Anlagen ebenfalls zu den Dienstleistungen von PIT.

b) Ergebnis

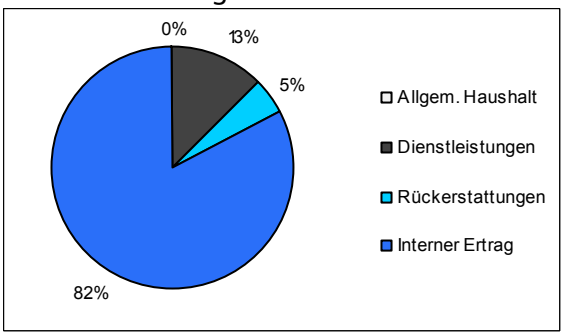
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	7'343'732	7'377'160	9'168'400	-1'791'240	-20%	33'428	0%
Ertrag	7'250'597	7'375'129	8'084'200	-709'071	-9%	124'532	2%
Ergebnis	**-93'135**	**-2'031**	**-1'084'200**	**1'082'169**	**100%**	**91'104**	**98%**

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2000	2001	2002	2003	2004
Informatikausrüstung:					
Mit Informatik ausgerüstet	1'036	1'076	1'042	1'093	1'084
Verrechnung pro PC-Arbeitsplatz/Jahr (Unterhalt, Betrieb, Netzwerk, Schulung)	3'500.–	3'300.–	3'300.–	3'300.–	3'200.–
Verfügbarkeiten:					
Gesamtsystem	98,9%	99,49%	99,77%	99,50%	99,61%
Von Ausfall Betroffene im Durchschnitt	31%	23%	20,3%	23%	25,8%
Helpdesk:					
Total gelöste Helpdeskfälle	5'835	5'760	5'230	5'913	5'845
Schulung:					
Kurse und Workshops	46	84	70	57	48
Total Kursteilnehmende	357	575	475	379	311
Projekte:					
Anzahl Projekte	110	124	77	68	109
Anzahl Stunden für Projekte	13'168	13'808	16'170	17'621	14'022
Stundenanteil PIT für Projekte	20,3%	21,5%	22,2%	24,7%	21,2%

e) Kommentar

Im laufenden Jahr wurde die Umstellung der PCs auf das neue Betriebssystem Windows XP durchgeführt. Die Konsequenzen auf die betriebliche Organisation und die eingesetzten Applikationen sind weitreichend. Als Folge des Projekts hat sich z. B. die Anzahl der betreuten Applikationen deutlich reduziert. Es sind aber auch Aufwandsreduktionen im Betrieb erkennbar. Auf der anderen Seite hat das Projekt enorm Ressourcen gebunden, die teilweise für weitere Projekte gefehlt haben.
Es zeigt sich eine gewisse Konsolidierung bei den Informatikkursen. Da eher weniger Systeme eingesetzt und die bestehenden länger genutzt werden, gibt es auch weniger Bedarf für Schulungen. Dementsprechend wurde die Anzahl der Kurse reduziert.

5.5.4.4 Gastrodienste

a) Aufgaben / Dienstleistungen

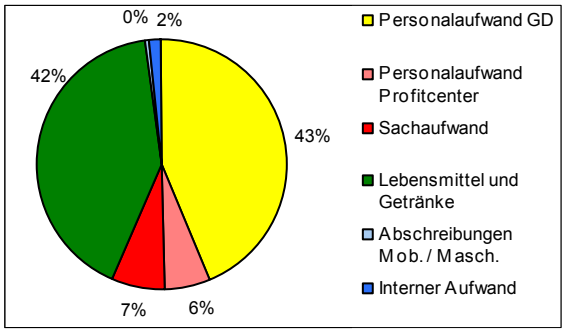
Die Gastrodienste sind ein Care- und Private-Catering-Unternehmen. Kernaufgabe ist die tägliche Versorgung der rund 1'000 Betagten und Jugendlichen in den Heimen und Pflegewohnungen der Stadt Luzern sowie Betagten im eigenen Haushalt mit Fertigmahlzeiten und Mahlzeitenkomponenten. Sie umfassen den Zentraleinkauf für Nahrungsmittel, Getränke und Nonfood-Artikel für die Hauswirtschaft, das Zentrallager und die Zentralküche, unterteilt in die Bereiche Produktion und Fertigung. Im Weiteren führen die Gastrodienste die Mensa des Mittelschulzentrums am Hirschengraben und, als voneinander unabhängige Profitcenter, die Cafeteria im Betagtenzentrum Eichhof sowie das Personalrestaurant Salü im Stadthaus. Überschüssige Kapazitäten der Zentralküche werden zur Belieferung von privaten Dauer- und Individualkunden zu marktkonformen Konditionen ausgeschöpft. Der daraus resultierende Gewinn dient zur Reduktion der Verpflegungskosten im eigenen Kreislauf.

b) Ergebnis

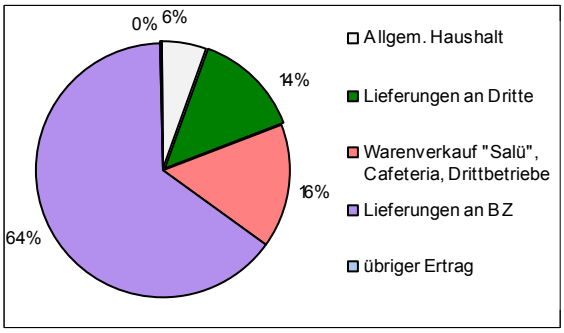
	R 2003	R 2004	B 2004	Abw. zu B 04 in Fr.	Abw. zu B 04 in %	Abw. zu R 03 in Fr.	Abw. zu R 03 in %
Aufwand	9'287'802	8'966'593	9'209'400	-242'807	-3%	-321'209	-3%
Ertrag	8'777'415	8'495'908	9'209'400	-713'492	-8%	-281'506	-3%
Ergebnis	**-510'387**	**-470'685**	**0**	**-470'685**		**39'703**	**-8%**
GD-interner Umsatz	711'590	636'397	784'500	-148'103	-19%	-75'192	-11%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Anzahl Mahlzeiten	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**Veränd.**
Durchschnittliche Produktion/Fertigung pro Betriebstag (ohne Cafeterias und Profitcenter)	2'018	1'955	1'902	1'909	+7
– für Zentren, Heime, Siedlungen, Pflegewohnungen	1'719	1'640	1626	1'655	+29
– für Mahlzeitendienst Pro Senectute	159	162	159	150	-9
– für private Dauer- und Individualkunden	140	153	117	104	-13
Umsätze in Franken des Gastrodienstes mit					
– Zentren, Heimen, Siedlungen, Pflegewohnungen	3'689'711	3'597'475	3'785'348	3'888'037	+102'689
– Mahlzeitendienst Pro Senectute	600'277	586'395	523'126	494'948	-28'178
– Profitcentern	872'949	1'091'863	711'588	636'397	-75'191
– privaten Dauer- und Individualkunden	782'566	963'154	733'935	649'551	-84'384
Leistung/Umsätze pro Stelleneinheit/Jahr					
– bei den GD	158'451	171'398	158'132	155'795	-2'337
– in den Profitcentern	147'801	137'616	141'639	188'972	+47'333

e) Kommentar

In Zusammenarbeit mit dem Betagtenzentrum Eichhof wurde der Mittagstisch in der Alterssiedlung Eichhof neu geschaffen. Dieser erfreut sich einer regen Besucherzahl.
Im Bereich Private Catering beeinflusst die allgemeine Wirtschaftslage nach wie vor die Bestellfreudigkeit der Kunden. Auch sind die Gastrodienste der zunehmenden Konkurrenz von Mitbewerbern auf diesem Markt ausgesetzt. Dadurch konnte der budgetierte Umsatz nicht ganz erreicht werden. Die Profitcenters Personalrestaurant Salü und die Cafeteria Eichhof konnten ihren Umsatz gegenüber 2003 leicht steigern und unterstreichen damit ihre Beliebtheit.

5.6 Beitragswesen

5.6.1 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 04	B 04	Abweichung	in %	R 04	B 04	Abweichung	in %	(Aufwand)/ Ertrag netto	Mehraufwand/Minderertrag	Minderaufwand/ Mehrertrag
K870 Beiträge Allg. Verwaltung	126	123	4	3%	0	0	0		(126)	3	
K871 Beiträge Sicherheit	137	150	-13	-9%	0	0	0		(137)		13
K872 Beiträge Bildung	433	214	219	102%	0	0	0		(433)	219	
K873 Beiträge Kultur und Freizeit	21'200	19'877	1'323	7%	1'072	519	553	107%	(20'128)	770	
K874 Beiträge Gesundheit	3'753	3'721	31	1%	0	0	0		(3'753)	32	
K875 Beiträge Soziale Wohlfahrt	2'635	2'836	-201	-7%	91	100	-9	-9%	(2'545)		191
K876 Beiträge Verkehr	12'697	13'519	-823	-6%	1'178	1'000	178	18%	(11'518)		1'001
K877 Beiträge Umwelt- und Raumordnung	35	36	-1	-3%	0	0	0		(35)		1
K878 Beiträge Volkswirtschaft	886	934	-48	-5%	0	0	0		(886)		48
Total	**41'902**	**41'411**	**492**	**1%**	**2'341**	**1'619**	**722**	**45%**	**(39'562)**	**1'024**	**1'254**
Nettoverbesserung										**230**	

Der Nettoaufwand für das Beitragswesen unterschreitet den Voranschlag um rund Fr. 0,23 Mio.
Der Beitrag an den Zweckverband öffentlicher Verkehr reduziert sich aufgrund der Gutschrift aus der Abrechnung 2003 um Fr. 0,46 Mio. Der Beitrag an den Kanton für den öV und den Tarifverbund fiel um Fr. 0,35 Mio. tiefer aus. Die höheren Parkingmetereinnahmen ergaben einen um Fr. 0,18 Mio. höheren Anteil zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs. Die Beiträge für die familienergänzende Kinderbetreuung liegen aufgrund der Abrechnungen gemäss Leistungsverträgen um insgesamt Fr. 0,15 Mio. unter dem Voranschlag. Die Defizitgarantie von Fr. 20'000.– für die LUGA musste nicht beansprucht werden.

Die erwähnten Einsparungen wurden durch zusätzliche Beiträge grösstenteils wieder konsumiert. Die Denkmalpflegebeiträge übertrafen das Budget um Fr. 0,7 Mio., darin eingeschlossen ist die Zusicherung (Fr. 1,3 Mio.) an die Gesamtrestaurierung der Schulanlagen Dula der Stadt Luzern. Dem maz, die Schweizer Journalistenschule, wurde ein zusätzlicher Beitrag von Fr. 0,1 Mio. an das Stiftungskapital zugesprochen. Einen ausserordentlichen Beitrag von Fr. 0,1 Mio. beschloss der Stadtrat als Mitfinanzierung der musikalischen Vorbildung an der Musikhochschule Luzern. Der Beitrag an das Hallenbad musste für die Sanierung des Flachdaches um Fr. 0,1 Mio. erhöht werden. Das Festival Science et Cité wurde einmalig mit einem Beitrag von Fr. 20'000.– unterstützt.

Antrag des Stadtrates

Der Stadtrat beantragt Ihnen die Genehmigung

- des Geschäftsberichts des Stadtrates für das Jahr 2004,
- der Jahresrechnung und der Verwendung des Ertragsüberschusses für das Jahr 2004.

Er unterbreitet Ihnen einen entsprechenden Beschlussvorschlag.

Luzern, 20. April 2005

Urs W. Studer
Stadtpräsident

Toni Göpfert
Stadtschreiber

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 12/2005 betreffend

Geschäftsbericht 2004,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, welche einen besonderen Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von Art. 30 Abs. 1 lit. a und Art. 63 der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie Art. 53 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

I.
Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2004 wird genehmigt.

II.
Nachgenannte Rechnungsabschnitte, abgeschlossen auf den 31. Dezember 2004, werden genehmigt:

1. Verwaltungsrechnung

Aufwand	Fr. 586'706'567.12
Ertrag	Fr. 587'895'410.36
Ertragsüberschuss	Fr. 1'188'843.24

Der Ertragsüberschuss wird wie folgt verwendet:
Fr. 1'188'843.24 Einlage ins Eigenkapital / Steuerausgleichsreserve

2. Vermögensrechnung
Der Vermögensausweis und die Bilanz, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 544'376'895.27 abschliessen.

3. Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport
Die Jahresrechnung über den Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport, welcher einen Restbestand von
Fr. 514'705.70 für den Bereich Kultur und von
Fr. 428'185.27 für den Bereich Sport aufweist.

Luzern, 30. Juni 2005

Bruno Heutschy
Präsident des Grossen Stadtrates

Toni Göpfert
Stadtschreiber